This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

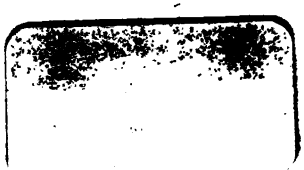
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

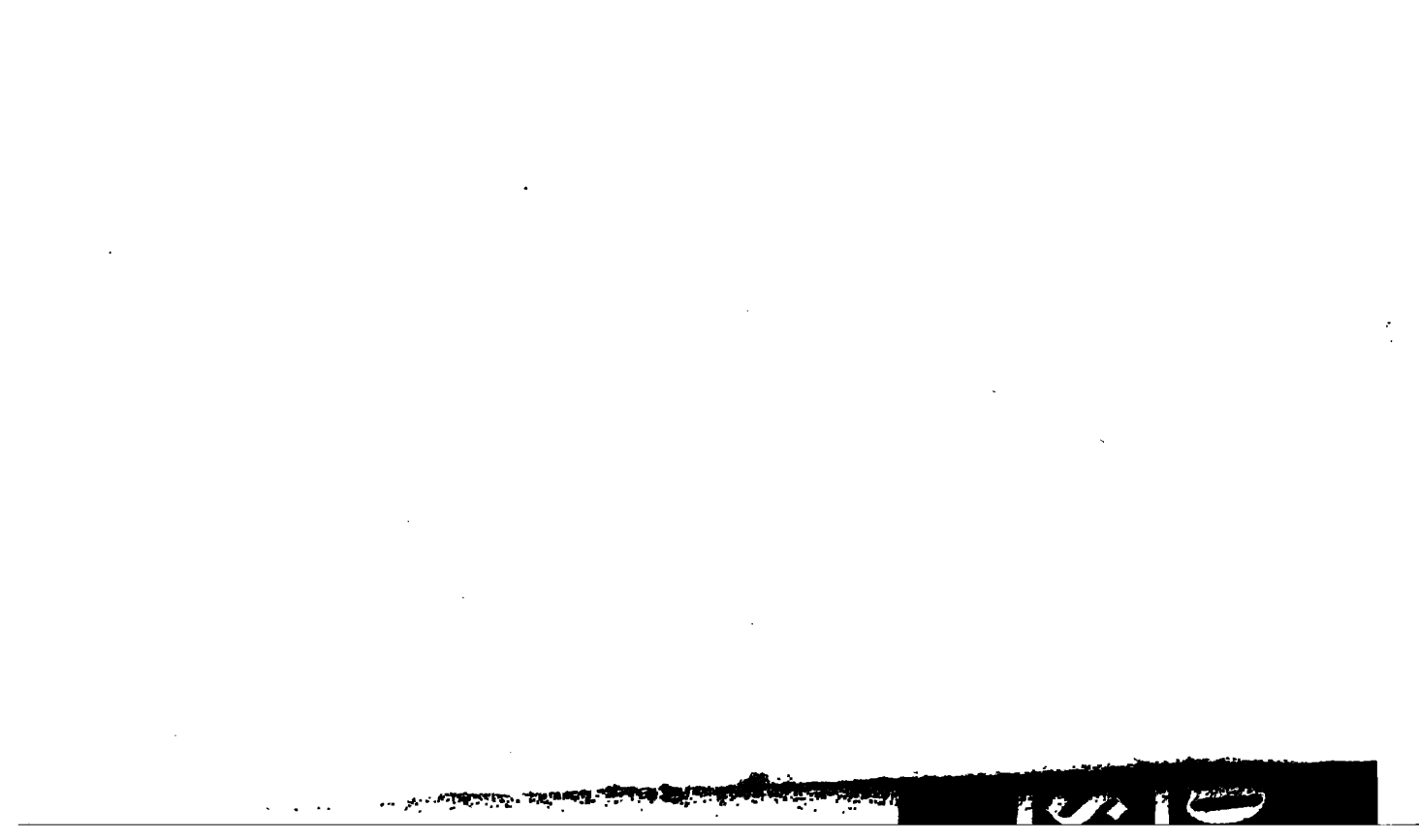
Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Aus 24035.35

HARVARD
COLLEGE
LIBRARY





Die österreichische Sozialdemokratie.

Von K. Schwechler
Chefredakteur des „Linzer Volksblatt".

Dritte, vermehrte Auflage.

Graz u. Wien 1908.
Verlagsbuchhandlung „Styria".

Die österreichische Sozialdemokratie.

Eine Darstellung ihrer geschichtlichen Entwicklung, ihres Programmes und ihrer Tätigkeit.

Von

K. Schwechler

▿ Chefredakteur des ▿
„Grazer Volksblatt".

Dritte, vermehrte Auflage.

Graz und Wien 1908.

▿ Verlagsbuchhandlung „Styria". ▿
Zweigniederlassung: Wien, I., Dominikanerbastei 4.

Aug 24035.35

HARVARD COLLEGE LIBRARY
FROM THE LIBRARY OF
JOHN GRAHAM BROOKS
APRIL 25, 1939

K. k. Universitäts-Buchdruckerei „Styria", Graz.

Vorrede.

Die Durchführung des Wahlkampfes im Jahre 1907 hat für die österreichische Sozialdemokratie mit einem Siege geendet, wie ihn in dieser Größe wohl wenige erwarteten. Doch mit der Erringung dieser politischen Macht im Parlamente ist die Sozialdemokratie nicht bloß am Ende des Kampfes um die Erweiterung der politischen Rechte, den sie seit zwanzig Jahren mit fiebernder Hast und nervöser Ungeduld führte und der all ihre Kräfte in Anspruch nahm, sondern zugleich am Anfange einer neuen Periode, in welcher sie alle Anstrengungen machen wird, um einen größeren Einfluß auf das politische und kulturelle Leben Österreichs zu erringen. In dieser Zeit wird aber die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit geistigen Waffen eine erhöhte Bedeutung erlangen und jeder, der nicht unserem Vaterlande das Untertauchen im roten Meere wünscht, wird bestrebt sein, nicht bloß sich selbst des Gegensatzes zur Sozialdemokratie klar zu werden, sondern auch diese klare Überzeugung zum Gemeingute der großen Massen zu machen, die dank eines demokratischen Wahlrechtes zur Teilnahme am politischen Leben berufen sind.

Um aber dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist es notwendig, den Sozialismus kennen zu lernen, wie er sich im österreichischen Gewande zeigt. Die vorliegenden Blätter wollen keinen Ersatz bilden für jene Literatur, welche der theoretischen Bekämpfung der Sozialdemokratie gewidmet ist, sondern nur eine Ergänzung derselben sein, da gerade die in

deutscher Sprache geschriebenen Werke über die Sozialdemokratie hauptsächlich die reichsdeutschen Verhältnisse behandeln. Der Verfasser konnte daher die rein kritische und negative Aufgabe zum größten Teile unberücksichtigt lassen und bezüglich einer Auseinandersetzung mit dem Sozialismus auf die schon vorhandene Literatur verweisen, zumal ihm nur darum zu tun war, in kurzen Zügen ein Bild der österreichischen Sozialdemokratie zu entwerfen, wobei auf eine erschöpfende Darlegung verzichtet wurde und zumeist das Bestreben vorlag, durch häufige und umfangreiche Zitate die sozialistischen Führer unmittelbar zu den Lesern sprechen zu lassen. Als kurzer Leitfaden für das Verständnis der Entwicklung und der Tätigkeit der österreichischen Sozialdemokratie sind diese Blätter gedacht und auch in der vorliegenden Auflage, in welcher die Ereignisse des letzten Jahres und die neueste sozialistische Literatur benutzt wurden, ist diesem Umstande Rechnung getragen worden. Die günstige Aufnahme der zwei ersten Auflagen, die innerhalb eines Jahres vergriffen wurden, berechtigt uns zur Annahme, daß auch die dritte Auflage den Beifall der geehrten Leser finden werde.

Graz, im Jänner 1908.

Der Verfasser.

Einleitung.

Große Volksbewegungen, welche die Massen mit sich reißen und begeistern, sind nicht bloß das Werk einzelner Männer, sondern auch das Erzeugnis lange wirkender Verhältnisse und Ideen. Wenn einzelne Männer als Erwecker und Förderer dieser Massenbewegungen genannt werden, so kommt ihnen häufig diese Auszeichnung nur insofern zu, als sie die unklaren Ideen und Reformbestrebungen einer bestimmten Klasse oder einer gewissen Zeitperiode in eine allgemeine und zugängliche Form gegossen haben. Große Ideen haben oft in der Gelehrtenstube ihre Geburtsstätte gefunden, doch zum Erreger einer Volksbewegung sind sie trotzdem nicht geworden, weil ihnen der Nährboden fehlte, weil sie nicht der Stimmung und den Bedürfnissen eines Volkes oder Standes oder einer Zeitperiode entsprachen. Die Daseinsbedingungen für die Sozialdemokratie waren in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die denkbar günstigsten. Der Siegeslauf des Industrialismus, der dank den herrschenden Anschauungen des ökonomischen Liberalismus keine Schranken kannte und dessen Moral nichts anderes war als der Profit, hatte eine neue Klasse erzeugt: die Industriearbeiterschaft, die von dem Gefühle der Unsicherheit ihrer Existenz stets beunruhigt, keinen andern Wunsch besaß, als diesen sozialen Zustand zu besei-

tigen. Das Auftauchen dieses neuen Standes bedeutete einen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit, eine Zertrümmerung aller Ideale; denn die großen Industriezentren, die wie Pilze nach einem warmen Regen plötzlich aus der Erde schossen, schufen eine besitzlose, heimatlose Masse, bei der nur ein Gedanke sie verband, nämlich der Gedanke, dieses Joch abzuschütteln und ein neues Wirtschaftssystem zu schaffen. Der Industrialismus revolutionierte alles, die Entwicklung der Produktionstechnik steigerte die Bedürfnisse und die Kontraste zwischen reich und arm. In der Großstadt sah der Arbeiter den Luxus, die Eleganz, die die Reichen bezüglich ihrer Wohnung, ihrer ganzen Lebensweise genießen, während er von der Fabrik in sein ödes Arbeiterviertel wandern mußte, das im grellen Kontraste zu dem stand, was soeben sein Auge geschaut. Aber damit waren auch seine Bedürfnisse geweckt und gestiegen und ein gewisser Groll und bitterer Haß in sein Herz hineingeweht. Dazu kam noch, daß er mitten im Getöse des Fabriksbetriebes den verführerischen Gedanken nicht abschütteln wollte, daß ja seine Hände den Reichen die Möglichkeit bieten, diesen Luxus zu entfalten. Wenn man noch erwägt, daß diese Massen, von ihrer Heimat losgerissen und mitten in neue Verhältnisse gestellt, vielfach dem Einflusse der liberalen „Aufklärungsmänner" überlassen und überdies schlecht pastoriert wurden — denn das Anwachsen der Industriezentren und der Großstädte ging so rapid vor sich, daß in vielen Fällen die kirchlichen Behörden sich in die neuen Verhältnisse nicht hineinfinden konnten und noch weniger eine neue Form der Seelsorge für diese Klasse zu schaffen im stande waren, um diesem einheitlichen Klassenbewußtsein, welches in diesen Massen steckte, Rechnung zu tragen —, so wird man eine Vorstellung von den Verhältnissen erhalten, unter welchen das Proletariat in Österreich vor dem Siegeszuge des Sozialismus lebte.

Die sozialistische Weltanschauung ist zwar eine Importware aus Deutschland, aber immerhin hatten diese Ideen auch die österreichischen Arbeiter sofort begeistert. Warum wohl? Dieses Proletariat sehnte sich nach einem Erlöser, nach einer Bewegung, welche diese unklaren Vorstellungen, welche in ihm schlummerten, zum Leben erweckte, welche seine Lieblingsphantasien erfüllte. Wenn man heute darüber einig sein mag, daß die ökonomischen und auch philosophischen Gesetze, welche der scharfe Verstand eines Marx und der Feuergeist Lassalles ausklügelten, vor dem Richterstuhle der heutigen Wissenschaft nicht mehr standhalten, so muß man doch sagen, sie haben es meisterhaft verstanden, dadurch, daß sie das ganze Leben durch die Brille der Industrie anschauten, die Lieblingsgedanken des Proletariats als Ergebnisse des natürlichen Laufes der Geschichte und der Wissenschaft hinzustellen und ihm nur das zu sagen, was es gern hört: daß seine Erlösung vom Kapitalismus und seiner Herrschaft nicht das Produkt der Gerechtigkeit, sondern ein sozialhistorisches Gesetz ist, das mit Naturnotwendigkeit kommt. Es wäre nicht unbedingt notwendig gewesen, daß die Hauptmasse der österreichischen Arbeiter die sozialistische Weltanschauung zu der ihrigen gemacht hätte; die Entwicklung der Arbeiterbewegung in England und Nordamerika zeigt, daß es auch noch andere Formen gibt.

Es ist aber nicht bloß genügend für eine politische Bewegung, die eine große Werbekraft ausübt, daß dieselbe eine abgeschlossene Weltanschauung, wie sie der historische Materialismus ist, und ein festumschriebenes Programm besitzt, sie muß auch noch Führer und Agitatoren erhalten, welche es verstehen, die Massen für die Partei zu begeistern und mitzureißen. In dieser Hinsicht hat der Liberalismus der österreichischen Sozialdemokratie die besten Führer, und zwar aus der jüdischen Intelligenz zugeführt. In Österreich

spielt das Judentum eine ganz andere Rolle als in Deutschland, Frankreich und England, wo der Assimilierungsprozeß mehr oder minder abgeschlossen erscheint. Das österreichische Judentum ist im beständigen Flusse, das Reservoir ist Ungarn und Galizien; der Zufluß ist geradezu unerschöpflich, aber gerade die österreichischen Juden fühlen sich heimatlos und sind von leidenschaftlicher Sehnsucht ergriffen, sich eine neue Heimat zu erringen. Für manche verliert diese Sehnsucht ihren herben Beigeschmack, wenn es ihnen gelingt, als Finanzmänner oder als Gelehrte auf der Börse oder am Katheder eine neue Heimat zu finden, andere stürzen sich in die hochgehenden Wogen der Politik und glauben, dort ein Eiland zu entdecken. So kam es, daß der Liberalismus, als er durch Österreichs Gaue seinen Siegeszug hielt, aus den Reihen des Judentums begeisterte Kampfgenossen erhielt, die vor allem mit ihrer Feder ihm wertvolle Dienste leisteten. Als aber die Massen sich unbefriedigt vom Liberalismus abwandten und er in der Öffentlichkeit infolge seiner Sünden jeden Kredit verlor, da war es naheliegend, daß sich viele Juden der aufsteigenden Sozialdemokratie anschlossen. Während der Liberalismus infolge seines unbeschränkten Individualismus dem Volkscharakter des Judentums zusagte, fand das Judentum in der Sozialdemokratie noch mehr verwandte Saiten. Es waren doch deren Begründer Marx und Lassalle Angehörige ihrer Rasse. Und die Sehnsucht, welche diese beide hatten, sich im Herzen des Volkes, des Proletariats, dem in ihren Augen die Zukunft gehörte, das allein noch Weltgeschichte macht, wenn es notwendig ist, auch auf dem Wege der Revolution, eine neue Heimat zu erobern, wo sie gänzlich aufgehen, fand bei der jüdischen Intelligenz volles Verständnis.

Ohne Zweifel sind aus dem Arbeiterstande tüchtige Agitatoren und Führer entstanden, die in mehr oder minder kleineren oder größeren Kreisen zur Ausbreitung und Ver-

tiefung der sozialistischen Ideen der Partei schätzbare Dienste leisten, doch keine Partei kann derjenigen intelligenten Führer entraten, welche von der Vogelperspektive aus die Fragen des öffentlichen Lebens mit einer gewissen Weltanschauung zu verbinden verstehen. Dies trifft beim Marxismus in erhöhtem Maße zu, da für jeden Nichtakademiker die Marxistischen Theorien und noch mehr seine Schriften, wo ein reiches literarisches Material mit erstaunlicher und außergewöhnlicher Gelehrsamkeit zusammengetragen ist, ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch bleiben wird. Die Mithilfe der jüdischen Intelligenz war daher ein wichtiger Faktor, zumal diese es verstand, den einfachen Arbeitern eine vortreffliche politische Erziehung angedeihen zu lassen. Daß die Hauptführer der österreichischen Sozialdemokratie dem Judentume angehören, ist kein Geheimnis, und wenn wir die Namen Dr. Adler, Dr. Ingwer, Dr. Ellenbogen, Dr. Verkauf u. s. w. nennen, so wird man unsere obige Behauptung bestätigt finden.

Nachdem wir in dieser Einleitung den Nachweis geführt haben, daß die natürlichen Bedingungen in Österreich für die Ausbreitung des Sozialismus vorhanden waren, erübrigt es uns, in einigen Strichen die Entwicklung, welche die Sozialdemokratie nach außen hin genommen hat, zu zeichnen.

I.

Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie.[1])

Das Erwachen der Arbeiterbewegung in Österreich erfolgte erst am Anfange der Sechzigerjahre. Keime von Klassenkämpfen finden sich zwar schon vor dem Jahre 1848, aber die soziale Gliederung war noch zu wenig bemerkbar und die Industrie noch zu wenig entwickelt, um die großen Arbeitermassen, welche die Sozialdemokratie zu ihrer Existenz so notwendig braucht wie der Fisch das Wasser, zu schaffen. Vielfach liefen die Interessen der Bourgeoisie und der Arbeiterschaft parallel, so daß man es selbstverständlich fand, wenn in den Revolutionskämpfen im Jahre 1848 diese beiden Stände gemeinsame Sache machten. Marx hatte zwar schon im Jahre 1847 sein kommunistisches Manifest in alle Welt hinausflattern lassen, doch in Österreich hatte es noch keinen

[1]) Benutzte Quellen:

Rudolf Meyer, Emanzipationskampf des IV. Standes, 2 Bde., Berlin 1874—1875.

„Die Entstehung einer Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich." (Sieh „Christlich-soziale Monatschrift", 9. Bd., Wien 1887.)

Heinrich Oberwinder, Die Arbeiterbewegung in Österreich, Wien 1875.

K. Kautsky, Die Arbeiterbewegung in Österreich. (Sieh „Neue Zeit", Stuttgart, VIII. Jahrg.)

Verhandlungen der Parteitage von 1889 bis 1905.

Brutus, Die Arbeiterbewegung in Böhmen. (Sieh „Die Zeitschwingen", Aussig 1896, VII. Jahrg.)

Widerhall gefunden. Erst anfangs der Sechzigerjahre wurde den sozialistischen Ideen in Österreich Eingang verschafft, und zwar durch den Lassalleschen „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein", der in Asch und Reichenberg Filialen gründete. Auch die „Internationale", die gelegentlich der Londoner Weltausstellung (1864) das Licht der Welt erblickte, bemühte sich um diese Zeit, durch Schaffung einer Geheimorganisation in Österreich hier festen Fuß zu fassen, doch die erhofften Erfolge blieben aus. Eine Vereinstätigkeit vor der Gewährung des neuen Vereinsgesetzes (1867) war nahezu ausgeschlossen und dadurch wurde das Entstehen der Arbeiterbewegung ungemein erschwert. Der einzige Verein, der in den Augen der Regierung Gnade fand, war der am 29. Februar 1864 „hohenorts" genehmigte Fortbildungsverein der Buchdrucker.

Dieser Verein, der am 3. April seine Konstituierung vornehmen durfte, war eine Schöpfung jener liberalen Politiker, die mit Hilfe des Programmes des Schulze-Delitzsch, der als Gründer der auf Selbsthilfe aufgebauten Genossenschaftsbewegung eine große Popularität in Deutschland genoß, die österreichischen Arbeiter mit dem Liberalismus aussöhnen wollten. Da auch Lassalleaner sich um die Mitgliedschaft dieses Fortbildungsvereines beworben hatten, so war dieser Verein der Boden, auf welchem die ersten Kämpfe ausgefochten wurden und die gegensätzlichen Meinungen der Schulzeaner und der Anhänger Lassalles zum Worte kamen. Die ersteren, die unter der Führerschaft des Wiener Advokaten Dr. Max Menger und des Nordbahnbeamten Engelbert Keßler (des späteren Gründers des I. Österr. Beamtenvereines) standen, fühlten sich bereits so stark, daß sie unmittelbar nach der Sanktion des neuen Vereinsgesetzes den Plan entwarfen, für ganz Österreich einen Arbeiterverein unter dem Titel „Selbsthilfe" zu gründen. Am 1. Dezember 1867 fand im Wiener „Universum" eine massenhaft besuchte Versammlung statt, in

welcher ein Komitee beauftragt wurde, Statuten für einen unter dem Namen „Selbsthilfe", Zentralverein der Arbeiter Österreichs, zu gründenden Verein zu entwerfen, und in welcher auch beschlossen wurde, ein Begrüßungstelegramm an Schulze zu senden, worin gesagt wurde, die österreichischen Arbeiter huldigen den Prinzipien des Begründers der deutschen Genossenschaftsbewegung. Die Schulzeaner waren um so mehr von dem Gelingen ihrer Arbeit überzeugt, da auch in Prag ihre Ideen freundliche Aufnahme fanden, wo Dr. Chleborád durch Gründung eines großangelegten Konsumvereines für die Verbreitung des Schulzeschen Programmes tätig war. Dieser Siegeszug der Schulzeaner war aber nur von kurzer Dauer.

Die Lassalleaner.

Der „Allgemeine deutsche Arbeiterverein" in Deutschland marschierte damals an der Spitze der Arbeiterbewegung in Europa und seine Emissäre waren auch nach Österreich gekommen, um hier die Arbeiter zum Anschlusse an Lassalle zu gewinnen, der zwar damals schon tot war, dessen Name aber genügte, um die Massen in flammende Begeisterung zu versetzen. Die Anhänger Lassalles hatten sich ebenfalls die Genehmigung des Vereinsgesetzes zu nutze gemacht, indem sie ihre bestehende Geheimorganisation auflösten und als Sammelpunkt für ihre Gesinnungsgenossen den „Allgemeinen Arbeiterbildungsverein" gründeten. Ihr Wortführer war der Tischler Hartung, der aus Deutschland nach Wien gekommen war und der als ehemaliger Schulzeaner am besten verstand, wie man dem Verein „Selbsthilfe" an den Leib rücken konnte.

Die Konstituierung des Arbeiterbildungsvereines erfolgte am 15. Dezember 1867 im größten Saale Wiens, in Schwendners „Kolosseum". Über diese Versammlung, die den Grundstein zur österreichischen Sozialdemokratie legte und der

daher eine historische Bedeutung nicht abgesprochen werden kann, entwarf ein Teilnehmer derselben, nämlich Hueber, in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" (1. Jänner 1905) folgende Schilderung: „Mit dieser Versammlung wurde die bald ins Große gehende Arbeiterbewegung in ganz Österreich eingeleitet. Mehrere Tausende Arbeiter zogen am frühesten Vormittag nach der Ortsgemeinde Rudolfsheim. Von allen Seiten kamen sie in Scharen herbeigeeilt und bald waren die sämtlichen weiten Räume des sich einer lokalen Berühmtheit erfreuenden Etablissements dicht besetzt. Auf der Straße vor den Lokalitäten wimmelte es von Arbeitern, zu denen sich bald auch viele Neugierige gesellten. Selbst der Polizeibericht schätzte die Zahl der anwesenden Arbeiter auf mehr als dreitausend ... Und drinnen im Saale wurde das Programm des neuen Vereines zergliedert und erläutert, wobei die Tendenzen der ‚Selbsthilfler' scharf kritisiert und deren allgemeine Undurchführbarkeit bewiesen wurde. Der Tischlergehilfe Hermann Hartung, der aus Deutschland nach Wien gekommen und hier in Arbeit getreten war, führte das Referat. Hartung war früher Schulzeaner, hatte aber die Undurchführbarkeit der Selbsthilfetheorien erkannt und trat 1866 zur Lassalleschen Richtung über. In seiner Rede schilderte er das segensreiche Wirken der deutschen Arbeiterbildungsvereine und erläuterte deren Grundsätze in ausführlicher Weise. Nochmals auf die Lehren Schulze-Delitzsch' zurückkommend, sagte er dann, daß ja auch die Anhänger der Lassalleschen Lehren bis zu einem gewissen Grade Selbsthilfler wären, nur in einem wesentlich edleren Sinne, indem alle arbeitenden Menschen, verbunden in der staatlichen Gemeinsamkeit, sich selbst helfen sollen aus ihrer furchtbaren Bedrängnis. Zum Schlusse seiner Rede sagte er: ‚Schulze-Delitzsch führt uns einen schlechten Weg; selbst — in seinem Sinne — kann niemand von uns sich helfen, dazu bedarf es höherer Gewalten, und eine solche

höhere Gewalt ist der Staat, nur der Staat allein, und wir müssen trachten, teilnehmen zu können an den Gewalten dieses Staates durch die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes. Und zu dieser Selbsthilfe wurde uns ein anderer Weg gezeigt. Ich habe ihn Ihnen, Bürger, beschrieben. Und für uns kann es kein Zweifel sein, darf es keiner sein — nicht die Wege Schulze-Delitzsch' wollen, dürfen wir wandeln. Jene Wege müssen wir gehen, die ein anderer, ein gewaltigerer Mann uns gewiesen: Ferdinand Lassalle!' ... Ein Beifallssturm, wie er bis dahin noch niemals in einer Versammlung gehört worden war, durchbrauste den riesigen Saal, der in der Folge oft noch glänzende Arbeiterversammlungen und Feste sah. Jubelnde Hochrufe auf Lassalle, die sich immer wieder erneuten, ertönten, Hüte und Tücher wurden geschwenkt — ein wahrhafter Taumel des Enthusiasmus bemächtigte sich der Anwesenden. Mehr als eintausend Mitglieder traten sofort dem neuen Verein bei. Die Arbeiterbewegung in Wien und Österreich war in Fluß gekommen."

Die Schulzeaner sahen, daß ihnen immer mehr und mehr der Boden unter ihren Füßen entzogen wird, wenn sie sich nicht zu einem energischen Schritte aufrafften. Am 12. Jänner 1868 berief Dr. Menger eine öffentliche Versammlung zur Konstituierung des „Selbsthilfe-Zentralvereines" ein, um einen Hauptschlag gegen die Lassalleaner vorzunehmen. Um vor jeder Niederlage sicher zu sein, hatte der Nordbahnbeamte Keßler 2000 Arbeiter aus den Eisenbahnwerkstätten zur Versammlung mitgebracht. Doch die Schlacht endete zu Ungunsten der Einberufer. Mit allen gegen vier Stimmen wurde der Anschluß an den Arbeiterbildungsverein beschlossen. Damit war die Schulzesche Bewegung geschlagen. Die Lassalleaner behaupteten jetzt allein das Feld. Ihr Verein wurde in Wien ein sehr beachtenswerter Faktor, in den entlegensten Vororten eröffnete er Lesezimmer; er schuf eine

Kranken- und Invalidenkasse (die heutige Allgemeine Kranken- und Invalidenkasse), so daß er bereits im April 1868 4100 Mitglieder zählte. Am 26. Juni 1868 wurde eine öffentliche Volksversammlung abgehalten, in welcher Oberwinder das Lassallesche Programm entwickelte, die Selbständigkeit einer sozialistischen Arbeiterpartei verteidigte und ein Bündnis mit den Liberalen befürwortete, um die Liberalen vorwärtszudrängen und sie im Kampfe gegen die „Feudalklerikalen" zu unterstützen.

Im August 1868 beriefen die Leiter der Partei einen Arbeitertag ein, der ein Agitationskomitee wählte und verlangte, daß sich die Agitation auf fünf Gegenstände, nämlich: Allgemeines Stimmrecht, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Koalitionsrecht, Beseitigung des Zeitungsstempels und Freigabe der Kolportage, erstrecken sollte. Um diesen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, bewarb man sich um die Unterstützung der liberalen Abgeordneten und Gemeinderäte. Von den Abgeordneten erklärte Dr. Roser seinen Anschluß an die Partei, während Fux und Graf Christoph Stolberg das Versprechen gaben, für die wichtigsten Programmpunkte einzutreten. Im Winter 1868 wurde das Parteikomitee von der Wiener Polizeibehörde als gesetzwidrig aufgelöst und sämtliche Mitglieder wegen Übertretung des Vereinsgesetzes mit einer Gefängnisstrafe belegt. Am 11. April 1869 erschien die erste Nummer der „Volksstimme". An demselben Tage wurde das erste Gründungsfest des Wiener Arbeiterbildungsvereines gefeiert, nach dessen Vorbild im Laufe eines Jahres Vereine gegründet wurden in Bodenbach, Brünn, Gloggnitz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Bozen, Freiberg, Judenburg, Neunkirchen, Wels, Wiener-Neustadt, Zeltweg, Görkau, Krems, Korneuburg, St. Pölten, Triest u. s. w. Bei dem Gründungsfeste, dem zahlreiche liberale Politiker beiwohnten, nahm auch der Senior der Burschenschaft „Olympia" namens

der Wiener Studenten das Wort, um den Bund der akademischen Jugend mit den demokratischen Arbeitern in Österreich zu feiern.

In eine sehr fatale Situation kamen die österreichischen Teilnehmer an dem Eisenacher Sozialistenkongreß. Nach Oberwinders Aufzeichnungen untersagte ein Erlaß des Ministers Giskra die Bildung von Vereinen auf Grund des Eisenacher Programmes. In den Monaten Oktober und November 1869 wurden alle von Arbeitern angemeldeten Versammlungen als staatsgefährlich untersagt. Als Abgeordneter Dr. Roser den Minister des Innern über die Stimmung der Arbeiter unterrichtete, antwortete dieser in verächtlichem Tone: „Ich habe keinen Grund, Rücksicht zu nehmen auf das Dutzend Schwätzer, welches beim Zobel Vorstellungen gibt." Die Antwort war um so unhöflicher, als Dr. Roser zu jenen gehörte, welche in den Zobelschen Lokalitäten gesprochen hatten.

Dieses Vorgehen faßte die Partei als eine Kriegserklärung auf und veranstaltete daher vor dem Reichsrate eine Massenkundgebung, um die Regierung einzuschüchtern. Am 13. Dezember 1869 vormittags 8 Uhr bot Wien das seltene Schauspiel eines Aufmarsches militärisch geordneter Arbeiterkolonnen. Oberwinder berichtet darüber: „Ernst und schweigsam hatten sich die Arbeiter auf dem Sammelplatze eingefunden und ebenso ruhig durchzogen sie die Straßen. Um 9 Uhr waren alle Gruppen in der Nähe des Reichsratsgebäudes eingetroffen, worauf ein großes Karree formiert wurde, dessen Stärke die Journale auf 30.000 bis 40.000 Mann bezifferten. Zehn Arbeiterdelegierte meldeten sich beim Ministerpräsidenten. Nur drei Personen wurden vom Grafen Taaffe empfangen, der ihnen sagte, das Vorgehen der Arbeiter sei zwar revolutionär, aber nichtsdestoweniger wolle er ihre Wünsche dem Ministerrate unterbreiten."

Am 14. Dezember legte der Justizminister Dr. Herbst dem Abgeordnetenhause eine das Koalitionsrecht gewährende Gesetzesnovelle vor. Im Herrenhause protestierten zu gleicher Zeit die Fürsten Lobkowitz, Fürstenberg, Graf Falkenhayn und Altgraf Salm gegen die Handlungsweise der Regierung, weil sie diese Demonstration nicht gewaltsam verhindert hatte. Die Antwort auf diese Demonstration besorgte der Staatsanwalt, der gegen die Mitglieder der Deputation Verhaftbefehle erließ. Es kam zu dem berühmten Arbeiter-Hochverratsprozesse, der damit endete, daß Oberwinder zu sechs Jahren, Most, Scheu und Papst zu fünf Jahren, die übrigen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von zwei bis zehn Monaten verurteilt wurden. Bald nach der Publikation des Urteiles wurden sämtliche Wiener Arbeitervereine von der Polizei aufgelöst. Am 8. November 1871 kam die überraschende Botschaft von der Berufung des Ministeriums Hohenwart-Schäffle. Schäffle hatte in seinem im Laufe des Wiener Hochverratsprozesses erschienenen Buche „Kapitalismus und Sozialismus" für das allgemeine Wahlrecht plaidiert und die Verfolgung der Sozialisten mißbilligt. Infolge des neuen Kurses in der inneren Politik wurden die Verurteilten freigelassen und die Neukonstituierung der aufgelösten Vereine gestattet.

Die Periode der Spaltungen.

Die Lassalleanische Organisation hatte um diese Zeit ihren Höhepunkt bereits überschritten und erwies sich ohnmächtig, um die Partei vor Zersplitterungen zu bewahren. Der Müllerbursche Pfeiffer und der tschechische Schneider Baudisch gründeten eine föderalistische Partei, der unbegründeterweise Beziehungen zu konservativen Kreisen nachgesagt wurden und die später in der radikalen Partei aufging. Oberwinder mit dem Organ „Volkswille", zu dessen erforderlichen Kaution der Bankier

Simon Deutsch 2000 Gulden und Alexander Scharf, der Herausgeber der „Sonn- und Montags-Zeitung", 1000 Gulden beisteuerten, stand an der Spitze der „Gemäßigten". Die dritte Richtung war die sogenannte „radikale" des Andreas Scheu, deren Organ die „Glocke" und später die Wiener-Neustädter „Gleichheit" war. Als Oberwinder im Frühjahre 1872 eine Agitation für die Arbeiterkammern einleiten wollte, protestierten die Radikalen dagegen und präzisierten ihren Standpunkt dahin, man dürfe im Interesse der „Revolution" von der Regierung weder etwas verlangen noch annehmen, da jede Reform geeignet sei, den Ausbruch der Revolution aufzuhalten. Scheu benutzte namentlich Oberwinders Eintreten für die Arbeiterkammern, um in der Wiener-Neustädter „Gleichheit" und im Leipziger „Volksstaat" gegen Oberwinder zu agitieren. Diese Agitation hatte zur Folge, daß das Erscheinen des „Volkswille" unmöglich wurde. Die „Gleichheit" wurde dagegen aus einer Halbmonatsschrift in ein Wochenblatt umgewandelt und von Wiener-Neustadt nach Wien verlegt.

Inzwischen trug sich Oberwinder mit dem Plane, den „Volkswille" in ein Tagblatt umzuwandeln, und zu diesem Zwecke wandte er sich an einen der Partei wohlbekannten Finanzmann namens Simon Deutsch, der einige Jahre vorher die Erlegung der Kaution für den „Volkswille" ermöglicht hatte. Damals hatte er von den erforderlichen 4000 Gulden 2000 Gulden beschafft; 1000 Gulden gehörten dem Herausgeber der „Sonn- und Montags-Zeitung", Alexander Scharf, 1000 Gulden dem „Deutsch-republikanischen Vereine in Zürich", welch letzterer Betrag später ebenfalls durch Deutsch ersetzt wurde. Deutsch stellte also in bestimmter Weise die baldige Übermittlung der zum Bestande des Tagblattes nötigen Fonds in Aussicht und gestützt auf dieses Versprechen machte Oberwinder bei Michael Etienne, dem Chefredakteur der „Neuen Freien Presse", ein Darlehen von 10.000 Gulden.

Durch die Börsenkatastrophe vom 8. Mai 1873, von der auch Simon Deutsch arg mitgenommen wurde, wurde der Plan der Gründung eines Tagblattes zunichte gemacht. Inzwischen hatte in der „radikalen Bewegung" Andreas Scheu eine hervorragende Stellung eingenommen.

In dieser Periode wechselten überschwengliche Illusionen, gänzliche Hoffnungslosigkeit, ungezügelter Tatendrang und dumpfe Apathie. Ohne Zweifel war die Partei im Niedergang begriffen. Kautsky gibt selbst zu, daß das Ministerium Auersperg mit seiner Bekämpfung der Sozialdemokratie Glück hatte. Der Parteienzwist, der Druck von oben erzeugten Entmutigung und Lähmung der Parteitätigkeit. Immer mehr schmolz die Partei zusammen; zuerst wandten ihr die Furchtsamen den Rücken, dann schlichen sich auch die Zielbewußten langsam zur Seite. Oberwinder sagt von Kautsky: „Er ließ beim Herannahen der kritischen Periode den Radikalismus ganz beiseite und zog sich in die Sphäre des wissenschaftlichen Sozialismus zurück, wo er — fern von seinen, den härtesten Verfolgungen preisgegebenen Opfern und Genossen — zu den literarischen Parteigöttern emporstieg." Im Jahre 1874 wurde zwar in Neudörfl bei Wiener-Neustadt ein Kongreß abgehalten, aber den Zwist zwischen den Gemäßigten und Radikalen konnte er nicht aus der Welt schaffen.

Die Terroristen.

Seit dem Jahre 1878 machte sich unverkennbar die Rückwirkung des deutschen Sozialistengesetzes auf Österreich geltend. Die Radikalen bekamen gegenüber den Marxisten, denen sich die Anhänger Oberwinders und des Arbeiterbildungsvereines (Lassalleaner) anschlossen, Oberwasser, da sie beständig auf Deutschland hinwiesen, wo die ruhige Taktik vollständig Bankerrott gemacht habe. In diese Zeit fällt auch

das Erwachen der terroristischen Bewegung in Rußland. Es war die Zeit, wo auch in Österreich die Nihilistin Sassulitsch als Heldin gefeiert und wo die Ermordung des Zaren Alexander II. als ein Signal für eine allgemeine Revolution angesehen wurde. Die Londoner „Freiheit" und die gefährlichste Emigrantenpresse fand Eingang in Österreich. Die terroristische Richtung eroberte sich auch in Österreich im Fluge die Herzen der Arbeiter. Im Jahre 1880 wurde von den Radikalen die „Zukunft" gegründet und als deren Redakteur Josef Peukert bestellt. Doch die Hauptarbeit besorgte nicht die „Zukunft", sondern die in großen Massen in Geheimdruckereien hergestellten Flugschriften mit blutrünstigem Inhalte. Die Folgen dieser Aufhetzung blieben nicht aus. So kam es zu einer Anzahl von anarchistischen Attentaten, so z. B. am 4. März 1882 auf den Schuhwarenfabrikanten Merstallinger, am 15. Dezember 1883 auf den Polizeikommissär Hloubek, dann zu einem Attentat auf den Wechselstubenbesitzer Eisert und auf den Polizeidetektiv Ferdinand Blöch. Zwei der Attentäter, Stellmacher und Kammerer, wurden hingerichtet.

Kautsky[1]) charakterisiert diese Zeit in folgender Weise:

„Im Jahre 1883 verließ ich Österreich, um die ‚Neue Zeit' zu begründen. 1888 kam ich wieder. Man kann sich keinen schärferen Kontrast denken, als der Anblick war, den die Sozialdemokratie Österreichs zu diesen zwei Zeitpunkten bot. 1883 herrschte in unseren Reihen der wildeste Bruderzwist. Die österreichische Sozialdemokratie, bis dahin geistig völlig abhängig von der Deutschlands, hatte seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes jeden Halt verloren. Die scharfe Kritik, die Most an der deutschen Bruderpartei übte, sowie die glänzenden Erfolge des russischen Terrorismus hatten in Österreich eine stets wachsende radikale Strömung in unserer Partei gezeitigt, die, alle Rücksichtnahme auf die tatsächlichen Verhältnisse als feigen Opportunismus verhöhnend, wähnte, der bloße Wille zur Revolution genüge,

[1]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 25. Dezember 1906.

sie zu machen, und alle Mittel für gerechtfertigt hielt, diesen Willen zu erzeugen. — Die ‚Gemäßigten', die diesen Fanatismus und diese Illusionen nicht mitmachten, kamen dagegen doch nicht auf. Selbst die Staatsanwälte verhöhnten sie als Sozialisten in Schlafrock und Pantoffeln; sie besaßen keine zündende Losung, die sie den glänzenden Verheißungen der ‚Radikalen' entgegensetzen konnten, und naturgemäß sammelten sich in ihren Reihen alle energielosen und ängstlichen Elemente der Partei, indes der Radikalismus auf die enthusiastischen und optimistischen Elemente die größte Anziehungskraft übte. Da kam im Jänner 1884 die Katastrophe. Wie heute in Rußland die revolutionäre Bewegung die Praxis der ‚Expropriationen' zeitigt, Gaunereien, die angeblich im Interesse der Partei vollzogen wurden, so entstanden auch unter den ‚Radikalen' Österreichs Elemente, die einen Gaueranarchismus propagierten und praktizierten. Aber die revolutionären Parteien Rußlands weisen heute derartige Ausschreitungen entschieden von sich, als Mittel, die nicht im stande sind, die Partei zu fördern, wohl aber zu korrumpieren und zu kompromittieren. Dazu waren die ‚Radikalen' Österreichs zu unerfahren und zu sehr von Lockspitzeln umgarnt. Sie übernahmen die Verantwortung für den ‚Gauneranarchismus', so fielen auch die Gegenwirkungen von dessen Gemeinheiten und Bestialitäten auf sie zurück. Als die österreichische Regierung die Ausnahmsverordnungen gegen die sozialistische Bewegung erließ, brach der ‚Radikalismus' jäh zusammen, was bloße polizeiliche Gewaltmaßregeln unmöglich hätten erreichen können, wenn er eine gesunde Basis gehabt hätte, wenn er nicht auf Illusionen, Konfusion, Lug und Trug einzelner seiner Vorgänger aufgebaut gewesen wäre und nicht die Masse der Bevölkerung, ganz abgesehen von den Besitzenden, durch die Gaunertaktik gegen sich erbittert hätte. Mit dem ‚Radikalismus' brach aber der kraftvollste, energischeste und hingebendste Teil der österreichischen Sozialdemokratie zusammen. Und die ‚Gemäßigten' wurden von den Gegnern und der Bevölkerung mit den ‚Radikalen' in einen Topf geworfen. Ebenso wie die Radikalen verfolgt, von ihnen aber mit Mißtrauen, ja mit Verachtung als Helfershelfer der Gegner betrachtet, wurden die ‚Gemäßigten' auch in den allgemeinen Niedergang mit hineingezogen. 1885 erschien die österreichische Sozialdemokratie so gut wie tot."

Einiges über die Pläne, welche in dem Gehirn der Radikalen damals ausgeheckt wurden, erzählte Abgeordneter Hybeš in einer Versammlung, die am 5. Dezember 1905 in den Mariensälen im 14. Wiener Bezirke stattfand:

„Wir dachten, daß wir mit den Neuner- und Zwölferbünden die ganze Welt erobern werden. Wir kauften uns ‚Lehmanns Wohnungs-Anzeiger', suchten alle Adressen von Ministern und anderen Würdenträgern heraus und wir faßten den Entschluß, bei gelegener Zeit in einer Nacht alle diese unsere Gegner und die Generale zu erwürgen und beiseite zu schaffen. Wir hatten auch allerlei Pläne zur Durchführung dieser Idee; wir verließen uns darauf, daß wir deren Stubenmädchen und Köchinnen gewinnen und auf diese Weise in deren Wohnungen gelangen werden. Schließlich sagten wir uns, es sei nötig, um beim Volke uns Glauben zu verschaffen, einen Zeitpunkt festzusetzen, bis zu dessen Ablauf wir alle aufhängen. Wir sagten uns, daß dies längstens in zehn Jahren geschehen müsse ... Es geschah öfters, daß unser Blatt konfisziert wurde, ohne daß der Staatsanwalt es gelesen hatte. Erst nach der Konfiskation fahndete man nach einem Konfiskationsgrunde. Um uns zu rächen, gründeten wir eine geheime Druckerei. Später genügte sie uns nicht und wir mußten eine zweite und eine dritte ins Leben rufen. Auch Höllenmaschinen erprobten wir; und sie hätten ihre Wirkung sicher getan. Aber im gegebenen Momente mußten sie vergraben werden, wo, das weiß ich nicht, das wußten aus Gründen der Vorsicht nur wenige Genossen, um einen Verrat zu verhindern. Aber es war sicher hier in Fünfhaus oder in Sechshaus. Auf diese Höllenmaschinen hat die Arbeiterschaft viel eigenes Geld verwendet. Wir verließen uns damals auf nichts als auf eine Verschwörung. Diese sollte uns zum Ziele führen. Sie müssen auch in Betracht ziehen, daß damals eine andere Munition vorhanden war, es standen Vorderlader in Verwendung und wir fürchteten uns damals nicht sonderlich vor den Soldaten. Allerdings lehrt uns die russische Revolution, daß auch heutzutage sich eine Revolution noch durchführen läßt ... Einzelne Genossen waren vollends bestrebt, irgend jemanden als Diener in das Krankenhaus hineinzubekommen, damit er Nadeln in Leichengift eintauche und damit es uns möglich wäre, mit diesen Nadeln unsere Gegner zu beseitigen.

Auch an Kalkzigaretten dachten wir. Wir wollten ungelöschten Kalk unseren Verfolgern in die Augen spritzen und sie ihnen ausbrennen."

Die Regierung beantwortete diese terroristischen Taten mit der Verhängung des Belagerungszustandes (31. Jänner 1884). Die Polizei erhielt das Recht, Zeitungen zu unterdrücken, Personen auszuweisen, Versammlungen zu verbieten und die Geschwornengerichte zu suspendieren. Kautsky war auf Peukert, den Führer der Terroristen, sehr schlecht zu sprechen und fand es auffallend, daß man ihn, den man allgemein zum mindestens der Mitwisserschaft an den anarchistischen Attentaten zieh, nicht nur nicht in Untersuchung festgenommen hatte, sondern ihm vom Polizeirat Stehlig sogar Reisegeld gegeben wurde, um angeblich im Prozeß Reve in Hanau als Entlastungszeuge auftreten zu können. Zwei Tage später nach seiner Abreise wurde der Ausnahmszustand verhängt und Peukert steckbrieflich verfolgt. Kautsky kann daher nicht den Verdacht unterdrücken, daß Peukert den Verräter gespielt habe. Während des Ausnahmszustandes wurde die „Zukunft" verboten, zahlreiche Vereine aufgelöst und über 500 Anarchisten ausgewiesen. Das Blatt der „Gemäßigten", „Die Wahrheit", stellte sein Erscheinen selbst ein, als am 20. Juni 1885 die Regierung den Entwurf eines Sozialistengesetzes dem Reichsrate vorlegte. Mit Ausnahme des „Volksfreund" in Brünn erschien damals kein einziges sozialistisches Blatt.

Doch bereits im Jahre 1886 beginnen sich die Sozialisten von den schweren Schlägen, die ihnen der Ausnahmszustand versetzte, langsam zu erholen. Kautsky spottet darüber, daß den österreichischen Bureaukraten „Ausdauer und Konsequens nur in geringem Maße eigen" seien, da der Druck von oben bald nachließ. Aber nicht bloß die neue Taktik der österreichischen Regierung, auch der industrielle Aufschwung,

die Erfolge der Sozialdemokratie in Deutschland begünstigten das Sammeln der zersprengten Elemente, so daß die sozialistische Bewegung wieder in aufsteigender Richtung sich befand. Die Radikalen hatten in ihren Wein viel Wasser gegossen, in Rußland war der Terrorismus gebrochen und die vernünftigen Arbeiter kamen doch zur Einsicht, daß die Verzweiflungstaktik nur großes Elend über die Partei gebracht hatte. Ein Glück war es aber auch für die Sozialdemokratie, daß um diese Zeit aus dem nationalliberalen Lager ein Mann herüberkam, der noch unverbraucht war und in dem Streite zwischen der radikalen und gemäßigten Tonart noch keine Gelegenheit hatte, das Wort zu ergreifen. Es war Dr. Adler, der sich durch die Herausgabe der „Gleichheit" (die erste Nummer erschien am 11. Dezember 1886) eine Tribüne schuf, von welcher aus er die Versöhnung der beiden Richtungen in eindrucksvoller Weise predigte. Beide Richtungen hatten unter dem Ausnahmszustande gelitten und das brachte sie näher.

Am 3. April 1887 tagte in Wien eine große Volksversammlung, an der beide Fraktionen teilnahmen und in welcher folgende Resolution angenommen wurde: „Die Versammlung verlangt die sofortige Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Propaganda, ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen." Damit war das Eis gebrochen und die Formel gefunden, um beide Richtungen unter einen Hut zu bringen. Dr. Adler hatte mit seiner Versöhnungsarbeit Glück gehabt, so daß er am 3. November 1888 in der glücklichen Lage war, in seinem Blatte, der „Gleichheit", den Aufruf zur Abhaltung des Hainfelder Parteitages zu bringen. Damit beginnt eine neue Periode.

Die Reorganisation der Partei.

Der Hainfelder Parteitag (30., 31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889) bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, denn es war nicht bloß die Stunde gekommen, wo nach langem Hader und Zwist die Streitaxt begraben, sondern wo die Partei geradezu modernisiert wurde. Der steirische Flügel der Radikalen unter Führung Rißmanns suchte zwar diese Einigkeit zu stören, doch ihre Niederlage war eine so niederschmetternde, daß sie den Parteitag verließen und unter der neuen Firmatafel „Die Unabhängigen" ihr Glück auf eigene Faust versuchten. Viel Glück war ihnen nicht beschieden, denn Rißmann, von Kautsky „der letzte Mohikaner des Anarchismus in Österreich" genannt, hat sich schon längst vom öffentlichen Leben zurückgezogen, und was sich heute noch zu dieser Fraktion bekennt, führt ein sehr verborgenes Dasein. Durch Aufstellung eines Programmes, das von allen Delegierten mit Ausnahme von vieren angenommen wurde — darunter stimmten drei dagegen und einer enthielt sich der Abstimmung, es war der jetzige Abgeordnete Resel — und eine einheitliche Organisation kehrte ein gewisses Selbstbewußtsein in die Reihen ihrer Anhänger zurück. So sehen wir auch bereits einige Monate nach dem Parteitage namentlich in Böhmen die „Genossen" an eifriger Agitationsarbeit. Sehr zu statten kam ihnen auch die Enquete über die Arbeiterkammern, die zu einem Arbeiterkongreß aller Nationen Österreichs auf Staatskosten wurde.

Die liberalen Führer Plener, Exner und Wrabetz erkannten, daß durch die Erteilung des Wahlrechtes an die Fünfguldenmänner ihre Herrschaft durch den Antisemitismus bedroht werde, und daher schauten sie sich um Bundesgenossen um. Sie hofften durch Schaffung einer Arbeiterkurie das nötige Material zu erhalten. Als Pernerstorfer den Antrag

stellte, eine Enquete in dieser Frage einzuberufen, zu welcher die Vorstände der Arbeiter-Krankenkassen und der Gewerkschaften einberufen werden sollten, wurde dieser Antrag angenommen und damit war ein neues Mittel für die österreichische Sozialdemokratie geschaffen, um mit den Arbeiterführern der nichtdeutschen Nationen Verbindungen anzuknüpfen. Das Jahr 1889 brachte eine Anzahl großer Lohnkämpfe. Der Tramwaystreik in Wien hatte die Unterdrückung der „Gleichheit" und eine Verurteilung Dr. Adlers zu einer dreimonatlichen Kerkerstrafe zur Folge. An die Stelle der „Gleichheit" trat am 12. Juli 1889 die zweimal monatlich erscheinende „Arbeiter-Zeitung", die am 18. Oktober 1889 in ein Wochenblatt umgewandelt wurde. Am 8. November 1889 begann in Wien die „Volkspresse" zu erscheinen, die berufen war, die indifferenten Arbeiter zum Anschlusse an die Sozialdemokratie zu gewinnen und als deren Herausgeber Rudolf Hanser und Heimann fungierten. Die sozialistische Bewegung war in Österreich bereits derart konsolidiert, daß am internationalen Sozialistenkongreß in Paris die österreichischen Vertreter Dr. Adler und Hybeš der Proklamierung der Maifeier mit dem Hinweise, daß sie in Österreich einen glänzenden Verlauf nehmen werde, zustimmen konnten. In Wien beteiligten sich an der Maifeier über 100.000 Arbeiter. Mit kolossaler Intensität wurde in diesen Jahren die Agitationsarbeit betrieben. In den Jahren 1890 und 1891 tagten verschiedene Fachkongresse, die alle den Beweis lieferten, daß die sozialistischen Tendenzen nicht mehr auf einige auserwählte Arbeiterkreise beschränkt blieben, sondern in die großen Massen gedrungen waren. Hand in Hand mit der Organisation nahm auch die Presse einen Aufschwung.

Am 28., 29. und 30. Juni 1891 fand der II. sozialdemokratische Parteitag in Wien statt, an welchem zum ersten Male Polen und Italiener vertreten waren. Die

tschechischnationalen Vertreter verließen diesen Kongreß, weil ihrem Ansuchen auf Revision des Hainfelder Programmes und nationaler Organisation nicht entsprochen wurde. Die Bedeutung dieses Parteitages liegt wohl darin, daß die Aufmerksamkeit der Delegierten auf die Betätigung in den Gewerkschaften, den Rekrutierungsschulen der Sozialdemokratie, gelenkt wurde. Aus dem Rechenschaftsberichte, der auf diesem Parteitage erstattet wurde, ging hervor, daß sich die Partei von den Schlägen des Ausnahmszustandes gut erholt hatte, denn sie zählte damals 219 Vereine mit 47.160 Mitgliedern, 16 politische Blätter mit 55.750 Abnehmern und 19 Fachblätter mit 44.000 Abonnenten. Als Vertreter am II. internationalen Sozialistenkongreß zu Brüssel nahmen aus Österreich teil Dr. Adler, Daszynski und Mendelssohn.

Am III. österreichischen Parteitage in Wien (5. bis 9. Juli 1892) erstatteten die Polen einen eingehenden Bericht über ihre Agitation. Demselben ist zu entnehmen, daß in Lemberg und Krakau die ersten Erfolge errungen wurden und daß im Jahre 1892 der sozialdemokratische Parteitag für Galizien stattfand, der von 48 Delegierten aus 12 Ortschaften besucht war. In Lemberg hatten sich die Studenten der Sozialdemokratie angeschlossen und in Krakau übernahm das Redaktionskomitee des „Naprzód“, der es in kurzer Zeit auf 1200 Abnehmer brachte, die Parteileitung. Das Jahr 1892 ist ein Wendepunkt für die polnische Sozialdemokratie, von dieser Zeit datiert ihr Aufschwung und die Festigung ihrer Agitation. Dafür konnten die italienischen Delegierten von ihrer Organisation nicht viel Erfreuliches berichten. Der „Avanti“ hatte sein Erscheinen eingestellt, ein Teil der Arbeiter ließ sich vom Irredentismus verführen und der andere Teil erlaubte sich den Luxus eines Zwistes. Den größten Raum in den Verhandlungen des Parteitages nahm

aber die Affäre Hanser ein. Hanser erfreute sich infolge seiner populären Rednergabe der größten Sympathien unter den Arbeitermassen. Doch Hanser war ein sehr leichtsinniger Mensch, er kontrahierte allerlei Schulden, war in der Verrechnung der Gelder sehr salopp und es wurde ihm auch Trunkenheit zum Vorwurfe gemacht. Dr. Adler gewann in Schuhmeier einen neuen Volksredner, dem die Aufgabe zufiel, dem Herausgeber der „Volkspresse" das Wasser abzugraben. Der Hauptschlag gegen Hanser wurde aber am Parteitag geführt, wo er von der Organisation einfach ausgeschlossen wurde, da er sich gegen die Vorwürfe nicht verteidigen konnte. Seinem Freunde Heimann, der für Hanser eine Lanze brach, wurde gleichfalls der Stuhl vor die Tür gesetzt. Schuhmeier, der schon vorher gegen die „Volkspresse" die „Volkstribüne" gründete, beherrschte nun das Feld allein.

Im Jahre 1893 emanzipierte sich die tschechische Sozialdemokratie, die mit der deutschen Mutterorganisation noch immer verbunden war, vollständig, und auf dem Budweiser Parteitag konstituierte sie sich als selbständige politische Partei, um dann später (1899) auch die selbständige gewerkschaftliche Organisation anzustreben.

Im Jahre 1893 wagte es die Sozialdemokratie öffentlich, ihre Hand auf die Gewerkschaftsbewegung zu legen. Es geschah dies beim I. österreichischen Gewerkschaftskongreß, der vom 24. bis zum 28. Dezember 1893 in Wien tagte, der auf sozialdemokratischer Basis stand und die Prinzipien für den Ausbau und die Zentralisation der gewerkschaftlichen Organisation feststellte. Die Berichterstatterin der „Christlich-sozialen Monatschrift" Maria Vogelsang konstatierte damals mit Bedauern, daß dieser Kongreß, der mit den Klängen des Liedes von der Arbeit endete, die Tatsache klargestellt habe, daß in Österreich die gewerkschaftliche Bewegung Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gehe.

Die erste Wahlrechtsbewegung.

Die nächsten Jahre standen im Zeichen des Kampfes um die Wahlreform. Die belgischen Wahlkämpfe waren auch für die österreichische Sozialdemokratie das Signal, um die Fahne der Wahlreform zu entrollen. Eine Reihe von Demonstrationsversammlungen eröffneten die Kampagne, am 15. Juni 1893 wurde die Flugschrift „Eine Frage an die Rechtlosen" in der ganzen Monarchie verteilt, am 9. Juli zogen über 40.000 Arbeiter vor das Parlament, um für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu demonstrieren. Der IV. Parteitag (Wien, Ostern 1894) stand unter dem Eindruck dieser Bewegung. Am 8. Oktober fand über Anregung der Parteivertretung in Wien eine Reichskonferenz statt, welche von Vertretern aller Provinzorganisationen besucht war und folgenden Beschluß faßte: „Die Parteivertretung wird beauftragt, falls das Abgeordnetenhaus in der gegenwärtigen Sitzungsperiode den Antrag auf allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht ablehnen oder gar nicht in Beratung ziehen sollte, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages die Frage des Massenstreiks zu setzen. Bis dahin ist in der Parteipresse und in Versammlungen die Diskussion über den Generalstreik als politisches Kampfmittel zu eröffnen und zu führen." Am 9. Oktober abends veranstaltete die Partei in ganz Österreich große Wahlrechtsversammlungen. Groß war das Erstaunen, als am 10. Oktober Graf Taaffe seinen Wahlrechtsentwurf dem Abgeordnetenhause vorlegte. Der Sturz Taaffes brachte die Sozialdemokratie um ihre Erfolge. Das Ministerium Windischgrätz hatte zwar für seine erste und wichtigste Aufgabe erklärt, die Wahlreform durchzuführen, doch trotzdem wollte die Angelegenheit nicht vorwärtsgehen. Mit der Parteileitung waren die Arbeiter sehr unzufrieden, es wurde so viel „belgisch" geredet, daß sie vor Begierde brannten, „belgisch" zu handeln,

nämlich den Generalstreik zu proklamieren. Die Hauptaufgabe des IV. Parteitages bestand daher darin, Stellung zum Massenausstande zu nehmen. In Wien gab es drei Strömungen; die eine wollte vom Generalstreik nichts wissen, die zweite war für denselben voll Begeisterung, wünschte aber, daß bloß das Wahlrecht erkämpft werden solle, während die dritte den Achtstundentag gleichzeitig mit dem Wahlrecht erringen wollte. Der Wiener Delegierte Hueber, Sprecher der extremen Gruppe, wollte um jeden Preis die Partei zum Generalstreik drängen, doch Dr. Adler verstand es meisterhaft zu bremsen, so daß folgender Vorschlag zum Beschlusse erhoben wurde: „Der Parteitag erklärt, das Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln der Agitation und der Organisation, auch des Massenstreiks, erkämpfen zu wollen. Die Parteivertretung mit den Vertretern der Organisationskreise wird beauftragt, falls die Hartnäckigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien das Proletariat zum Äußersten zwingen sollte, den Massenstreik als letztes Mittel im geeigneten Zeitpunkte anwenden zu wollen." Dem IV. Parteitag kommt auch insofern eine besondere Wichtigkeit zu, als derselbe die Bergarbeiter, die bisher sich ziemlich reserviert gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung verhielten, in den Ideen- und Interessenkreis des Sozialismus zog. Auf diesem Parteitage wurde auch die Einladung zur Beschickung des Internationalen Arbeiterschutz-Kongresses abgelehnt.

Nachdem der Reichsrat im Juni resultatlos auseinanderging, wurde die Wahlrechtsbewegung durch „Massenspaziergänge" und Straßendemonstrationen fortgesetzt. Doch trotz der Verzögerung der Wahlreform blieb das Mittel des Generalstreiks, auf dessen Gelingen die Führer selbst nichts hielten, unbenutzt. Und als nach dem Sturze des Koalitionsministeriums unter dem Grafen Badeni die fünfte Kurie geschaffen wurde, so nahm die Sozialdemokratie diese Konzession an, denn sie fühlte sich zu schwach, um den Wahlrechtskampf

noch weiter zu führen. Dr. Adler war dafür, einen Waffenstillstand eintreten zu lassen und einen günstigen Zeitpunkt abzuwarten, wo der Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht von neuem aufleben sollte.

Auf dem V. Parteitag in Prag (5. bis 11. April 1896) hatte Dr. Adler, der am 1. Jänner 1895 die „Arbeiter-Zeitung" in ein Tagblatt umwandelte, einen sehr schweren Stand. Die Opposition wollte ihm wegen seiner Haltung das Mißtrauen aussprechen, doch schließlich wurde eine Resolution angenommen, in welcher es heißt: „Die Badenische Wahlreform entspricht in keiner Weise dem Willen und dem Bedürfnis des arbeitenden Volkes, sondern ist ein von der Not des Momentes eingegebenes elendes Flickwerk. Der Parteitag protestiert entschieden dagegen, daß in der Aufstellung einer fünften Kurie die Erfüllung der in der Wahlrechtsbewegung ausgesprochenen Forderung gesehen werde. Der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes muß darum auch fernerhin mit aller Energie fortgeführt werden." Der Kampf gegen die Parteileitung ging somit wie das berühmte Hornberger Schießen aus. Die tschechische Gruppe, die bereits selbständig organisiert war, hatte zu Pfingsten in Brünn ihren Parteitag abgehalten, auf welchem der Wunsch zum Ausdrucke kam, auch die gewerkschaftliche Organisation der tschechischen Arbeiter von jener der anderen Nationalitäten loszulösen.

Vom 25. bis 30. Dezember wurde in Wien der II. Gewerkschaftskongreß abgehalten, der von 228 Delegierten, die gegen 100.000 Arbeiter vertraten, besucht war. Bei der Besprechung der Organisation zeigte sich, daß eine Verständigung zwischen den einseitigen Verfechtern des Zentralismus und denen des Föderalismus auf die Dauer sehr schwer sein wird. Die zentralistischen Versuche, ebenso die geplante Auflösung der Bildungsvereine scheiterten an dem Widerstande der Delegierten.

Die Sozialdemokraten im Parlament.

Durch die Badenische Wahlreform wurde die Sozialdemokratie gezwungen, ihren bisherigen abstrakten Standpunkt zu verlassen und zu zeigen, was sie durch die Teilnahme an der Gesetzgebung zu leisten im stande ist. Es begann somit ein neuer Abschnitt in der geschichtlichen Entwicklung. Bei den Reichsratswahlen im Jahre 1897 wurden vierzehn sozialdemokratische Abgeordnete gewählt. Es wurden Nord- und Westböhmen, der Kladnoer Wahlkreis, Nordmähren, die mährisch-schlesischen Wahlkreise mit Ostrau, Brünn, Graz, Krakau und Lemberg erobert. In Wien blieben die Sozialdemokraten mit 88.350 Stimmen gegen 117.000 Stimmen, die den Christlichsozialen zufielen, in der Minderheit.

Am VI. österreichischen Parteitage (6. bis 12. Juni 1897 in Wien) erhielt die Partei eine neue Organisation. Nationale Selbständigkeit und internationale Geschlossenheit sollen nunmehr das Grundprinzip derselben sein. Die nationalen Organisationen, und zwar die deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslawischen Organisationen, wählen selbständige Exekutivausschüsse. Die politische Leitung der Gesamtpartei obliegt der Gesamtvertretung, die sich aus der Gesamtheit dieser nationalen Exekutivkomitees zusammensetzt. Von da an gab es nur selbständige nationale Parteitage und Gesamtparteitage und die deutsche Organisation hatte ihre Mutterrolle aufgegeben. Auf diesem Parteitage wurde die „Pfaffenhetze" gleichsam offiziell in die Parteitaktik aufgenommen, und zwar unter dem Vorwande, daß Geistliche mit unchristlichen Mitteln gegen die Sozialdemokratie kämpften. An dieser Tagung nahmen auch Ruthenen teil, in deren Namen der damalige Abgeordnete Dr. Jarosiewicz folgende Erklärung abgab: „Die radikalen Ruthenen stehen auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei in ihrem Programme.

Die Organisation ist derzeit eine selbständige. Unser Agitationsgebiet ist die ruthenische Bauernschaft, die ganz besondere Verhältnisse und eine besondere Taktik nötig macht. Darum wollen wir die Selbständigkeit der Partei aufrecht erhalten. Wir wünschen aber mit der sozialdemokratischen Partei in engste Fühlung zu treten." Genosse Scotti aus Isola gab auf diesem Parteitage ein Bild der Entwicklung der italienischen Organisation. Er sagte u. a.: „Die Bewegung hat nicht unter den Arbeitern ihren Anfang genommen, sondern unter dem intelligenten Teil der Bourgeoisie und ist erst von dort ins Volk gekommen."

In die nächste Zeit fallen die großen parlamentarischen Kämpfe, die die parlamentarische Maschine fast ganz zum Stillstande brachten. Am 26. November 1897 beteiligten sich bei dem Sturme auf das Präsidium die sozialdemokratischen Abgeordneten und am 28. November mobilisierte die Partei ihre Massen zu Straßenkundgebungen, die erst ein Ende nahmen, als Badeni gestürzt wurde. Am 5. September, wo die nationalen Wogen am höchsten gingen, veranstaltete die Partei in Prag eine große Friedensdemonstration. Auf dem Linzer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (29. Mai bis 1. Juni 1898) wurde von den Anhängern in Böhmen der Vorwurf gemacht, daß die Parteileitung seit den Badenitagen den Kampf gegen die Deutschnationalen eingestellt habe, und daran der Wunsch geknüpft, es möge die „Arbeiter-Zeitung" ihre Haltung gegenüber der deutschnationalen Bewegung ändern, sonst werde die „sogenannte nationalradikale Strömung den deutschböhmischen Sozialdemokraten ebenso über den Kopf wachsen wie dies seitens der Christlichsozialen den niederösterreichischen Genossen gegenüber bereits zur Tatsache geworden ist". Dr. Adler bemühte sich zwar, den Eindruck zu erwecken, daß keine Gefahr vorhanden sei, doch der Ausfall der Reichsratswahlen im Jahre 1901 hat gezeigt, daß dieser Warnungsruf begründet war.

In Brünn fand vom 24. bis 29. September 1899 der erste Gesamtparteitag auf Grund des neuen Parteistatutes statt und auf demselben erstatteten die einzelnen nationalen Exekutiven ihre Tätigkeitsberichte. Eines der wichtigsten Ereignisse für die Entwicklung der tschechischen Sozialdemokratie war die Gründung des täglich in Prag erscheinenden Blattes „Právo Lidu", das am 31. Dezember 1898 eine Auflage von 7500 hatte. Die Entwicklung der Presse der tschechischen Sozialdemokratie ergibt sich aus folgenden Ziffern: Im Jahre 1893 gab es 9 politische, 11 Fach- u. 5 andere Blätter.
" " 1898 " " 19 " 14 " " 5 " "
Ende 1898 gab es unter der tschechischen Sozialdemokratie 57 politische, 328 Fach-, 356 Bildungs- und 105 andere Vereine mit 48.623 Mitgliedern. Unter den Ruthenen hatte sich inzwischen die radikale in eine sozialdemokratische und radikale Partei gespalten, in welcher erstere nur geringe Erfolge erzielte, so daß die großen Hoffnungen, die man auf den Anschluß der Ruthenen setzte, sich als trügerisch erwiesen. Unter den Slowenen fand im August 1898 ein Parteitag statt, der die Organisationsform für die Südslawen feststellte. Bezüglich der italienischen Sozialdemokratie konnten nur für Triest und das Küstenland besondere Fortschritte konstatiert werden. Das Parteiorgan „L'avenire del lavoratore" erschien in Triest in einer Auflage von 1200. Der Brünner Parteitag hatte insofern eine besondere Bedeutung, als auf demselben ein Nationalitätenprogramm aufgestellt wurde. Infolge der Lahmlegung des Parlamentes durch die Obstruktion drohten die öffentlichen Verhältnisse einfach zu versumpfen. Österreich hatte keine Regierung, kein Parlament und die Teilnahmslosigkeit gegenüber diesem Zustande wuchs von Monat zu Monat. Es war naturgemäß, daß eine Partei, die ja von der Aufpeitschung der politischen Leidenschaften lebt und nur dann gedeihen kann, wenn das politische Leben

frisch pulsiert, einen solchen Zustand einfach unerträglich finden mußte. In dieser Lage befand sich auch die österreichische Sozialdemokratie.

Auf dem Grazer Parteitage der deutschen Sozialdemokratie (2. bis 6. September 1900) wurde zwar über die Mittel, um aus diesem Sumpfe herauszukommen, debattiert, es wurde auch die Frage der Wahlreform wieder angeschnitten, doch das erlösende Wort, um den Alp, der auf der Brust der Führer lag, zu beheben, blieb unausgesprochen. Zum größten Glücke löste das Ministerium Koerber das Parlament auf und bei den im Winter stattgefundenen Reichsratswahlen konnte die Sozialdemokratie wieder mit ihrer alten Agitationskraft einsetzen und so eine Zeitlang über den toten Punkt, auf den auch sie infolge der innerpolitischen Wirren angelangt war, hinwegkommen. Doch diese Wahlen endeten für die Partei mit einer empfindlichen Niederlage: in Böhmen verlor sie vier deutsche und zwei tschechische Mandate und behauptete bloß Reichenberg und außerdem büßte sie noch das Grazer, Olmützer, Lemberger sowie das ruthenische Mandat ein. Es wurden zwar zwei Wiener, zwei niederösterreichische und ein schlesisches Mandat erobert, doch trotzdem konnte die sozialdemokratische Fraktion es nur auf neun Mann bringen.

Da die Agitation allein ohne eine Tagespresse die Wahlerfolge nicht garantiert, wurde eifrig daran gearbeitet, neue Tagblätter zu gründen. Solche entstanden in Graz („Arbeiterwille"), in Wien („Delnicke Listy" und „Volkswacht"), in Trient („Popolo") und in Krakau („Naprzód").

Auf dem Gesamtparteitage zu Wien (2. bis 6. November 1901), auf dem die Revision des Parteiprogrammes vorgenommen wurde, wurde auch von einigen Delegierten, die mit der parlamentarischen Tätigkeit ihrer Fraktion sehr unzufrieden waren, der Versuch gemacht, die Wahlrechtsfrage aufzurollen. Dr. Adler widersetzte sich diesem

Beginnen und sagte: „Ich glaube selbst, daß die Strömung für eine Wahlrechtsbewegung jetzt nicht vorhanden ist, aber ich glaube auch, daß diese Strömung zu erzeugen, gerade die Aufgabe des agitatorischen Wirkens unserer Abgeordneten sein muß." Auch gelegentlich des deutschen Parteitages zu Aussig (15. bis 18. August 1902) wurde von der Partei mehr Schwung und Elan in der Agitation verlangt. Diesen Losgehern antwortete Skaret mit folgenden Worten: „Aber ich meine, eine Partei braucht nicht nur eine Zeit des Sturmes, des Demonstrierens und Kämpfens, sie braucht auch eine Zeit, wo sie ihre Organisation ausbauen und sich innerlich kräftigen kann." Dieser Beschwichtigungsversuch ist auch nicht ohne Wirkung geblieben. Die Führer kamen zur Einsicht, daß infolge der Versumpfung der inneren Politik auf der Straße und auch im Parlamente nicht viel zu holen sei und daß es daher besser sei, diese Zeit der Ruhe zur Kleinarbeit, zur inneren Organisation zu verwenden. In dieser Zeit wurde in den sozialdemokratischen Hochburgen die Häuser- und Straßenorganisation durchgeführt und gerade dieser Kleinarbeit verdanken die Sozialdemokraten so manche Erfolge bei den Gemeinderatswahlen (Wiener-Neustadt, Graz).

Die zweite Wahlrechtsbewegung.

Seit dem Bestande der Badenischen V. Kurie waren acht Jahre verflossen und die Sozialdemokratie fühlte es von Jahr zu Jahr immer mehr, daß bei dem bestehenden Wahlrechte sie nicht mehr vorwärtskommen konnte und daß sich der Konflikt zwischen revolutionärer und praktischer Tätigkeit in der Partei immer mehr verschärfe. Alle Versuche, diese Frage wieder zum Gegenstande einer leidenschaftlichen Agitation zu machen, wurden niedergeschlagen, doch im Jahre 1903 mußte die Parteileitung ihren Widerstand endlich aufgeben

und sich selbst an die Spitze der neuen Bewegung stellen. Die Überzeugung, daß die Beseitigung des Privilegienwahlrechtes und die Gewährung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes geradezu eine notwendige Lebensbedingung für die österreichische Sozialdemokratie sei, war eine so allgemeine, daß auf die Tagesordnung des Gesamtparteitages in Wien (9. bis 13. November 1903) die Frage der Wahlrechtsbewegung gesetzt werden mußte. Den Anstoß hiezu gab die tschechische Exekutive und Referent auf dem Parteitage war daher auch der Tscheche Vaněk, der die Delegierten ermahnte, selbst vor den äußersten (!) Mitteln in der Agitation für die Wahlreform nicht zurückzuschrecken.

In der Debatte bekannten sich alle Redner für das Eintreten in die Wahlbewegung und es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Der Parteitag fordert die gesamte Arbeiterschaft aller Nationalitäten Österreichs auf, in dem energisch eingeleiteten Kampfe für das gleiche Wahlrecht in die Gemeinde, das Land und das Reich womöglich noch energischer durch Veranstaltung von Manifestationen, Meetings und Volksversammlungen, durch mündliche Agitation und die Presse auf der ganzen Linie fortzufahren, ihn zu steigern und vor keinem Opfer im Kampfe für diese ihre wichtigste Forderung zurückzuschrecken. Sollte kein anderes Mittel übrig bleiben, ist beizeiten zu erwägen, ob es nicht notwendig wäre, wie häufig im wirtschaftlichen, so auch in diesem politischen Kampfe zur Erringung der Volksrechte das äußerste Mittel anzuwenden." Dieser Beschluß wurde zum Teile bald in die Tat umgesetzt. Am 26. Juli 1903 wurde auf der Prater-Rennbahn in Wien ein Meeting abgehalten, das von 30.000 Menschen besucht war und auf welchem gegen das Privilegienparlament demonstriert wurde. Bei der am 7. September 1903 stattgefundenen Wahlrechtsversammlung in Brünn kam es zu blutigen Zusammen-

stößen mit der Polizei, wobei zwanzig Personen verwundet wurden.

Für den deutschen Parteitag in Salzburg (26. bis 29. September 1904) wurde zwar in einer Vorkonferenz die Parole ausgegeben, die Generalstreiksfrage nicht zu diskutieren, doch trotz dieses Beschlusses wurde gelegentlich der Besprechung der parlamentarischen Tätigkeit eine maskierte Debatte über den Generalstreik geführt. Es wurde allgemein betont, daß in gewerkschaftlicher Hinsicht (der III. Gewerkschaftskongreß vom 11. bis 15. Juni 1900 zeigte einen Aufschwung der Bewegung) schöne Fortschritte gemacht wurden, daß aber der politische Kampf zu versumpfen drohe, da die Aussichtslosigkeit dieses Kampfes die Arbeiter mutlos mache. Die ultima ratio bleibe trotz aller Bedenken, daß die gewerkschaftliche Organisation darunter leiden könne, der Generalstreik. Im Herbste 1904 wurde mit den Wahlrechtsdemonstrationen wieder aufs neue eingesetzt. Am 9. Oktober 1904 fanden zwar solche in Brünn und Prag statt, doch das Pulver war umsonst verschossen. In ein neues Stadium trat erst die Wahlrechtsbewegung auf dem Wiener Gesamtparteitage (29. Oktober bis 2. November 1905), der mit Recht der Parteitag des Wahlrechtskampfes genannt werden kann. Die Revolution in Rußland, welche dem russischen Volke die Duma brachte, und die Ankündigung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes durch Freiherrn von Fejervary für Ungarn hatten der österreichischen Sozialdemokratie neue Waffen in die Hand gedrückt. Von dem Bewußtsein, daß der Moment zur Erringung des Wahlrechtes noch nie so günstig war, waren alle Delegierten durchdrungen. Sogar der „Oberbremser" Dr. Adler glaubte an den Sieg und forderte zum Kampfe auf. Während der Tagung kam die Nachricht von dem Manifest des Zaren, der der Revolution weitgehende Konzessionen machte. Die Verlesung des Tele-

grammes wurde stehend angehört. Revolutionsgesänge durchbrausten den Saal. Die Tschechen und Polen sangen die „Rote Fahne“ und die Deutschen die „Marseillaise“. Der Kongreß war dadurch in eine solche Kampfesstimmung gekommen, daß das „Russisch reden“ als das Ideal der zukünftigen Taktik für Österreich den Delegierten vorschwebte und daß unter großem Jubel ohne Debatte sofort folgender Antrag angenommen wurde: „Der Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs fordert die sofortige Einberufung des österreichischen Reichsrates, dessen Abgeordnetenhaus in dem gegenwärtigen Augenblicke keine andere Aufgabe hat, als das langjährige Unrecht seiner Existenz zu sühnen und an Stelle eines verabscheuungswürdigen Privilegienparlamentes eine wirkliche Volksvertretung, aufgebaut auf dem Grundsatz des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, zu setzen. Der Parteitag erklärt, daß nach dem glorreichen Siege der russischen Revolution das österreichische Proletariat aller Zungen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit aller Energie fordert und entschlossen ist, allen Verschleppungsversuchen, wenn es sein muß, auch mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten.“ Bezüglich des Generalstreikes wurde die Entscheidung in die Hände der Vertrauensmänner der Organisationen gelegt, nachdem die Gewerkschaftsführer die Bereitwilligkeit ihrer Organisationen für den Generalstreik ausgesprochen hatten.

Die nächsten Tage und Wochen sind nun ausgefüllt mit Straßendemonstrationen, wie sie in der Ausdehnung in Österreich noch nicht erlebt wurden. Den Höhepunkt erreichte die Bewegung am 28. November 1905, wo eine Viertelmillion Arbeiter beim Parlamente vorbeimarschierte. Das Ministerium Gautsch hatte mittlerweile sich für die Wahlreform ausgesprochen und am 24. Februar 1906 die Vorlage eines allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes auf den Tisch des

Hauses gelegt. Die nächsten Ministerien Hohenlohe und Beck hatten diese Wahlreformarbeit in ihr Programm aufgenommen und mit Hilfe der wahlreformfreundlichen Parteien (Christlichsoziale, Jungtschechen und slowenische Volkspartei) gelang es, das Wahlreformwerk unter Dach und Fach zu bringen. Die „Wiener Zeitung" vom 30. Jänner 1907 veröffentlichte die Auflösung des Parlamentes und die sanktionierten Wahlgesetze.

Die Periode des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes.

Mit einem stolzen Selbstgefühl zog diesmal die Sozialdemokratie in den Wahlkampf, um die Ernte eines Menschenalters auf dem Gebiete der Agitation und Organisation in ihre Parteischeune zu bringen. Dieses Siegesbewußtsein mag auch die Ursache gewesen sein, daß sie sich in dem Wahlkampfe des Jahres 1907 eine gewisse Reserve auferlegte. Am 28. Jänner entwickelte in einer Reichskonferenz Dr. Adler den Feldzugsplan für die Wahlkampagne. Seine Ausführungen gipfelten in folgenden Anträgen:[1])

„Das Zentralwahlkomitee der deutschen Sozialdemokratie besteht aus der Reichsparteivertretung einschließlich der Kontrollore und den Mitgliedern der Landesparteivertretungen. Die permanente Exekutive des Zentralwahlkomitees bilden die in Wien anwesenden Mitglieder der Parteivertretung. Für jedes Land bildet die Landesparteivertretung mit den Wahlkreisvertrauensmännern das Landeswahlkomitee. Für die Wahlbezirke bleibt die gegenwärtig funktionierende Organisation auch für die Durchführung der Wahlen in Kraft. — In allen deutschen Wahlbezirken ohne Ausnahme soll jedem Parteigenossen ermöglicht werden, sich bei der Wahl als Sozialdemokrat zu bekennen; auch in überwiegend agrikolen Bezirken soll dafür durch Aufstellung von Zählkandidaten gesorgt werden. — Doppelkandidaturen sind zulässig, aber nur nach sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse aufzustellen. — Die endgültige Entscheidung über das Verhalten

[1]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 28. Jänner 1907.

der Partei bei Stichwahlen steht dem Zentralwahlkomitee zu. — Die Sammlungen für den Zentralwahlfonds werden sogleich eröffnet; er wird vom Zentralwahlkomitee verwaltet."

Die Aufstellung der Kandidaten ging im allgemeinen flott von statten, nur im Wahlbezirke Favoriten II, wo Dr. Adler als Wahlwerber auftrat, und in Lemberg kam es zu einem Konflikte. Die tschechische Sozialdemokratie erhob den Anspruch auf das Favoritenmandat und verlangte von Dr. Adler, daß er von seiner Kandidatur zurücktrete, um damit das Recht der Minoritätsvertretung der Wiener Tschechen anzuerkennen. Die Brünner „Rovnost" richtete an Dr. Adler sogar einen offenen Brief, worin ihm die Verletzung des Prinzipes der Gleichheit der Nationen vorgeworfen wurde.[1]) An die Antwort des Dr. Adler, der sich gegen diesen Vorwurf verteidigte, knüpfte sich dann im „Pravo Lidu", „Dělnicky Listy" und „Rovnost" eine sehr umfangreiche und heftige Polemik. Im März gelang es endlich, den Frieden zwischen den streitenden Teilen wieder herzustellen, nachdem die Landeskonferenz den tschechischen Genossen das Signal zum Rückzuge gegeben hatte und sich mit der Annahme einer Entschließung begnügte, die deutlich die Spuren der Erregung und Erbitterung der tschechischen Genossen zeigte, die sich bei diesem Kampfe um das Favoritenmandat eine Niederlage holten. Über den Konflikt in Lemberg findet sich in der ruthenischen „Korrespondenz" (13. Juni 1907) folgende Darstellung:

„In ganz Galizien erregte es großes Aufsehen, daß Hankiewicz, der Führer der Organisation der ruthenischen Sozialdemokratie, welcher sowohl bei der ruthenischen als auch bei der polnischen Arbeiterschaft sehr beliebt und geachtet ist und dessen Aufstellung als Kandidaten für das Reichsratsmandat in Lemberg von den Arbeitern beider Nationalitäten laut verlangt wurde, nicht von der Exekutive der galizischen Sozialdemokratie

[1]) Den Wortlaut des Briefes und die Antwort des Dr. Adler sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 10. Februar 1907.

ins Verzeichnis der sozialdemokratischen Kandidaten in Galizien aufgenommen wurde. Der Fall gab der ruthenischen Sozialdemokratie Anlaß zu heftigen Angriffen gegen die Exekutive der galizischen Sozialdemokraten und ihres Leiters, dem ehemaligen Abgeordneten Daszynski. In der letzten Nummer des Organs der ruthenischen Sozialdemokraten liest man folgendes: ‚Gegen den Willen der gesamten Arbeiterschaft, ohne Rücksicht auf die Nationalität, lehnte sich die Exekutive der polnischen sozialdemokratischen Partei auf und erklärte sich gegen die Kandidatur des Genossen Hankiewicz, wogegen die Exekutive der ruthenischen Sozialdemokratie aus verschiedenen Gründen nicht reagieren konnte, indem sie gleichzeitig die Verantwortlichkeit für diesen Schritt auf die Exekutive der polnischen sozialdemokratischen Partei, beziehungsweise des Genossen Daszynski und seiner Parteifreunde, wälzte. Erst jetzt sehen wir, welch unhaltbare, kleinliche und elende Argumente zur Deckung des engherzigen Egoismus der Gegner der Kandidatur des Genossen Hankiewicz gebraucht wurden. Es ist derselbe Egoismus, welcher den persönlichen Ehrgeiz auf den ersten Plan stellen läßt, und sollte dies auch ein wahrer Schlag und Verlust für den Sozialismus in Galizien sein. Eingehender über die Sache zu schreiben wäre zwecklos. Wir erwähnen das nur deshalb, um in der Zukunft nicht auf Irrwege zu geraten.'"

Andere ebenso interessante Zwischenfälle hatte dieser Wahlkampf nicht zu verzeichnen. Der 14. Mai, der erste Wahltag des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, brachte der österreichischen Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg. 60 Mandate fielen ihr im ersten Ansturme zu und die Beteiligung an 138 Stichwahlen[1]) war ihr gesichert. Der 23. Mai und die nachfolgenden Wahltage in Galizien vervollständigten den

[1]) Für die Stichwahlen hatte die deutsche Parteivertretung folgende Weisung ausgegeben: „Wir werden in erster Linie überall, wo wir können, gegen den Klerikalen, gegen den Christlichsozialen entscheiden, ganz gleichgültig, welche Parteibezeichnung sein Gegner trägt. Der Schwarze ist für uns in allen Fällen das größere Übel. Wir werden weiter, wo zwischen bürgerlichen Parteien zu entscheiden ist, gegen die agrarischen Parteien stimmen, auch wo die Brotverteurer in freiall-

Wahlerfolg, den in keinem Lande bisher die Sozialdemokratie zu erreichen im stande war. Die Eroberung von 87 Mandaten ist der sozialdemokratischen Agitation und Organisation, der industriellen Entwicklung, die Österreich im letzten Jahrzehnt durchmachte, und vor allem der Ohnmacht und Schwäche der sogenannten „freiheitlichen" Parteien zuzuschreiben, welche die Bedeutung der Massen für die Politik zu spät erkannten. Das Wahlergebnis ist, nach Ländern und Parteien geordnet, folgendes gewesen.[1])

I. Deutsche Parteien.

A. Sudetenländer und Bukowina.

	Abgegebene Stimmen in			
	Böhmen	Mähren	Schlesien	Bukowina
Sozialdemokraten	**166.913**	**43.308**	**21.509**	**3.701**
Deutsche Agrarier . .	88.890	6.605	13.773	—
Freialldeutsche (Wolfianer)	62.141	6.751	2.752	—
Deutschfortschrittliche .	33.380	33.518	4.581	10.731
Christlichsoziale . . .	31.896	20.710	7.990	2.329
Alldeutsche (Schönerianer)	16.763	3.004	—	—
Deutschvolkliche . . .	14.351	—	2.075	—
Freisozialisten . . .	5.215	—	—	—
Selbst. Deutschnationale	3.953	—	—	1.507
Selbständige Kandidaten	642	920	—	1.087

Von den 645.116 gültigen Stimmen in den deutschen Wahlbezirken der Sudetenländer wurden 235.431 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

deutscher Maske auftreten, und werden die Reste der alldeutschen Partei beseitigen helfen. Diese Grundsätze stellen wir ohne jede Rücksicht auf Gegenleistung auf und werden überall frei und selbständig so vorgehen, wie es uns nach unserer Überzeugung die proletarischen und freiheitlichen Interessen vorschreiben; wir werden es unseren Gegnern, die sich als bürgerlich-freisinnige Parteien bezeichnen, ruhig überlassen, welche Haltung sie dort, wo wir Sozialdemokraten in Stichwahl stehen, mit ihrem politischen Gewissen vereinbaren können."

[1]) Die Angaben sind der „Arbeiter-Zeitung" entnommen. (1. Juni 1907 u. f.)

B. Alpenländer.

In den Alpenländern ist hingegen das Stimmenverhältnis folgendes:

	Abgegebene Stimmen in Niederösterreich	Steiermark	Oberösterreich	Tirol
Sozialdemokraten	**180.952**	**44.763**	**21.568**	**7.793**
Christlichsoziale . .	335.509	33.741	6.639	57.115
Konservative . . .	—	49.127	100.548	18.545
Deutsche Agrarier .	1.801	12.714	16.848	—
Deutschvolkliche . .	27.282	24.929	12.547	8.377
Deutschfortschrittliche .	33.677	—	—	—
Deutschnationale . .	1.802	—	—	369
Selbständ. u. Demokr.	903	3.409	6.807	—

	Kärnten	Krain	Salzburg	Vorarlberg
Sozialdemokraten	**11.818**	—	**7.458**	**1.977**
Christlichsoziale . .	12.527	1.074	—	22.023
Konservative . . .	—	—	19.982	—
Deutsche Agrarier .	—	2.613	3.337	—
Deutschvolkliche . .	21.362	—	7.790	3.520
Deutschfortschrittliche .	—	—	—	637
Deutschnationale . .	1.402	—	—	—

Für sämtliche deutsche Parteien ist das Stimmenverhältnis folgendes:

	Stimmen:	Prozent der gültigen Stimmen:
Christlichsoziale	552.135	29·9
Sozialdemokraten . . .	**511.760**	**27·4**
Konservative	168.221	9·0
Deutschvolkliche	146.572	7·8
Deutsche Agrarier	146.131	7·8
Deutschfortschrittliche	116.524	6·2
Freialldeutsche	71·644	3·8
Alldeutsche	19.767	1·0
Selbständige Kandidaten . . .	11.778	0·6
Andere Deutschnationale . . .	9.033	0·5
Freisoziale	5.215	0·3
Demokraten	1.990	0·1
Zusammen . .	1,760.770	—

II. Die nichtdeutschen Parteien.

Polnische Parteien.

	Stimmen:	Prozent des ganzen Landes:	
Polenklub:			
Konservative	138.186	11·8	
Nationaldemokraten	137.467	11·8	
Zentrum	85.978	7·3	32·4
Fortschrittliche Demokraten	10.733	1·0	
Demokraten	5.943	0·5	
Polnische Volkspartei	133.036	11·4	
Sozialdemokraten	**49.616**	**4·2**	
Selbständige Kandidaten	33.745	2·9	
Zionisten und „Gemäßigte"	23.069	2·0	
Zusammen	617.773	—	

Auf die ruthenischen Parteien entfällt folgendes Stimmenverhältnis:

	Stimmen:	Prozent des ganzen Landes:
Ukrainische Partei (Jungruthenen)	267.637	23·0
Altruthenen	170.883	14·8
Radikale Ruthenen	79.648	6·8
Sozialdemokraten	**28.607**	**2·5**
Zusammen	546.775	—

Für alle tschechischen Parteien wurden in den Ländern Böhmen, Mähren und Schlesien folgende Ergebnisse erzielt:

	Stimmen:	Prozent:
Sozialdemokraten	**399.904**	**39·6**
Agrarier	200.381	18·4
Katholisch-Nationale	184.304	17·0
Jungtschechen	92.692	8·5
Nationalsozialisten u. Staatsrechtler	85.295	7·9
Alttschechen	34.238	3·1
Selbständige Kandidaten	24.445	2·2
Kompromißkandidaten	18.700	1·8
Fortschrittler (Realisten)	12.999	1·2
Zusammen	1,052.958	—

Slowenische Parteien.

	Stimmen:	Prozent:
Katholisch-Nationale	95.974	58·9
Liberale	46.023	28·2
Sozialdemokraten	**13.754**	**8·6**
Verschiedene	7.069	4·3
Zusammen	162.820	—

Rumänische Parteien.

	Stimmen:
Konservative Rumänen	10.626
Rumänisch-Nationale	20.258
Demokraten	13.653
Selbständige	6.534
Sozialdemokraten	**818**
Zusammen	51.889

Italienische Parteien.

	Stimmen:	Prozent:
Christlichsoziale	57.148	47·6
Nationalliberale und Liberale	35.925	31·6
Sozialdemokraten	**21.551**	**17·9**
Agrarier	1.065	0·9
Selbständige und Volksbund	2.355	2·0
Zusammen	118.044	—

Mit dem Eintritte der sozialdemokratischen Partei in das Volksparlament war sie gezwungen, positiv an der gesetzgeberischen Tätigkeit mitzuarbeiten, denn eine Partei, die über 87 Abgeordnete[1]) verfügt, kann nicht auf die Dauer eine Politik der Negation oder Phrase betreiben. Dr. Adler sprach auch im Parlamente davon, daß seine Partei ein Maximal- und ein Minimalprogramm besitze und deutete an, daß sie

[1]) An der Spitze des sozialdemokratischen Verbandes im Reichsrate steht ein zwölfgliedriger Vorstand (Adler, Pernerstorfer, Resel, Seitz, Hybesch, Nemec, Soukup, Diamand, Hudec, Pittoni, Wityk), der zugleich die Funktion einer parlamentarischen Kommission versieht. Der Gesamtverband gliedert sich in folgende nationale Gruppen: 1. Klub der deutschen Sozialdemokraten (50 Mitglieder), 2. Klub der tschechischen

augenblicklich nur ihr Minimalprogramm vertreten werde, doch trotzdem blieb sie bisher isoliert und alle Versuche, mit Hilfe des Barons Hock eine Mehrheit zu stande zu bringen, in welcher auch die 87 Sozialdemokraten Platz finden können, sind bisher gescheitert. Daß die Sozialdemokratie von mancher alten, lieben Gewohnheit abstand, um sich nach obenhin als staatserhaltende demokratische Partei zu empfehlen, das zeigte sich bei der Thronrede, an welcher einige deutsche Sozialdemokraten teilnahmen. Der Abgeordnete Pernerstorfer, der auch das Seinige dazu beiträgt, um die österreichische Sozialdemokratie in das Fahrwasser des reinsten Revisionismus zu steuern, suchte das „Zu Hofe gehen" in seiner Weise zu verteidigen.[1]) In diesem Verteidigungsartikel bekennt er sich als Opportunitätspolitiker, der bereit ist, „zu Hofe zu gehen und auf die Straße zu steigen", wenn nur ein Vorteil für seine Partei daraus erwächst. Die Hoffnungen auf die Bildung eines „antiklerikalen Blocks" hat die Sozialdemokratie vorläufig noch nicht aufgegeben, da sie sich mit Vorliebe als demokratische Reformpartei geriert und alle Mittel in Bewegung setzt, um die Sympathien der Antiklerikalen zu gewinnen.

Bevor wir aber das Kapitel der geschichtlichen Entwicklung schließen, erübrigt uns, noch einzelne Vorgänge unter den nichtdeutschen Sozialdemokraten kurz zu besprechen. Aus den Wahlergebnissen konnte man sich bereits ein getreues Bild über die Stärke der Sozialdemokratie unter den einzelnen Nationen machen. Am weitesten vorgeschritten ist die Entwicklung unter den Tschechen, Polen, Ruthenen und

Sozialdemokraten (24 Mitglieder), 3. Gruppe der polnischen Sozialdemokraten (6 Mitglieder), 4. Gruppe der italienischen Sozialdemokraten (5 Mitglieder), 5. Gruppe der ruthenischen Sozialdemokraten (2 Mitglieder). In nationalen Angelegenheiten ist jede der Gruppen autonom. An der Spitze des deutschen Klubs steht ein siebengliedriger Vorstand (Adler, David, Elderſch, Ellenbogen; Pernerstorfer, Schäfer, Seitz).

[1]) Sieh Sozialistische Monatshefte 1907, Septemberheft, S. 726 f.

Italienern; am schlechtesten steht es unter den Südslawen. Seit 1902 besitzt Dalmatien eine kroatische Sozialdemokratie, die fünfzehn gewerkschaftliche Organisationen aufweist und die im „Socialiste“ sich ihr publizistisches Organ schuf. In Südtirol bestanden seit dem Jahre 1902 Streitigkeiten unter den Führern der italienischen Sozialdemokratie, die damit endeten, daß auf einer Konferenz im Juli 1905 dem von Dr. Battisti redigierten Parteiblatte „Il popolo“ der Charakter eines Parteiblattes entzogen wurde. Auch unter der polnischen Sozialdemokratie gärt und brodelt es. Zuerst entstanden der polnischen Exekutive in den „Nationaldemokraten“ gefährliche Rivalen und seit 1905 bemüht sich die „Jüdisch-sozialdemokratische Arbeiterpartei“ für Galizien, die am 1. Mai 1905 ihren Austritt aus der polnischen Sozialdemokratie meldete, ihre Volksgenossen den offiziellen Parteikreisen abwendig zu machen. Auf dem Parteitage der polnischen Sozialdemokratie (Lemberg 24. und 25. Mai 1906) wurde über diese Separatisten noch bittere Klage geführt und auf der galizischen Gewerkschaftskonferenz, die am 8. und 9. Dezember 1906 in Przemysl tagte, wurde an die Gewerkschaftskommission die Aufforderung gerichtet, sie möge keine separaten Gruppen der jüdischen Sozialdemokratie gestatten.

Um unter den ruthenischen Bauern dem Sozialismus Eingang zu verschaffen, wurden am Lande Bildungsvereine („Wola“) gegründet. Auf diese Weise organisierte man ganze Bezirke. Am 21. und 22. März 1903 wurde der erste ruthenische Parteitag in Lemberg abgehalten. Beschickt wurde er von 36 Delegierten Ostgaliziens. Im Februar 1906 folgte der zweite Parteitag, der bereits von 85 Delegierten besucht war. Über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Revolution in Rußland“, referierte Genosse Hankiewicz. Er beantragte zwei Resolutionen In der einen wurden dem revolutionären sozialistischen Proletariat aller Nationen in Rußland

die Grüße und die höchste Bewunderung ausgesprochen, in der zweiten wurde namentlich der ukrainischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Rußland die Bewunderung ausgedrückt. Beide Resolutionen wurden nach kurzer Debatte einstimmig unter großer Begeisterung angenommen. Bezüglich der Wahlreformbewegung wurde folgender Antrag angenommen: „Der Kongreß protestiert entschieden gegen die niedrige Verleumdung, daß die gegenwärtige Bewegung des ruthenischen Proletariats gegen das polnische Volk gerichtet sei oder einen antisemitischen Charakter trage. Der Kongreß erklärt, daß diese Bewegung nur eine Bewegung für das Recht auf die Existenz und Entwicklung des ruthenischen Proletariats ist. Der Kongreß erklärt, daß es im Interesse der Feinde des arbeitenden Volkes wäre, wenn es bei uns zu blutigen Unruhen, zur Einführung des Ausnahmszustandes käme und so das unschuldige Blut unseres Bauern und Arbeiters flösse. Im Interesse des Kampfes um das allgemeine, direkte, geheime Wahlrecht liegt es, daß unsere Versammlungen ernst und ruhig bleiben. Unsere Losung für heute ist: Organisieren wir uns! Seien wir bereit! Das Volk wartet jetzt ruhig. Die Konferenz warnt aber vor der Verschleppung der Wahlreform, da diese unabsehbare Folgen haben könnte." Über die Agrarfrage referierte Genosse Ogrodnik (Czernowitz). Er führte aus, daß 94 Prozent der galizischen Bevölkerung der Landwirtschaft angehören, daß also die Agrarfrage für die Partei von der größten Bedeutung sei. Das Agrarprogramm des Referenten wurde nicht angenommen, sondern eine Beschlußfassung darüber auf den nächsten Parteitag verschoben. Die ruthenische Sozialdemokratie ist erst im Aufblühen begriffen; das Organ der Partei ist die Wochenschrift „Semla i Wola".

Der Konflikt zwischen der deutschen und tschechischen Exekutive hätte auf dem Gesamtparteitage (Wien 1905) ausgetragen werden sollen, doch angesichts der Wahl-

rechtsbewegung begnügten sich die tschechischen Delegierten mit einer Erklärung, worin sie die Verschiebung dieser Verhandlungen ankündigen und die baldige Erledigung verlangen. Die Versuche, diese Frage aus der Welt zu schaffen, sind bisher nicht nur mißlungen, sondern haben noch zur Erweiterung des Konfliktes geführt. Die tschechische Sozialdemokratie ist bereits derart erstarkt, daß sie die deutsche Hegemonie abschüttelt. Ihre stärksten Positionen sind die großen Industriezentren Kladno, Pilsen, Prag und Brünn geworden. Auch Wien ist ja als Reservoir, in das die tschechischen Arbeiter aus Südböhmen und Südmähren in großen Massen zuströmen, bekannt und daher wird ein Zwist zwischen der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie gerade in Wien bemerkbar werden.[1])

Über die Stärke der tschechischen Sozialdemokratie gibt der am letzten Parteitage (Pilsen, 11. August 1907) erstattete Bericht[2]) folgenden Aufschluß. Danach beträgt die Zahl der politischen Organisationen der Partei 1922 gegen 1517 im Jahre 1906. Die Zahl der Parteiangehörigen gibt der Bericht mit über 100.000 an. Davon sind in Böhmen 1448 Organisationen, in Mähren 326, in Schlesien 50, in Niederösterreich 92 und in Oberösterreich 6. Politische Zeitungen hat die Partei 16, von denen drei täglich erscheinen, Fachblätter 29, ferner eine wissenschaftliche Revue. Die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse wird durch folgende Zahlen illustriert: Der „Zař“ (das Zwei-Hellerblatt), welcher bei dem Kongreß in Proßnitz (1904) 35.000 Auflage hatte, stieg auf 90.000, manche Nummer erschien in einer Auflage von 120.000 Exemplaren, das „Frauenblatt“ hat eine Auflage

[1]) Eine übersichtliche Darstellung der Entwicklung der tschechischen Sozialdemokratie findet sich aus der Feder des tschechischen Führers Soukup in der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“, 24. Bd., Nr. 302, und in der „Tschechischen Revue“ (Juni-Nummer 1907) von Dr. Leo Winter.

[2]) Abgedruckt in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 12. August 1907.

von 9000 und die „Roten Blumen“ 6000. Vom „Taschen-Kalender“, welcher in einer Auflage von 111.000 Exemplaren erschien, wurden 109.792 Stück verkauft. Von den 98.000 herausgegebenen Ansichtskarten wurden 90.000 abgesetzt. An Agitationsschriften wurden 898.000 herausgegeben und davon 749.775 verkauft. Die Erfolge dieser starken und rührigen Agitation blieben auch nicht aus; das Wahlergebnis war folgendes:

	Städte:	Land:
Böhmen	40%	43%
Mähren	41%	24·25%
Schlesien	83%	49%

An dem Kongresse in Pilsen nahmen 421 Delegierte teil, und zwar aus Böhmen 366, Mähren 31, Niederösterreich 21, Schlesien 3, 31 Mitglieder der Parteivertretungen, 17 Abgeordnete, 15 Redakteure politischer Blätter, 10 Redakteure von Fachblättern, 18 Gewerkschaftssekretäre, 4 Mitglieder aus den Partei-Landesausschüssen, 2 Vertreter der Gewerkschaftskommission und 1 Vertreter des Preßverbandes. Unter den Delegierten befanden sich auch 17 Frauen, 3 Bauern, 1 Lehrer und 1 Professor.

Nach fünfzehnjährigem Kampfe hat die Sozialdemokratie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht erreicht und damit beginnt eine neue Periode für diese Partei, die jetzt bemüht sein wird, auch auf politischem Gebiete Erfolge zu erringen. Ob es ihr gelingen wird, dadurch ihrem Endziele näher zu kommen, oder ob sie sich durch ihre praktische Arbeit auf parlamentarischem Boden zu einer radikalen Reformpartei durchmausern wird, darüber Betrachtungen anzuknüpfen, wäre heute verfrüht. Ob in ihrem Programme sich Anhaltspunkte für eine solche innere Umwandlung finden, das werden wir im nächsten Kapitel sehen, das der Erörterung des Programmes in seinem grundsätzlichen und praktischen Teil gewidmet ist.

II.

Das Programm der österreichischen Sozialdemokratie in seinem grundsätzlichen Teil.

Das Programm der österreichischen Sozialdemokratie zerfällt in zwei Teile: in einen allgemeinen theoretischen Teil, der die Grundsätze und die Endziele behandelt, und einen praktischen Teil, der die Forderungen enthält, welche die Sozialdemokratie als praktische Partei an die heutige Gesellschaft und an den heutigen Staat stellt, um dadurch die Erreichung ihrer Endziele zu beschleunigen. Die offizielle Grundlage der österreichischen Sozialdemokratie ist das Hainfelder Programm, welches auf dem Wiener Gesamtparteitage 1901[1]) zum Teile eine neue Formulierung erhielt. Jede große Partei braucht ein Programm, um vorerst zu wissen, wer zu ihr gehört, und dann auch, um ihren eigenen Anhängern die nächsten Ziele bekanntzugeben. Ein solches Programm kann natürlich nur apodiktische Behauptungen und Forderungen enthalten, so daß zur Ergründung der Weltanschauung, welcher die Partei huldigt, nicht bloß jene Schriften herangezogen werden müssen, aus welchen das Programm hervorgegangen ist, sondern auch die Auslegungen, welche dieses Programm in der praktischen Betätigung der Partei gefunden hat. Was nun die Grundlagen des Hainfelder Programmes betrifft, so können dieselben auf folgende vier Theorien zurückgeführt werden, nämlich: erstens auf die

[1]) Der Wortlaut des Programmes befindet sich im Anhang I.

des historischen Materialismus, zweitens auf die Mehrwertstheorie, drittens auf die der immanenten Gesetze und viertens auf die Katastrophentheorie.

Der historische Materialismus.

Hannich hat am Hainfelder Parteitage bereits konstatiert: „In der Einleitung stellen wir uns vollkommen auf den Marxistischen Standpunkt. Wir anerkennen, daß eine ökonomische Entwicklung nötig ist, ehe der Sozialismus zum Durchbruch kommen kann, stehen also ganz auf dem materialistisch-geschichtlichen Standpunkte.“ [1]) Masaryk hat dem historischen Materialismus folgende Formel gegeben: „Die Produktionsverhältnisse, welche die wirtschaftliche Zusammensetzung der Gesellschaft bedingen, sind der reale Untergrund, auf dem sich ein rechtlicher und politischer Überbau emporhebt. Die Produktionsverhältnisse bedingen sämtliche sozialen, politischen und geistigen, überhaupt alle ‚ideologischen‘ Formen des geistigen Lebens.“ [2]) Wenn nun in der Einleitung des Programmes als Ursache „der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung“ nur das Monopol der Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer gelten gelassen wird, so liegt in diesen Worten das Eingeständnis, daß als geschichtbestimmende Faktoren nur ökonomische, also rein materielle, angenommen werden und daß mehr oder minder alle geschichtlichen Erscheinungen von der Bewegung der ökonomischen Struktur abhängig gemacht werden. Die Einleitung hält sich daher streng nach den Lehren des Marx, für den die Produktionsweise des materiellen Lebens der Oberbau für den sozialen, politischen und

[1]) Sieh das Protokoll des Wiener Parteitages 1889, S. 8.

[2]) Sieh „Die wissenschaftliche und philosophische Krise innerhalb des gegenwärtigen Marxismus“, Wien 1898, S. 12.

geistigen Lebensprozeß war und materielle Erwägungen stärker waren als sittliche Anschauungen. Absolute Prinzipien des Rechtes und der Sittlichkeit werden damit geleugnet. Der theoretische Inhalt des historischen Materialismus läßt sich in folgende Sätze zusammenfassen: Eine absolute Wahrheit gibt es nicht, weder auf religiösem, noch auf sittlichem, noch in dem Bereiche des philosophischen Denkens. Alles ist relativ, alles im Flusse des Reiches der Ideen wird beherrscht durch die herrschende Eigentumsordnung, durch die Produktionsweise. In den letzten Jahren hat die Unfehlbarkeit dieser Marxistischen Theorien manchen harten Stoß erlitten, und zwar nicht von den Gegnern der Sozialdemokratie,[1]) sondern im eigenen Lager. Auch die verbissensten Marxisten kommen zur Überzeugung, daß die ideologische Ordnung doch kein bloßes Abbild der wirtschaftlichen Zustände ist, und bemühen sich, neue Formulierungen für den historischen Materialismus zu suchen. So wurde in den von Pernerstorfer herausgegebenen „Deutschen Worten" eine Einschränkung in der Hinsicht gemacht, daß auch andere Momente maßgebend seien, daß aber die „ökonomischen die schließlich entscheidenden" seien.[2]) Doch auch dieser Rückzug hatte keine besonders freundliche Aufnahme

[1]) Kritiken der theoretischen Grundlagen des Sozialismus finden sich bei: Adolf Wagner, Das neue sozialdemokratische Programm, Berlin 1892; J. Wolf, Sozialismus und kapitalistische Wirtschaftsordnung, Stuttgart 1893; G. Adler, Zukunft der sozialen Fragen, Jena 1900; F. Meffert, Arbeiterfrage und Sozialismus, Mainz 1901; Schmoller, Grundriß der Volkswirtschaftslehre, Leipzig 1900; v. Schäffle, Die Aussichtslosigkeit des Sozialismus, 4. Aufl., 1891; Viktor Cathrein, S. J., Der Sozialismus, Freiburg 1906, 9. Aufl.; Heinrich Pesch, S. J., Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung, Freiburg im Breisgau 1900; Dr. Paul Weisengrün, Das Ende des Marxismus, Leipzig 1899; Max Lorenz, Die Marxistische Sozialdemokratie, Leipzig 1896.

[2]) XVIII. Jahrg., 10. Heft, S. 420, Wien.

gefunden, da doch bezüglich des Effektes für den Fall, wenn die ökonomischen den Sieg davontragen und die anderen sich unterordnen müssen, gleichgültig zu sagen ist, ob die ökonomischen das einzig bestimmende Moment oder das „schließlich entscheidende" Moment sind. Sowohl der Abgeordnete Dr. Renner[1]) als auch Otto Bauer[2]) wenden in ihren jüngst erschienenen Werken die Methode des historischen Materialismus an. Dr. Renner behauptet von dieser Methode, daß sie allein eine erschöpfende Aufklärung über die Art, wie Dinge und Menschen aufeinander wirken und einander bestimmen, gäbe, und daß er nur mit jenen verhandeln könne, welche politische Erscheinungen durch ökonomische Verhältnisse und Klassenbewegungen zu erklären suchen. Wenn auch heute in der österreichischen Sozialdemokratie eine klare Formulierung des historischen Materialismus noch immer gesucht wird, so ist es doch Tatsache, daß in der Praxis der schroffe Materialismus noch immer Trumpf ist, und daß alle großen Gegensätze im Kampfe zwischen Sozialismus und der konservativen Weltanschauung in letzter Linie auf diese Marxistische Theorie zurückzuführen sind. Auch wir stellen nicht in Abrede, daß die ökonomischen Verhältnisse zur Basis des gesamten Volks- und Staatslebens nach außen und innen gehören, daß sie eine unerläßliche Bedingung und Voraussetzung der Existenz und kulturellen Entwicklung der Gesellschaft sind, und einen bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung des politischen, sozialen, geistigen und sittlichen Lebens eines Volkes ausüben und ausgeübt haben; was wir bekämpfen, ist lediglich eine einseitige und materialistische Übertreibung

[1]) „Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie." Politische Studie von Rudolf Springer (Pseudonym für Dr. Renner). S. 167, 168 f., Wien 1907.

[2]) Marx-Studien, II. Bd., Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie von Otto Bauer, Wien 1907.

und Verzerrung, der zufolge allen anderen Faktoren, die nicht in das Gebiet der Ökonomie fallen, nur eine sekundäre, modifizierende Wirkung zugestanden wird, und sich die Geschichte ganz naturalistisch unter dem Drucke der materialistischen Notwendigkeit abspielt.[1])

Die Mehrwertstheorie

will die Entstehung des Kapitals als Ergebnis der Ausbeutung der Arbeiter und des Abhängigkeitsverhältnisses der Proletarier von der Kapitalisten- und Großgrundbesitzerklasse beweisen. Die Mehrwertslehre, das heißt die Tatsache, daß der Lohnarbeiter den Wert seines Produktes in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht erhalten kann, weil das Kapital nach Profit schreit und weil bei gleicher Bewertung der Unternehmer keinen Gewinn beziehen könnte, ist wissenschaftlich schon fast ganz aufgegeben.[2]) Wenn auch im Hainfelder Programm diese Theorie keine formelle Aufnahme fand, so bekennt sich trotzdem die österreichische Sozialdemokratie zu derselben. Da die materialistische Geschichtsauffassung nur ökonomische Faktoren für das ganze Leben gelten läßt, will sie die Wertlehre die Ungerechtigkeit der heutigen ökonomischen Verhältnisse dadurch beweisen, daß sie das „Monopol an Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens“[3]) als die Ursache der heutigen unwürdigen Zustände hinstellt, da der Proletarier, der Nichtbesitzende, seinen vollen Arbeitslohn nicht bekam oder auch nicht bekommen kann und somit ausgebeutet wird. Die Marxistische Wertlehre war die natürliche Reaktion der frei-

[1]) Sieh Pesch, Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung, Freiburg im Breisgau 1900. S. 265.

[2]) Sieh Slonimski, Karl Marx' nationalökonomische Irrlehren, Berlin 1897. — Meffert, a. a. O.

[3]) Sieh Programm.

wirtschaftlichen Lohntheorie, die die persönliche Würde des Arbeiters aufhebt und seine Arbeitsleistung als reine Ware, die dem Angebot und der Nachfrage obliegt, erklärt. Diese Theorie war einseitig, sie hat nur das Interesse des Unternehmers berücksichtigt, ebenso einseitig ist die sozialistische, die nur das Interesse des Arbeiters gelten läßt.[1]) Der Hauptirrtum liegt darin, daß sie zur Voraussetzung hat, als ob die menschliche Arbeit allein wirtschaftliche Werte schaffe.

Die immanenten Gesetze.

Wenn die Wertlehre den Hauptschlag gegen das Monopol der Arbeitsmittel führen will, so geben die immanenten Gesetze, die Grundpfeiler der Marxistischen Weltanschauung, den Aufschluß, wohin und nach welchen Gesetzen sich die heutige kapitalistische Gesellschaft entwickelt. Die Entwicklungslehre ist nicht bloß ein angewandter Teil der materialistischen Geschichtsauffassung, sondern eine selbständige Doktrin, die für die soziale Praxis einer politischen Partei geradezu entscheidend[2]) ist. Man hat vielfach behauptet, daß eine Widerlegung der materialistischen Geschichtsauffassung und der Wertlehre den Sozialismus noch immer nicht in seinem Herzen treffen würde, denn der granitene Felsen, auf dem das ganze Gebäude ruht, sind diese immanenten Entwicklungssätze. Mit diesen stehe und falle der Sozialismus, das Vorhergehende sei bloß Ornamentik. Marx hat vier immanente Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft „entdeckt", die mit einer Naturnotwendigkeit wirken und den Übergang zum sozialen Zukunftstaat vorbereiten helfen sollen.

---

[1]) Sieh Schindler, Die soziale Frage der Gegenwart, Wien 1905, S. 162.

[2]) Sieh Weisengrün, Das Ende des Marxismus, Leipzig 1899, S. 11 f.

Das erste Gesetz ist das der technischen Konzentrationstheorie. Ein immanentes Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise sei die Tendenz zum Großbetrieb und deshalb sei der Untergang der mittleren und kleineren Betriebe eine Naturnotwendigkeit. Das Programm formuliert diese Theorie im Verein mit der Akkumulationstheorie in folgender Weise: „Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion (und des Besitzes), die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger, kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen." Darüber ist heute kein Streit mehr, daß es Industriezweige gibt, wo die technischen Vorzüge des Großbetriebes vom Kleinbetrieb niemals erreicht werden können, doch eine allgemeine Anwendung findet diese Theorie nicht einmal auf die gesamte Industrie[1]) und am allerwenigsten auf die Landwirtschaft. Auf dem Grazer Parteitage hat Dr. Ellenbogen[2]) selbst zugegeben, daß die Konzentrationstheorie auf die Landwirtschaft keine Anwendung finden kann und verwies auf den österreichischen Parteigenossen Friedrich Otto Hertz,[3]) der

[1]) „Wir sehen aber, daß die Tendenz des Kapitalismus in gerade entgegengesetzter Richtung zu einer größeren Zersplitterung führt." Sieh Friedrich Ott, Kautsky Anti-Bernstein (abgedruckt in den „Deutschen Worten", Wien 1889, S. 371).

[2]) Sieh Protokoll des Grazer Parteitages 1900, S. 107.

[3]) Friedrich Hertz hat auch bei Besprechung des Revisionismus auf den Widerspruch der Konzentrationstheorie mit der Entwicklung der Landwirtschaft hingewiesen: „Eine Betriebskonzentration ist in der Landwirtschaft nirgends zu erblicken, im Gegenteil herrscht die entschiedenste Tendenz zur Zersplitterung im Betriebe vor." Sieh Friedrich Hertz, Bernstein und die Sozialdemokratie (veröffentlicht

in seinem Buche „Die agrarischen Fragen und der Sozialismus“ nachweist, daß die Tendenz der landwirtschaftlichen Entwicklung nicht die Entwicklung zum Großbetrieb, sondern die Entwicklung zur Parzellenpacht sei. Auch Dr. Adler[1]) hütete sich, für die Übertragung der Konzentrationstheorie auf die Landwirtschaft eine Lanze zu brechen, und tröstete sich damit, daß die Sozialdemokratie „über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse keine so klare Einsicht“ besitze. Die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung[2]) vom 3. Juni 1902 sucht die sozialdemokratische Presse mit der Konzentrationstheorie in Einklang zu bringen. Doch mit negativem Erfolge, denn gerade in Wien zeigte sich, daß die Kleinbetriebe, mit zwei bis fünf Personen, mehr als Dreifünftel der gewerblichen Betriebe bilden, und daß von einer Tendenz der Betriebskonzentration im allgemeinen nicht gesprochen werden kann.

in den „Deutschen Worten“, Wien 1899, 19. Jahrg., S. 247). — In ähnlichem Sinne lautet ein Vortrag, welchen der reichsdeutsche Abgeordnete Dr. David am 16. Jänner 1903 in Wien hielt. Über die Marxistische Theorie machte er sich in folgender Weise lustig: „Die Theorie war mit dem Bauer schon vor einem Menschenalter fertig, sie hatte sein Todesurteil gesprochen. Soweit war alles in Ordnung, aber — das Todesurteil wurde nicht vollzogen; er blieb am Leben ... Die Statistik über die agrarischen Betriebe zeigt im Gegenteil im großen ganzen, daß der Konzentrationsprozeß der Betriebe, dem wir in der Industrie in großen Zügen sich entwickeln sehen, in der Landwirtschaft nicht nachzuweisen ist. Wir sehen in gewissen Gegenden unter gewissen Verhältnissen ein Beharren der Betriebsformation, in anderen sehen wir gerade das Gegenteil von dem, was Marx erwarten ließ: die kleineren Betriebe gewinnen an Terrain und Zahl.“ (Abgedruckt in den „Deutschen Worten“, Wien 1903, S. 149.)

[1]) Sieh Protokoll des Grazer Parteitages 1900, S. 123.

[2]) Sieh Österreichisches statistisches Jahrbuch für 1905, S. 198. Selbst Charmatz, der mit großer Ungeduld die gänzliche Industrialisierung Österreichs erwartet, gesteht zu, daß die Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden sich nicht nur nicht vermindert, sondern vermehrt hat, und daß daher der gewerbliche Mittelstand ein gewichtiger Faktor bleibt.

Auf das innigste ist mit der Konzentrationstheorie das zweite immanente Gesetz, nämlich die Akkumulationstheorie, welche, wie wir gesehen haben, weder im Parteiprogramme noch in den Reden der Parteiführer streng von der ersteren geschieden wird, verbunden. Während die erstere sich mit der Produktionsform befaßt, hat es letztere nur mit der Eigentumsverteilung zu tun. Die Konzentration des Betriebes muß nicht naturnotwendig eine Konzentration des Besitzes mit sich führen (Aktiengesellschaften, Genossenschaften). Der statistische Nachweis,[1]) daß die Zahl der Besitzenden nicht kleiner, sondern größer geworden ist, ist die beste Widerlegung dieses immanenten Gesetzes.

Viel Kopfzerbrechen hat der österreichischen Sozialdemokratie auch die Verelendungstheorie, die im Hainfelder Programm noch im absoluten Sinne aufgefaßt wurde, gemacht. Auf dem Wiener Parteitage 1901 nahm die Diskussion darüber einen sehr breiten Raum ein. Fast alle Delegierten mußten zugeben, daß der Wohlstand der Arbeiterklasse in den letzten fünfzig Jahren gestiegen ist, und daß man daher von einer absoluten Verelendung nicht mehr gut reden kann. Um über diese Schwierigkeit hinwegzukommen, wurde nur mehr von einer relativen Verelendung gesprochen und dementsprechend auch das Hainfelder Programm geändert, so daß der diesbezügliche Passus nunmehr lautet: „Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer

[1]) Sieh Beiträge zur Statistik der Personaleinkommensteuer in den Jahren 1898 bis 1902. Insbesondere Quellen und Höhe des Einkommens nach Geschlecht und Beruf des Zensiten. Im Auftrage des k. k. Finanzministeriums bearbeitet vom Rechnungsdepartement Ic. Wien 1903, Hof- und Staatsdruckerei. — Die Sparkassenstatistik in Österreich kann zur Beleuchtung der Akkumulationstheorie nur mit großer Vorsicht herangezogen werden, zumal die Postsparkasse auch anderen Zwecken (Scheckverkehr) dient als Sparzwecken.

Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums." Das Hauptgewicht will man zwischen reich und arm legen und die Unzufriedenheit durch die Gegenüberstellung steigern. Daß sich die Lage der Arbeiterschaft gebessert hat, wird zugegeben, doch Dr. Adler antwortet darauf:[1])

„Ich suche ihnen (nämlich den Arbeitern) Appetit zu machen auf die Reichtümer, die um sie herum sind, und dabei sage ich ihnen, es geht schon etwas besser, weil ihr organisiert seid, weil ihr Sozialdemokraten seid. Ihr nehmet heute schon eine ganz andere Stellung ein als früher, aber wie viel fehlt noch, damit es euch so gut gehe wie den anderen."

Ganz konsequent sagt daher Austerlitz:[2])

„Es ist also nicht wahr, daß das Elend immer größer wird. Nicht im Elend, sondern in der Unzufriedenheit liegt die Triebfeder zum Klassenkampf. Wäre es das Elend, so müßten unsere tüchtigsten Genossen gerade die sein, die wirtschaftlich am tiefsten stehen. Das ist aber nicht richtig. Uns handelt es sich also darum, die Arbeiterschaft unzufrieden zu machen, und unzufrieden werden wir sie nur erhalten, wenn wir ihr beweisen, daß sie von der besitzenden Klasse abhängig ist und im steigenden Maße immer mehr abhängig wird."

Das Wort Elend definiert somit die österreichische Sozialdemokratie als den jeweiligen Besitz- und Kulturabstand zwischen den Besitzenden und Nichtbesitzenden. In diesem Sinne schloß auch Dr. Adler die Elendsdiskussion. Er sagte:[3])

„Die Form, wie wir sie nun stehen haben, umfaßt alle Möglichkeiten der Resultate der steigenden Ausbeutung. Mit der steigenden Ausbeutung ist nicht nur theoretisch auf dem Papier, sondern auch praktisch in der Wirklichkeit vereinbar eine steigende Lebenshaltung, ist vereinbar eine stagnierende Lebenshaltung und

[1]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1901, Wien 1901, S. 103.
[2]) A. a. O., S. 115.
[3]) A. a. O., S. 190.

ist vereinbar eine fallende Lebenshaltung. Auch der Buchdrucker oder der hochqualifizierte Metallarbeiter, der heute möglicherweise einen um so viel höheren Prozentsatz an Arbeitslohn bekommt, als vor so und so viel Jahren; auch dieser Buchdrucker, dessen Lebenshaltung sich eventuell gesteigert hat, auch der kann das Bewußtsein haben, wenn er nachdenkt, daß trotzdem der Grad seiner Ausbeutung sich gesteigert hat, weil dieser Grad nicht bestimmt wird von seiner Lage, sondern von seinem Anteil an den Früchten seiner Arbeit."

Damit ist aber die Verelendungstheorie mit der Wertlehre an einen Wagen gespannt.

Das vierte immanente Gesetz, nämlich die Krisentheorie, hat im Programme folgende Form gefunden: „Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktion entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen ihre Entwicklung." Das ist die Lehre von der immer stärker werdenden Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, die Marx als Naturgesetz aufstellte und die besagen soll, daß von einem gewissen Punkte der Entwicklung an die Produktionsverhältnisse gegen die Produktionsweise rebellieren. Marx hat die Auswüchse der freiwirtschaftlichen Epoche mit dem Wesen der Warenproduktion verwechselt und deshalb setzte er auf die „Aushöhlung" des Kapitalismus durch die immer häufiger werdenden Krisen große Hoffnung. Tatsache ist es aber, daß sich die Produktionskrisen vermindern, daß der Kapitalismus durch neue Organisationen (Kartelle, Trusts) langsam die Übersicht über die Produktion gewinnt und sich dem Weltmarkt anpaßt. Von sozialdemokratischer Seite wird zum Teil auch dieses Gesetz gänzlich aufgegeben. Friedrich Hertz[1]) schreibt zum Beispiel:

„Die Krisen sind nicht umfangreicher, nicht verheerender geworden ... Der Grund für die fortdauernde Milderung der

[1]) A. a. O., S. 255.

Krisen ist ein mehrfacher. Schon die Vervollkommnung des Nachrichten-, Verkehrs-, Markt- und Börsenwesens hat wesentlich dazu beigetragen ... Mit den Fortschritten eines bestimmten Industriezweiges sammelt sich eine so große Erfahrung bezüglich der Aufnahmsfähigkeit des Marktes 2c. an, daß ein hauptsächliches Krisenmoment abgeschwächt oder ganz beseitigt wird. Mit der Ausbildung des kapitalistischen Verkehrs und eines reichgegliederten Zwischengliedes wird die Möglichkeit, die Konjunkturen genau zu schätzen und die Produktion danach einzurichten, immer größer ... Wenn nun noch die Fabrikanten zum Mittel der Kartellierung greifen, so ist, wenn auch nicht die zeitweilige Überproduktion, so doch jene Weltkrise, in der der Kapitalismus absterben und der Sozialismus seine Erbschaft antreten sollte, ganz ausgeschlossen."

Wenn trotz alledem von offizieller Seite die immanenten Gesetze noch beibehalten werden, so heißt das nichts anderes, als die tatsächlichen wirtschaftlichen Zustände auf ein Prokrustesbett spannen und ein equilibristisches Kunststück aufführen.

Die Katastrophentheorie.

Sind die Entwicklungsgesetze richtig, dann besorgt der Kapitalismus seinen Untergang in eigener Regie und die Selbstvernichtung der Kapitalistenklasse ist dann nur eine Frage der Zeit. Das Proletariat braucht nur den Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" zu beherzigen und sich geistig und physisch kampffähig zu machen, damit es, wenn die große Stunde der neuen Welt schlägt, seiner neuen Aufgabe würdig ist, um Weltgeschichte zu machen. Ob durch Revolution oder Evolution das geschieht, ob eine große Krise das Grab des Kapitalismus wird, das steht in den Sternen geschrieben, das ist heute Nebensache, Tatsache ist, daß diese Gesellschaft den Todeskeim in sich trägt Da die Toten schnell reiten, so ist der Zusammenbruch näher als man es träumt. Das ist so im großen und ganzen der Inhalt der Katastrophen-

theorie, die auch im Programm der österreichischen Sozialdemokratie eine besondere Rolle spielt. Es heißt in demselben:

„Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher (ein Wort, welches bei der österreichischen Sozialdemokratie modern geworden ist. Anm. d. Verf.) Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden."

Auf dem Hainfelder Parteitage[1]) äußerte sich auch Dr. Adler über die Zusammenbruchstheorie. Er sagte unter anderem:

„Wir wissen ganz genau: das ist unser letztes Ziel; der Zeitpunkt des Umschlages hängt nicht von uns ab, sondern von den ökonomischen Verhältnissen. Wir haben nur das Volk auf diesen Zeitpunkt vorzubereiten. Das ist unsere große Aufgabe. Dieser Umschlag wird eintreten, mit oder ohne die Sozialdemokratie, er liegt in der ökonomischen Entwicklung. Nur wenn es nicht Sozialdemokraten gibt, dann wird der Umschlag in einen Zeitpunkt fallen, wo er das Volk in der vollkommensten Vertierung und Verblödung antrifft. Unsere Aufgabe ist es nur, das Volk physisch und geistig reif zu machen, um den Moment benutzen zu können."

Diesen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis geben einige österreichische Genossen selbst zu. So schreibt Friedrich Hertz:[2])

„Die Dogmen sind der stetigen Entwicklung unserer Partei hinderlich gewesen und es ist kaum fraglich, wer in diesem Konflikt von Theorie und Praxis nachgeben wird; bisher war es immer noch die mit den Tatsachen der Entwicklung im Widerspruche stehende Theorie, die weichen mußte."

[1]) Sieh Protokoll, Wien 1889, S. 25.

[2]) A. a. O., S. 262.

Die ganze Zukunftshoffnung des Marxismus, der auf Naturgesetze aufgebaut, die in der Wirklichkeit nicht existieren, hängt tatsächlich in der Luft. Doch etwas Großes ist in den Geisteskämpfen noch niemals ohne festen und unerschütterlichen Glauben an den Sieg der Idee, für welche man die Waffen kreuzte, errungen worden und deshalb kann die Sozialdemokratie ihre theoretischen Grundlagen nicht aufgeben, trotz des Widerspruches der Tatsachen und der wissenschaftlichen Welt, weil dieselben die Quelle bilden, aus welcher die „Genossen" ihre Begeisterung, ihre politische Großsprecherei, ihre Hoffnungsfreude, die triumphierende Selbstsicherheit ihres Programmes, ihren Opfermut, aber auch ihren Haß und ihre Verachtung, die sie gegenüber der heutigen Gesellschaft betätigen, und ihre Geringschätzung gegen diejenigen, welche diesem sozialistischen Dogmenglauben keinen Geschmack abgewinnen können, schöpfen.

III.

Der Kampf um den Zukunftsstaat.

Die Verdrängung der kapitalistischen Produktion durch die sozialistische ist das Endziel, dem das heiße Ringen der österreichischen Sozialdemokratie gilt, und deshalb bezeichnet das Hainfelder Programm die politische Organisation des Proletariats, das „mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe" erfüllt und „geistig und physisch kampffähig gemacht werden soll, als die erste und die wichtigste Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich".

Der Klassenkampf.

An Stelle der Diktatur der Bourgeoisie soll die Diktatur des Proletariats treten und deshalb wird als Träger dieser Bewegung um die Eroberung der politischen Macht nur das „klassenbewußte und als politische Partei organisierte Proletariat" angesehen. Das bedingende Grundelement der Taktik ist somit der Klassenkampf, der Glaube an die unversöhnlichen Gegensätze zwischen Kapitalisten und Proletariern, zwischen Ausbeutenden und Ausgebeuteten. Das Proletariat ist der Jungsiegfried, der in moderner Waffenrüstung, die ein Marx in der Werkstätte der modernen Philosophie geschmiedet, auszieht, um die Götter des Kapitals zu zerschmettern, und Dr. Adler[1]) ist sogar überzeugt, daß „die Sozialdemokratie das Gehirn der Arbeiterklasse ist und daß

[1]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1901, S. 108.

die sozialistische Grundanschauung ein Produkt dieses Proletariats darstellt". Daß aber die Sozialdemokratie selbst in die größte Verlegenheit käme, wenn sie die Herrschaft antreten müßte, hat Friedrich Hertz[1]) sehr richtig gezeichnet. Er schrieb:

„Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft treten immer schärfer hervor, bis diese endlich zusammenbricht. Dann ergreift das Proletariat die politische Macht — die Diktatur des Proletariats — und richtet die sozialistische Gesellschaft im Handumdrehen ein. . . . Denken Sie sich einmal, wir bekämen durch irgend ein Ergebnis die Regierungsgewalt in die Hand, was täten wir wohl? Glauben Sie wirklich, daß die Arbeiterschaft sofort im stande ist, alle die großen Exportindustrien, die nach Asien, nach Amerika, Australien 2c. exportieren, fortwährend den wechselnden Bedürfnissen, den Schwankungen der Mode, der Nachfrage u. s. w. sich anpassen müssen, glauben Sie, daß die Arbeiter selbst sofort im stande sein würden, diese Riesenbetriebe mit ihrem komplizierten Mechanismus selbst auf eigene Rechnung und Gefahr zu übernehmen und zu führen?"

Die Lehre vom Klassenkampf wird wohl dadurch am besten ad absurdum geführt, daß man auf den Umstand verweist, daß die befähigten Theoretiker und Vorkämpfer des sozialistischen Klassenhasses nicht aus dem Proletariat, sondern aus der Bourgeoisie hervorgegangen sind und daß die überzeugungsfesten Vorkämpfer, wie zum Beispiele Dr. Adler, Daszynski, Pernerstorfer, nicht aus Klasseninteresse, sondern aus ganz anderen Gründen die Wortführer des Proletariats geworden sind.

Daß nur soziale Versöhnung und nicht Klassenkampf das Ideal des Kulturfortschrittes bedeuten kann und daß der Appell an den bloßen Klassenegoismus zu dürftig ist, um dauernde Erfolge zu erringen, will vorderhand die österreichische Sozialdemokratie nicht gelten lassen.

---

[1]) A. a. O., S. 260.

Die revolutionäre Taktik.

Um den Zukunftsstaat zu erobern und vorzubereiten, sollen nach dem Hainfelder Programm „alle zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein entsprechenden Mittel" benutzt werden. Diese Formel, die eine sehr vielfache Deutung zuläßt, ist offenbar deshalb gewählt worden, um der Frage der revolutionären Taktik einen weiten Spielraum zu lassen und allen Richtungen eine gewisse Bewegungsfreiheit zu garantieren. Es gibt Sozialdemokraten, welche meinen, die Gesellschaft wachse allmählich in den Sozialismus hinein und die politische und wirtschaftliche Betätigung des Proletariats beschleunige diese „naturnotwendige" Umwälzung; aber die Zahl derjenigen, welche überzeugt sind, daß die Gesellschaft auf ihrem Wege zum sozialistischen Staate eine revolutionäre Phase zu durchschreiten habe, ist noch größer. Man darf nicht vergessen, daß die österreichische Sozialdemokratie die Terroristen im eigenen Lager innerlich überwinden mußte und daß heute noch manche „Genossen" in der ersten Kampfreihe stehen, denen einst jede parlamentarische Arbeit ein Greuel war und welche die schrankenlose Gewalt, die Verbreitung des Schreckens als die einzige Geburtshelferin einer neuen Zeit begrüßten. Es mag auch heute noch Sozialdemokraten in Österreich geben, welche sich nur von der Anwendung von Gewalt einen Erfolg erwarten, doch im allgemeinen herrscht die Tendenz vor, die revolutionären Methoden zu mildern und alle Kräfte auf die Beförderung des schrittweisen Reifens des Proletariats und seines Eindringens in die bürgerlichen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen zu verwenden und erst dann zur Gewalt zu greifen, wenn alle übrigen Mittel erschöpft sind. Dieser Taktik hat die Sozialdemokratie es auch zu danken, daß sie nun größeren Einfluß im politischen und sozialen Leben gewinnt. Ein Typus dieser Methode ist Dr. Adler; nach seiner

Ansicht hilft zwar das Eindringen der Sozialisten in das Parlament, in die Gemeindestube, in einzelne Zweige der Verwaltung „die Lebenshaltung des Proletariats heben" und seine Einsicht und Fähigkeit zu verwalten stärken, aber den Einfluß des Proletariats sichern, oder ihm den Entscheidungskampf ersparen, kann sie nicht.[1]) Bei theoretischen Erörterungen verhält er sich so, wie Dr. Brod[2]) gesagt hat, „daß man vor seinem revolutionären Geiste Angst bekommt", während aber in der Praxis man nicht zu unterscheiden weiß „zwischen einem Sozialdemokraten und Sozialpolitiker". Die Methode der österreichischen Sozialdemokratie kann somit als ein Kompromiß zwischen den Ideen der friedlichen Reform und der Gewalttheorie bezeichnet werden.

Die österreichische Sozialdemokratie verschmäht keineswegs die Massenaktion, wie zum Beispiel Straßendemonstrationen, den Generalstreik, doch daneben bedient sie sich der parlamentarischen Aktion, um von dem heutigen Staate die Waffen zur Verteidigung ihrer Positionen und zum Schutz und Ausbau ihrer Organisationen zu fordern. Es ist zwar inkonsequent, auf der einen Seite die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze zu predigen und auf der andern Seite von der bürgerlichen Gesellschaft soziale Reformen zu verlangen, doch dieses Lavieren hat der österreichischen Sozialdemokratie ihre bisherigen Erfolge gebracht, so daß diese Taktik, bei welcher der Erfolg der beste Verteidiger ist, auch fernerhin noch tonangebend sein wird. Doch trotzdem ist innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie die Diskussion über das Problem der Revolution noch lange nicht beendet, da bei dem slawischen Element seit dem Auflodern der russischen Revolution die revolutionäre Methode wieder zu Ehren gekommen

[1]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 31. Mai 1903.

[2]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1901, S. 113.

ist. Böhmen und auch Galizien sind die Länder, wo die revolutionäre und die reformistische Richtung genau unterschieden werden können,[1]) und die offene Parteinahme für die russische Revolution und die Drohungen mit Gewalt, welche in der Wahlreformbewegung sozusagen zu deren eisernem Bestande der Agitation für das allgemeine Wahlrecht gehörten, sind ein Beweis dafür, daß von der Nutzlosigkeit der Revolution noch lange nicht alle „Genossen" überzeugt sind.

Als echte Marxisten müssen übrigens die österreichischen Sozialdemokraten in der dauernden Gewalt, wenn sie sich durchsetzt, „gerinnt", ein „geronnenes Recht" erblicken und auf Grund der Marxistischen Rechtsphilosophie das „Recht auf Revolution" proklamieren und den politischen und wirtschaftlichen Kampf, den sie gegenwärtig führen, nur als die Vorbereitung für die große Abrechnung gut ausnutzen. Ob die Entscheidungsschlacht dann eine Revolution im „Heugabelsinne" oder nur die Durchsetzung eines „ganz neuen Prinzips in der Geschichte" sein wird, wie Lassalle die Revolution definiert hat, das wissen die sozialdemokratischen Führer wohl selbst nicht, aber das eine wissen sie, daß sie auch vor einer Revolution im „Heugabelsinne" nicht zurückschrecken werden, wenn kein anderes Mittel vorhanden ist, um den großen Kladderadatsch herbeizuführen.

Nach sozialistischer Auffassung ist ja der Staat nur eine Funktion des Wirtschaftslebens, der Repräsentant der herrschenden ökonomischen Klasse und die Machthaber die Kommis derselben. Wenn ein neuer Überbau sich erheben soll, müsse dies durch einen Gewaltakt der unterdrückten Klassen, die den alten Überbau beseitigen, geschehen. Heute herrschen die Kapitalisten, die Bourgeoisie. Damit die neue sozialistische Gesellschaft entsteht, muß Gewalt eintreten, durch die das Pro-

[1]) Sieh Masaryk, Die wissenschaftliche und philosophische Krise innerhalb des gegenwärtigen Marxismus, Wien 1898, S. 11.

letariat die Diktatur ergreift und eine Staatsform einführt, welche der neuen Wirtschaftsform adäquat ist. Mit der Revolutionstheorie hat neuestens Sombart[1]) zur großen Über-

[1]) Sieh „Neue Freie Presse", Wien, 17. September 1905. „Die umfassendsten Rechte werden ein Volk von Sklaven nicht ändern. Wenn in England die Demokratie herrsche, so sei dies nicht das Ergebnis eines Systemwechsels, sondern einer tausendjährigen organischen Entwicklung. Man könne mit Recht zweifeln, ob geistige Kultur in irgend welchem Zusammenhang mit staatlicher Verfassung sei. Die Literatur entwickle sich unabhängig von politischer Gestaltung, wofür Rußland ein Beispiel biete. Wie stehe es mit der Beeinflussung des Wirtschaftssystems? Man könne das Steuersystem ändern, doch auch hiefür gebe es Grenzen. So führe in Zürich das äußerst demokratische Steuersystem zur Steuerhinterziehung, die derart beschaffen ist, daß das System selbst daran scheitere. Man könne durch Gewalt eine Umteilung der herrschenden Hände herbeiführen, aber wie gewirtschaftet wird, kann kein Gesetz bestimmen. Ein Systemwechsel genügt allein nicht. Auch eine glückliche sozialistische Revolution kann nur wenig ändern, denn nur was von sozialistischer Organisation schon vorhanden ist, ist das in diesem Momente Mögliche. Darüber hinaus könnte keine Revolution gehen. Die zur Leitung geeigneten Menschen lassen sich nicht aus der Erde stampfen. Es gibt schon Ansätze von Sozialismus, zum Beispiel in den Konsumvereinen in England, die von durch einen langen Entwicklungsgang herangebildeten Personen geleitet werden. Wo Menschen denken, handeln, fühlen müssen, müssen erst bestimmte Typen herangebildet werden. Da ist ein plötzlicher Systemwechsel und die glücklichste Revolution machtlos. Das Problem sei die Heranbildung von Menschen. Wie erkläre sich, daß der Revolutionsgedanke immer seine Vertreter findet? In jeder Generation finden sich Leute, die zwanzig Jahre alt sind, eine Jugend, die intensiv für das Wohl der Menschheit schwärmt. Auch der Glaube an den ordre naturel hat den Revolutionsgedanken erzeugt. Und dennoch ist die Revolution für die Zukunft kein Requisit. Das Vorleuchten eines Ideals der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wie es heute noch das uralte Menschheitsideal sei, sei auch ohne Revolutionsidee möglich. Die Revolution habe mehr Menschentum vernichtet als erzeugt. Denn die Durchbrechung der Schranken der Ordnung bringt auch viel schlimme Leidenschaften zur Entwicklung und endet mit der Herrschaft des Fleischknechtes. Aber der Verlust des Revo-

raschung seiner Freunde in den Vorträgen bei den Salzburger Hochschulkursen gründlich aufgeräumt.

---

lutionsideals zwingt nicht zur Mutlosigkeit. Es gibt ein Ideal, wonach an der Umgestaltung der Dinge auf friedlichem Wege werktätig mitgearbeitet und mitgeschaffen werden könne. Aufgabe derer, die diese neue Welt schaffen wollen, sei, bei sich selbst mit dieser Umbildungsarbeit anzufangen. Alle Volksbewegung soll daran gehen, die Idee des Rechtes zum Durchbruch zu bringen. Der innere Entschluß zur Heiligkeit des Rechtsideals muß Wurzel schlagen. Die soziale Bewegung verliert durchaus nicht an Idealismus, wenn sie die Hoffnung auf die Wirkung eines Tages aufgibt. Hiedurch ist sie nicht zur Hoffnungslosigkeit verurteilt; denn wenn das soziale Wirtschaftssystem kommen soll, und Sombart glaubt daran, so wird es kommen, jedoch nicht als das Geschenk eines Tages, sondern als Ergebnis einer Entwicklung, als die Frucht langer, ernster Arbeit. Sombart schloß damit, daß er sich klar sei, durch die Zerstörung des Revolutionsideals sich vielen Angriffen ausgesetzt zu haben. Aber seine wissenschaftliche Wahrheitspflicht zwinge ihn, niemandem zulieb, niemandem zuleid zu sagen, wozu er sich nach seinem wissenschaftlichen Gewissen für verpflichtet halte."

IV.

Der politische Kampf.

Am Hainfelder Parteitag wurde noch darüber gestritten, ob sich die Sozialdemokraten am parlamentarischen Leben beteiligen sollen oder nicht. Die letzten Reste der Anarchisten sind damals noch zum Worte gekommen, heute gibt es wohl keinen Sozialdemokraten, der gegen den Parlamentarismus Sturm laufen wird. Höchstens in der Ausnutzung desselben gibt es noch Differenzen, die auch auf den Parteitagen bei der Berichterstattung der parlamentarischen Fraktion, wenn auch in sehr schüchterner Form, zu Tage treten.

Der Parlamentarismus.

Welche Zwecke die österreichische Sozialdemokratie mit ihrem Eintritt in das Parlament verfolgt, das hat Dr. Ellenbogen[1]) auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Zürich (1893) offen ausgesprochen:

„Wir wollen den Klassenkampf in das Parlament hineintragen ... Wir brauchen den Parlamentarismus, um in den Parlamenten die wirksamste Propaganda zu treiben, die man sich denken kann."

Mit diesen Ausführungen deckt sich auch, was Dr. Adler in Brüssel[2]) gesagt hat:

---

[1]) Sieh Protokoll des Sozialistenkongresses in Zürich, S. 45.

[2]) Sieh Protokoll des internationalen Sozialistenkongresses in Brüssel (1891), Berlin 1893, S. 13.

„Wir Österreicher zählen wie die Deutschen zu den revolutionären Sozialisten. Es klingt freilich sehr radikal, den ganzen Parlamentarismus zu verwerfen; das ist falsch. *Für uns ist der ganze Parlamentarismus*, für uns ist Wahlrecht, Stimmrecht, Arbeiterschutz nur Mittel zum Zweck, ein *gutes Mittel*, um die *Gehirne zu revolutionieren* und so die Armee zu gewinnen, welche die Revolution ausführen soll."

Wenn der Parlamentarismus in ihren Augen eine so schneidige Waffe ist, um die Geister zu revolutionieren und um für ihre Ideen die wirksamste Propaganda zu machen, dann ist es auch begreiflich, daß sie ein *Wahlrecht* anstreben, welches der Sozialdemokratie ermöglicht, recht viele Vertreter in die Vertretungskörper zu entsenden, und daß sie all ihre Kräfte auf die Erringung eines weitgehenden Wahlrechtes konzentrieren. Die österreichischen Sozialdemokraten verlangen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom zwanzigsten Lebensjahre an, ferner die Einführung des Proportionalwahlsystems, die Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage, dreijährige Gesetzgebungsperioden und Diätenbezug für die Gewählten. Aus der geschichtlichen Entwicklung war zu entnehmen, daß die österreichische Sozialdemokratie in dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht eigentlich ganz aufging und alle ihre Kräfte in den Dienst der Wahlrechtsbewegung stellte. Allerdings verstand sie auch diese Bewegung auszunutzen, um neue Massen zu gewinnen und ihre alte Garde mit dem revolutionären Geiste zu erfüllen. In diesem Sinne äußerte sich Dr. *Ellenbogen*[1]) schon im Jahre 1894, wo er selbst zugab:

„Die Wahlrechtsbewegung ist durch und durch sozialdemokratisch, sie ist eine *massenaufwühlende, massenerziehende, befreiende Bewegung*, sie gipfelt in dem Sinne: Nieder mit dem ganzen System, fort mit diesem System

[1]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1894, S. 55.

der Heuchelei und der Lüge, Vergewaltigung auf allen Gebieten. Die Wahlrechtsbewegung ist eine revolutionäre Bewegung und, Genossen, ich wünsche, daß revolutionäres Denken bei dieser Beratung ausschlaggebend sei."

Wie in den Neunzigerjahren die belgischen Kämpfe die Folie zur österreichischen Wahlrechtsbewegung gaben, so waren im Jahre 1906 alle Blicke nach Rußland gerichtet, wo Absolutismus und blutige Revolution abwechslungsweise ihre Orgien feierten. Das „Russisch-Reden" wurde jetzt wie einst das „Belgisch-Reden" zum geflügelten Worte. Unter der Wucht der Ereignisse wurde sogar aus dem „Oberbremser" Dr. Adler der blutigrote Revolutionär, der für den Massenstreik sans phrase eintrat und darauf verzichtete, eine Grenzlinie zwischen Massenstreik und Revolution zu ziehen. In der Resolution, die am Wiener Parteitag 1904 zur Annahme kam, wird das Projekt, daß durch den Generalstreik der Zukunftsstaat erobert werden könne, zurückgewiesen, hingegen als ein wirksames politisches Kampfmittel bezeichnet, um politische Rechte zu erkämpfen.

Die Sozialdemokratie hat sich aber nicht bloß bemüht, in das Abgeordnetenhaus hineinzukommen, mit derselben Zähigkeit arbeitet sie, um auch die Landtage und Gemeindevertretungen zum Schauplatze ihrer öffentlichen Tätigkeit zu machen. Steiermark und Niederösterreich waren die ersten Landtage, in welche die Sozialdemokraten ihren Einzug hielten, außerdem wurde infolge der Landtagswahlreform in Mähren den Sozialdemokraten Gelegenheit gegeben, auch dort in den Angelegenheiten des Landes ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Die Frage der Landtagswahlreform bekam im Sommer 1907[1]) eine aktuelle Bedeutung, da die Sozialdemokraten die

[1]) Den ersten Vorstoß unternahm Abgeordneter Elderisch, der am 28. Juni 1907 im Reichsrate einen Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes für den Landtag einbrachte. Der Antrag wurde am 5. und 9. Juli 1907 verhandelt und abgelehnt.

Übertragung des Wahlrechtes mit großem Ungestüm forderten. Doch einen Erfolg hatten sie nicht zu verzeichnen, da die Regierung Beck sich der Abschaffung des Privilegienwahlrechtes für die Landtage mit aller Macht widersetzte.

Ein offizielles Landtagsprogramm ist zwar auf keinem Parteitage noch festgelegt worden, so daß man sich mit dem begnügen muß, was zur Wahlzeit in den Flugblättern als ein Äquivalent hingestellt wird. In Steiermark ist bei den Landtagswahlen für die allgemeine Kurie ein Flugblatt verteilt worden, in welchem folgende Forderungen aufgestellt wurden:

1. Sparsamkeit in der Landesverwaltung (Landesamt, Landesausschuß) ohne Vernachlässigung der sozialpolitischen Fürsorge für die Landesbediensteten.

2. Förderung der Landeskultur nach der Richtung, daß hauptsächlich den kleineren Besitzern bei Hebung ihrer Wirtschaft an die Hand gegangen wird, ihre Betriebsweise durch Bodenmeliorationen (Bodenverbesserung) und Anleitung zu rationeller Wirtschaft zu bessern, wozu wir als Mittel hauptsächlich die Förderung des Genossenschaftswesens und die Errichtung genossenschaftlicher Anstalten erblicken. Dazu Wildbachverbauungen, Flußregulierungen und Verbesserungen des Verkehres durch Straßenbauten und Entwicklung des Eisenbahnnetzes, Förderung des Versicherungswesens sowie ausreichenden Schutz gegen Wildschaden.

3. Förderung der Volksbildung vorzüglich durch Verbesserung der Volksschule und Förderung solcher Landeslehranstalten, die der Mehrheit der Bevölkerung zugänglich und nützlich sind. Gründliche und freiheitliche Gestaltung des Lehrwesens ist unser Grundsatz, da nur wirklich gebildete, freiheitliche Lehrer unsere Kinder zu gebildeten, freien Menschen zu erziehen vermögen.

4. Ausgestaltung der Landeswohltätigkeit und der Landessanität durch Vervollkommnung der Spitäler und sonstigen Krankenanstalten, des Landes-Armenwesens und der Siechenanstalten sowie der Landessanität durch entsprechende Änderung der Landesbauordnung und Besserung der Ärzteverhältnisse auf dem Lande.

5. Änderung der Landgemeindenordnung und -Wahlordnung im Sinne des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und der größeren Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung, insbesondere in der Richtung, daß den Gemeinden das Recht auf Einführung eigener, dem Grundsatze der gerechten Verteilung der Gemeindelasten entsprechender Gemeindesteuern gegeben wird, wodurch der Kleine von dem Steuerdrucke entsprechend entlastet und der Große, Reiche, im Verhältnis zu seinem Vermögen steigend, zur Tragung der Gemeindelasten herangezogen werden kann. Dazu möglichste Entlastung der Gemeinden von den Schul- und Armenlasten sowie Entschädigung der für den Staat zu leistenden Arbeiten (im übertragenen Wirkungskreise).

Man sieht es diesem Programme an, daß es eher ein Werk der Verlegenheit und des Augenblickes und nicht der Niederschlag einer längeren Diskussion ist.

Die Gemeindepolitik.

Dafür wurde mehr Mühe aufgewendet, um die programmatischen Forderungen bezüglich der Gemeindepolitik festzustellen. Auf dem Grazer Parteitage der deutschen Sozialdemokratie (1900) wurden folgende Grundsätze[1]) für das Wirken der Sozialdemokratie in der Gemeinde der Kommission, welche zur Revision des Parteiprogrammes gewählt wurde, zugewiesen:

„In der Erwägung, daß die sozialdemokratische Bewegung stets weiter fortschreiten und dadurch allein schon in den Gemeinden an Einfluß gewinnen wird, welcher Einfluß sich bei Wahlen jetzt schon zeigte und noch stärker zeigen wird, ist es Pflicht der Sozialdemokraten, in den Gemeinden dafür zu sorgen, daß der arbeitenden Bevölkerung mit dem wachsenden Einflusse der Sozialdemokraten auch von der Gemeinde aus Schutz vor den ausbeutenden Klassen gewährt wird. Wir streben den Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Ge-

[1]) Sieh Protokoll, S. 129.

samtheit des arbeitenden Volkes an, um das Volk aus den Fesseln des Kapitals, welches dasselbe in einen menschenunwürdigen Zustand gebracht, zu befreien. Wir bedienen uns als Mittel zu unserem Zwecke auch der Reformarbeit in den Gemeinden. Wir fordern nur, was möglich ist, dem Volke auch in der Gemeinde des Klassenstaates zu geben. Wir betrachten die Gemeinde als eine notwendige Form für den gesellschaftlichen Organismus, die aber zu einer autonomen Form im demokratischen Sinne ausgestaltet werden muß. Die Gemeinde ist als eine Vereinigung von Staatsbürgern zum Zwecke eines erträglichen Beisammenseins und zur Förderung gemeinsamer Interessen aufzufassen. Sie darf nicht zur Produktivassoziation für einzelne werden, sondern hat für die Allgemeinheit, für das Wohl aller zu sorgen. Im Interesse der Gesamtheit des arbeitenden Volkes sind folgende Grundsätze in den Gemeinden der Verwirklichung zuzuführen:

1. Wahlrecht. Wir fordern für alle in der Gemeinde wohnenden Inländer, insofern sie das 20. Lebensjahr erreicht haben, ohne Unterschied des Geschlechtes, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, also Aufhebung der Wahlkörper und Beseitigung der Virilstimmen. Den gewählten Vertretern sind die mit ihrer Amtsführung entstandenen Kosten zu entschädigen. Als Wahltag ist der Sonntag festzusetzen.

2. Befreiung von der Bevormundung. Die Gemeinden sind von jeder Bevormundung seitens der verschiedenen k. k. Behörden sowie von den politisch-polizeilichen Pflichten zu entheben. Ferner ist die Befreiung der Gemeinden von der Pflicht der Einhebung ihnen nicht zukommender Steuern und von der Besorgung von und mit dem Militär- und Exekutionsdienst verbundenen Arbeiten anzustreben. Die Rechte der Gemeinden sind zu erweitern.

3. Amtliche Behandlung. Die Gemeindeverwaltung hat dafür zu sorgen, daß die in der Gemeinde bei den Ämtern vorsprechenden Personen anständig behandelt und nicht schikaniert werden, wie es leider häufig vorkommt. Gegen eine private Mißhandlung und grobe Behandlung kann man sich leichter wehren als gegen eine amtliche. Alle Agenden sind raschestens zu erledigen. Die Berichte über die Gemeindegebarung und das Rechnungswesen sowie alle gefaßten Beschlüsse sollen den Gemeindeangehörigen unentgeltlich zugänglich gemacht werden, um diese für die Verwaltung der Gemeinde zu interessieren.

4. Heimatsrecht. Abänderung der bis jetzt geltenden Gesetze über das Heimatsrecht in dem Sinne, daß in der Regel ein zweijähriger Aufenthalt in der Gemeinde zur Erlangung der Gemeinde- und Staatszugehörigkeit berechtigt. Dies soll für Männer und Frauen sowohl als für deren Kinder gelten. Die Zuerkennung des Heimatsrechtes darf nicht von der Zahlung von Gebühren abhängig gemacht werden. Das Ausweisungsrecht der Gemeinde ist aufzuheben.

5. Armenversorgung. Die Armenversorgung ist so durchzuführen, daß sie auch allen Arbeitsunfähigen in gleichem Maße zu teil wird. Soweit es nur immer möglich ist, hat diese Versorgung in hiezu bestimmten Anstalten (Versorgungshäusern) zu erfolgen. Die Gemeinde fordert als solche vom Staate die Einführung einer staatlichen Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversorgung, ferner eine Reform der Krankenversicherung in dem Maße, daß alle Arbeitspersonen versicherungspflichtig werden. Ebenso ist die Regierung aufzufordern, die Reform der Unfallversicherungspflicht in Angriff zu nehmen und dieselbe auf alle, auch auf die im Kleingewerbe beschäftigten Arbeiter gesetzlich auszudehnen. Den bei der Gemeinde in Arbeit stehenden Arbeitern oder Angestellten ist bis zur Aktivierung der staatlichen Altersversicherung eine Invalidenrente zu gewähren, welche nach dem Tode des Rentners der Witwe oder den Kindern des Rentners zugewiesen werden kann.

6. Schulwesen und Erziehung. Es ist Pflicht der Gemeinde, dafür einzutreten, daß die Kosten für das gesamte Unterrichtswesen, also auch die Kosten für die Volksschule, vom Staate bestritten werden, und zwar unter vollständiger Wahrung des Einflusses der Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens. Die Schulen sind so einzurichten, daß in keiner Klasse mehr als dreißig Schulkinder sitzen. Den Kindern sind die Lernmittel und Schulbücher gratis zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Schulkinder erhalten auf Gemeindekosten ausgiebige, kräftige Mittagskost. Kinder, deren Eltern nachweisen, daß sie zu Hause genügend genährt werden, können vom Besuch der Schultafel enthoben werden. Die Gemeinde errichtet Schulbäder, Fach- und Fortbildungsschulen sowie Lehrwerkstätten. Der Unterricht an allen Schulen soll unentgeltlich sein. Das Lehrpersonal ist entsprechend zu vermehren und anständig zu besolden. Die Bestellung von Schulärzten durch die Gemeinde ist geboten. Der Kinder-

erziehung hat die Gemeinde eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. In Städten und Gemeinden mit einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung sind für nicht schulpflichtige Kinder Kinderbewahranstalten zu errichten, in welchen von weltlichen Personen die Kinder beaufsichtigt und in einer ihrem Alter entsprechenden Weise erzogen und gebildet werden. Für die schulpflichtigen Kinder, insofern sie sich selbst überlassen sind, ist auch außerhalb der Schule von der Gemeinde vorzusorgen. Arme und elternlose Kinder von Gemeindeangehörigen hat die Gemeinde zu übernehmen, darf sie aber nicht, um deren Versorgung loszuwerden, als Arbeitstiere an Begüterte vergeben, sondern hat sie zu erziehen. Zu dem Zwecke sind Anstalten zu errichten, mit weltlichen Personen als Leiter derselben und solchen als Lehr- und Erziehungskräfte. Auch für die Fortbildung und Veredelung der der Schule entwachsenen Knaben und Mädchen sorgt die Gemeinde durch Veranstaltung von Vorträgen und Lehrkursen an jenen Tagen, an welchen jede gewerbliche Arbeit zu ruhen hat.

7. Gesundheitswesen. In den Gemeinden sind Gesundheitsämter und Rettungsstationen zur ersten Hilfe bei Unfällen 2c. zu errichten und ist für eine genügende Anzahl von Ärzten, auch für die Armen, also für Armenärzte, Sorge zu tragen. Unbemittelten, für Krankheit noch nicht versicherten Personen ist außer der unentgeltlichen ärztlichen Pflege auch der unentgeltliche Medikamentenbezug zu besorgen. Zu dem Zwecke empfiehlt es sich, Gemeindeapotheken zu errichten. Desgleichen ist für Spitäler in ausreichendem Maße Vorsorge zu treffen. Die Einführung eines nächtlichen Ärztedienstes wird jeder Gemeinde zum Vorteil gereichen.

8. Leichenbestattung. Die Bestattung der Leichen besorgt die Gemeinde unentgeltlich und in einer der Pietät entsprechenden Weise. Nur der Luxus soll bezahlt werden.

9. Approvisionierung. Die Gemeinde überwacht den Handel mit Lebens- und Verbrauchsartikeln und kehrt alles vor, um eine Verfälschung derselben oder eine Verkürzung des Publikums beim Maß und Gewicht verhindern zu können. Um dem Wucher, der mit Brot und Fleisch und mit Fleischwaren getrieben wird, entgegentreten zu können, empfiehlt es sich, in größeren Gemeinden, insbesondere in solchen mit einer zahlreichen Arbeiterbevölkerung, kommunale Fleischhallen und einige Bäckereien zu errichten.

10. Wohnungswesen.[1]) Der Wohnungsfrage ist gleichfalls die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, auch in kleinen Gemeinden. Das Sprichwort: „Schlechte Wohnung, früher Tod" gilt auch hier. Wo der Zinswucher vorherrscht, läßt die Gemeinde Arbeiterhäuser mit entsprechenden, jedenfalls zweiräumigen Wohnungen bauen und vermietet sie. Die Einführung einer Wohnungsinspektion durch hygienisch gebildete Fachleute ist im Interesse

[1]) Abgeordneter Hybeš zitierte gelegentlich der Beratung der Gesetzesvorlage, betreffend die Begünstigungen für Gebäude mit gesunden und billigen Arbeiterwohnungen, folgendes Wohnungsprogramm; „Wir verlangen: Periodische Untersuchung der Wohnungsverhältnisse; Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes behufs regelmäßiger Wohnungsinspektion, zur Begutachtung gemeindeämtlicher Maßnahmen, Untersuchung der Bautätigkeit, der Preisbewegung des Baulandes und Wohnungsmarktes sowie Organisation der Wohnungsvermittlung; Einführung einer abgestuften städtischen Bauordnung in der Richtung einer energischen Bekämpfung der Mietkasernen (Zonenbausystem); Erweiterung des städtischen Enteignungsrechtes; Erbauung von Wohnhäusern mit kleinen billigen Wohnungen auf städtischem Baugrunde in eigener Regie der Stadtverwaltung; zur Verhinderung des Bodenwuchers möglichst umfangreiche Grunderwerbungen in den Außenbezirken und vollständige Einstellung des Verkaufes von gemeindlichem Baulande an Private, statt dessen Verpachtung von Bauland (Bauleihe)". (Stenographisches Protokoll des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 2. Juni 1902, XVII. Session, 147. Sitzung, S. 136—146). Auf dem Wiener Parteitage der deutschen Sozialdemokraten wurde folgende Entschließung (sieh „Arbeiter-Zeitung", Wien, 3. Oktober 1907) angenommen: „Die Wohnungsfrage gehört zu den Problemen, deren völlige Lösung auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden kann. Solange die kapitalistische Ordnung besteht und die Wohnungen ebenso wie alle anderen Dinge nicht zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern als Waren hergestellt werden, wird es auch unmöglich sein, der arbeitenden Klasse gesundheitlich und räumlich vollkommen befriedigende Wohnungen zu einem für sie erschwinglichen Preise herzustellen. Die durch die kapitalistische Industrie und den kapitalistischen Handel bedingte Zusammendrängung großer Menschenmassen an einzelnen Orten treibt den Wert der Grundstücke maßlos hinauf und verteuert die Wohnungsmiete nicht bloß für den Arbeiter, sondern auch für alle kleinen Leute, Gewerbetreibende, Beamte, Angestellte verschiedenen Grades. Am

der Gesundheit aller und zur Verhütung von gefährlichen Krankheiten dringend geboten.

11. Gemeindeeigentum. Gemeindearbeiten. Die Gemeinde sorgt nicht nur für die Erhaltung des vorhandenen Gemeindeeigentums jeder Art, sondern trachtet dasselbe zu vermehren. Der Wert des Grundeigentums ist durch sachverständige Organe von fünf zu fünf Jahren festzustellen. Durch den Ankauf von Grundstücken trachtet die Gemeinde, der damit betriebenen Spekulation entgegenzuwirken. Die Gemeinde strebt danach, die

---

fühlbarsten aber wird die durch steigende Verteuerung der Miete auf der einen Seite und das Fehlen entsprechender Kleinwohnungen in genügender Anzahl auf der andern Seite entstehende Wohnungsnot der Arbeiterklasse, die einen prozentuell immer größeren Anteil ihres Einkommens für die Wohnungsmiete aufwenden muß und dadurch in ihrer Lebenshaltung noch mehr herabgedrückt wird. Um die hohen Mietzinse leichter erschwingen zu können, wird ein immer größerer Teil der arbeitenden Bevölkerung gezwungen, die räumlich und hygienisch ohnehin schon ungenügenden Wohnungen mit familienfremden Personen, Aftermietern und Bettgehern, zu teilen. Dadurch entstehen die schwersten sanitären und sittlichen Gefahren und mit dem Fehlen eines wirklichen Heims fällt jede Grundlage für die Entwicklung eines wirklichen Familienlebens. Zugleich entstehen in allen Städten in den vornehmlich von der ärmeren Klasse bewohnten, überfüllten Stadtvierteln Seuchenherde, die bei jeder Epidemie ungezählte Opfer an Menschenleben fordern. Wenn auch eine vollkommene Lösung der Wohnungsfrage innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht herbeigeführt werden kann, so muß doch der Kampf gegen diese Mißstände schon heute mit der größten Energie geführt und einer wirksamen Wohnungsreform die Bahn gebrochen werden. Ausgehend von diesen Erwägungen fordert der Parteitag: Die Erlassung eines Reichswohnungsgesetzes, das die Normativbestimmungen für Bauordnungen, Wohnungsinspektion und das Enteignungsrecht der Gemeinden zu enthalten hat. (Revision des a. b. G. B. über den Mietvertrag.) Die Errichtung eines Reichswohnungsamtes, dessen Aufgabe die Überwachung des ganzen Wohnungswesens sein soll und das zu gleicher Zeit als Zentralbehörde für die Wohnungsinspektion und die Wohnungsstatistik zu dienen hätte. Die Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern in allen Städten und in Orten, in denen in größerer Anzahl industrielle Arbeiter und Verkehrsbedienstete leben. Die Aufgabe dieser Ämter muß die Organisation der

zu vergebenden Gemeindearbeiten sowie das Beleuchtungswesen und die Transportmittel 2c. in eigene Regie zu bringen. Alle Gemeindeunternehmungen, z. B. Apotheken, Bäckereien, Lebensmittelmagazine, verwaltet die Gemeinde selbst. Den für ihre Angestellten bestimmten Lohn vereinbart sie mit den Arbeiterorganisationen des Ortes. Es ist ein Minimallohn und der achtstündige Arbeitstag festzusetzen. Wo die Gemeinde Arbeiten vergibt, wirkt sie auch auf den Vertrag mit den Unternehmern insofern

Wohnungsinspektion unter Heranziehung von Hilfskräften aus der organisierten Arbeiterschaft, die regelmäßige Wohnungsstatistik und die Wohnungsvermittlung sein. Die Reform der Bauordnungen mit weitestgehenden Bestimmungen über die hygienische Einrichtung der Häuser und Wohnräume. Die planmäßige Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung des Gemeindegrundbesitzes. Die Reform des Steuerwesens, Beseitigung der Hauszins- und Hausklassensteuer und dagegen Bemessung der Realsteuern nach dem genauen Wert, Einführung einer Bauplatzabgabe, eine ausgiebige Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden. Ausdehnung des Enteignungsrechtes der Gemeinden. Erbauung eigener Musterwohnhäuser mit billigen, allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Wohnungen durch die Gemeinden in eigener Regie. Reform des Verkehrswesens und Fahrterleichterungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerhalb ihres Arbeitsortes wohnen. In den bürgerlichen Bestrebungen, den Arbeitern zum Erwerb eigener Wohnhäuser zu verhelfen, erblickt der Parteitag keine Förderung der Interessen der Arbeiterklasse und keinen geeigneten Schritt zur Linderung der Wohnungsnot, sondern im Gegenteil eine Gefahr für die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter, die dadurch in ihrer Freizügigkeit behindert und in ihrer Stellung gegen den Kapitalisten geschwächt werden. Dagegen empfiehlt er die Unterstützung von gemeinnützigen Baugenossenschaften, soweit sie auf der Grundlage gemeinsamen Eigentums eingerichtet sind und nicht Spekulationsinteressen Vorschub leisten. Die Vorbedingung zu jeder gedeihlichen Reform des Wohnungswesens aber ist die Beseitigung des volksfeindlichen Haus- und Grundbesitzerprivilegs in den Gemeinde- und Landesverwaltungen und die Demokratisierung der Verwaltung. Deshalb fordert der Parteitag neuerlich auf das nachdrücklichste als wichtigsten Schritt zu jeder ernsten Wohnungsreform die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für Land und Gemeinde.

ein, daß sie für die Arbeiter garantierte menschenwürdige Arbeitsbedingungen feststellen läßt und für deren Einhaltung sorgt. Schlechter als die bei der Gemeinde vorherrschenden Arbeitsbedingungen dürfen die der Arbeiter bei den Privatunternehmern, welchen die Gemeindearbeit zugesprochen wird, nicht sein.

12. Besteuerung. Das heutige Steuersystem ist ein ungerechtes. Der Große leistet im Verhältnis zu seinem Einkommen und Besitz, der Leistung des Kleinen gegenüber betrachtet, weniger als dieser. Dem schlechten Steuersystem sind schon ungezählte Existenzen zum Opfer gefallen. Wir verlangen daher: a) Aufhebung aller Zuschläge, die eine indirekte Besteuerung zur Folge haben, wie Bierumlagen, Zuschläge zur Verzehrungssteuer, Zuschläge zur Mietzinssteuer und Zinskreuzer; b) Einführung einer direkten Gemeindesteuer nach mit der Höhe des Einkommens steigenden Sätzen, unter Freilassung eines Existenzminimums; c) Einhebung einer Erbschaftssteuer mit nach der Höhe der Hinterlassenschaft steigenden Sätzen.

13. Rechtsbeirat und Rechtsschutz. Die Gemeinde führt überall dort, wo weder Gewerbe- noch Schiedsgerichte bestehen, einen Rechtsbeirat ein und aktiviert Schiedsgerichte, bei deren Zusammensetzung Parität herrschen muß, für alle aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis entstandenen Streitigkeiten. Den Gemeindeangehörigen ist pflichtgemäß der Rechtsbeistand in allen jenen Fällen zu gewähren, in denen es sich um Erlangung und Sicherstellung der Renten von Anstalten und Unternehmungen handelt, bei welchen die obligatorische Kranken-, Unfalls-, Invaliditäts- und Altersversicherung eingeführt ist. Der Rechtsbeistand ist unbemittelten Frauen und Kindern auch dann zu gewähren, wenn es sich um Alimentations- oder Erbschaftsansprüche handelt.

14. Arbeitsvermittlung. Zuweisung der Arbeit. Statistik. Jede Gemeinde soll eine Arbeits- und Dienstvermittlung sowie ein arbeitsstatistisches Bureau errichten und für deren Erhaltung Sorge tragen. Die Verwaltung der Arbeitsvermittlung ist einem von der Arbeiterschaft gewählten Ausschusse zu übertragen und hat die Vermittlung von Dienst und Arbeit unentgeltlich zu erfolgen. Bei der Arbeitsvermittlung ist eine Abteilung für Statistik zu aktivieren, deren Aufgabe darin besteht, die Führung der Statistik über die Zahl der in Arbeit Stehenden, über Arbeitszeit, Unfälle, Löhne, Übersiedlung, Preise der Wohnungen und Lebensmittel zu besorgen. Bei Betrieben und Bauten, welche

die Gemeinde für ihre Rechnung führt, ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese Arbeiten, soweit es ihr Wesen gestattet, zu einer Zeit vorgenommen werden, wo sich eine stärkere Arbeitslosigkeit zu zeigen beginnt. Alle Bedarfsgegenstände, wie Kleidungsstücke, Schuhe 2c., mit welchen die Gemeinde ihre Angestellten, Anstalten und Schulkinder versorgt oder welche sie auf ihren Lagern hält und zu Erzeugungspreisen an die Bevölkerung abgibt, sind in solchen Zeiten zur Verfertigung zu vergeben, wo in dieser oder jener Branche eine Arbeitslosigkeit Platz zu greifen droht. Als Grundsatz für die Produktion dieser Bedarfsgegenstände hat zu gelten: Die Gemeinde besorgt den Einkauf von Rohmaterialien und Hilfsstoffen und übergibt die Ausfertigung der Waren an Arbeitslose. Zu diesem Zwecke errichtet oder unterstützt sie gemeinsame Werkstätten.

15. Gemeinde und Kirche. Die Gemeindevertretungen haben sich aller Subventionen oder Unterstützungen von Bauten und Unternehmungen, welche zu Zwecken dieser oder jener Religionsgenossenschaft dienen, zu enthalten. Ebenso haben sich die Vertretungen aller Kundgebungen, durch welche eine Religion oder Kirche über die andere gestellt würde, zu enthalten. Religion und Bekenntnis sind als Privatsache zu betrachten; aus diesem Grunde ist auch dahin zu wirken, daß die Schulen und Anstalten in diesem Geiste geleitet und von der Kirche getrennt werden.

16. Sachverständigen-Beiräte. Die Gemeindevertretungen haben für die Organisation von Sachverständigen-Sektionen und -Beiräten Sorge zu tragen und ist diesen Korporationen eine beratende Stimme in der Gemeindevertretung zuzuerkennen.

17. Vereinigung von Gemeinden. Zur Erreichung für die Allgemeinheit zweckmäßiger und vorteilhafter Einrichtungen und Unternehmungen haben sich die Gemeinden zu gemeinsamen Unternehmungen zu vereinigen.

18. Kundgebungen und Publikationen. Die autonomen Gemeindevertretungen haben jede sich darbietende Gelegenheit zur Stellung von Initiativanträgen und Kundgebungen bei den gesetzgebenden Körperschaften behufs Erreichung vollkommener bürgerlicher Freiheiten und Rechte zu ergreifen und haben mit allen Kräften für die Änderung jener Bestimmungen, welche das freie Wort, die Freiheit des Aufenthaltes, die Freizügigkeit 2c. beschränken, einzutreten."

Wenn auch diese Grundsätze nicht durch einen Parteibeschluß förmlich sanktioniert wurden, so bildeten sie immerhin eine „Richtschnur für die Genossen in den größeren Gemeinden", wie Skaret[1]) am Salzburger Parteitage betonte. Durch die Erweiterung des Gemeindewahlrechtes und durch Siege in größeren Städten wird die Frage des Kommunalprogrammes in der nächsten Zeit eine aktuelle Bedeutung erlangen.[2])

Über die Wahlerfolge der deutschen Sozialdemokratie in den Gemeinden wurde zuerst auf dem Parteitage in Salzburg ein Bericht erstattet, der jedoch viele Lücken aufwies, so daß auch daraus ein zuverlässiges Bild der Stärke der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen nicht zu gewinnen war. Nach den eingelaufenen Berichten besaß die deutsche Sozialdemokratie in den Jahren 1902 und 1903 in 96 Orten 379 Gemeinderäte. In zehn Orten des Reichenberger und in

[1]) Sieh Protokoll des Salzburger Parteitages, Wien 1904, S. 175.

[2]) Der österreichische Entwurf eines Gemeindeprogrammes hat im großen und ganzen große Ähnlichkeit mit dem Programme der reichsdeutschen und englischen Sozialisten. Die Programme der letzteren zählen bis ins einzelne die wirtschaftlichen Gebiete auf, die in die Verwaltung der Gemeinde übergehen sollen. Neben solchen Ressorts, die schon von jeher durch die Städte selbst verwaltet wurden, wie die Wasserversorgung, die Gasanstalten, die Kommunikationsmittel, die Schlachthäuser, verlangen die englischen Sozialisten auch die Übernahme der Milchversorgung durch die Gemeinde. Für Bayern wurde im Jahre 1900 in einer Versammlung der Münchener sozialistischen Kommunalwähler ein Programm aufgestellt, das mit dem österreichischen große Ähnlichkeiten besitzt. Die Maßnahmen betreffs des Wohnungssystems sind in dem Münchener Programme in ein ganzes System gebracht. (Sieh Isaieff, Der Sozialismus und das öffentliche Leben, Stuttgart 1903, S. 447 f.) Doch darüber gibt sich die Sozialdemokratie keiner Täuschung hin, daß selbst in dem Falle, wenn das ganze kommunale Programm verwirklicht würde, sich noch lange keine sozialistische Gesellschaft ergäbe. Über die Tätigkeit der reichsdeutschen Sozialisten in der Gemeinde gibt die „Kommunale Praxis" Aufschluß.

zwei Orten des Budweiser Wahlkreises ist der ganze dritte Wahlkörper im Besitze der Sozialdemokratie. Im Aussiger Wahlkreis befinden sich zwei sozialdemokratische Gemeindevorsteher und in einzelnen Orten sogar sozialdemokratische Vertreter aus dem zweiten und ersten Wahlkörper.[1]) In Wien gelang es bei den Gemeinderatswahlen im Jahre 1906 aus dem vierten Wahlkörper sieben Mandate zu erringen. Das Stimmenverhältnis war folgendes:[2])

	Zahl der Wähler:	Abgegebene Stimmen: Sozialdemokraten	Christlichsoziale
I. Bezirk:	10.928	2.350	3.818
II. „	26.694	7.381	3.048
III. „	30.346	5.738	9.284
IV. „	12.343	1.085	3.694
V. „	22.616	7.407	6.681
VI. „	12.615	2.361	3.915
VII. „	14.414	1.860	4.947
VIII. „	9.761	986	3.720
IX. „	18.342	2.903	5.893
X. „	24.643	10.751	6.383
XI. „	8.373	3.029	3.151
XII. „	17.170	5.594	5.436
XIII. „	17.491	4.358	6.157
XIV. „	18.627	6.510	5.846
XV. „	9.236	2.355	3.188
XVI. „	33.228	13.760	7.885
XVII. „	20.246	4.897	6.711
XVIII. „	17.180	2.101	5.689
XIX. „	9.077	1.519	3.089
XX. „	14.036	4.998	4.141
XXI. „	11.741	6.169	3.274
Zusammen . .	359.107	98.112	105.950

[1]) Sieh Protokoll des Salzburger Parteitages 1904, S. 16.

[2]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 10. Mai 1906.

Die Bewegung der sozialdemokratischen Partei in Wien von 1897 bis 1906 war folgende:

	Zahl der Wähler:	Abgegebene Stimmen: Sozialdemokraten	Christlichsoziale
1897 V. Kurie (Bezirke I bis XX)	276.330	88.340	117.102
1900 vierter Wahlkörper (Bezirke I bis XX) .	228.491	56.306	77.608
1901 V. Kurie (Bezirke I bis XX)	307.741	100.557	107.162
1906 vierter Wahlkörper (Bezirke I bis XXI) .	359.117	97.094	110.750

Das Wachstum der sozialdemokratischen Gemeindewähler in Wien kann aus folgender Tabelle ersehen werden:

	1900:	1906:
I. Bezirk:	2.216	2.350
II. „	5.401	7.381
III. „	4.081	5.738
IV. „	1.272	1.085
V. „	4.904	7.407
VI. „	1.959	2.361
VII. „	1.826	1.860
VIII. „	998	986
IX. „	2.686	2.903
X. „	5.360	10.751
XI. „	1.844	3.029
XII. „	2.658	5.594
XIII. „	1.600	4.358
XIV. „	2.730	6.510
XV. „	1.547	2.355
XVI. „	7.932	13.760
XVII. „	2.483	4.897
XVIII. „	1.716	2.101
XIX. „	745	1.519
XX. „	2.348	4.998
XXI. „ (1905)	5.420	6.169
Zusammen . .	61.726	98.112

Am Parteitage 1905 wurde ein neuer Bericht über die Erfolge bei den Gemeindewahlen erstattet, der insofern ein zuverlässiges Bild gibt, da auch die nichtdeutschen Nationen berücksichtigt wurden. So hat die deutsche Sozialdemokratie in 152 Orten 425 Gemeindevertreter, die italienische in Trient, Rovereto, in Muggia und Pola. Was die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Gemeindestube betrifft, so ist dieselbe eine mehr negative als positive. Da sie in ihren kulturkämpferischen Bestrebungen (Angriffe auf Klöster, Entlassung der Ordensschwestern aus den Krankenhäusern, Verbot der offiziellen Beteiligung an den Fronleichnamsprozessionen, Einstellung der Subventionen für charitative Vereine ꝛc.) bei den „freiheitlichen" Majoritäten, die fast in allen größeren Städten und Industrieorten die Gemeindestube beherrschen, ein volles Verständnis finden, so ist es begreiflich, daß sie mit Vorliebe dieses Gebiet kultivieren. Da noch kein größeres Gemeinwesen sich vollständig in den Händen der Sozialdemokratie befindet, so ist es auch nicht möglich, ein abschließendes Urteil über den sozialdemokratischen Einfluß auf die Kommunalpolitik zu fällen. Wenn heute die Sozialdemokratie in der Gemeindestube Siege erringt, so verdankt sie dieselben nicht ihrem Programme, sondern vielfach der Unfähigkeit und Kurzsichtigkeit der heute in den Gemeindestuben herrschenden Parteien.

Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den übrigen Parteien.

Nachdem die Sozialdemokratie den Kampfboden der politischen Arena betreten hat, muß sie sich auch klar sein über das Verhältnis zu den übrigen Parteien, die in dem Eindringen der Sozialdemokratie in das Parlament, die Landtage und Gemeindevertretung eine Gefährdung ihres politischen Besitzstandes erblicken müssen.

Aus der Geschichte der Sozialdemokratie ist es bekannt, daß sich der Liberalismus alle Mühe gab, um die sozialdemokratischen Arbeiter vor seinen Siegeswagen zu spannen. Die Hoffnungen waren auch nicht so unvernünftig, denn in den kulturellen und in den großen Fragen der Lebens- und Weltanschauung bestehen zwischen Liberalismus und Sozialismus so enge Beziehungen, daß auch heute noch die Idealisten in dem einen oder in dem andern Lager an eine Aussöhnung dieser beiden großen politischen Bewegungen unserer Zeit glauben. Bürgerliche Sozialreformer mit liberaler Weltanschauung, welche in der Sozialdemokratie „die bedeutendste Erscheinung nicht nur der heutigen Welt, sondern auch der Weltgeschichte" erblicken, haben sich zu wiederholten Malen für das Zusammengehen des bürgerlichen Liberalismus mit der Sozialdemokratie eingesetzt. Das Liebeswerben des Liberalismus um die Gunst der Sozialdemokratie hat aber nur dann Erhörung gefunden, wenn letztere sich einen Vorteil dabei herausschlug. Am Wiener Parteitage 1892[1]) wurde dem Dr. Adler der Vorwurf gemacht, daß er bei der Stichwahl zwischen Kronawetter und Liechtenstein von den Liberalen 500 Gulden erhielt, um seine Leute für den liberalen Kandidaten ins Feuer zu schicken, doch damals hat Dr. Adler erklärt, daß „die Liberalen für das Geld, welches ja nicht ihres war, nichts erhalten als bitteren Kampf von uns", und damit war die Geschichte von den 500 Gulden aus. Der gute Wille wäre auch bei den sozialdemokratischen Führern vorhanden gewesen, sich mit dem Liberalismus auf guten Fuß zu stellen, wenn derselbe nicht so schnell Fiasko gemacht hätte. Wenn sich die Sozialdemokratie die Liberalen vom Leibe gehalten hat, so macht sie aus der Not eine Tugend, denn mit einer kompromittierten Partei kann man sich doch nicht gut Unter den Linden sehen lassen.

[1]) Sieh Protokoll, S. 100.

Doch die österreichische Sozialdemokratie wußte dadurch weite Kreise des „freiheitlichen" Bürgertums für sich zu interessieren, daß sie kulturelle Fragen, wie zum Beispiel Schulfragen, in den Vordergrund schob und den Anschein erweckte, als ob es ihr mit dem Marxistischen Klassenkampfe nicht ernst sei. Eine feste Grundlage für das Zusammenarbeiten der „Freiheitlichen" aller Schattierungen mit den Sozialdemokraten ist aber erst durch die Gründung des Vereines „Freie Schule" geschaffen worden. Daß sich diese Koalition auch zu Wahlzeiten bemerkbar macht, zeigte sich bei den Wiener Gemeinderatswahlen im Mai 1906, wo die Freisinnigen auf die Aufstellung eigener Wahlwerber im vierten Wahlkörper verzichteten und gleich im ersten Wahlkampfe ihren Anhängern die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten empfahlen. Der Liberalismus in Österreich hat sich daran gewöhnt, in der Sozialdemokratie seine politische Hoffnung zu erblicken und traut ihr zu, den Kulturkampf, den der Liberalismus in den Siebzigerjahren mit jugendlichem Ungestüm begann, den er aber infolge seines Débâcles vorzeitig abbrechen mußte, auf der ganzen Linie wieder aufzunehmen. So kam es auch, daß sich die sozialdemokratischen Mitläufer aus den Kreisen von „Bildung und Besitz" rekrutieren. Eine Ernüchterung ist bisher in Österreich noch nicht eingetreten, die „freiheitlichen" Kreise erblicken in der Sozialdemokratie die Trägerin liberaler Kulturforderungen, und so ist es zu erklären, daß liberale Universitätsprofessoren mit der Sozialdemokratie liebäugeln und daß die liberale Presse bei dem gewaltigen Ringen zwischen konservativen Parteien und der Sozialdemokratie mit ihren Sympathien auf Seite der letzteren steht. Ein publizistischer Vorkämpfer für das Zusammengehen des „freiheitlichen" Bürgertums mit der Sozialdemokratie ist in der jüngsten Zeit in der Person des Charmatz entstanden, der seinen Standpunkt mit folgenden

Worten begründet:[1]) „Nach drei Richtungen hin sucht die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Kraft zu wirken. Erstens ist sie bestrebt, Österreich in ein demokratisches Staatswesen umzuwandeln, die reine Volksherrschaft zu begründen ... Den Kampf um die Demokratie führt die sozialdemokratische Partei und das freiheitliche Bürgertum zusammen; hier besteht nicht nur kein Interessengegensatz, sondern geradezu eine Willensgemeinschaft.[2]) Das zweite erstrebenswerte Ziel, das der Sozialdemokratie vor Augen schwebt, ist der Industriestaat Österreich ... Auch in der Industriepolitik gehen die Sozialdemokraten und das freiheitliche Bürgertum einen Weg; sie marschieren auf einer Straße und in einer Linie. Dasselbe gilt für die Kulturpolitik, der die sozialdemokratische Arbeiterpartei mit ihrer ganzen Energie dient." Zum Schlusse versichert Charmatz, daß die sozialdemokratische Partei den einen Pfeiler bilden werde, auf denen die Zukunft Österreichs, des Industrialismus, der Demokratie ruhe, während den zweiten Pfeiler die freiheitliche Bourgeoisie zu liefern habe.

Daß sich der österreichische Liberalismus der Unvereinbarkeit der sozialistischen Ziele und Taktik mit der heutigen Wirtschaftsordnung noch immer nicht bewußt ist, ist ein Zeichen seiner geistigen Ohnmacht und Unklarheit.

Die Last und Hitze des Kampfes mit der Sozialdemokratie tragen eigentlich nur die sogenannten konservativen Parteien, wozu auch die Christlichsozialen unter den Deutschen, Slawen und Italienern zu rechnen sind. Begreiflicherweise richtet sich auch der Hauptansturm und der

[1]) Sieh „Deutsch-österreichische Politik", Studien über den Liberalismus und über die auswärtige Politik Österreichs. Leipzig 1907. S. 303 f.

[2]) Bei dem Kampfe um die Erweiterung des Landtagswahlrechtes ist davon blutwenig zu spüren.

ganze Haß der Sozialdemokratie gegen jene Bewegungen, die sich des prinzipiellen Gegensatzes zum Sozialismus bewußt sind.

Auf dem Linzer Parteitage wurde auch eine Resolution angenommen, in welcher der christlichsozialen Partei der Kampf bis aufs Messer angekündigt wird. Da diese Resolution, die in einer haßerfüllten Sprache und im „Sauherdenton" abgefaßt ist, das beste Dokument für den Gegensatz zwischen den christlichen Parteien und dem Sozialismus bildet, so bringen wir sie wortgetreu zum Abdrucke:[1])

„In Erwägung, daß die christlichsoziale Partei in Österreich weder mit dem Christentum der Evangelien noch mit dem Sozialismus auch nur das allergeringste zu tun hat, daß diese Partei vielmehr eine erbitterte Widersacherin der Lehren des Evangeliums ist, als solche tagtäglich die sittlich verwerflichsten Mittel im Agitationskampfe anwendet, daß sie, während sie den Massen vorzuspiegeln versucht, deren wirtschaftliche Interessen zu vertreten, in Wahrheit eine Partei der Hausherren, des konfessionslosen, internationalen, privatkapitalistischen Unternehmertums jeder Sorte, die Verbündete der Auswucherer des Volkes auf jedem Gebiete ist, die die von ihr geführten Schichten des Mittelstandes für die Zwecke der Feudalen und Klerikalen mißbraucht, daß sie diese ihre innere Natur, die sie zu Lakaien des Junker- und Pfaffentums prädestiniert, besonders von dem Zeitpunkte an geoffenbart hat, seitdem sie zur Herrschaft in Niederösterreich und Wien gekommen ist, indem sie von da an keine einzige ihrer volksfreundlichen Versprechungen gehalten hat, vielmehr mit den wirtschaftlichen und politischen Bedrückern des Volkes in der schamlosesten Weise sich vereinigt hat; in Erwägung insbesondere, daß die christlichsoziale Partei nichts anderes ist als die Vortruppe des reaktionärsten und volksfeindlichsten Klerikalismus, dem weder das materielle noch das geistige Wohl des Volkes je am Herzen gelegen ist, der vielmehr die Religion jederzeit als Mittel zu Zwecken der weltlichen Parteiherrschaft in einer im Sinne des Christentums der Evangelien geradezu gotteslästerlichen Weise

[1]) Sieh Protokoll des Linzer Parteitages, S. 87 und 88.

geschändet hat (Beifall); in Erwägung, daß diese Partei eine Partei der exzessivsten persönlichen Korruption ist, daß deren Mitglieder ihre politische Parteizugehörigkeit zur persönlichen Bereicherung mißbrauchen und vor schmutzigen Geldgeschäften selbst dann nicht zurückschrecken, wenn sie mit Bordellen im Zusammenhange stehen (lebhafter Beifall); in Erwägung endlich, daß diese Partei das Gift der Lüge und Verleumdung systematisch und unablässig in den Körper des Volkes zu leiten sucht, erklärt es der Parteitag für die Pflicht der Parteigenossen: mit Entschiedenheit überall und jederzeit die christlichsoziale Partei in Österreich zu bekämpfen, ihre innere Verlogenheit und Unaufrichtigkeit in ihrem ganzen Gebaren wie in dem, was sie ihr Programm nennt, was aber im letzten Grund ihre positive Programmlosigkeit ist, aufzudecken, ihre wahre Natur als immer gefällige und dienstbereite Dirne des volksaussaugenden Feudalismus und volksverdummenden Klerikalismus zu enthüllen, das Volk über die Niedrigkeit der Gesinnung ihrer Führer und über die Niedertracht ihrer Agitationsweise unermüdlich aufzuklären, um so die Vorbedingungen zu schaffen, durch welche es ermöglicht wird, daß endlich die Völker Österreichs aus dem ein Vierteljahrtausend währenden Schlafe, in den sie feudaler Junkerhochmut im Bunde mit Klerikalismus und bureaukratisch-unfähigen Regierungen eingelullt haben, aufzuwecken und zur Selbstbesinnung zu bringen."

Wer sich die Geschichte der politischen Kämpfe der letzten Jahre vergegenwärtigt, wird finden, daß die Sozialdemokratie mit ihren Drohungen ernst gemacht und daß sie vor keinem Mittel zurückschreckt, um die christlichen Parteien auszuräuchern. Daß dabei die sogenannte „Pfaffenhetze" mit einem leidenschaftlichen Fanatismus betrieben wird, darüber zu sprechen wird noch Gelegenheit sein.

Das Bild über das Verhältnis des Sozialismus zu den einzelnen Parteien wäre kein vollständiges, wenn nicht der vorübergehende Kampf gegen die deutschnationale Bewegung in Böhmen Erwähnung finden würde. Bereits bei den Wahlen von 1897 haben die deutschböhmischen Sozial-

demokraten erkannt, daß ihnen in der alldeutschen Bewegung eine gefährliche Gegnerin entstanden ist und als es 1901 den Deutschradikalen gelang, den Sozialdemokraten einige Mandate abzunehmen, da hielt man es im sozialdemokratischen Parteilager für notwendig, dieser Bewegung eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Pernerstorfer empfahl damals den „Genossen", sich als deutsche Männer zu bekennen, den Gegnern ins Gesicht zu sagen, „daß das, was sie heute als die Größe des deutschen Volkes verkünden, die Wirtschaft draußen im Deutschen Reiche, die Schande des deutschen Volkes ist, daß ihr Nationalismus eine Verleumdung des deutschen Volkes ist und daß es in den ganzen letzten dreißig Jahren nur eine einzige Partei gibt, die im Deutschen Reich und bei uns in Österreich den Namen des deutschen Volkes hochgehalten hat: es ist die deutsche Sozialdemokratie." Schuhmeier hingegen wollte von der Betonung des deutschen Standpunktes nichts wissen und verlangte, daß sich die deutschböhmischen Genossen auf den proletarischen Standpunkt stellen sollen, da nur durch die Betonung der Interessengegensätze die Deutschradikalen bekämpft werden.[1]) Zum großen Glücke für die Partei ist weder das eine Rezept noch das andere zur Anwendung gekommen. Die Furcht, daß die Alldeutschen den Sozialdemokraten die Arbeiter wegfischen werden, war unbegründet und als der Wolf-Skandal auf die Partei wie ein Sprengpulver wirkte, erkannten auch die Sozialdemokraten, daß man auf Spatzen nicht mit Kanonen schießen soll. Der Kampf gegen die deutschnationale Bewegung wurde daher für überflüssig gehalten und damit waren wieder neue Kräfte frei, um auf der ganzen Linie den Kampf mit den konservativen Parteien aufzunehmen.

[1]) Sieh Protokoll des Linzer Parteitages, S. 103. Auch der Aussiger Parteitag (1902) beschäftigte sich mit der deutschnationalen Bewegung.

Die Presse.

Die Hauptwaffe in den politischen Kämpfen ist heute unstreitig die Presse, unter deren Einfluß heute jung und alt, reich und arm steht und die gerade für die Minderbemittelten oft die einzige Quelle der Bildung ist. Die österreichische Sozialdemokratie hat es frühzeitig erkannt, daß die Presse eine der wichtigsten Herrschaftsmittel der politischen Parteien geworden ist, seitdem die Teilnahme an der Politik nicht mehr ein Privilegium bevorzugter Klassen, sondern der großen Massen geworden ist. Den Wert der Presse für die Sozialdemokratie hat Kautsky[1]) mit folgenden Worten charakterisiert:

„Die Eroberung der Regierung ist der Abschluß unseres Kampfes; es ist die letzte Position, die wir zu nehmen haben, und alles deutet darauf hin, daß wir sie nur im Sturme nehmen können. Eine Vorbedingung der erfolgreichen Belagerung des Kapitalismus ist aber eine starke Presse, die freilich, soll sie unabhängig vom Kapital bleiben und ganz der Arbeitersache dienen, starke politische und gewerkschaftliche Organisationen voraussetzt, die über sie wachen. Presse und Organisationen müssen sich gegenseitig stützen und fördern."

In demselben Artikel klagt auch Kautzky, daß „in Österreich die Verbreitung der Parteipresse nicht der Bedeutung entspricht, die seine Arbeiterbewegung erlangt hat".

Nach dem Berichte, der auf dem Parteitage in Wien 1907 erstattet wurde, besitzt die deutsche Sozialdemokratie zwei Tagblätter[2]) („Arbeiter-Zeitung" in Wien und „Arbeiterwille" in Graz), drei Blätter, die dreimal wöchentlich erscheinen, 8 Blätter, die zweimal wöchentlich erscheinen, 9 Wochenblätter und ein vierzehntägig erscheinendes Blatt. Sie verfügt in folgenden Städten über Parteiblätter (die Häufigkeit des Er-

[1]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 19. September 1907.

[2]) Für das Jahr 1907 war auch für Reichenberg ein deutsches Tagblatt in Aussicht genommen.

scheinens in der Woche ist durch Ziffern in Klammern angegeben): Wien, „Arbeiter-Zeitung“ (7); Graz, „Arbeiterwille“ (7); Teplitz-Schönau, „Freiheit“ (3); Aussig a. E., „Volksrecht“ (3); Reichenberg, „Freigeist“ (2); Brünn, „Volksfreund“ (2); Innsbruck, „Volkszeitung“ (2); Linz, „Wahrheit“ (2); Wien, „Volkstribüne“ (1); Salzburg, „Salzburger Wacht“ (2); Warnsdorf, „Nordböhmische Volksstimme (2); Steinschönau, „Nordböhmischer Volksbote“ (1); Gablonz a. N., „Gebirgsbote“ (3); Trautenau, „Trautenauer Echo“ (1); Saaz, „Nordwestböhmische Volkszeitung“ (2); Karlsbad, „Volkswille“ (2); Wiener-Neustadt, „Gleichheit“ (1); Floridsdorf (Wien XXI.), Volksbote“ (1); Mährisch-Schönberg „Volkswacht“ (1); Jägerndorf, „Schlesische Volkspresse“ (1); Czernowitz, „Volkspresse“ (1).

Seit 1. Oktober 1907 erscheint die Monatsschrift „Der Kampf“. Als Herausgeber zeichnen Abgeordneter Dr. Renner, Braun und Otto Bauer.

Eine besondere Stellung nimmt die in Wien allwöchentlich erscheinende „Volkstribüne“ vom Abgeordneten Schuhmeier ein. Bernstein[1]) schreibt darüber:

„Die Wiener Wahlkreise haben die Quittierung der Parteisteuer durch die ‚Volkstribüne‘ eingeführt. Jeder Parteisteuerzahler erhält wöchentlich durch freiwillige Kolporteure sein Exemplar, und mit den acht Hellern, die er dafür bezahlt, hat er auch schon seinen Parteibeitrag miterlegt! Da das Blatt sehr populär geschrieben und dabei außerordentlich reichhaltig ist — es kann auf Inserate verzichten! —, wird es auch in der Provinz viel gelesen, insbesondere dort, wo der Klerikalismus grassiert. So hat denn die ‚Volkstribüne‘ derzeit schon die für österreichische Begriffe ungeheure Auflage von 60.000 erreicht.“

---

[1]) Sieh Bernstein, Von der deutsch-österreichischen Parteipresse. (Abgedruckt in der „Neuen Zeit“, Stuttgart 1906, XXIV. Jahrg., 2. Bd., S. 869.) In demselben Artikel wird bedauert, daß die meisten sozial-

Die tschechische Sozialdemokratie besitzt drei Tagblätter, nämlich „Právo Lidu“ in Prag, die „Dělnicky Listy“ in Wien und „Rovnost“ in Brünn und außerdem sechzehn wöchentlich erscheinende Parteiblätter. Die Gründung eines vierten Tagblattes steht unmittelbar bevor. In der italienischen Sozialdemokratie sind seit der Trienter Affäre die Verhältnisse zerfahren. Das Trienter Tagblatt „Il Popolo“, welches sozialistische Ideen vertritt, ist Privateigentum des von der Partei ausgetretenen Dr. Battisti. Das offizielle Organ für die italienischen Sozialdemokraten in Tirol ist das Wochenblatt „L'Avvenire del Lavoratore“. In Triest erscheint seit 1907 ein italienisches Tagblatt und in Pola „La Terra d'Istria“. Hingegen ist die Parteipresse unter den polnischen Sozialdemokraten, die in Krakau das Tagblatt „Naprszód“ besitzen, besser ausgebildet. Für die bäuerliche Bevölkerung besteht eine Wochenschrift. Außerdem erscheinen polnische Wochen-

demokratischen Blätter über die Auflage von 3000 nicht hinauskommen und daß es viele Kopfblätter gibt, die eine Auflage unter 1600 aufweisen. Die Hauptursache der geringen Verbreitung der Presse liege in dem Mangel an Großstädten und den in Österreich so viel niedrigeren Löhnen und auch in hohen Herstellungskosten. Zum Schlusse des Artikels gibt Bernstein den österreichischen Sozialdemokraten folgenden Rat: „Es ist wohl die dringendste Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie, ihre Presse aus den Kinderschuhen der Wochen- und Halbwochenblätter herauszuheben: kein Augenblick kann dafür geeigneter sein als der jetzige. Die parlamentarische Beratung der Wahlreform wird die Zahl der täglichen Zeitungsleser um Tausende und aber Tausende vermehren, und der Wahlkampf, der diesmal wohl ein erbitterter und riesenhafter sein wird, erfordert unbedingt ein öfteres Erscheinen der Parteipresse. Bewährt sie sich in dieser stürmischen Zeit, so hält sie eine große Masse der Leser auch später fest; denn die Verhandlungen der Volksvertretung werden sich wohl ganz anders gestalten als die des Kurienparlaments. Darum muß trotz aller noch so begründeten Bedenken die Losung ‚Vorwärts!‘ gelten. Die Partei darf die Zeit dieses großen politischen und auch wirtschaftlichen Aufschwunges nicht ungenutzt vorübergehen lassen!“

schriften in Lemberg, in Schlesien und in Krakau (letztere im jüdischen Jargon geschrieben).[1]) Ein Bericht der südslawischen Exekutive wurde im Jahre 1905 nicht erstattet, so daß der Bericht aus dem Jahre 1903[2]) zur Feststellung der Preßverhältnisse unter den Südslawen herangezogen werden muß. In Triest erscheint ein Wochenblatt unter dem Titel „Rdeči Prapor", das eine Auflage von 2000 besitzt. In Laibach wird eine monatlich erscheinende Revue „Ljudska knjižnica" herausgegeben. Das von den nationalslowenischen Sozialdemokraten gegründete Blatt „Naprej" in Idria wurde von der Partei boykottiert. Auf dem in Cilli abgehaltenen Parteikongresse erhoben die Laibacher Genossen die Forderung nach einem eigenen Blatte. Nach längerer Debatte wurde ein Vermittlungsvorschlag angenommen. Was die Verbreitung der Parteipresse betrifft, so liegen darüber zwar keine authentische Daten vor, doch das Zusammenleben der Arbeiter in den großen Industriezentren und Arbeitervierteln erleichtert die Agitation und die Verbreitung der Arbeiterpresse, so daß man mit hohen Auflagen zu rechnen haben wird.

Der Proletarier, der an Gott und der Welt verzweifelt, fühlt sich nicht bloß in den Volksversammlungen als Glied eines neuen, riesengroßen Organismus, sondern auch bei der Lektüre seiner Presse, und gerade das einheitliche Klassenbewußtsein, das in ihm lebt und webt, macht ihm die sozialistische Presse lieb und teuer. Es wäre noch zu untersuchen, welche erziehliche Wirkungen die sozialistische Presse in Österreich ausübt. In der Hinsicht kann man ohne alle Bedenken sagen, daß diese Presse mit ihrer haßerfüllten und wegwerfenden Sprache und absoluten Zügellosigkeit ihres Tones wohl keinen andern Zweck verfolgt, als den Klassenhaß zu

[1]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1905, S. 53.
[2]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1903, S. 38.

schüren und das Gehirn der Arbeiterklasse zu revolutionieren. Die nichtsozialistische Welt wird dabei in schwarzen und düsteren Farben gemalt und alles, was nicht sozialistisch punziert ist, verdächtigt und verhöhnt. Daß es dabei ohne Entstellungen, Übertreibungen nicht hergeht, und daß dabei die Absicht des Niederschmetterns und Niederringens des persönlichen Gegners maßgebend ist, ist naheliegend. Das Recht der Kritik wird von der sozialistischen Presse als ein Recht auf Schmähung aufgefaßt und nicht selten kommen die Fälle vor, wo diese Presse zur Ablagerungsstätte für Racheakte wird. Die Achtung vor der persönlichen und privaten Ehre des politischen Gegners ist vielen sozialdemokratischen Blättern unbekannt. Wenn die Verrohung der politischen Kämpfe in Österreich immer mehr zunimmt, so ist sicher eine große Schuld davon auf das Konto dieser Presse zu schreiben. Diese Schattenseiten können aber auch dadurch nicht aufgehoben werden, daß durch die sozialistische Presse die Arbeiter zum Selbstbewußtsein und zur Solidarität erzogen werden.

V.

Der wirtschaftliche Kampf.

Die moralische und wirtschaftliche Hebung des Proletariats, das berufen ist, den Entscheidungskampf mit dem Kapitalismus zu führen, ist das nächste Ziel des wirtschaftlichen Kampfes. Die Gegenwartserfolge sind daher nur insofern identisch mit den Bestrebungen des Sozialismus, wenn sie diesem Endziele untergeordnet sind und wenn diese praktische Arbeit mittelbar oder unmittelbar die Kraft des Proletariats für seinen Befreiungskampf stärkt. Der wirtschaftliche Kampf birgt daher gewisse Gefahren in sich, deren sich die sozialdemokratischen Führer auch bewußt sind. Die hauptsächlichsten Formen dieser praktischen Arbeit sind: erstens die Gewerkschaftsbewegung, zweitens die Genossenschaftsbewegung und drittens die Beeinflussung der wirtschaftlichen Gesetzgebung.

Die Gewerkschaftsbewegung.

Unter Gewerkvereinen und Gewerkschaften versteht man Vereine von Arbeitern ein und desselben Gewerbes zur Wahrung ihrer Interessen gegenüber den Arbeitgebern. Die Gewerkvereine sind also einerseits Fachvereine und andererseits wirtschaftliche Interessenverbände, die sich im Wege der Koalition einen größeren Einfluß auf die Gestaltung und Sicherung des Arbeitsvertrages verschaffen wollen. Ob die Verwendung eines Teiles der Mitgliederbeiträge für Unterstützungskassen auf Gegenseitigkeit zum Begriffe des Gewerkvereines gehört,

wird von manchen Nationalökonomen bestritten.[1]) In Österreich läuft die Entwicklung des Gewerkschaftswesens mit der allgemeinen politischen Arbeiterbewegung parallel.

Obgleich die Gewerkschaftsidee an und für sich mit den sozialistischen Zukunftsbestrebungen fast gar keine Berührungspunkte besitzt, so verstand es dennoch die österreichische Sozialdemokratie, dieses Streben der Arbeiterschaft, aus ihrer Isolierung gegenüber dem Unternehmertum herauszutreten, für ihre Zwecke gut auszunutzen. Der Arbeiter hat das Bedürfnis, seine Ungleichheit der Stellung beim Abschlusse des Lohnvertrages erträglicher zu machen und deshalb will er sich mit seinen Kollegen zusammenschließen. Das kapitalistische System hat den Arbeiter zu einer Ware herabgedrückt und das persönliche Element ausgeschaltet. Durch ihre Organisationen in den Gewerkschaften wollen die Arbeiter das persönliche Element wahren, auf den Abschluß des Lohnvertrages einen Einfluß ausüben und den Unternehmern zu verstehen geben, daß sie den Arbeitern nicht als autokratische Herren die Arbeitsbedingungen einfach zu diktieren haben. Einzig und allein der geschickten Ausnutzung dieser Stimmung in den Arbeiterkreisen,[2]) nicht aber ihrem Programme vom Zukunftsstaate verdankt die österreichische Sozialdemokratie ihre Erfolge und ihren heutigen Einfluß auf die Arbeiterschaft. Da von jenen

[1]) Sieh Elster, Wörterbuch der Volkswirtschaft, Jena 1898, S. 913.

[2]) Der Gewerkschaftsführer Hueber schreibt den gewerblichen Zwangsgenossenschaften das Verdienst zu, die Grundlage für die ersten sozialdemokratischen Gewerkschaften geschaffen zu haben: „Die so verpönten Zwangsgenossenschaften waren der Boden, aus dem wir Mittel, Stoff und Kraft in Hülle und Fülle schöpfen konnten, der Partei und den Gewerkschaften aufzuhelfen, ihnen die Bahn weiteren Fortschrittes zu ebnen, die Gehilfenausschüsse wurden durchwegs und gleich im Anfange mit erprobten Genossen besetzt, die sich gerne der Parteiarbeit widmeten." (Sieh „Der Kampf", I. Heft, 1. Oktober 1907, Wien, Hueber, Partei und Gewerkschaften in Österreich.)

politischen Parteien, welche auf Grund ihrer Gegnerschaft zum Liberalismus in den Gewerkschaften ein Palliativmittel gegen die schrankenlose freie Konkurrenz des Großkapitalismus erblicken mußten, lange Zeit der Arbeiterbewegung kein volles Verständnis entgegengebracht wurde, und da vielfach jene Männer, welche als Rufende in der Wüste die Arbeiterorganisationen als wirtschaftliche Kampforganisationen, nicht aber als Wohltätigkeitsanstalten des Unternehmertums betrachtet wissen wollten, als Sozialdemokraten verketzert wurden, war die Bahn für die Entwicklung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung fast vollständig freigemacht.

Die österreichische Sozialdemokratie hat es auch niemals geleugnet, daß die Gewerkschaften dem sozialistischen Gedanken zu dienen haben. Auf dem Parteitage in Prag hat Resel[1]) offen zugestanden, daß nur das absurde Vereinsgesetz, welches einen Unterschied zwischen politischen und nichtpolitischen Vereinen macht, die Parteileitung zwingt, „die wirtschaftliche Bewegung und die politische Bewegung separat zu behandeln". Und in dem Berichte der tschechisch-slawischen Exekutive, der auf dem Wiener Parteitage 1905 erstattet wurde, heißt es: „Heute erkennt die tschechische Arbeiterschaft klarer denn je vorher, daß die politische und gewerkschaftliche Organisation nur zwei Seiten einer und derselben Sache bilden. Nur die notwendige Rücksicht auf unser reaktionäres Vereinsgesetz hat zur Trennung der Organisation geführt."[2]) Auch Dr. Adler hat auf demselben Parteitage dieser Überzeugung Ausdruck gegeben. Er sagte in der Debatte über den Generalstreik:

„Es hat sich in Deutschland ein Kampf entsponnen, ob die Gewerkschaften für den Massenstreik sind oder nicht, ob sie dreinzureden haben oder nicht. Bei uns wird es solche Kämpfe

[1]) Sieh Protokoll, S. 123.

[2]) Sieh Protokoll, S. 44.

nicht geben, weil bei uns die Gewerkschafter Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten Gewerkschafter sind — genau wie in Deutschland —, aber mit dem kleinen Unterschiede, daß bei uns dasselbe sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Gehirn konzentriert, gemeinsam denkt, empfindet und handelt." [1])

Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart (1907) wurde das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft durch folgende Resolution, die von dem österreichischen Delegierten Beer eingebracht wurde, näher bestimmt. Sie lautet:[2])

„Der Kongreß erklärt es als im Interesse der Arbeiterschaft gelegen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft hergestellt und dauernd unterhalten werden. Partei und Gewerkschaft haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen und sich in ihren Kämpfen bloß solcher Mittel zu bedienen, die für den Befreiungskampf des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen, wenn über die Zweckmäßigkeit der angewendeten Methoden Meinungsverschiedenheiten bestehen. Der Kongreß richtet an alle Gewerkschaften, die den durch die Konferenz zu Brüssel 1899 aufgestellten und durch den Pariser Kongreß von 1900 genehmigten Bestimmungen entsprechen, die Einladung, sich auf den internationalen Kongressen vertreten zu lassen und sich mit dem Internationalen Bureau in Verbindung zu erhalten. Er beauftragt das letztere, sich mit dem Internationalen Sekretariat der Gewerkschaften zu Berlin behufs gegenseitiger Auskunftserteilung über die Organisation und die Bewegung der Arbeiter in Verbindung zu setzen. Der Kongreß beauftragt das Internationale Bureau, alle Urkunden zu sammeln, die das Studium der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien aller Länder erleichtern könnten, und hierüber dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten."

Daß die politische Organisation mit den Gewerkschaften im innigen Zusammenhange steht, gibt der offizielle Tätig-

[1]) Sieh Protokoll, S. 132.

[2]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 22. August 1907.

keitsbericht, der am Wiener Parteitage (1907) erstattet wurde, offen zu. In demselben heißt es:[1])

„Zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften besteht das beste Einvernehmen. Unsere Genossen haben stets ihre ganze Kraft in den Dienst der Gewerkschaften gestellt, die Vertrauensmänner der Gewerkschaften haben stets auch in den politischen Organisationen und im politischen Kampfe ihre Pflicht erfüllt. — Die großen Aktionen während des Wahlrechtskampfes — die Vorbereitungen zum Massenstreik vor allen — wurden von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam geleitet. Im Wahlkampf haben uns die gewerkschaftlichen Organisationen moralisch und materiell wirksam unterstützt. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart wurde das einträchtige Zusammenwirken der Partei und der Gewerkschaften in Österreich als leuchtendes Beispiel für die Proletarier aller Länder und Völker gerühmt."

Die Stärke der sozialdemokratischen Partei in Österreich liegt zweifelsohne in den Gewerkschaften, aus welchen sich ein Heer von Agitatoren rekrutiert. Die Leiter der Zahlstellen, die Obmänner der Ortsgruppen, die Bezirks- und Landesvertrauensmänner sind die tüchtigsten, verläßlichsten Pioniere der sozialistischen Sache. In Unterrichtskursen ausgezeichnet geschult, bearbeiten sie in unzähligen Versammlungen, Besprechungen, Konferenzen ꝛc. selbst das bisher für die sozialdemokratische Partei brachgelegene Land. Die besten Gelegenheiten hiezu bieten ja die gewerkschaftlichen Agitationsreisen. Einige Zahlen mögen den Einfluß der Gewerkschaften auf die politische Agitation beleuchten: Die Sozialdemokraten verfügen in Wien und Niederösterreich über mehr als 700 ständige Agitatoren in den Obmännern der Gewerkschaftsortsgruppen. In Böhmen stehen gar nicht weniger als rund 1060 Kräfte ständig im Dienste der sozialistischen Ideen. Hunderttausend und mehr organisierte Arbeiter folgen ihrem Wink. Im nach-

[1]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 19. September 1907.

barlichen Mähren sorgen 350 Leute jahraus, jahrein dafür, daß der sozialdemokratischen Anhänger nicht weniger werden. Im kleinen, aber industriereichen Schlesien halten 135 Organisationsleiter eiserne Disziplin unter den Mitgliedern der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Im weiteren wollen wir die Zahl der ständig am Orte bleibenden Agitatoren angeben: Steiermark 221; Galizien 133; Oberösterreich 117; Tirol und Vorarlberg 118; Wien 47; Kärnten 43; Salzburg 54; Bukowina, das industriearme Buchenländchen, ist sogar mit sechs, Dalmatien mit sieben Unteroffizieren der sozialdemokratischen Armee gesegnet, die allerdings nur kleine Scharen kommandieren. Fast noch wichtiger als diese weit ausgebreitete und billige Vertrauensmänner-, das heißt Agitatorenorganisation sind die zahlreichen, zum Zweck ausgiebiger Agitation für die Gewerkschaften und damit für die politische Sozialdemokratie freigestellten Beamten. Über deren Anzahl und Verteilung ist freilich von den Sozialdemokraten, wie leicht begreiflich, eine genaue und eingehende Information nicht leicht zu erhalten. Nur einige Verbände berichteten diesbezüglich anfangs des Jahres 1907. So haben die Bauarbeiter die Zahl ihrer Agitatoren mit je einem bestimmten Tätigkeitsbezirk von sieben auf zwölf erhöht. Das geschah vermutlich, um den sozialdemokratischen Kandidaten den Einbruch in die Landgemeinden so viel als möglich zu erleichtern. Der sozialdemokratische Eisenbahnerverband hat für Böhmen sieben Beamte in Prag-Žižkow, für Galizien zwei in Lemberg, in Wien allein 18 und in Triest einen Agitator freigestellt! Eine höhere Instanz bilden die Landesvertrauensmänner, 38 an der Zahl. Und zum guten Schluß wird ein sehr bedeutender Teil der politischen, insbesondere der Wahlarbeit, von den Landessekretariaten der sozialdemokratischen Gewerkschaften geleistet; solche Sekretariate mit selbstverständlich freigestellten Beamten gibt es in Steiermark, Mähren, Nordböhmen und Galizien.

Die österreichischen Gewerkschaften sind somit nichts anderes als Filialen, Rekrutierungsschulen für die Sozialdemokratie, so daß aus dem Stande dieser Bewegung der beste Schluß auf die Ausbreitung der Sozialdemokratie und deren Einfluß auf die Arbeitermassen gezogen werden kann. Der Wendepunkt in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung war unstreitig der I. Gewerkschaftskongreß, der vom 24. bis 28. Dezember 1893 tagte. Erst von dieser Zeit an hat die sozialdemokratische Partei es gewagt, ihre Hand auf die Gewerkschaftsbewegung zu legen und sie in ihre Dienste zu stellen. Dieser Kongreß sollte auch die Vereine und Organisationen der verschiedensten Branchen einheitlich zusammenfassen. Eine statistische Zusammenfassung ergab damals, daß 137 Organisationen mit 31.522 Mitgliedern bestanden. Es war dies eine zum Verhältnis der österreichischen Lohnarbeiterschaft verschwindend kleine Zahl.

Die wichtigste Aufgabe des Kongresses war damals, über einen Organisationsplan einig zu werden. Die provisorische Gewerkschaftskommission schlug dem Kongresse folgendes vor: „1. Die Arbeiter gliedern sich industrieweise zu großen, starken und umfangreichen Organisationen. Die Gründung von kleinen Organisationen für einzelne Branchen ist nur aus taktischen Gründen zu befürworten. 2. Alle verwandten Berufsorganisationen, welche auf Selbständigkeit beruhen, verbinden sich untereinander und bilden Verbände, welche sich über das ganze Reich erstrecken. 3. Die Verbände treten dann wieder in ein Gegenseitigkeitsverhältnis zusammen, demzufolge sie mit der Gewerkschaftskommission verbunden sind. Die Aufgaben der Gewerkschaftskommission sind: sie hat alle Gegenstände gemeinschaftlicher Natur zu beraten und in entsprechender Weise zur Durchführung zu bringen, für gemeinschaftliche Agitation und Organisation sowie für gemeinschaftliche Aktionen Sorge zu tragen. Die Pflichten der einzelnen Vereine und Verbände

gegenüber der Gewerkschaftskommission sind folgende: Jede Organisation hat pro Monat an die Gewerkschaftskommission einen Beitrag von einem Kreuzer pro Kopf zu leisten." Gegen diesen Organisationsentwurf erhoben sich manche Bedenken, doch nach längerer Debatte wurde er angenommen.[1])

Der II. Gewerkschaftskongreß im Jahre 1896 (25. bis 29. Dezember) suchte den zentralistischen Gedanken zu stärken und brachte die vollständige Verschmelzung aller in einem Industrieverbande befindlichen Berufe in Unionen in Vorschlag. Die Unionen wurden jedoch vom Kongresse abgelehnt. Die Führer der Gewerkschaftsbewegung glaubten von oben herab eine zweckentsprechende Berufsorganisation zu dekretieren und zu reglementieren. Herkner[2]) nennt den Plan der Unionen einen ungeheuerlichen, weil dadurch Berufe miteinander vereinigt werden, die innerlich gar keine Verwandtschaft besitzen, und weil in einer so bunt zusammengewürfelten Gesellschaft ein richtiges Gewerkschaftsleben gar nicht aufkommen kann. Übrigens haben die Irrtümer der Führer an der unerbittlichen Logik der Tatsachen eine schneidige Kritik gefunden, da größere Verbände sich in Fachverbände auflösten. Herkner macht auch noch auf andere Folgen der übertriebenen Zentralisations- und Schablonisierungsbestrebungen aufmerksam, nämlich darauf, daß die Zentralorgane der Unionen ohne Rücksicht auf die geographische Verbreitung der vertretenen Industrien ihren Sitz in Wien nehmen und daß es nicht möglich ist, bei Aufrechterhaltung der jetzigen Organisation das planlose Streiken zu verhindern. Er verweist auf die Streikstatistik. Die Ergebnisse derselben zeigen, daß von den 66.251 im Laufe des Jahres 1898 in Streik getretenen Arbeitern nur 4·6 Prozent einen vollen, 62·8 Prozent

[1]) Sieh „Christlichsoziale Monatschrift", 1894, S. 23 f.

[2]) Sieh Conrad, Handbuch der Staatswissenschaften, Artikel: „Gewerkvereine Österreichs".

einen teilweisen und 32·6 Prozent gar keinen Erfolg erzielt haben. Herkner fällt zum Schlusse seines Artikels über die Gewerkschaftsbewegung in Österreich folgendes Urteil: „Wenn somit die gegenwärtige Organisation der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, von einem rein gewerkschaftlichen Standpunkte aus beurteilt, noch große Mängel aufweist, so soll nicht verkannt werden, daß sie vom sozialdemokratischen Parteistandpunkte eine ungleich bessere Zensur erhalten muß."

Diese Form der Organisation hat sich aber auch noch in einer andern Form unangenehm bemerkbar gemacht, da die Tschechen den deutschen Gewerkschaftlern Germanisierungsbestrebungen vorwarfen. Schon auf dem II. Gewerkschaftskongresse gab es wegen Anstellung eines tschechischen Gewerkschaftssekretärs Zwistigkeiten unter den Delegierten. Die Tschechen erhoben hauptsächlich dagegen Einsprache, daß man große Verbände schuf, die sich über das ganze Reich erstrecken und aus örtlichen und fachlichen Organisationen bestehen, deren kleine Zusammenfassungen (Landesverbände 2c.) nicht nach sprachlich-nationalen, sondern nach territorialen Gesichtspunkten erfolgten. Gegen diese Tendenz, ohne Rücksicht auf sprachlich-nationale Gesichtspunkte die Zentralisation durchzuführen, setzten sich die Tschechen zur Wehre und gründeten in Wien und auch in Böhmen einzelne Fachorganisationen nationaler Gruppen und errichteten gegen den Willen der Wiener Gewerkschaftskommission eine tschechische Gewerkschaftskommission in Prag, die der Mittelpunkt für alle Bestrebungen der tschechischen Gewerkschaften wurde. Während der IV. Gewerkschaftskongreß (8. bis 12. Juni 1901) keine Veränderungen brachte, sollte der außerordentliche Gewerkschaftskongreß vom 9. Dezember 1905 diesen Streit endgültig aus der Welt schaffen. Die Tschechen hatten den Antrag auf nationale Scheidung der Gewerkschaften gestellt. Der Antrag fiel zwar

glänzend durch, aber man machte einige Zugeständnisse, um die Einheit der Organisation zu retten. Doch die Bemühungen waren vergebens, wie aus folgender offizieller Verlautbarung der Wiener Gewerkschaftskommission hervorgeht:

„1. Die Zentralvorstände haben ein Protestschreiben unverzüglich an die Prager Kommission abzusenden, in welchem bemerkt wird, daß die Aufforderung an die Ortsgruppen Böhmens, die Beiträge für die Prager Kommission direkt zuzuführen, einen Bruch der bisherigen Vereinbarungen bedeute und den Beschlüssen der Generalversammlungen und Verbandstage widerspricht.

2. Gleichzeitig soll an die Vorstände sämtlicher Ortsgruppen Böhmens die Aufforderung ergehen, dem Verlangen der Prager Kommission nicht zu entsprechen, weil ein solches Verlangen gegen die mit der Prager Kommission getroffenen Vereinbarungen verstößt und den Beschlüssen der Generalversammlungen und Verbandstage widerspricht, die nur durch die letzteren abgeändert werden können."

Zu dieser Verlautbarung machte die „Arbeiter-Zeitung" folgende Bemerkung:

„Es sei noch bemerkt, daß es sich nicht etwa um eine finanzielle Benachteiligung der Prager Kommission handelt, da die ihr gebührenden Beiträge von den Zentralvorständen, respektive von der Reichskommission nach wie vor ihr zugewiesen werden. Es handelt sich ausschließlich um die Frage der Organisation oder vielmehr um die notwendige Abwehr des Versuches der Desorganisation der Gewerkschaften. Die Aktion zur Lostrennung der tschechischen Gewerkschaften von der österreichischen Gesamtorganisation ist nämlich trotz des deutlichen und mit überwältigender Majorität gefaßten Beschlusses des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses bedauerlicherweise nicht zum Stillstande gekommen. Vielmehr wird in den tschechischen Parteiblättern der Kampf weitergeführt, und zwar mit einer Heftigkeit, die nicht geeignet ist, die Grundbedingung der gewerkschaftlichen Aktion, das Bewußtsein der brüderlichen Solidarität, zu stärken. Wir wollen nicht verschweigen, daß in jener Versammlung der

Zentralvorstände einige Redner recht scharfen Tadel gegen die ‚Arbeiter-Zeitung' zum Ausdrucke brachten, weil unser Blatt nach ihrer Meinung zu wenig von diesen Äußerungen der tschechischen Presse den deutschen Genossen zur Kenntnis bringe. Wir bekennen uns insofern für schuldig, als wir wirklich nur mit Widerstreben der deutschen sozialdemokratischen Öffentlichkeit mitteilen, welchen Maßes von Ungerechtigkeit und von Verbitterung unsere sonst so kampftüchtigen tschechischen Genossen fähig sind, wenn sie diese ihnen fast zur fixen Idee gewordene und doch für sie wie für die Gesamtheit nach jeder Richtung nur schädliche Sache vertreten. Wir wollen auch noch immer die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich die Gemüter beruhigen werden und daß es nicht dazu kommen wird, daß die deutschen Genossen und die an der einheitlichen Organisation treu hängenden Gewerkschafter auch ihrerseits in Erregung kommen. Immerhin werden wir nicht vermeiden können, den begründeten Wunsch der Genossen zu erfüllen und unsere Leser auch über den Fortgang der Polemik in der tschechischen Presse auf dem laufenden zu halten."

Daß der Wiener Gewerkschaftskongreß nicht im stande war, die Kluft zwischen den Deutschen und Tschechen zu überbrücken, zeigte sich schon früher auf der Landeskonferenz der tschechischen Sozialdemokratie, die zu den Weihnachtsfeiertagen 1905 in Prag abgehalten wurde.[1]) Höchst interessant waren auf diesem Kongresse die Ausführungen des Parteisekretärs Jarosch. Derselbe sagte:

„Wir hatten auch den Gewerkschaftskongreß in Wien. Alle Genossen haben großen Anteil daran, daß sich die gewerkschaftliche Organisation zu dem heutigen Umfange entwickelt hat. Wir alle empfinden die Ungerechtigkeit, welche uns in dieser

[1]) In den „Sozialistischen Monatsheften" (1906, 2. Bd., 8. Heft) veröffentlicht Leo Winter unter dem Titel „Nationalität und Gewerkschaft" einen Artikel, um das Vorgehen der tschechischen Gewerkschaftsführer zu rechtfertigen und die Hoffnung auszusprechen, daß sich schließlich doch noch ein Mittelweg finden werde, um die nationale Frage der österreichischen Gewerkschaften einer zufriedenstellenden Lösung entgegenzuführen.

Beziehung von Wien zugefügt wurde. (So ist es!) Wir werden uns den Ausspruch gut merken, daß die Tschechen in Amsterdam nichts zu tun haben. (So ist es!) Wir werden es uns gut merken, daß die deutschen Genossen uns ihre Macht so fühlen ließen. (So ist es!) Wir müssen uns geloben, so lange und so eindringlich zu arbeiten, bis wir sagen werden: Die Hände weg und die Maske herunter!"

Der Wahlrechtskampf und die Versöhnungsversuche des Dr. Adler haben zwar diesen Bruderzwist eine Zeitlang in den Hintergrund gedrängt, doch die rapide Entwicklung der tschechischen Arbeiterbewegung bleibt für die zentralistische Organisation der Gewerkschaften, die der deutschen Sozialdemokratie eine Hegemonie sichert, eine große Gefahr. Der Berliner „Vorwärts" hat in seiner Septembernummer des Jahres 1906 auf diese Gefahr mit folgenden Worten hingewiesen:

„Deshalb bedeutet die Autonomie der Nationen in Österreich und die Konstituierung des Proletariats jeder Nation als selbständige Partei ein Zusammenfassen dessen, was zusammengehört; deshalb wäre aber die nationale Autonomie auf gewerkschaftlichem Gebiete ein Zerreißen dessen, was zusammengehört. Der gewerkschaftliche Kampf stellt den Proletarier ausschließlich als Arbeitenden — und in keiner andern Eigenschaft — dem Unternehmer gegenüber, der wieder auch nichts anderes ist als der Ausbeuter der Arbeitskraft: weder Tscheche noch Deutscher, weder liberal noch konservativ. Die Gewerkschaft kann also nichts sein, als die energische Zusammenfassung aller Berufsgenossen und die Form dieser Zusammensetzung muß notwendigerweise, soll sie wirksam sein, bedingt werden durch die Formen der industriellen Entwicklung. Durch die Partei werden deutsche, werden tschechische Proletarier zusammengefaßt. Die Nationalisierung der Gewerkschaftsbewegung wäre nichts anderes als ein Mißbrauch, wäre die Vergewaltigung gewerkschaftlicher Aufgaben zu Gunsten nationaler Machtbedürfnisse."

Da diese Beweisführung des „Vorwärts" vom sozialistischen Standpunkte als richtig angesehen werden muß, so

kann man auch gespannt sein, welches Ende dieser heftige Kampf nehmen wird. Vorderhand ist die Aktion der Lostrennung der tschechischen Gewerkschaften nicht zum Stillstand gekommen. Das zeigt sich in folgendem Beschlusse, welchen die Parteiexekutive der tschechischen Sozialdemokratie am 23. September 1906 faßte. Er lautet:[1])

„Die Parteivertretung betrachtet die tschechischen Gewerkschaftsorganisationen als einen Teil der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und warnt darum alle Parteimitglieder vor der Umwandlung der bestehenden Gewerkschaftsorganisationen in politisch neutrale und indifferente. Aus denselben Gründen lehnt sie auch alle Versuche der Gewerkschaftsneutralisten ab, die durch die Anschwärzung der politisch tätigen Genossen die Meinung verbreiten, als ob die politisch tätigen tschechischen Genossen die Bedürfnisse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nicht kennten oder andere als Arbeiterziele im Sinne hätten, oder als ob sie Interessen dienten, die sich mit dem durch das klassenbewußte Proletariat vorgezeichneten Vorgehen nicht vereinbaren lassen. Da auch das Mißlingen von Lohnstreitigkeiten und Lohnkämpfen nicht ohne Einfluß auf die politische Bewegung wie auch auf das Ansehen und die Ehre der Partei ist, kann sich die Parteivertretung nicht mit der Anschauung abfinden, daß die politischen Organisationen und Zeitungen nur die Pflicht hätten, um den Erfolg sich zu kümmern, nicht aber das Recht, sich dagegen zu wehren, daß die Leitung der Kämpfe an Personen übertragen werde, die die Verhältnisse in Böhmen nicht kennen und der Arbeiterschaft am Orte nicht verantwortlich sind. Die Parteivertretung erklärt, daß sie auf der Selbständigkeit der tschechischen Gewerkschaftskommission und auf der unerläßlichen demokratischen Selbstverwaltung in den gewerkschaftlichen Organisationen beharrt und sie fordert alle Mitglieder der Gewerkschaften auf, bei jeder Gelegenheit eingedenk zu sein des Rechtes auf ihre eigene Vertretung sowohl in den internationalen Organisationen in Österreich wie bei den internationalen Konferenzen und Kongressen außerhalb Österreichs. Die Parteivertretung erachtet die Frage der Vertretung des tschechischen

[1]) Abgedruckt in der „Arbeiter-Zeitung" vom 26. September 1906.

sozialdemokratischen Proletariats auch in der gewerkschaftlichen Internationale als selbstverständlich richtig und sozialistisch und strebt danach, daß dem tschechischen Proletariat das ihm durch die Konferenz in Amsterdam bestrittene Vertretungsrecht neuerlich gegeben werde. Da erwiesen ist, daß die Vorstände der einzelnen Reichsvereine weder die Verträge, die sie mit den tschechischen Vereinen bei ihrem Anschluß an die strammen Reichsorganisationen geschlossen haben, daß ferner manche Vorstände ihren tschechischen Mitgliedern gegenüber in der Vertretung und in der Verwaltung wie auch bei der Entscheidung über die Anerkennung von Streiks und über die Erteilung von Streikunterstützungen nicht die nötige Objektivität beobachten, hält die Parteivertretung die Emanzipierung der tschechischen Mitglieder von solchen Organisationen für einen Akt der Abwehr und für die Verteidigung der Selbstverwaltung auch notwendig. Die Parteivertretung dankt den tschechischen Genossen in den ausländischen Vereinen für die Bereitwilligkeit, die sie auf ihrem Kongreß in Prag bewiesen durch die Errichtung eines gemeinsamen Sekretariats zum Zwecke der Vermittlung bei der Auszahlung der Reiseunterstützung an die Mitglieder der tschechischen Gewerkschaftsorganisationen, denen die Gewerkschaftsorganisationen der deutschen Arbeiterschaft auf den Wunsch der Vorstände dieser Wiener Reichsvereine die Gegenseitigkeit verweigerten. Die Parteivertretung teilt nicht die Anschauung, daß die Form der zentralen Organisation die einzig richtige und zum Befreiungskampf der Arbeiterschaft unerläßliche ist. Sie rät allen tschechischen Arbeitern, die Organisationsform von der allgemeinen Pflicht zu unterscheiden, die uns das gemeinsame Streben des klassenbewußten Proletariats, die Arbeiter- und sozialdemokratische Solidarität im Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung und die Solidarität der organisierten Arbeiterschaft aller Berufe und Nationen auferlegen."

In Wien hat sich bei einzelnen Branchen eine Scheidung bereits vollzogen. Diese Emanzipierung der tschechischen Mitglieder gab Anlaß zu einer erbitterten Preßpolemik. Das Wiener Organ der tschechischen Sozialdemokraten, die „Delnicky Listy", führte ernste Beschwerde über den Terrorismus, unter dem die Tschechen von Seite der deutschen „Genossen"

zu leiden hätten. Auf dem internationalen Schuhmacher-Kongreß in Stuttgart (August 1907) kam es zu einem Zusammenstoß der tschechischen und deutschen Delegierten.

Der Tscheche Johannis berichtete nach der „Arbeiter-Zeitung" über die Zwistigkeiten mit den deutschen „Genossen". Die Deutschösterreicher warfen den Tschechen vor, daß sie sie ausgenutzt und ihnen jetzt den Rücken gekehrt, ja Streikbrecher geworden waren, weil sie die Beitragserhöhung um 10 Heller nicht hätten mitmachen wollen. Die Tschechen bestritten das entrüstet und behaupteten, daß die Deutschen fortdauernd höhnisch ihre nationalen Ansprüche verletzt hätten. Der Kongreß setzte eine Kommission ein, die wieder einmal „einigen" soll. Bis die Tschechen sich nicht unterwerfen, sind sie von der Gesamtorganisation ausgeschlossen. Im Beschlusse heißt es darüber: „Ist eine Verständigung zwischen der österreichischen und der tschecho-slawischen Organisation erfolgt, so ist damit auch das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen den tschechischen Mitgliedern und den übrigen im Gegenseitigkeitsverhältnis stehenden Landesorganisationen wieder hergestellt. Bis dahin bleiben also die Tschechen wie bisher seit der Zersplitterung von der internationalen Gegenseitigkeit ausgeschlossen und gelten zum Beispiel für die deutsche Organisation einfach als unorganisierte Arbeiter." Von diesem Kriegsschauplatze ist vorläufig wenig Erfreuliches für die Sozialdemokraten zu melden.

Abgesehen von diesem häuslichen Kriege, kann die österreichische Sozialdemokratie mit den Erfolgen der Gewerkschaftsbewegung zufrieden sein. Die nachstehende Tabelle[1]) gibt Auf-

[1]) Sieh „Die Neue Zeit", Stuttgart 1906, XXIV. Jahrg., 2. Bd., S. 628 f.

schluß über die Zahl der Gewerkschaften und die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder nach dem Geschlechte getrennt:

Jahr	Vereine				Mitglieder		
	Zentralvereine	Landes- oder Lokalvereine	Ortsgruppen	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
1892	10	240	474	724	44.390	2.216	46.606
1896	17	284	775	1076	95.221	3.448	98.669
1899	30	242	1284	1556	113.778	5.556	119.334
1901	32	266	1273	1571	113.672	5.378	119.050
1902	47	241	1397	1685	129.290	5.888	135.178
1903	51	192	1623	1866	145.146	9.519	154.665
1904	45	121	2108	2274	176.066	13.055	189.121
1905	47	100	2964	3111	294.697	28.402	323.099
1906[1]	49	89	4062	4200	406.080	42.190	448.270

Der Zuwachs an Mitgliedern, der sich auf deutsche, tschechische, polnische, slowenische und italienische Arbeiter erstreckt, betrug im Jahre 1906 125.171 (38·74 Prozent). Die Zunahme der weiblichen Mitglieder betrug im Jahre 1905 15.347 (117·56 Prozent und im Jahre 1906 13·788 (48.49 Prozent). Einen Verlust an Mitgliedern erlitten nur sechs Organisationen. Am stärksten war die Mitgliederzunahme bei den Textilarbeitern (133·56 Prozent), Eisen- und Metallarbeitern (124·02 Prozent), Bauarbeitern (93·16 Prozent), Eisenbahnern (34·76 Prozent), Gießern (75·61 Prozent), Holzarbeitern (55·48 Prozent), Papier- und chemischen Arbeitern (125·79 Prozent), Schuhmachern (88·87 Prozent) und Zimmerern (169·52 Prozent).

[1]) Die Ziffern für das Jahr 1906 sind der „Statistischen Monatsschrift", 1. September 1907, entnommen.

Über die geographische Gliederung der Gewerkschaften gibt die folgende Zusammenstellung Auskunft:

Kronland	Zentralvereine	Lokalvereine	Ortsgruppen	Organisierte Arbeiter			In Prozent.
				männlich	weiblich	zusammen	
Wien . . .	41	20	403	93.866	9.087	102.953	31·86
Niederösterr..	2	—	280	17.258	2.635	19.893	6·16
Böhmen . .	4	30	1033	90.720	7.605	98.325	30·43
Bukowina .	—	1	6	508	—	508	0·16
Dalmatien .	—	1	7	133	—	133	0·04
Galizien . .	—	6	133	7.907	110	8.017	2·48
Istrien . . .	—	10	47	3.834	3	3.837	1·18
Kärnten . .	—	3	43	1.982	527	2.509	0·78
Krain . . .	—	2	25	1.594	157	1.751	0·54
Mähren . .	—	5	343	32.348	5.251	37.599	11·64
Oberösterreich	—	3	117	5.083	221	5.304	1·64
Salzburg . .	—	2	54	3.307	232	3.539	1·10
Schlesien . .	—	3	121	13.017	1.479	14.496	4·49
Steiermark .	—	9	221	17.767	926	18.693	5·79
Tirol-Vorarlb.	—	4	118	4.897	147	5.044	1·56
Ausland . .	—	1	13	476	22	498	0·15
Summe .	47	100	2964	294.697	28.402	323.099	100·00

So zweifellos groß die Fortschritte der Gewerkschaften in den letzten Jahren auch waren, so entfallen trotzdem auf 100 in der Industrie beschäftigte Personen[1]) im Durchschnitt nur 14·05 Prozent organisierte Personen. Über dem Durchschnitt stehen nur die Reichshauptstadt Wien und die Kronländer Steiermark und Salzburg, während alle übrigen Gebiete die Durchschnittszahl nicht erreichen.

[1]) Nach den Angaben der „Neuen Zeit" waren im Jahre 1905 in der österreichischen Industrie 2,226.601 Personen beschäftigt.

Von je 100 in der Industrie beschäftigten Personen waren organisiert:

	1904	1905
Wien	20	30
Niederösterreich	6	13
Böhmen	6	11
Bukowina	2	3
Dalmatien	1	1
Galizien	5	7
Istrien	8	8
Kärnten	8	10
Krain	4	7
Mähren	6	14
Oberösterreich	7	8
Salzburg	17	22
Schlesien	6	13
Steiermark	13	18
Tirol und Vorarlberg	5	7

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Personen betrug nach Berufen gegliedert in Prozenten:

	1904	1905
Bäcker	12·55	14·15
Bauarbeiter	9·09	22·76
Bergarbeiter	8·96	13·07
Brauer u. Faßbinder	4·42	13·39
Buchbinder	17·36	21·75
Buchdrucker[1])	73·25	77·75
Drechsler	6·90	13·78
Eisenbahner	20·77	25·44
Eisen- u. Metallarbeiter	10·64	20·59
Glasarbeiter	9·02	11·06
Hafenarbeiter	38·46	38·46
Handels- und Transportarbeiter	2·30	4·41
Holzarbeiter	11·52	18·00
Hutmacher	20·86	26·49
Lederarbeiter	16·91	28·51
Lithographen	20·28	20·50
Maler, Anstreicher u. Lackierer	9·61	24·31
Mühlenarbeiter	1·24	3·24
Papier- u. chem. Arbeiter	11·92	26·92
Porzellanarbeit.	13·18	20·46
Raseure und Friseure	4·79	4·47
Sattler, Taschner und Riemer	10·12	13·31
Selcher (Fleischer)	2·07	2·07
Schneider	4·23	5·07
Schuhmacher	3·80	6·79
Steinarbeiter	3·80	8·32
Tabakarbeiter	8·40	10·63
Textilarbeiter	3·73	8·72
Tonwarenarbeiter	6·39	7·88
Ziegelarbeiter	2·18	5·87
Zimmerer	2·00	5·63
Zuckerbäcker	1·85	6·05

[1]) Die Buchdrucker ohne die Hilfsarbeiter weisen 93·18 Prozent Organisierte von den Beschäftigten aus.

Die Finanzgebarung der Gewerkschaften hat in den letzten Jahren eine beachtenswerte Steigerung erfahren. Es betrugen:

Im Jahre	Einnahmen:	Ausgaben:
1896 . .	985.171·76 Kronen	650.835·46 Kronen
1899 . .	1,852.440·59 „	1,738.339·55 „
1901 . .	2,229.346·21 „	2,111.082·12 „
1902 . .	2,617.184·02 „	2,392.539·77 „
1903 . .	2,942.854·88 „	2,647.066·20 „
1904 . .	3,392.970·09 „	3,004.160·50 „
1905 . .	4,641.726·81 „	3,829.751·41 „
1906[1]) .	6,982.374·99 „	5,609.810·00 „

In diesen Beträgen sind jedoch die Einnahmen und Ausgaben für Streiks und Lohnbewegungen nicht eingerechnet. Für diese Zwecke werden separat verwaltete Beiträge erhoben. Die Beiträge für die Widerstandsfonds sind in den verschiedenen Berufen verschieden. Sie schwanken zwischen 5 Heller und einer Krone wöchentlich. Diese Kriegsfonds werden von den sogenannten freien Organisationen erhoben und verwaltet. Im März 1907 haben die Gewerkschaften eine außerordentliche Steuer in der Höhe von 20 Heller wöchentlich für jedes Mitglied auf die Dauer von sechs Wochen ausgeschrieben. Die Einhebung dieser Steuer erfolgte unter dem Namen „Solidaritätsfonds" mittels eigener Karten und Marken. Man will dadurch das Bestreben der Unternehmer, eine Gewerkschaft nach der andern durch große Aussperrungen finanziell zu ruinieren, bekämpfen. Die Ausgaben für streikende und gemaßregelte Mitglieder betrugen im Jahre 1905 1,164.847·95 Kronen und im Jahre 1906 1,918.900 Kronen. Diese Ziffern sind jedoch sicher zu niedrig, da hierin die in den verschiedenen Streikgebieten selbst aufgebrachten Beträge nicht eingerechnet sind.[2])

[1]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 9. Juni 1907.

[2]) Diesen statistischen Erhebungen über Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften im Jahre 1905 hat der Generalsekretär

Von den Ausgaben für Unterstützungszwecke entfallen:

Jahr	Reiseunterstützung	Arbeitslosenunterstützung	Kranken-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenunterstützung und Begräbniskosten	Notfallsunterstützung	Zusammen
	Kronen				
1896	25.746·02	102.189·72	140.389·03	12.967·34	281.292·11
1899	77.486·92	268.003·81	400.151·02	24.488·01	770.129·76
1901	96.691·26	377.448·59	538.890·06	40.362·55	1,053.392·46
1902	151.218·94	360.289·48	485.764·25	65.514·51	1,062.787·18
1903	104.101·01	474.968·51	575.636·12	76.795·01	1,231.502·65
1904	95.790·80	583.301·19	660.190·67	71.728·14	1,411.010·80
1905	118.154·32	733.915·88	738.923·45	141.291·84	1,732.285·49
Summe	669.189·27	2,900.117·18	3,539.944·60	433.147·40	7,542.400·45

Von den sonstigen Ausgaben entfallen im Jahre 1905 für Rechtsschutz 69.897·31 Kronen, die Fachpresse 566.857·90, Bildungszwecke 130.018·70, Agitation und Organisation 361.970·76, sachliche Verwaltung 304.946·51, persönliche

---

Hueber folgendes Geleitwort vorausgeschickt: „Es ist ein gewaltiges Stück Kulturarbeit, über das wir hier berichten können. Sie im Dienste und zum Wohle der Arbeiterschaft erfolgreich geleistet zu haben, ist nicht nur das Verdienst der Gewerkschaften allein, sondern mit Stolz und Freude wollen und können wir ruhig erklären: Die Sozialdemokratie aller Nationen Österreichs hat ihren redlichen Anteil an diesem organisatorischen Erfolge. Diese Tatsache unter der großen Masse der Arbeiter zu verbreiten, das liegt im eigensten Interesse der Gewerkschaften selbst, insbesondere in Österreich. Die sozialistische Flutwelle umspült halt schon einmal die Masse der Arbeiterschaft in Österreich, ob sie nun gewerkschaftlich organisiert ist oder nicht. Und deshalb sind die Versuche aller unserer politischen Gegner vergeblich gewesen, starke nationale, christlichsoziale oder auch nur sogenannte neutrale Gewerkschaften zu gründen, die bei wirtschaftlichen Kämpfen von den Unternehmern ernst genommen und ausschlaggebend hätten werden sollen."

Verwaltung 309.701·12 und für diverse Agitationszwecke 354.073·62 Kronen. Der Vermögensstand der Gewerkschaften hat vom Jahre 1905 bis 1906 eine Vermehrung von zwei Millionen Kronen erfahren und betrug Ende 1906 7,319.000 Kronen.

Die Gewerkschaften verfügen über 94 Fachblätter, darunter 46 deutsche. Von den deutschen Fachblättern erscheinen 14 einmal, 14 zweimal, 2 dreimal im Monat, 10 Fachblätter erscheinen vierzehntägig, 6 Blätter wöchentlich. Die Auflage der Fachblätter ist von 1905 bis 1906 von 331.930 auf 458.670 gestiegen, die Auflage der deutschen Fachblätter von 204.450 auf 286.400. Die deutsche Ausgabe der „Gewerkschaft" hat eine Auflage von 233.800 Exemplaren.

Um einen Nachwuchs für die Gewerkschaften heranzuziehen, erfreut sich die Organisation der jugendlichen Arbeiter einer besonderen Fürsorge der sozialdemokratischen Parteivertretungen. Nach dem Berichte der Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf dem Parteitag 1907 zählt der Verband der jugendlichen Arbeiter in Niederösterreich 31, in Böhmen 14, in Mähren 8, in Galizien 7, in Steiermark, Schlesien und der Bukowina je 2, in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und im Küstenlande je eine Ortsgruppe. Die Zahl der Ortsgruppen ist im letzten Jahre um 26 gestiegen. Der Verband verbreitete die Monatsschrift „Der jugendliche Arbeiter", Broschüren über die Lehrlingsfrage und die Staatslehrwerkstätten und Flugblätter in großer Zahl. Mit Genugtuung stellt der Bericht fest, daß trotz der Kürze ihres Bestandes sich die Organisation der Arbeiterjugend bereits als treffliche Rekrutenschule der Partei und der Gewerkschaften bewährt hat.

Eine maßgebende Bedeutung für den rapiden Fortschritt der Gewerkschaften ist ohne Zweifel dem Terrorismus zuzuschreiben, der rücksichtslos zur Anwendung kommt. In

den großen, kapitalistisch organisierten Industriezweigen wird vielfach kein Arbeiter von seinen Kollegen geduldet, der sich nicht mit einem Mitgliedsbuche der Gewerkschaft auszuweisen in der Lage ist. Ein sehr gravierendes Material hat diesbezüglich Abgeordneter Kunschak in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 27. Juni 1905 in der Debatte über den Überfall auf Dr. Scheicher vorgebracht. Er sagte u. a.

„Ich erinnere Sie an die ersten Opfer unserer Arbeiterbewegung im Jahre 1892. Damals haben Ihre Leute von einem gewissen Franke erfahren, daß er Mitglied der christlichen Arbeitervereinigung sei. Man hat hierauf seinem Arbeitgeber die Bitte überreicht, er möge den Arbeiter entlassen, weil er kein klassenbewußter Arbeiter und kein Mitglied der Organisation ist. Der Mann wurde tatsächlich entlassen und in allen Werkstätten boykottiert; er mußte die Handlung erlernen, weil er bei seinem Gewerbe keine Existenz mehr finden konnte. Das ist das Muster, welches Sie den Kapitalisten abgeguckt haben, das Vorgehen mit der Hungerpeitsche! Wenn Sie das nicht gelten lassen, will ich Ihnen einen andern Fall erzählen, den Fall Ziegler, der Ihren Genossen Pokorny auf vier Monate in den Arrest gebracht hat. Diesen Arbeiter haben Sie überall verfolgt, nicht nur in Brünn, sondern auch in allen anderen Industrieorten Österreichs, nirgends durfte er arbeiten; kaum ist er irgendwo eingetreten, war schon der Pokorny an der rücksichtslosen Arbeit und erklärte dort, der Mann muß heraus; und so ist der arme Teufel, der Weib und Kind gehabt hat, von einer Werkstätte zur andern gehetzt worden, bis endlich dadurch ein Ende gemacht wurde, daß das Gericht den Pokorny auf vier Monate in das Loch gesteckt hat. Wenn Ihnen der Fall noch nicht genügt, erinnere ich Sie an den Fall Francan. Damals wurde das gleiche Vorgehen gerichtsordnungsmäßig festgestellt und Genosse König hat auf acht Tage in den Arrest gehen müssen. Ein anderes Beispiel! Bei der Firma Deutsch ist ein Arbeiter einer christlichen Organisation beigetreten. Als dies den dort beschäftigten Genossen bekannt wurde, mußte er unter der Androhung des Boykotts aus dem Verein austreten und im ‚Metallarbeiter' (Nr. 15 vom 13. April 1905) folgende Erklärung veröffentlichen: ‚Der Unterzeichnete bedauert, durch seinen Beitritt zu dem sogenannten

christlichsozialen Verein ‚Bund der österreichischen Arbeiterjugend' die Arbeiter der Firma Deutsch wider sich aufgebracht zu haben und verspricht, nachdem er dem obgenannten Vereine bereits den Rücken gekehrt hat, dies auch für die Zukunft allen Vereinen mit gleicher Tendenz zu tun.' Und wenn es noch eines andern Beispieles bedürfte, so werde ich Ihnen erzählen, was meinem Bruder geschehen ist. Er ist vor nicht ganz acht Tagen bei Siemens & Schuckert eingetreten; da kam ein Vertrauensmann zu ihm und fragte ihn: ‚Sind Sie schon bei der Organisation? Wenn Sie hier bleiben wollen, müssen Sie der Organisation beitreten.' Der Vertrauensmann ist weggegangen, nach einiger Zeit aber wieder gekommen und hat meinen Bruder wieder gefragt: ‚Haben Sie es sich schon überlegt?' Mein Bruder hat nun erwidert: ‚Ich habe mir nichts zu überlegen!' Er war schon in der sozialdemokratischen Schule, bei Herrn Schuhmeier in seinem Apollo-Verein, Ende der Achtzigerjahre Mitglied und hat dort diese Gesellschaft kennen gelernt, er hatte also nichts mehr zu überlegen und trat nicht bei. Da hat nun der Herr gesagt: ‚Auch gut!' Bald darauf hat der Werkführer der Fabrik meinen Bruder rufen lassen und hat ihm verkündet: ‚Die Leute arbeiten nicht mit Ihnen, ich muß Sie, so leid es mir tut, entlassen.' Das ist Ihre Freiheit, die Freiheit, die Sie führen unter dem Zeichen der Hungerpeitsche, die Sie rücksichtslos schwingen über diejenigen, die sich nicht verpflichten, für Sie und Ihr System Robott zu leisten."

Diese Beispiele, die hier Abgeordneter Kunschak vorbrachte, sind geradezu typisch.

Bei der Anwendung des Terrorismus zeigt sich auch die Identität der Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft. Partei und Gewerkschaften sind eins und von Auseinandersetzungen und Zusammenstößen zwischen Partei und Gewerkschaft ist vorderhand nichts zu hören. Es wäre daher verfehlt, darauf zu spekulieren, daß in Österreich die Gewerkschaftsidee das feste Gefüge der Sozialdemokratie lockern könnte oder daß durch die Gewerkschaften die Trennung der Sozialdemokratie in eine

radikale Revolutionspartei und eine sozialreformatorische Arbeiterpartei erfolgen werde. Gewerkschaft und Sozialdemokratie sind vorderhand in Österreich identisch.

Die Genossenschaftsbewegung.

Obgleich die Marxisten in der Genossenschaft den Keim der späteren großen, den ganzen Staat umspannenden Volksgenossenschaft und ein praktisches Erziehungsmittel für das Proletariat, das einst die Verwaltung der Zukunftsgenossenschaft übernehmen soll, erblicken, so ist trotzdem das Verhältnis der österreichischen Sozialdemokratie zur Genossenschaftsbewegung kein besonders freundliches. Was die Produktivgenossenschaften betrifft, in welchen der Arbeiter der eigene Kapitalist ist, so steht die Parteileitung diesen sehr mißtrauisch gegenüber, weil sie nicht mit Unrecht einen moralischen und ökonomischen Mißerfolg fürchtet. Während sich in Belgien, Frankreich, England die Genossenschaftsbewegung einer großen Popularität erfreut, bemühten sich die österreichischen Sozialdemokraten auf ihren Parteitagen in Wien (1897) und Brünn (1899) offiziell zu erklären, daß diese Genossenschaften mit der Partei nicht in einen Topf geworfen werden dürfen. Sogar von Anhängern der Genossenschaftsbewegung wurde zugegeben, „daß die Produktionsgenossenschaften im Stadium des Kleinbetriebes keine Existenzberechtigung haben".[1]) Der Grund der Ablehnung dürfte wohl in den traurigen Erfahrungen, die mit diesen Gründungen gemacht wurden, zu suchen sein. Ein trauriges Lied haben fast alle Redner bei der Debatte über die Genossenschaften gesungen.

Auch die Konsumgenossenschaften, welche den Konsum organisieren wollen und den Mitgliedern verschiedene Vorteile bringen, erfreuten sich anfangs bei der Parteileitung keiner

[1]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1897, S. 200.

besonderen Beliebtheit. Ein Grund hiefür mag wohl der sein, daß es der Sozialdemokratie immer schwieriger wird, an praktischen Beispielen zu zeigen, daß ein Geschäftsunternehmen auch dann noch rentabel geführt werden kann, wenn auch die oft übertriebenen Forderungen der Gewerkschaften erfüllt werden.

Diesen wunden Punkt hat auch der Generalredner Reumann auf dem Wiener Parteitag 1897 berührt. Er sagte nämlich:

„Ich muß hier, obwohl schon davon gesprochen worden ist, auch mit einigen Worten auf die Lage der Angestellten der Konsumvereine und Produktivgenossenschaften zurückkommen. Unsere Gegner haben diesbezüglich mit Recht gesagt: ‚Wenn ihr für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung eintretet, dann verbessert doch zuerst die Lage der in den Konsum- und Produktivgenossenschaften Angestellten, und nach dem, was wir darüber erfahren haben, haben die Leute recht, die das sagen'".[1])

Reumann wies auch nach, daß eine Reihe von Produktivgenossenschaften ihre Dividende auf drei bis vier Prozent nur dadurch aufrecht erhalten kann, daß die Angestellten miserabel entlohnt werden. Unter dem Eindrucke dieser oppositionellen Reden wurde auf dem Wiener Parteitage 1897 folgende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß die Wirtschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind, die wirtschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirtschaftsgenossenschaften zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die in den einzelnen kleinen Städten, in denen sich die Mitglieder der Wirtschaftsgenossenschaften aus Lohnarbeitern rekrutierten, gemachten Erfahrungen, überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Bezirke, nach genauer Prüfung der lokalen Verhältnisse sowie der verfügbaren Kräfte und Mittel zur Frage der Wirtschaftsgenossenschaften Stellung zu nehmen."[2])

---

[1]) Sieh Protokoll, S. 205.

[2]) Sieh Protokoll, S. 198.

Doch trotz dieser ablehnenden Haltung wurde zwei Jahre später dem Parteitage der Wunsch unterbreitet, er möge sich noch einmal mit der Genossenschaftsbewegung befassen. Am Brünner Parteitage wurde von den meisten Rednern ebenso wie vor zwei Jahren in Wien geklagt, daß die Konsumvereine vielfach Bankerott machen und die Partei kompromittieren. Die Freunde der Genossenschaftsbewegung holten sich auch am Brünner Parteitage eine Niederlage. Die Resolution, die von Dr. Adler vorgelegt wurde und die zur Annahme kam, lautete:

„Der Parteitag muß es auch jetzt noch wiederholt ablehnen, die Konsumgenossenschaften als Element der Parteiorganisation aufzunehmen. Er anerkennt jedoch, daß gutgeleitete Konsumgenossenschaften an manchen Orten und unter gewissen Umständen der Arbeiterschaft nützlich sein können. Er anerkennt weiter, daß es vielfach im Interesse der organisierten Arbeiter liegt, ihren Einfluß in den Wirtschaftsgenossenschaften geltend zu machen und die Führung nicht indifferenten oder gegnerischen Elementen zu überlassen. Der Parteitag lehnt jede Verantwortung der Partei als solchen für die Konsumvereine ab.“ [1])

Im Jahre 1903 nahm der Gewerkschaftskongreß eine Resolution an, welche die Konsumvereine als eine Ergänzung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation erklärte und in demselben Jahre beschloß der III. Gesamtparteitag, nunmehr auch die genossenschaftliche Organisation in den Dienst der Partei und Gewerkschaften zu stellen.

Doch das Anwachsen der Sozialdemokratie und das Erstarken der Gewerkschaftsbewegung hat neue Elemente in die Genossenschaftsbewegung hineingetragen, so daß sich Anzeichen für eine neue Form derselben bereits bemerkbar machen. Die Organisation der Produktion und der Konsumtion wurde bisher in den Dienst der persönlichen Interessen der Mit-

[1]) Sieh Protokoll, S. 113.

glieder gestellt und deshalb wollte die Parteileitung jede Verantwortung ablehnen. Der neueste Plan, den Dr. Karpeles entworfen, läuft hinaus, die Partei selbst zur Gründerin einer großen Genossenschaft zu machen, deren Reinerträgnis der Gesamtpartei zu gute kommt. Wenn die Gewerkschaften ihr Geld, von dem bisher die privatkapitalistischen Banken und Sparkassen den Vorteil hatten, bei dieser zu gründenden Partei-Reichsgenossenschaft anlegen, so bedeutet das ohne Zweifel eine neue Phase in der Genossenschaftsbewegung, und daß auch in Österreich der Genossenschaftssozialismus stark in den Vordergrund tritt.

Infolge der Wichtigkeit dieses Projektes bringen wir das Memorandum, das von Dr. Karpeles den Finanzleuten übergeben wurde, wörtlich zum Abdrucke. Es lautet:

„Der Absatz der Lebensmittel und der Mittel des täglichen Bedarfes vollzieht sich in Wien in rückständigen, vielfach geradezu primitiven Formen. Das ist eine notorische Tatsache und notorisch sind auch die Wirkungen dieser Verhältnisse: schlechte Qualitäten und hohe Preise. Für die kapitalistische Organisation bieten sich also hier ganz außerordentliche Möglichkeiten. Der altertümliche handwerksmäßige Betrieb des Lebensmittelhandels muß dem kapitalistisch organisierten Großbetrieb weichen. Es bedarf keines Beweises, daß ganz ebenso wie in der Sphäre der Produktion auch auf dem Gebiete des Detailhandels der kapitalistische Großbetrieb unendlich überlegen ist. Von zwei Seiten her wird die Position des Detailhandels von Lebensmitteln heute schon angegriffen. Der Produzent tritt in direkten Verkehr mit der Kundschaft. Sehr charakteristische Ansätze dieser Entwicklung lassen sich seit einigen Jahren in Wien verfolgen. Die Milchproduzenten, zum Teil in Genossenschaften organisiert, haben bereits einen erheblichen Teil des Milchhandels an sich gerissen. (Wiener Molkerei, Niederösterreichische Molkerei, Erzherzog Friedrich, Steirische Molkerei u. s. w.) Die Anker-Brotfabrik (Heinrich und Fritz Mendel) mit mehr als siebzig eigenen Verkaufsstellen, die zahlreichen Kaffeeniederlagen der Firmen Julius Meinl, Brüder Kunz u. s. w. sind Beispiele erfolgreicher Ausschaltung des handwerksmäßig orga-

nisierten Kleinhandels durch kapitalistisch organisierte Großbetriebe. Prinzipiell und wohl auch praktisch bedeutsamer ist die Aktion der Konsumenten durch Errichtung von Konsumvereinen. Ihre Entwicklung führt zur Errichtung von Großeinkaufsgesellschaften, die die Konsumvereine in direkte Verbindung mit den Produzenten bringen und schließlich selbst zur Eigenproduktion übergehen. Den Typus dieser Entwicklung stellt die englische Genossenschaftsbewegung dar. Beide Methoden der Bekämpfung des Kleinhandels haben mit eigentümlichen Schwierigkeiten zu rechnen. Den Konsumvereinen fehlt genügendes Kapital und die Vermögensbildung durch Rücklagen aus den Erträgnissen kann sich infolge der traditionellen und nicht leicht zu beseitigenden Dividendenpolitik nur in sehr langsamem Tempo vollziehen. Dazu kommt, daß in Österreich die Konsumvereine, wenn sie den Anspruch auf Steuerbegünstigung nicht verlieren wollen, Waren nur an ihre Mitglieder abgeben dürfen. Sie sind also in der Regel nicht im stande, ihre Produktion auf die Höhe des allein rentabeln Großbetriebes zu bringen. Der Produzent wieder, der direkt mit der Kundschaft in Verkehr treten will, hat mit der Tatsache zu rechnen, daß die fabriksmäßig erzeugten Lebensmittel nicht wie andere Waren auf Lager gebracht werden können. Er braucht für seine Produkte regelmäßigen und gesicherten Absatz. Um ihn zu erzielen, wie um ihn festzuhalten, hat er außerordentliche Reklamekosten aufzuwenden. Erst wenn es gelingt, genügendes Kapital bereitzustellen und entsprechend großen Absatz von vornherein zu garantieren, kann der Versuch der kapitalistischen Organisation des Lebensmittelhandels in größtem Maße ohne irgend welches Risiko unternommen werden. Die Garantie eines außerordentlich großen Absatzes, eines größeren, als irgend eine andere Unternehmung je zu erzielen vermöchte, kann die Organisation der Arbeiterschaft bieten. Unter bestimmten Voraussetzungen wird sie bereit sein, in Wien und in der Provinz, soweit die Natur der einzelnen Waren den Transport zuläßt, den Arbeitern zu sagen: Kauft nur dieses Brot, nur diesen Kaffee, nur diese Kaffeesurrogate, kauft nur in diesem und diesen und diesen Geschäften. Die Arbeiter sind gewohnt, dem Rufe ihrer Organisation Folge zu leisten, auch wenn von ihnen große Opfer verlangt werden. Sie werden um so gewisser der Aufforderung nachkommen, Lebensmittel zu kaufen, die besser und billiger sind, als sie derzeit erhalten können.

Die Voraussetzungen, unter der die Partei sich bereit finden würde, die Kundschaft der Arbeitermasse einem bestimmten Unternehmen zu sichern, sind:

1. Führung des Betriebes durch Vertrauensmänner der Partei. Die Erfüllung dieser Bedingung liegt vor allem auch im Interesse der an der Gründung beteiligten Bank. Nur wenn das Unternehmen nach außenhin sich als Parteiunternehmen darstellt, ist es möglich, die Agitation mit voller Kraft zu betreiben.

2. Beteiligung der Partei an dem nach Bezahlung der Kapitalszinsen verbleibenden Reingewinne.

3. Festsetzung von Bedingungen, unter denen nach Ablauf einer bestimmten Frist das Unternehmen von der Partei erworben werden kann. Mit Rücksicht auf die Höhe des in Betracht kommenden Kapitals wird die Ausübung dieses Rechtes freilich nicht sobald zu gewärtigen sein. Von Bedeutung ist jedoch diese Bedingung für die Rechtsform, die für die Unternehmung zu wählen ist. Die Form der Aktiengesellschaft — ganz abgesehen von der Höhe der Steuer 2c. — erscheint vor allem deshalb wohl nicht möglich, weil die Partei dann darauf bestehen müßte, daß an der Generalversammlung nicht die Aktionäre, sondern nur Bevollmächtigte teilnehmen dürften, die von der Partei nominiert werden. Eine derartige Bestimmung läßt sich aber statutarisch nicht festlegen. Würde aber ein Ausweg gefunden werden, so wären die Aktionäre diesen Bevollmächtigten ganz ausgeliefert. Obwohl die Personen, die als Bevollmächtigte in Betracht kämen, über dem Verdacht stehen, daß sie die Interessen der Aktionäre bewußt preisgeben würden, ist es doch kaum denkbar, daß die Aktionäre einer solchen Regelung zustimmen könnten.

Es würde also die Rechtsform der Kommanditgesellschaft entschiedenen Vorzug verdienen. Der Unterzeichnete würde als persönlich haftender Gesellschafter eintreten und vertragsmäßig die Rechte erhalten, die der Partei bezüglich des Anteiles am Reingewinne und bezüglich des späteren Erwerbes zugestanden werden sollen. Die Partei hätte sich dann mit dem persönlich haftenden Gesellschafter über die tatsächliche Ausübung dieser Rechte auseinanderzusetzen und sie ist bereit, diesen Modus zu akzeptieren.

Die Tätigkeit der Kommanditgesellschaft würde sich auf das

Gebiet der fabriksmäßigen Produktion und auf das Gebiet des Großhandels erstrecken. Zu beginnen ist mit der Produktion von Brot und Gebäck. Ihre Rentabilität steht außer Zweifel. Sofort gesichert ist der Absatz von täglich 10.000 Laib à 1·75 kg und von 45.000 Stück Weißgebäck an die Wiener Arbeiter-Konsumvereine und die Lebensmittelmagazine der Bahnen. Der Absatz an Kaufleute, eventuell in eigenen Verkaufsstellen, muß unter dem Drucke der Parteiagitation ein Mehrfaches des Absatzes an die Konsumvereine erreichen. Eine Schätzung auf 50.000 Laib und eine Viertelmillion Stück ist nicht optimistisch. Weitere Absatzgebiete für Brot sind ganz Niederösterreich, Mähren, Oberösterreich, Nordsteiermark. Die Schwierigkeit wird nicht im Absatze, sondern in der Größe der Produktion liegen. Bezüglich der Rentabilität bemerke ich, daß erfahrungsgemäß die Wiener Großbäcker mit einem Reingewinne von fünf Prozent vom Verkaufspreise arbeiten. Bei einem Absatze von 20.000 Laib und 100.000 Stück täglich würde der Reingewinn bei einem Brotpreise von 44 h für den Laib und 2 h für das Stück Weißgebäck 194.000 K betragen, wobei die durch die Größe des Betriebes erzielte Ersparnis nicht in Anschlag gebracht ist. Erforderliches Kapital (Gebäude, Maschinen, Betriebskapital) 650.000 bis 700.000 K. Ohne nennenswerte Erhöhung der Investitionskosten läßt sich mit der Erzeugung von Brot die Erzeugung von gebranntem Kaffee und aller Kaffeesurrogate (Feigenkaffee, Malzkaffee, Zichorienkaffee) sowie der Absatz von Teigwaren verbinden. Für diese Artikel ist das ganze Reich Absatzgebiet. Nur der Großbetrieb der Kaffeerösterei erfordert größeres Betriebskapital (60.000 bis 80.000 K). Als Nebenbetriebe kommen in Betracht die Erzeugung von Rum und Essig, von Pflanzenfett, von Schuhwichse, von Sodawasser und alkoholfreien Getränken. Das zweite Stadium würden die Produktion von Selchwaren (heutiger Bedarf der Wiener Arbeiter-Konsumvereine pro Jahr 800.900 kg) und der Fleischbetrieb bilden. Die Errichtung der städtischen Großschlächterei-Aktiengesellschaft erleichtert den Fleischereibetrieb wesentlich und gerade auf diesem Gebiete sind bei entsprechender technischer und kommerzieller Leitung außerordentliche Erfolge gewiß. Die Ausdehnung des Bäckereibetriebes wird die Errichtung einer eigenen Roggenmühle sehr bald als rentabel erscheinen lassen. Späterer Zeit bleibt die Aufnahme der Seifenfabrikation u. s. f. vorbehalten.

Auf dem Gebiete des Handels würde die Kommanditgesellschaft die Funktion einer Großeinkaufsgesellschaft für die österreichischen Konsumvereine zu erfüllen haben. Mit Bestimmtheit darf erwartet werden, daß die Großeinkaufsgesellschaften des Auslandes (English Wholesale Cooperative Society, Scottish Wholesale Cooperative Society, Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, Schweizerischer Genossenschaftsverband u. s. f.), die aus Österreich große Mengen von Mehl, Zucker, Hülsenfrüchten, Wein, Petroleum, Pflaumen 2c. beziehen, ihre Ordres der Kommanditgesellschaft überweisen werden.

Die Kaufleute und Krämer endlich, die durch ihre Kundschaft gezwungen werden, Brot, Gebäck, Kaffeesurrogate 2c. von der Kommanditgesellschaft zu beziehen, werden von dieser auch die nicht von ihr erzeugten Lebensmittel und Bedarfsartikel (Mehl, Zucker, Hülsenfrüchte u. s. f.) beziehen und auch prompt zahlen, da ihnen eben sonst kein Brot geliefert wird. Hiedurch geraten diese Kleinhändler in unbedingte Abhängigkeit von der Kommanditgesellschaft. Sie sind nur mehr dem Namen nach selbständige Händler.

Die zur Errichtung und zum Betriebe der Bäckerei und der Kaffeesurrogatfabrik sowie für den Betrieb der Großhandlungsabteilung erforderlichen Geldmittel sind mit 750.000 K vollkommen ausreichend bemessen. An der Aufbringung dieser Summe würde sich die Partei durch den persönlich haftenden Gesellschafter mit dem Betrage von 50.000 K beteiligen.

Dr. Benno Karpeles."

Viel freundlicher noch gestaltete sich das Verhältnis zu den Konsumvereinen. Die Periode der Stagnation scheint im Jahre 1904 überwunden worden zu sein. Siegmund Kaff[1]) schreibt wenigstens:

„Nach langjähriger Vorbereitung ist die Erkenntnis von der Bedeutung der Konsumgenossenschaft als Wirtschaftsorganisation

[1]) Sieh Siegmund Kaff, Die Konsumvereinsbewegung in Österreich. (Abgedruckt in der „Neuen Zeit", Stuttgart 1905, 2. Bd., S. 259.)

innerhalb der Arbeiterschaft durchgedrungen, so daß es heute nicht mehr nötig erscheint, vor einer Überschätzung dieser Organisationsform zu warnen. Nunmehr handelt es sich darum, auf dem Grunde der gewonnenen Einsicht weiterzubauen und den Stein innerhalb der natürlichen Grenzen zu halten, d. h. die Bewegung so zu leiten, daß bei möglichst geringem Kraftaufwand der höchste Nutzeffekt erzielt wird."

Kaff teilt in diesem Artikel auch mit, daß der sozialdemokratische Verband der Konsumvereine Ende 1904 243 Genossenschaften, darunter 22 Produktiv- und zwei Wohnungsgenossenschaften, zählt.

Welche Fortschritte inzwischen die Genossenschaftsbewegung machte, geht aus dem Berichte hervor, der am Wiener Parteitage (1907) der deutschen Sozialdemokratie erstattet wurde. In denselben heißt es: „Dem Verband der Konsumvereine gehörten am Ende des Jahres 1906 324 Konsumvereine mit 134.000 Mitgliedern, 43 Produktivgenossenschaften, 7 Baugenossenschaften und Arbeiterheime an. Im Jahre 1907 schlossen sich dem Verbande weitere 29 Konsumvereine, 7 Produktivgenossenschaften, 4 Baugenossenschaften und Arbeiterheime an. Dem Verbande sind also insgesamt 414 genossenschaftliche Organisationen angeschlossen. Die deutsche Ausgabe des Verbandsorgans erscheint in einer Auflage von 3300 Exemplaren, von der tschechischen Ausgabe werden 1700 Exemplare abgesetzt. Durch die vom Verbandstag des Jahres 1905 beschlossene Gründung der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine wurde die Leistungsfähigkeit der Konsumentenorganisation erheblich gesteigert. In Österreich sollen — soweit Berichte vorliegen — insgesamt 965 Konsumvereine bestehen. Dem von unseren Genossen geleiteten Verband gehören also bereits 36·6 Prozent der Konsumvereine an." Auch die tschechische Organisation, die bisher sehr kühl dieser Bewegung

gegenüberstand, beginnt sich für die genossenschaftliche Organisation zu erwärmen.[1])

Die Kadres für die künftige Genossenschaftsorganisation in Österreich wären somit aufgestellt.

---

[1]) Die Resolution, die am Pilsner Parteitag (1907) angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Mit der Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft wurden auch die Bedingungen geschaffen für eine weitere Art der Organisationstätigkeit der Arbeiterschaft: der Genossenschaftsorgaisation. Der Zweck der Arbeitergenossenschaftsbewegung ist, die Arbeiterschaft zur eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit zu führen. Diese Tätigkeit zielt einerseits dahin, daß der kapitalistische Gewinn, der unter den gegebenen Verhältnissen aus der wirtschaftlichen Tätigkeit fließt, dem Wohle der genossenschaftlichen Erzeuger oder Konsumenten oder den Arbeiterorganisationen zukomme, andererseits daß aus der Arbeiterschaft eine selbständige wirtschaftliche Macht gebildet werde. Der Kongreß erkennt alle Formen der Arbeitergenossenschaften an, soweit sie mit diesen Prinzipien in Einklang zu bringen sind; doch ist er der Ansicht, daß den Zielen der Arbeiterbewegung am besten jene genossenschaftlichen Formen entsprechen, die die Organisation des Konsums oder der Erzeugung für die weitesten Kreise bezwecken. Der Kongreß empfiehlt zur Unterstützung und Hebung der Genossenschaftsbewegung der Arbeiterschaft den Lokal- und Bezirksorganisationen der Partei, dahin zu wirken, daß die in ihren Sprengeln befindlichen Genossenschaften, die ihrem Einfluß unterstehen, Mitglieder der von der Partei anerkannten Genossenschaftsverbände werden, damit sie von fähigen und ehrlichen Funktionären verwaltet und damit die Arbeits- und Lohnverhältnisse ihrer Angestellten so geregelt werden, wie es die Würde der Partei erfordert und damit namentlich die Konsumvereine in modernem Geiste geleitet werden. Die Gründung von selbständigen Konsumvereinen empfiehlt der Kongreß nur in solchen Orten, wo die Organisation genügend stark und entwickelt ist und wo es Genossen gibt, die zur Leitung eines solchen Unternehmens befähigt sind. Darüber, ob diese Bedingungen erfüllt sind, entscheidet die Exekutive der betreffenden Bezirksorganisation, die auch ein Gutachten des Genossenschaftsverbandes einholt. Diese Bezirksexekutiven sollen auch jede Zersplitterung der Genossenschaftsbewegung verhindern."

Beeinflussung der wirtschaftlichen Gesetzgebung.

Durch die Beteiligung an dem parlamentarischen Leben ist die Sozialdemokratie gezwungen, praktische Reformarbeit zu leisten. Aber gerade dadurch setzt sie sich in Widerspruch mit ihrem revolutionären Programme und der Verelendungs- und Katastrophentheorie. Diesen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis fühlen die Führer der Sozialdemokratie selbst am besten, doch zu ihrem Glücke besitzen die großen Arbeitermassen nicht jene Einsicht in die sozialistische Theorie, um herauszufinden, daß eigentlich der zweite Teil des Hainfelder Programmes, der die praktischen Forderungen enthält, mit dem ersten Teile in Widerspruch steht. Mutatis mutandis gilt es vom Hainfelder Programme, was der Redakteur des Karlsruher „Volksfreundes", Kolb, in den „Sozialistischen Monatsheften" (1903, 2. Bd.) schrieb:

„Wenn das richtig wäre, das heißt, wenn die gesetzliche organische Entwicklung ausgeschlossen ist, dann erfordert es die Ehrlichkeit, zu erklären, daß der zweite Teil unseres Programmes nur eine Dekoration zum ersten Teile desselben sei; es ist dann nicht daran zu denken, daß dieses Programm ganz oder teilweise innerhalb des kapitalistischen Staates verwirklicht werden kann, denn jede einzelne der dort aufgeführten Forderungen widerspricht den Interessen der Bourgeoisie. Es muß den Leuten offen und ehrlich gesagt werden: Gebt euch keinen Hoffnungen hin, daß unsere parlamentarische Tätigkeit von Erfolg sein wird. Die Revolution muß kommen, es führt kein anderer Weg zur sozialistischen Gesellschaft ... Unsere bisherige bewährte Taktik ist die in die Praxis übersetzte Theorie der Evolution. Es gibt nur die Alternative: Entweder wir ziehen aus unserer bisherigen Taktik die Konsequenzen für die Theorie oder wir ziehen aus der Zusammenbruchstheorie die Konsequenzen für die zukünftige Taktik."

Mit diesen Worten hat Kolb die innere Lüge, an der das sozialistische Programm leidet, aufgedeckt und auf

den Ursprung aller inneren Konflikte in der Sozialdemokratie hingewiesen.

Mit dem Prinzipe: „Je schlechter, desto besser" sind die Wähler nicht zufrieden und sie würden ihre Abgeordneten zum Teufel jagen, wenn dieselben die Parlamentstribüne benutzen wollten, um nur den Klassenkampf in das Parlament zu tragen. Eine wirksame Propaganda kann die Sozialdemokratie nur dann entfalten, wenn sie durch positive Arbeit den Wählern etwas bietet. Aber gerade dadurch ist sie gezwungen, einen Prinzipienverrat zu begehen.

A. Die Arbeiterschutzgesetze.

Noch vor fünfzehn Jahren hat es auch in Österreich Sozialdemokraten gegeben, welche der Ansicht huldigten, daß die Arbeiterschutzgesetze nichts nutzen und daß es nutzlose Mühe sei, an der Ausgestaltung dieser Gesetzgebung mitzuarbeiten. So ist es auch zu erklären, daß das Hainfelder Programm den Satz enthalten konnte: „Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht", und daß die Debatte, die damals über die Sozialreform geführt wurde, darlegte, daß man von der wirtschaftlichen Gesetzgebung für die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterschaft fast gar nichts erwarte und daß man die Sozialreform zum Teil als eine Angelegenheit der Bourgeoisie betrachte, die zu ihrer weiteren Ausbeutung der Arbeiterklasse einen physisch und geistig gesunden Arbeiterstand brauche.[1]) Diese Ansichten haben inzwischen einige Korrekturen erfahren, so daß Abgeordneter Hannich auf dem Brünner Parteitage (1899[2]) sagen konnte:

„Der Wert des Arbeiterschutzes wird von Jahr zu Jahr höher taxiert. Noch vor zwanzig Jahren hat man den

[1]) Sieh Protokoll des Hainfelder Parteitages, S. 48 bis 68.

[2]) Sieh Protokoll, S. 99.

Umsturztheorien weit mehr gehuldigt als heute, aber jetzt muß jeder vernünftige Mensch damit rechnen, daß wir noch geraume Zeit im Rahmen der heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung uns werden zu bewegen haben. Und da ist es oberste Pflicht der Sozialdemokratie, soviel wie möglich herauszupressen und herauszukämpfen."

Die Bedeutung der Arbeiterschutzgesetze wurde übrigens auf den ersten internationalen Sozialistenkongressen (Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893) betont. Die Beschlüsse des Pariser Kongresses lauteten:

„In Erwägung, daß die kapitalistische Produktion in rascher Entwicklung nach und nach die ganze Welt erfaßt; in Erwägung, daß die kapitalistische Produktionsweise die steigende Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die herrschende Klasse bedeutet; daß die immer intensivere Ausbeutung die soziale und politische Unterdrückung und Versklavung der Arbeiterklasse zur Folge hat, zu ihrer physischen und moralischen Degeneration führt; daß es deshalb Pflicht und Aufgabe der Arbeiterklasse aller Länder ist, diese sie ruinierende und die freie Entwicklung der Menschheit bedrohende Gesellschaftsorganisation mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen; daß es sich aber in erster Linie darum handelt, der weiteren verheerenden Wirtschaftsordnung entgegenzuarbeiten, beschließt der Kongreß:

1. Die Schaffung einer wirksamen Arbeiterschutz-Gesetzgebung für alle Länder mit moderner Produktion ist eine unabwendbare Notwendigkeit. Als Grundlage derselben betrachtet der Kongreß: a) den achtstündigen Normalarbeitstag; b) Verbot der Arbeit von Kindern unter vierzehn Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen von vierzehn bis achtzehn Jahren auf sechs Stunden pro Tag; c) Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern; d) Ausschluß der Frauenarbeit in allen den weiblichen Organismus besonders schädigenden Betrieben; e) Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter achtzehn Jahren; f) eine mindestens sechsunddreißig Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit pro Woche; g) Verbot solcher Industrien und solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädigend sind; h) Aufhebung des Truckſystems;

i) eine alle industriellen Betriebe, einschließlich der Hausindustrie, umfassende Inspektion durch staatlich besoldete Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

2. Der Kongreß erklärt es für notwendig, alle diese Maßregeln durch Gesetze, beziehungsweise durch internationale Verträge zu sichern und fordert die Arbeiterklasse aller Länder auf, in der ihnen am geeignetsten erscheinenden Weise für die Verwirklichung dieser Forderungen einzutreten und ihre Durchführung zu überwachen.

3. Außerdem erklärt der Kongreß: Es ist Pflicht aller Arbeiter, die Arbeiterinnen als gleichberechtigte Mitkämpferinnen anzusehen und dem Grundsatze: Gleicher Lohn für gleiche Leistungen — auch in Bezug auf die Arbeiterinnen zur Geltung zu verhelfen. Als ein wesentliches zum Ziele führendes Mittel hiefür wie für die Verwirklichung der Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse überhaupt erachtet der Kongreß die Organisation der Arbeiterklasse und fordert demnach volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit."

Dr. Adler anerkannte auf dem Kongresse in Brüssel,[1]) daß „Österreich neben England und der Schweiz das beste Arbeiterschutzgesetz der Welt besitze". Durch die intensive Tätigkeit der bürgerlichen Sozialpolitiker war die Sozialdemokratie gezwungen — um sich nicht den Rang ablaufen zu lassen —, sich mit dem Arbeiterschutz ernstlich zu beschäftigen. In den Neunzigerjahren war die romantische Zeit der Sozialpolitik, wo es zum guten Tone gehörte, Wortführer der Sozialreform zu sein und die Losung „soziale Reform" hieß. In diese Zeit fallen zwei wichtige Kundgebungen für den Arbeiterschutz, nämlich die Enzyklika des Papstes Leo XIII. über die Arbeiterfrage und der internationale Arbeiterschutzkongreß in Zürich. Fast sämtliche österreichische Sozialistenkongresse sahen sich daher ge-

[1]) Sieh Protokoll des Brüsseler Kongresses, S. 10 (herausgegeben vom Verlage des „Vorwärts", Berlin 1893).

zwungen, sich mit der Arbeiterschutzgesetzgebung zu befassen[1]) und auch die sozialdemokratische Fraktion des österreichischen Abgeordnetenhauses mußte dieser Stimmung durch Einbringung von Gesetzentwürfen[2]) Rechnung tragen.

[1]) II. Parteitag, Wien 1891: über Fortführung der Sozialreform; Parteitag Wien 1894: über Bruderladen; Parteitag Prag 1896: über Berginspektoren; Parteitag Wien 1897: über Hausindustrie, Schutz der Transportarbeiter; Parteitag Brünn 1899: Schutz der Handelsangestellten; Deutscher Parteitag Graz 1900: über Alters- und Invaliditätsversicherung.

[2]) Antrag über die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen Eisenbahnen und Angestellten (stenographisches Protokoll des österreichischen Abgeordnetenhauses, XVII. Session, Beilage 285); Gesetzentwurf, betreffend die Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen, die tägliche Arbeitsdauer und die Sonn- und Feiertagsruhe beim Bergbau (stenogr. Prot., XVII. Sess., Beil. 271); Gesetzentwurf über die Regelung der Dienstverhältnisse der Handlungsgehilfen und Sonntagsruhe (stenogr. Prot., XVII. Sess., Beil. 382); Antrag der Abgeordneten Dr. Verkauf, Josef Steiner, betreffend die Reform der Bruderladen (stenogr. Prot. vom 24. Oktober 1899, S. 186); Antrag des Abgeordneten Dr. Verkauf, betreffend den Ausbau der Arbeiterversicherung (stenogr. Prot. vom 28. Oktober 1899, S. 412); Antrag der Abgeordneten Resel, Zeller, betreffend die Aufbesserung der Bezüge und die Regelung der Versorgungsverhältnisse der in staatsdienstlicher Verwendung stehenden provisorischen und aushilfsweisen Diener, sowie Regelung des Dienstverhältnisses der aktiven und nichtaktiven Staatsdiener (stenogr. Prot. vom 6. November 1899, S. 477). Ferner wurden überreicht: am 27. Juni 1907 ein Antrag der Abgeordneten Elbersch, Cerny, Hubec, Oliva, Wytik betreffend die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die Versorgung ihrer Witwen und Waisen sowie die zeitgemäße Reform der Kranken- und Unfallversicherung; am 27. Juni 1907 ein Antrag der Abgeordneten Beer, Seliger, Beutel, Cingr, Reger, betreffend die Einführung des achtstündigen Arbeitstages für alle beim Kohlenbergbau beschäftigten Arbeiter; am

Auf dem im Oktober 1907 in Wien abgehaltenen Gewerkschaftskongreß wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung für alle Arbeiter und Witwen- und Waisenversicherung. 2. Reform des Koalitionsgesetzes. 3. Abschaffung der Arbeitsbücher; Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich in allen gewerblichen Betrieben ohne Rücksicht auf deren Größe. 4. 36stündige

---

2. Juli 1907: ein Antrag der Abgeordneten Cingr, Reger, Beer betreffend die Regelung der Lohnzahlungen beim Bergbau; ein Antrag der Abgeordneten Cingr, Reger, Beer betreffend die Bestellung von Berginspektoren; ein Antrag der Abgeordneten Cingr, Reger, Seliger betreffend die Einschränkung der Kündigung und Entlassung von Vorstandsmitgliedern der Bruderladen und Delegierten der Genossenschaften beim Bergbau aus der Gruppe der Arbeiter; am 16. Juli 1907: ein Antrag der Abgeordneten Cingr, Beer, Reger, Prokesch, Seliger, Beutel, Wityk betreffend die Einführung der Achtstundenschicht im Bergbaubetrieb; am 3. Juli 1907: ein Antrag der Abgeordneten Dr. Ellenbogen, Neumann, Elbersch, Hybesch, Muchitsch, Dr. Diamand betreffend die Regelung der Dienstverhältnisse der Handlungsgehilfen, der Handelshilfsarbeiter, der Angestellten in Advokaturs- und Notariatskanzleien, in Apotheken, in Tabaktrafiken und Lotto-Kollekturen, bei den Unfallversicherungsanstalten und Krankenkassen, ferner betreffend die Schließung der Betriebslokale und die Sonntagsruhe. Am 20. Juli 1907: ein Antrag der Abgeordneten Dr. Soukup, Schuhmeier betreffend die Regelung der Dienstverhältnisse der Post- und Telegraphenbediensteten in Österreich. Am 24. Juli 1907: ein Antrag der Abgeordneten Tomschik, Dr. Ellenbogen, Czerny, Moraczewski, Pagnini betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten; ein Antrag der Abgeordneten Schrammel Dr. Adler, Remesch betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Herstellung von Zündhölzchen und anderen Zündwaren; ein Antrag der Abgeordneten Beer, Aust, Hudec, Pagnini, Wityk betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Verwendung von Bleiweiß und bleiweißhaltigen Farben sowie die Herstellung und den Verkauf von bleihaltigen Firnissen, Sikkativen und Lacken.

Sonntagsruhe. 5. Ausnahmsloses Verbot der Nachtarbeit für Frauen, jugendliche Arbeiter und Kinder, sowie die regelmäßige Beschäftigung der Männer zur Nachtzeit. 6. Erlassung besonderer gesetzlicher Bestimmungen zum Schutze von Leben und Gesundheit in gesundheitsschädlichen Industrien und Betrieben sowie ausreichende sanitäre Bestimmungen für die Betriebe der Lebensmittelgewerbe und gesetzlich festgesetzte Schadloshaltung der Arbeiter im Falle von Berufskrankheiten durch die Besitzer des Betriebes. 7. Verbot der Beschäftigung schwangerer Frauen durch vierzehn Tage vor der Niederkunft und sechs Wochen nach der Entbindung, für welche Erholungszeit Krankengeld in der vollen Höhe des Verdienstes zu bezahlen ist. Zu diesem Zweck haben die Krankenkassen aus der Staatskasse entsprechend hohe Subventionen zu erhalten. 8. Vermehrung der Gewerbeinspektoren, Verkleinerung der Aufsichtsbezirke, Bestellung von Spezial-Gewerbe-Inspektoren, Lehrlingsinspektoren und Arbeitern und Frauen als Inspektoren und Inspizientinnen. 9. Reform des Gewerbegerichtsgesetzes, Ausdehnung des passiven Wahlrechtes auf die Arbeiterinnen, Vermehrung der Gerichtshöfe und Erhaltung derselben zur Gänze aus den Staatsfinanzen. 10. Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Arbeiter, Einbeziehung des Kleingewerbes sowie der Land- und Forstwirtschaft. 11. Schaffung eines Handlungsgehilfengesetzes mit achtstündiger Arbeitszeit täglich, Siebenuhr-Sperre, 36stündige Sonntagsruhe. 12. Unterstellung in der Heimarbeit beschäftigten Personen unter die Arbeiterschutzgesetze. 13. Reichsgesetzliche Regelung der Gesindeordnungen. 14. Kodifikation des gesamten Arbeiterrechtes. 15. Einbeziehung der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffahrer in die Kranken- und Unfallversicherung.

Über Arbeiterinnenschutz in Österreich verfaßte Therese Schlesinger-Eckstein einen Bericht[1]) an den internationalen Frauenkongreß in London.

In den Vordergrund schob die Sozialdemokratie die Forderung nach der Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung. Gelegentlich der Debatte über einen dies-

[1]) Abgedruckt in der „Arbeiter-Zeitung" vom 4. Juli 1899.

bezüglichen Dringlichkeitsantrag stellte Abgeordneter Elderſch[1]) folgende konkrete Forderungen auf:

„Wir verlangen, daß dieſe Alters- und Invaliditäts-verſorgung nicht wieder nur für einen kleinen Kreis von Perſonen gemacht, ſondern daß die Arbeiterverſicherung ausgedehnt werde auf alle jene Perſonen, die eine derartige geſetzliche Fürſorge in Öſterreich notwendig haben, und das ſind nach unſerer Anſicht alle Perſonen, die in einem Lohn- und Dienſtverhältniſſe ſtehen; das ſind auch die Kleinmeiſter und kleinen Bauern, welche ſelbſt und allein tätig ſind. Wir verlangen auch, daß die Invalidenrente ſich eines beſſeren Ausbaues zu erfreuen hätte als die Altersrente. Denn für uns iſt die Invalidenrente ungleich wichtiger als die Altersrente. Für uns iſt eine der wichtigſten Forderungen, dem Arbeiter die Invalidenrente zu ſichern ohne Karenzfriſt. Ebenſo ſoll auch der verſicherten Arbeiterſchaft die Gewährung der Leiſtung im Falle der Arbeitsloſigkeit geſichert, es ſoll die Arbeiterſchaft nicht der Mitgliederſchaft an einer Alterskaſſe im Falle der Arbeitsloſigkeit verluſtig werden. Bezüglich der Organiſation verlangen wir ehrliche Selbſtverwaltung durch die Arbeiterſchaft und eine Zuſammenfaſſung aller Verſicherungszweige. Wir verlangen, daß die örtlichen Kaſſen als Grundlage für dieſe allgemeine Arbeiterverſicherung genommen werden. Die wirklichen Krankenkaſſen können zu einem territorialen Verbande vereinigt werden, der dann als Rentenkaſſe fungiert, die territorialen Verbände zu einem Reichsverbande und an der Spitze dieſer Arbeiterverſicherung hätte ein Reichsverſicherungsamt zu fungieren. . . . Bezüglich der Beitragsleiſtung ſtehen wir auf dem Standpunkte, daß der Staat ein Drittel, der Unternehmer ein Drittel und der Arbeiter ein Drittel der Leiſtungen auf ſich zu nehmen hätte. Wir verlangen auch bei dieſer Verſicherung das Deckungs- und nicht das Umlagenverfahren.“[2])

---

[1]) Sieh ſtenographiſches Protokoll des öſterreichiſchen Abgeordnetenhauſes vom 25. Oktober 1901, XVII. Seſſ.

[2]) Im Juli 1907 wurde ein zweiter Antrag dem Abgeordnetenhauſe vorgelegt, der die Reform der Arbeiterverſicherung urgiert und die Grundſätze enthält, von denen ſich die Regierung bei Abfaſſung des Entwurfes leiten laſſen ſoll.

Diese geänderte Taktik ist aber darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokratie zur Überzeugung kam, daß in den Instituten, die vor allem der obligatorischen Arbeiterversicherung ihre Existenz verdanken, wertvolle Organisationen ihrer Partei entstanden sind. Genosse Chwala[1]) konnte daher mit vollem Rechte auf dem Wiener Parteitage 1897 seinen Gesinnungsgenossen zurufen:

„Sie wissen, daß das Krankenversicherungsgesetz wesentlich dazu beigetragen hat, unsere Partei zu stärken (Sehr richtig!), als unsere Genossen darangingen, sich der Krankenkassen zu bemächtigen. Wären wir auf unserem früheren Standpunkte stehen geblieben, sie zu negieren, so wären wir nicht so weit gekommen."

Die Krankenkassen, die von den Sozialdemokraten verwaltet werden, gelten als Parteiinstitute und deshalb sind die Krankenkassenbeamten zumeist Agitatoren der Partei. Sogar die Bezirkskrankenkassen, die doch einen öffentlich-rechtlichen Charakter tragen, werden zu Parteizwecken ausgenutzt. Ein klassisches Beleg hiefür ist folgendes Inserat, welches sich am 5. Juni 1905 in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" vorfand:

„Offertausschreibung: Bei der Bezirkskrankenkasse in Saaz gelangt am 1. Juli die Stelle eines Kassenkontrollors mit einem Monatsgehalte von 130 K zur Besetzung. Geeignete Bewerber, welche befähigt sind, in ihrer freien Zeit agitatorisch und organisatorisch zu wirken sowie die Redaktion, eventuell auch die Administration eines politischen Wochenblattes (welches separat honoriert wird) zu versehen haben, wollen ihre Gesuche bis längstens 15. Juni 1905 dem Kassenobmanne . . . u. s. w. einbringen."

Bevor wir dieses Kapitel abschließen, möchten wir auf einen Artikel des Dr. Karpeles in der „Arbeiter-Zeitung" (1. Juni 1905) verweisen, worin das Schwinden des Inter-

[1]) Sieh Prototoll, S. 204.

esses für die Fortführung der Sozialreform unter den bürgerlichen Parteien begründet wird. Dr. Karpeles beruft sich auf einen Ausspruch des Dr. Bärnreither, den derselbe im österreichischen Parlamente am 7. November 1902 gemacht hat. Er lautet:

„Das Interesse an sozialpolitischen Fragen ist entschieden erkaltet: Der Grund dafür liegt vielleicht darin, daß wir finden, daß der gemachte Aufwand dem Erfolge nicht ganz entspricht. Wir haben einen doppelten Erfolg erwartet. Erstens haben wir eine entschiedene Besserung der Lage des arbeitenden Standes erwartet. Wir haben aber auch auf eine gewisse Milderung der Gegensätze gehofft. Auch die ist ausgeblieben und wir, die daran festhalten, daß sozialpolitische Maßregeln in der Notwendigkeit der Zeit liegen, haben es mit jeder Maßregel in der Öffentlichkeit schwieriger — täuschen wir uns nicht — als je."

In dieser Erklärung will der Artikelschreiber eine Bankerotterklärung der bürgerlichen Sozialpolitiker erblicken. Hier scheint wohl der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein. Die Sozialdemokratie, welche gefürchtet hat, daß die bürgerlichen Parteien durch die sozialpolitische Tätigkeit ihr den Wind aus den Segeln nehmen wollen, atmet förmlich auf, und da sie gewohnt ist, alles auf eine Marxistische Formel zurückzuführen, so glaubte sie dieses „Erkalten" mit einem angeblichen Gesetze zu motivieren, wonach die bürgerliche Gesellschaft nur dann an Arbeiterschutz denkt, wenn durch ihre schrankenlose Ausbeutung des Proletariats ihre eigene Existenz bedroht wird, und daß die Aufgabe der bürgerlichen Sozialpolitik beendigt ist, sobald der ruhige Fortgang des Produktionsprozesses gesichert erscheint. Dr. Karpeles übersieht dabei, daß die nationalen Wirren, der Stillstand der Gesetzgebung notwendigerweise das Interesse für die Sozialreform in den Hintergrund drängen mußten und daß z. B. die Arbeiterschaft selbst infolge dieser äußeren Einflüsse der Erörterung der Versicherungsreform, die durch das Regierungs-

programm auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ziemlich teilnahmslos gegenüberstand.[1])

B. Industrie- und Gewerbepolitik.

Die Sozialdemokratie hat ein ungeheures Interesse daran, daß sich die Großindustrie entwickle, „weil ohne Großindustrie", wie Genosse Beer[2]) gesagt hat, „die Sozialdemokratie im modernen Sinne nicht denkbar wäre." Daraus folgt, daß sie alle Schranken, die die Industrie in ihrem Siegeslauf aufhalten, niederreißen will und daß sie alle Bestrebungen unterstützt, die darauf hinauslaufen, aus der ganzen Welt eine große Fabrik zu machen. Die Industrialisierung Österreichs ist förmlich ein Programmpunkt der österreichischen Sozialdemokratie.[3]) Am besten kommt diese sozialdemokratische In-

[1]) Der sozialdemokratische Verband hat in seiner Sitzung am 15. Juni 1907 (also unmittelbar vor dem Zusammentritt des neuen Reichsrates) beschlossen, die bereits in den früheren Wahlperioden eingebrachten Gesetzentwürfe bezüglich des Bergarbeiterschutzes, der Regelung der Dienstverhältnisse der Eisenbahn- und Handelsangestellten zu revidieren und zu erneuern, vor allem aber einen Antrag einzubringen, der die unverzügliche Inangriffnahme der Alters- und Invaliditätsversicherung in Verbindung mit einer Reform der Kranken- und Unfallversicherung urgiert.

[2]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1901, S. 157.

[3]) In einem offenen Schreiben an den Eisenbahnminister ruft Dr. Wilhelm Ellenbogen aus: „Wiederholt habe ich im Parlament darauf hingewiesen, daß nur energische Industriepolitik zu diesem Ziele (zur Beseitigung des Defizits der Staatsbahnen) führe ... Das hat die viertelhundertjährige Mittelstandspolitik doch gelernt, daß man mit der ‚Einschränkung der Absatzgebiete' wie sie Vogelsang im Jahre 1877 oder mit Hintanhaltung der ‚Neugründung, Vererbung und ferneren Übertragung an Großbetrieben', wie sie Fürst Liechtenstein auch im Jahre 1891 verlangte, die Staatsschulden nicht vermindert, sondern vermehrt. Allgemeines Wahlrecht und Industrialisierung, das sind die beiden Kardinalmittel, Österreich zu modernisieren." Sieh „Arbeiter Zeitung" vom 25. November 1906.

dustriepolitik in ihrer Stellung zu den Zoll- und Handelsverträgen zum Ausdruck. Auf dem Wiener Parteitage 1901, auf welchem eingehende Referate über die Zoll- und Handelspolitik erstattet wurden, herrschte allerdings über die Industriezölle keine vollständige Einmütigkeit, doch darüber waren alle Redner eines Sinnes, daß die Sozialdemokratie gemeinsame Interessen mit der Industrie hat. Einer der Hauptreferenten, Dr. Karpeles, begeisterte sich derart für den Schutzzoll, den die Industrie verlangt, daß Dr. Adler seinen Freund erinnern mußte, er spreche doch nicht in einer „Versammlung von Handelskammersekretären". Dr. Karpeles bot den Großindustriellen ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis an.

„Wir haben heute", sagte er, „in manchen Fragen tatsächlich gemeinsame Interessen mit den Kapitalisten sehr vieler Industrien, nicht mit den ‚Eisenbaronen', nicht mit den ‚Kohlenbaronen', wohl aber mit den ‚Baumwollords', mit den ‚Spinnenkönigen'. Vergessen wir nicht, daß das alles, was diese Kapitalisten jetzt aufbauen, dereinst unser Erbe sein wird. Ich glaube, wir haben es nicht nötig, heute unsere Kraft zu zersplittern, indem wir wie gegen die Agrarier, auch noch gegen die Schutzzöllner in der Industrie kämpfen. Wir haben in den Kampf um die Handelsverträge nicht zu ziehen unter der Parole: ‚Hoch der Freihandel!', sondern unter der Parole: ‚Gegen die Lebensmittelverteuerer, gegen die Brotwucherer!'" [1])

Andere Redner des Parteitages konnten diese schwärmerische Liebe für den Schutzzoll nicht teilen, sie wiesen darauf hin, daß die agrarischen und industriellen Schutzzölle logisch und auch historisch miteinander vereint sind. Wer A sagt, muß B sagen, oder, wie Kautsky dies drastisch ausdrückte: „Wer dem Teufel den kleinen Finger gibt, von dem verlangt er die ganze Hand." Die Gegner des Dr. Karpeles konnten sich übrigens auf Frankreich und Deutschland berufen, wo

[1]) Sieh Protokoll, S. 156.

sozialdemokratische Führer, wie Millerand und Schippel, für den agrarischen Schutzzoll eintraten.

Dr. Adler, der es versteht, „mitten durchzuschwimmen", bemühte sich, die Freihändler und die begeisterten Anhänger des Industrieschutzzolles dadurch zu versöhnen, daß er prinzipiell sich als Freihändler[1]) erklärte, hingegen sich vorbehielt, in der Praxis von Fall zu Fall sich für den Schutzzoll zu entscheiden. Die Resolution, die zur Annahme kam,[2]) bringt auch diese Anschauung zum Ausdrucke.

„Die Sozialdemokratie erkennt die Notwendigkeit an, daß der Staat Maßregeln zur Förderung und Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktion selbst trifft. Als die wirksamsten dieser Maßregeln erscheinen ihr solche, die auf die Hebung der geistigen und körperlichen Arbeitsfähigkeit der Massen (Schulwesen, Arbeiterschutz) abzielen, sowie solche, die die Expropriierung und gemeinnützige Verwaltung der großen kapitalistischen Monopole (Eisenbahnen, Bergwerke, Eisenhütten) bezwecken. Aber in den Anfängen der kapitalistischen Industrie kann die ökonomische Entwicklung auch gefördert werden durch Erziehungszölle für die Industrie. In Ländern fortgeschrittener kapitalistischer Industrie werden diese Zölle aus einem Förderungsmittel ein Hemmnis der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, namentlich dort, wo man sie mit Agrarzöllen verbindet, oder wo sie die Aufgabe haben, begünstigten Kapitalistengruppen Extraprofit zuzuschanzen. Diese letzteren Zölle, ebenso wie Finanzzölle, sind unter allen Umständen auf das entschiedenste zu bekämpfen als indirekte Steuern, welche auf der einen Seite die ärmsten Schichten der Bevölkerung am drückendsten belasten und auf der andern Seite den unnützesten und reichsten Schichten der Bevölkerung neue Millionen in den Schoß werfen.

[1]) Sieh die Rede des Abgeordneten Seitz im österreichischen Abgeordnetenhause (stenographisches Protokoll vom 5. Mai 1905, XVII. Session, S. 29.169 f.). In dieser Rede entrüstete sich Abgeordneter Seitz über das Bündnis der Industriellen mit den Agrariern und verteidigte die Haltung der Fraktion, welche geschlossen gegen die Schutzzölle stimmte.

[2]) Sieh Protokoll, S. 60 und 61.

Sie sind aber auch verwerflich als die größte Gefährdung des Abschlusses langfristiger Handelsverträge, deren die moderne Industrie dringend bedarf. Von diesen Gesichtspunkten aus besteht die Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie bei der augenblicklichen Gestaltung der Handelspolitik darin, den Abschluß von langfristigen Handelsverträgen auf Grundlage der Meistbegünstigung sowie überhaupt jede Erleichterung und Sicherung des internationalen Handelsverkehrs zu fördern, dagegen alle Maßregeln aufs schärfste zu bekämpfen, welche die Erhaltung oder gar Verstärkung der heutigen Finanz- und Agrarzölle sowie aller privilegierten Zölle, namentlich der Eisenzölle, bezwecken. In seinem Kampfe gegen dieses Zollsystem darf das Proletariat nur auf seine eigene Kraft bauen, denn die Bourgeoisie streckt auch auf diesem Gebiete vor den Regierungen, den Monopolisten, der hohen Finanz und dem Großgrundbesitz die Waffen und sucht ihnen Konzessionen nicht abzuringen, sondern abzuschachern auf Kosten des arbeitenden Volkes."

Im Widerspruch mit der Vorliebe für die Großindustrie steht der Widerstand gegen die Kartelle (Truste, Unternehmersyndikate). Obwohl die Sozialdemokratie für jede höhere Entwicklungsstufe des Großbetriebes, sei es auf dem Gebiete der Produktion oder des Handels (z. B. Großbasare) eintritt, bekämpft sie die Syndikate, weil sie fürchtet, daß durch das Übergewicht, welches sich die Unternehmerorganisationen auf dem Markte erringen, den Konsumenten Nachteile zugefügt werden können und daß ihre Gewerkschaften festen Unternehmerorganisationen gegenüber einen schweren Stand haben werden. Schippel hat auf dem Frankfurter Parteitag 1894 für die Kartelle, da durch die Regelung der Produktion die Arbeiter vor Krisen leichter geschützt werden, eine Lanze einlegt.[1]) In Österreich verlangt die Sozialdemokratie

[1]) Calwer spricht sich gegen die Verstaatlichung der Bergwerke aus und empfiehlt die Unterstützung der Kartellbestrebungen (Sozialistische Monatsschrift, Berlin, 1907, Maiheft). Im Widerspruch damit steht die Haltung der österreichischen Sozialdemokraten, die die Verstaatlichung der Bergwerke fordern. (Sieh „Volkstribüne", Wien 7. August 1907.)

die Expropriation der Kartelle. Das wäre mit anderen Worten eine Verstaatlichung der kartellierten Industrien. Da nach sozialistischer Auffassung der Staat Ausbeutung bedeutet, so dürfte diese Expropriierung wohl schwerlich dem heutigen Staate zugemutet werden, sondern erst der sozialistischen Gesellschaft vorbehalten bleiben. Wenn sie sich auf diesen Standpunkt stellt, dann weicht sie auch der Frage aus, was innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise mit den Kartellen oder Unternehmerverbänden zu geschehen hat.

Viel klarer ist dafür die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Handwerkerfrage. Die Auffassung vom Handwerk läßt sich in folgender Weise charakterisieren. Der Großbetrieb ist dem Kleinbetrieb vorzuziehen, alle Maßnahmen zur Erhaltung des letzteren sind nur Palliativmittel, die vielleicht einzelnen zu gute kommen, jedoch die Lage der gesamten Klasse nicht verändern können. In den Augen der Sozialdemokratie ist das Handwerk eine veraltete Produktionsform, die nicht erhalten werden könne, da sich das Rad der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zurückdrehen lasse. Wenn man in der Erhaltung des Handwerkers nur eine Auflehnung gegen den sozialen Fortschritt, der in dem „naturnotwendigen" Übergang des Handwerkers zum Fabriksarbeiter seinen Ausdruck findet, erblickt, dann wird man auch begreiflich finden, daß in dem Berichte der Parlamentsfraktion jedesmal bittere Klage über „kniffige und boshafte Krämerseelennatur der kleinbürgerlichen Abgeordneten"[1]) geführt wird, wenn ein Gesetz zum Schutze des Gewerbestandes geschaffen werden soll. Bei einer derartigen Beurteilung des Handwerkes ist das ablehnende Verhalten im Parlamente[2]) gegen alle gesetz-

[1]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1903, S. 47 (die Abänderung der Gewerbeordnung und des Hausiergesetzes).

[2]) Gelegentlich der Debatte über die Gewerbereform sagte Abgeordneter Elbersch: „Was unsern Standpunkt zu dieser Frage

geberischen Maßnahmen zum Schutze des Handwerkes erklärlich. Auf dem Wiener Parteitage 1901 wurde über die Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung der Gewerbevorlage diskutiert. Der Referent Elbersch sagte bei dieser Gelegenheit: „Wenn das Kleingewerbe gerettet werden soll, so sollen sich

anlangt, so kann ich erklären, daß wir jeder Rettung des Kleingewerbes auf Kosten der Arbeiter den allerentschiedensten Widerstand entgegensetzen werden. Das gleiche gilt von den Bestrebungen, die die Rettung des Kleingewerbes auf Kosten der Entwicklung unserer Industrie bewerkstelligen wollen ... Was die anderen Aktionen des Kleingewerbes anlangt, die diesen beiden Kardinalforderungen nicht zuwider sind, so werden wir ihnen nicht in den Arm fallen, im Gegenteil; es sind nahezu eine Million Arbeiter an den Verhältnissen des Kleingewerbes interessiert ... Wir sind überzeugt, daß die Rettung des Kleingewerbes auf diesem Wege (Gewerbereform) nicht gelingen kann, wir werden uns dagegen auf das entschiedenste zur Wehre setzen, daß durch dieses Gesetz die Arbeitsverhältnisse verschlechtert werden, daß dem Kleingewerbe geholfen werden soll zum Schaden und auf Kosten der Arbeiter; wir werden uns entschiedenst zur Wehre setzen, daß durch diese Vorlage der Entwicklung unserer Industrie irgendwie Hindernisse bereitet werden." (Stenogr. Prot. des österr. Abgeordnetenhauses vom 9. März 1905, XVII. Sess.) — Eine ähnliche Stellung nahm die Fraktion bei der Verhandlung über die Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung ein. „Wir treten einseitig für die arbeitenden Klassen ein. Sind Sie so ehrlich und offen und treten Sie nur für Ihre Klassen, für die besitzenden Klassen ein. Darum sage ich Ihnen, wie ich eingangs gesagt habe: Dieses Gesetz wird keine Wirkung haben; der Großhandel wir es umgehen, den Kleinen wird es nichts nutzen, dagegen werden zahlreiche Existenzen vernichtet ... Darum ist dieses Gesetz ein heuchlerisches Gesetz, ein demagogisches Gesetz, und darum werden wir dagegen stimmen." (Aus der Rede des Abgeordneten Dr. Ellenbogen. Stenogr. Prot. vom 4. Juni 1901, 57. Sitzg., XVII. Sess.) — Später präzisierte Abgeordneter Elbersch die Stellung seiner Partei zur Gewerbefrage in folgender Weise: „Ich erkläre, wir sind durchaus keine Feinde des Kleingewerbes. Wir haben an einer Proletarisierung des Kleingewerbes kein Interesse, weil über eine Million Arbeiter im Kleingewerbe beschäftigt ist. Es ist also ein Unsinn, uns

die Herren die Köpfe darüber zerbrechen wie sie wollen."[1]) In der Resolution[2]) wurde ausgesprochen, daß die Regierungsvorlage nichts anderes sei „als eine Konzession an die rückständigen Anschauungen unseres wildgewordenen Kleinbürgertums" und daß „dem Kleingewerbe und dem Kleinhandel durch die Stilübungen über die Verschärfung des Befähigungsnachweises und den Ausbau der Zwangsgenossenschaften nicht geholfen wird". Sehr bezeichnend für die Stellungnahme zur Gewerbereform ist auch das Urteil, welches sich die „Volkstribüne[3]) anläßlich der kaiserlichen Sanktion der Gewerbenovelle leistete. Dieselbe schrieb:

„Die Gewerbegesetzgebung, wie sie nun vorliegt, ist ein Produkt des ärgsten Zunftgeistes und die Haupttendenz der Novelle geht dahin, die Arbeiterschaft noch mehr als bislang zu knebeln und die Lehrlinge noch mehr in demutsvoll ergebene Abhängigkeit zu bringen, als dies bisher der Fall gewesen. Der Ausbeutung sind Tür und Tor geöffnet und die Ausbeuter werden gesetzlich geschützt, während der Arbeiterschutz zurückgedrängt wurde. Das ist das Um und Auf der famosen Mittelstandspolitik der konservativ-klerikal-christlich-sozialen Gewerberetter, ‚die den Gewerbestand kräftigen und ihn vor dem Eindringen unqualifizierter Elemente in den Kreis der Gewerbetreibenden schützen und ihnen den notwendigen qualifizierten Nachwuchs

zuzumuten, daß wir ein Interesse daran haben, daß es den Kleingewerbetreibenden schlecht geht, weil ja die schlechte materielle Lage des Kleingewerbetreibenden ihre Rückwirkungen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, äußert. — Wir können nicht jenen Bestrebungen unsere Unterstützung leihen, die die Interessen der Industrie tangieren, das heißt, die eine Industrialisierung dieses Reiches hindern wollen im unverstandenen Interesse — meine Herren, ich sage das offen, — im unverstandenen Interesse des Kleingewerbes." (Stenogr. Prot. vom 17. Jänner 1907, 476. Sitzg., XVII. Sess.)

[1]) Sieh Protokoll, S. 177.

[2]) Sieh Protokoll, S. 62.

[3]) Wien, 7. August 1907.

sichern wollen'. Ob aber all diese Bestimmungen dem österreichischen Kleingewerbe helfen werden, bleibt dahingestellt. Wir glauben, daß dies nicht nur nicht der Fall sein wird, sondern daß gerade durch die Verschärfung des fachlichen Befähigungsnachweises der seit 1885 bestehende Kampf zwischen den Gewerbetreibenden erst recht an Schärfe zunehmen wird. Natürlich wird es da auch wieder der heiteren Momente genug geben. Gevatter Handschuhmacher und Gevatter Hosenträgererzeuger werden wieder heftige Fehden untereinander ausfechten, wer von ihnen eigentlich das Recht hat, Hosenträger zu fabrizieren und die Komposition von Blutwürsten wird abermals gewaltige Kriege zwischen Gastwirten und Selchern heraufbeschwören. So einfältig es aber auch ist, in unserer Zeit dem Befähigungsnachweis noch einen Wert beizumessen und zu glauben, daß durch diesen ‚Nachweis' dem Handwerk die goldenen Zeiten wieder zurückgebracht werden könnten, ebenso ist die Arbeiterschaft, die von der Dummheit des Befähigungsnachweises überzeugt ist, durchaus nicht erpicht darauf, sich deswegen sonderlich zu erhitzen. Sollen die Herren ‚Bürger' ihre lediglich vom Brotneid hervorgerufenen Streitigkeiten nur unter sich ausmachen — sie haben es ja wollen, daß die Zünftler obenauf kommen! . . ."

Trotz dieser ablehnenden Haltung gegenüber der Gewerbereform besitzt die Sozialdemokratie unter jenen Gewerbetreibenden, die in wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Arbeiterschaft stehen oder sich als Proletarier fühlen, zahlreiche Mitläufer. Doch eine eigene Interessenvertretung hat diesen sozialdemokratischen Gewerbetreibenden die Parteileitung nicht gestattet. In Wien bestand ein Verein der sozialdemokratischen Gewerbetreibenden, der sogar ein selbständiges Blatt gründete. Doch dieser Selbständigkeit wurde bald ein Ende gemacht. Am 28. Mai 1898 richteten diese „Genossen" aus dem Gewerbestande an die Parteileitung folgende Beschwerde:[1])

[1]) Abgedruckt im Protokoll des Deutschen Parteitages in Linz 1898, S. 143.

„Die freie Vereinigung sozialdemokratischer Kleingewerbetreibender und Kaufleute in Wien hat beschlossen, da sie nicht in der Lage ist, durch einen Delegierten ihre Wünsche und Beschwerden dem verehrlichen Parteitage zur Kenntnis zu bringen, dieses Schreiben an denselben zu richten, mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung desselben. Nach der Wahlniederlage am 9. März 1897 traten einige unabhängige, vom sozialdemokratischen Geiste beseelte Männer zusammen, um über die Ursache und Folgen dieser Niederlage zu beraten. Wir, eben diese Männer, kamen zu der Erkenntnis, daß bei der Zusammensetzung der V. Kurie die organisierte Arbeiterschaft allein nicht im stande ist, irgend welche nennenswerte Erfolge zu erringen, wenn nicht eine sehr beträchtliche Anzahl von kleinen Geschäftsleuten und Meistern ihr Stimmrecht in einer für die sozialdemokratische Idee günstigen Weise ausübt. Wir haben bereits mehrere Male betont, daß eine Agitation von Seite der Arbeiter und deren Führer in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden auf Mißtrauen stoßen würde, infolgedessen wir die Agitation selbst in die Hand genommen haben. Wir verfolgen damit in keiner Weise irgend eine Interessenpolitik oder sogenannten Geschäftssozialismus, wir wollen nur der sozialdemokratischen Idee weiteste Verbreitung in den Kreisen der Kleingewerbetreibenden verschaffen und jeder objektiv beurteilende Parteigenosse wird zur Anschauung gelangt sein, daß wir in unserer Tätigkeit nicht über diesen Rahmen hinausgegangen sind. Daß diese Idee Anhänger fand, wurde durch den Umstand erhärtet, daß sich in kurzem drei solche Vereinigungen sozialdemokratischer Kleingewerbetreibender bildeten, während noch mehrere im Entstehen begriffen sind. Ein Beweis, daß eine richtig interpretierte gesunde Idee eine durchschlagende Kraft hat, an Boden gewinnt, wenn man ihr halbwegs das Terrain ebnet. Und dies ist eben unsere Absicht. Wenn unsere Organisation noch nicht die Anzahl von Mitgliedern aufzuweisen in der Lage ist, welche im Interesse unserer Sache wünschenswert wäre, so trägt einen Hauptschuldteil davon die Haltung der Parteileitung und die ‚Arbeiter-Zeitung' uns gegenüber. Das ist der erste Punkt unserer Beschwerde. Die ‚Arbeiter-Zeitung' nimmt von uns überhaupt keine Notiz; unsere Versammlungen, mögen sie noch so gut besucht sein, werden totgeschwiegen, unsere Resolutionen werden nicht veröffentlicht, alle unsere Aktionen werden nicht nur nicht

gefördert, sondern durch dieses konsequente Ignorieren nahezu geschädigt. Im stillen wird gegen uns in der Arbeiterschaft ein Geist gezüchtet, welcher uns gegenüber zum Ausdrucke kommt in einer Weise, welcher einer Gegnerschaft angepaßt wäre, aber nicht ehrlichen Mitkämpfern in einer edlen Sache. Daß dieses Vorgehen nicht geeignet ist, Begeisterung für die Partei in unseren Kreisen zu erwecken, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung. Nur unsere aufrichtige Überzeugung hat uns davon abgehalten, den einmal betretenen Weg zu verlassen. Zum Zwecke einer erfolgreichen Agitation haben wir ein Blatt aus eigenen Mitteln gegründet, welches halbmonatlich erscheint und dessen Inhalt den Beweis geliefert hat, daß wir keine moderne Gewerberetterei betreiben, sondern nur einzig und allein im sozialdemokratischen Geiste aufklärend und belehrend zu wirken suchen. Wie hat sich nun die ‚Arbeiter-Zeitung' unserem Blatte gegenüber verhalten? Sie hat mit keiner, auch nicht der leisesten Andeutung von unserer Existenz Notiz genommen, ja sogar die schon bezahlte Annonce refusiert und den Betrag zurückerstattet. Hingegen wird ein von Patriotismus und Loyalität triefendes Blatt (‚Wiener Bilder') dem Lesepublikum durch mehr als notwendiges Annoncieren gewissermaßen auf das wärmste empfohlen. Auf einen, von den Organisationen verfaßten, der ‚Arbeiter-Zeitung' zweimal mit dem Ersuchen um Veröffentlichung übermittelten Aufruf wurde entgegen den landläufigen Auffassungen der Höflichkeit und des Anstandes nicht einmal im Briefkasten der Redaktion geantwortet. Ob ein derartiges Vorgehen sich mit den Anschauungen des Korrekten deckt, ist sehr fraglich. Dies wäre der zweite Punkt unserer Beschwerde. Einen dritten Punkt unserer Beschwerde bildet die Tatsache, daß man aus unseren Kreisen keine Vertrauensmänner weder in den Bezirks- noch Wahlkreisausschuß wählt, daß man uns überhaupt nie von den der Partei dienlichen Schritten verständigt, kurz, daß man mit uns nie so verkehrt wie mit anderen Organisationen und Gewerkschaften. Wir wissen zwar nicht, ob die Partei schon jenen Kulminationspunkt erreicht hat, welcher sie in die Lage setzt, eine Menge nützlicher Agitationskräfte von sich zu stoßen, aber wir würden es auf das tiefste beklagen, wenn die Parteileitung durch die Macht der Tatsachen gezwungen wäre, es zu bedauern, uns, die sozialdemokratisch denkenden und fühlenden Kleingewerbetreibenden, durch ihr brüskes Vorgehen von sich gestoßen zu haben. Um das zu verhindern, bevor es zu spät

ist, senden wir diese Denkschrift an den geehrten Parteitag und ersuchen denselben a) dahin zu wirken, daß unsere Organisationen als gleichwertig und gleichwichtig allen anderen sozialdemokratischen Organisationen angereiht werden; b) daß unser Blatt genau so als Parteiblatt anerkannt wird und wie andere Parteiblätter auch publiziert; c) daß unsere Aktionen von der Partei genau so geschätzt, gefördert und unterstützt werden wie andere sozialdemokratische Organisationen. Nur wenn der Parteitag unsere Wünsche berücksichtigen wird, wird es uns möglich sein, als mitwirkendes und mitkämpfendes Glied in der Kette der sozialdemokratischen Kämpfer Ersprießliches zu leisten. An dem Willen mangelt es uns nicht, an Ihnen ist es, uns hiezu die Möglichkeit zu verschaffen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Die sozialdemokratischen Gewerbetreibenden und Kaufleute Wiens.'"

Der Referent über diese Beschwerde, „Genosse" Popp, erklärte auf dem Linzer Parteitage, daß die Sozialdemokraten eine Organisation der Kleingewerbetreibenden als solche nicht anerkennen, weil, wenn sie sich abgesondert von den übrigen Parteiorganisationen organisieren, man annehmen müsse, daß sie sich organisieren als Klasse, die ihre Klasseninteressen, die Interessen der Gewerbereibenden, gegen die Interessen der Arbeiterklasse vertrete. Das heißt mit anderen Worten, die Gewerbetreibenden sind ihnen nur dann willkommen, wenn sie auf die Vertretung ihrer Standesinteressen verzichten und die Überzeugung mitbringen, daß ihnen nicht mehr zu helfen sei und daß diejenigen, welche ihnen versprechen, mit Hilfe der Gesetzgebung das Kleingewerbe vor den heranstürmenden Fluten der großkapitalistischen Produktion zu retten, nichts anderes seien als Demagogen und Scharlatane, die goldene Berge und das Blaue vom Himmel versprechen, deren Programm aber schließlich nur blauer Dunst sei.

Die Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen den gewerblichen Mittelstand ist aber auch darauf zurückzuführen, daß nach ihrer Ansicht die Lage der Arbeiterschaft im Kleinbetrieb schlechter sei als im Großbetrieb und daß sich der kleine Meister nur dadurch über das Wasser zu halten vermöge, daß die Arbeiterschaft „ausgebeutet" werde. Das Gejammer der vernichteten Existenzen des Mittelstandes rührt nicht das Herz der Sozialdemokratie, sie sieht in dem Untergange desselben lediglich einen Naturprozeß, den kein Mensch und keine Gesetzgebung aufhalten könne und an dessen Beschleunigung sie ein Interesse hat, weil ohne Auffaugung des Gewerbetreibenden und des Kleinhändlers durch das Großkapital der sozialistische Staat unmöglich ist.

Die Agrarfrage.

Da in Österreich die landwirtschaftliche Bevölkerung (über fünfeinhalb Millionen Wähler) bei politischen Wahlen ein ausschlaggebender Faktor ist, so sah sich auch die österreichische Sozialdemokratie gezwungen, sich mit der Agrarfrage zu beschäftigen, obgleich deren Lösung zu ihrem marxistisch-revolutionären Grundcharakter im Widerspruche steht. Durch die Schaffung der V. Kurie für den Reichsrat war die Sozialdemokratie genötigt, aufs Land hinauszugehen und ihre Agitation nicht bloß auf den landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch auf den kleinen Besitzer auszudehnen.[1])

[1]) „Solange die österreichische Sozialdemokratie sich nicht mit der Bauernfrage befaßt, hat sie auf absehbare Zeit hinaus nicht die geringste Hoffnung, einen ausschlaggebenden Teil der politischen Gewalt zu erringen. Es bleiben ihr dann nur die Gemeinden und die wirtschaftlichen Organisationen, in denen sie mehr als Opposition spielen kann." Sieh Friedrich Hertz, Bernstein und die Sozialdemokratie. (Abgedruckt in den „Deutschen Worten", Wien 1899, S. 263.)

Wie man den landwirtschaftlichen Arbeitern beikommt, wurde auf dem Prager Parteitage 1896 beraten. Es wurden als Forderungen aufgestellt „die vollständige Beseitigung der Dienstbotenordnungen und die gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses, die Schaffung einer Arbeiterschutzgesetzgebung, Verbot der Kinderarbeit, strenge Durchführung der achtjährigen Schulpflicht, Übernahme der Schullasten durch den Staat, Einführung eines Inspektorats und ländlicher Gewerbegerichte, zwangsweise Versicherung für den Krankheitsfall, gegen Betriebsunfälle sowie für den Fall der Invalidität und des Alters und endlich die Witwen- und Waisenversicherung". Dieser Parteitag sprach sich auch dafür aus, daß die Kleinbauern und deren Angehörige in diese Versicherung einbezogen werden.[1]) Eine eingehende Behandlung fand die Agrarfrage auf dem Grazer Parteitage der deutschen Sozialdemokratie, wo man sich vorzüglich mit der Frage beschäftigte, wie der kleine Bauer für den Sozialismus gewonnen werden könne. Die Resolution, die auf diesem Parteitage zur Annahme kam und die ein förmliches Agrarprogramm enthält, lautet:[2])

„Obgleich die industriell-kapitalistische Entwicklung Österreichs gegen die anderer Staaten weit zurückgeblieben ist und demgemäß auch der Ausbau der Organisation der industriellen Arbeiterschaft noch einer gründlichen und mühevollen Arbeit bedarf, ist es unsere Pflicht, die Ideen des Sozialismus, soweit es möglich ist, schon jetzt unter die Landbevölkerung zu tragen, deren wirtschaftliche Existenzbedingungen unter demselben schweren Drucke leiden wie die der Arbeiter. Überdies nötigt uns hiezu das aller Vernunft hohnsprechende Wahlsystem der V. Kurie mit seinen ungeheuren Wahlbezirken. Ohne in prinzipielle Erörterungen der Agrarfrage, deren wissenschaftliche Grundlagen noch teilweise unausgebaut sind, einzugehen, erklärt daher der Partei-

[1]) Sieh Protokoll, S. 156 und 157.
[2]) Sieh Protokoll, S. 166 und 167.

tag: Die Aufgabe der sozialdemokratischen Landagitation ist es zunächst, die Landbevölkerung zu sozialistischem Denken zu erziehen, und sie hat sich daher in erster Linie an jene Schichten zu wenden, die vermöge ihrer Klassenlage der Idee des Sozialismus am zugänglichsten sind, an die Landarbeiter und Kleinbauern. Sie muß ferner vor allem die Beseitigung all der geistigen und politischen Schutzwehren des ländlichen Konservatismus anstreben, also die Erweiterung der Schulbildung, die Übernahme der Schullasten durch den Staat, die Erkämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes und die Aufklärung der Landbevölkerung durch Zeitungen, Broschüren, landwirtschaftliche Kalender und dergleichen energisch betreiben und hat, indem sie es gemäß unserem Programme vermeidet, die religiösen Empfindungen der Landbevölkerung zu verletzen, den Kampf gegen den volksverdummenden Klerikalismus mit aller Wucht zu führen. Da die kleinen Landgemeinden vorzügliche Ausgangspunkte für die Landagitation sind, soll der provinzellen Kommunalpolitik ein sorgsames Augenmerk zugewendet werden. Unter den praktischen landwirtschaftlichen Reformen ist für diejenigen einzutreten, die

1. auf eine gesellschaftliche Organisation der Erzeugung und Verteilung der Bodenprodukte abzielen, also: Vergesellschaftung von Wald, Wiese, Wasserkraft durch Staat, Land oder Gemeinde, Erweiterung des öffentlichen Landbesitzes durch eine volksfreundliche Landpolitik, Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auf völlig demokratischer Grundlage und dergleichen;

2. die gegen die Privilegien und Übergriffe einzelner Besitzenden gerichtet sind, also: Aufhebung sämtlicher mit dem Grundbesitze verbundenen Vorrechte (Bannrechte, Fideikommisse, Propinationen, Wahlkurien), Übergabe der Jagd- und Fischereirechte an die Gemeinden;

3. die auf die allgemeine, der Gesamtheit zu gute kommende Hebung der Bodenkultur sowie die Verbesserung, Verbilligung und Zufuhrserleichterung der Lebensmittel gerichtet sind, also Bodenmeliorationen durch Staat und Land (Wildbachverbauungen, Drainagen, Gewinnung wüster Ländereien für die Kultur u. s. w.), Ausbau des Versicherungswesens durch Übernahme der Versicherungen durch den Staat, Errichtung von landwirtschaftlichen Versuchs- und Untersuchungsstationen, eine den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechende Vieh- und Fleischbeschau,

Verbesserung der Tierseuchengesetze durch Schadloshaltung der durch deren Handhabung geschädigten Landwirte, Aufhebung der Lebensmittelzölle, Herabsetzung der Frachtentarife für Lebensmittel, Unentgeltlichkeit des landwirtschaftlichen Unterrichtes, Wahrung der Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung gegen die Übervorteilung durch Ungarn, mithin politische und fiskalische Trennung Österreichs von Ungarn;

4. die auf den physischen und geistigen Schutz der Landarbeiter gerichtet sind, also: Staatliche Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung der Landarbeiter, Beseitigung der Gesindeordnungen, landwirtschaftliche Inspektoren, Gründung von Landarbeitergenossenschaften, volles Koalitionsrecht für die Landarbeiter, Landesgerichtshöfe analog den Gewerbegerichten mit der Befugnis der Bestimmung der Arbeitszeit, des Lohnes, der Pachtverträge und dergleichen. Schließlich ist daran festzuhalten, daß die Aufrüttelung der Landbevölkerung auch wesentlich Sache des politischen Kampfes ist und die Bewohner des flachen Landes um so innigeren Anschluß an die Sozialdemokratie suchen werden, je energischer und rücksichtsloser diese ihre Pflicht im Kampfe für alle Forderungen der Menschlichkeit, des Rechtes und der Freiheit erfüllen wird. Darum ist es die Aufgabe auch der Landagitation, für alle übrigen Forderungen der Sozialdemokratie unverhüllt überall da einzutreten, wo sie in Frage kommen, und durch unermüdliche Aufklärungsarbeit die Landbevölkerung dem Banne des Indifferentismus zu entreißen."

Von Marxistischer Dogmatik ist in dieser Resolution wohl keine Spur zu finden. Daß sich die Konzentrationstheorie auf die Landwirtschaft nicht übertragen läßt, wird offen zugestanden, und in dieser Hinsicht ist, wie bereits erwähnt, die Schrift des österreichischen „Genossen" Friedrich Otto Hertz: „Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Sozialismus" (Wien 1899), sehr beachtenswert, da in derselben der Nachweis geliefert wird, daß — so gewaltig auch der Aufbau der Lehre Marx' auf dem Gebiete der industriellen Entwicklung ist — sie über die Entwicklungsgesetze der Landwirtschaft gar keinen Aufschluß gibt. Auch der Referent über die Agrarfrage, Dr. Ellenbogen, machte das Zugeständnis,

daß sich die Gesetze der industriellen Entwicklung auf die Landwirtschaft nicht übertragen lassen und „daß es noch einer ganzen Reihe von tiefgehenden Studien bedürfen wird, um die grundlegenden Gesetze der Agrarentwicklung zu erkennen". Die Agrarfrage ist somit für die Sozialdemokratie ein noch ungelöstes Problem, wo selbst die Dogmatik des Marx sie im Stiche läßt.[1])

Da aber die Partei keine Zeit hat, ihre Landagitation so lange aufzuschieben, bis ihre Theoretiker sich über dieses Problem klar werden, so blieb nichts übrig, als mit Ach und Krach ein Programm aus den Hemdärmeln herauszuschütteln, um so rasch als möglich den Eroberungszug auf dem Lande beginnen zu können. Daher trägt auch das Grazer Programm alle Zeichen eines Produktes, das nicht

[1]) Sieh unsere Ausführungen über die Konzentrationstheorie, S. 43 und 44. In letzterer Zeit macht die tschechische Sozialdemokratie große Anstrengungen, die Kleinbauern zu gewinnen. Burian sucht in seiner Schrift „Sozialisticke epistoly" (Brünn 1907) den Bauern das sozialdemokratische Programm dadurch mundgerecht zu machen, daß er den Nachweis liefern will, daß der dürftige Besitz der Handwerker und Kleinbauern an Arbeitsmitteln nicht ausreicht, ihnen Konsumtionsgüter in genügender Menge zu verschaffen. Der Sozialismus werde den Kapitalisten und Großgrundbesitzer zwangsweise enteignen, nicht die Kleingewerbetreibenden und Bauern. Wohl aber werden diese, wenn erst das kapitalistische Sondereigentum aufgehoben ist, gern ihre Arbeitsstelle im Einzelbetrieb freiwillig mit einer Arbeitsstelle in den gewerkschaftlichen Werkstätten vertauschen. Keine Klasse habe an der Vergesellschaftlichung der kapitalistischen Betriebe ein so lebhaftes Interesse wie die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung, denn in der kapitalistischen Gesellschaft sammeln sich in den Städten alle Macht, aller Reichtum, alle Kultur. Gewaltige Mittel seien nötig, wenn das Landvolk aus seinem Elend und seiner Unwissenheit befreit werden sollte. Über diese Mittel werde die Gesellschaft erst verfügen, wenn sie das Eigentum an Fabriken, an Berg- und Hüttenwerken, an den großen Latifundien den Händen der Kapitalisten entwunden haben werde. (Abgedruckt im „Kampf", 1. Heft, 1907, Wien.)

klare Einsicht, sondern momentane Verlegenheit erzeugt hat. Was Kautsky seinerzeit über das Agrarprogramm seinen engeren Gesinnungsgenossen in Deutschland gesagt hat, gilt auch für das österreichische Agrarprogramm:

„Ein echter Marxist muß sagen, daß es ein Verrat ist, dem heutigen Klassenstaate gewisse Schutzmaßregeln zur Ausführung zu übertragen, statt den Klassenkampf zu organisieren und die Massen des Landes zum Ansturm gegen die herrschenden Klassen und den heutigen Staat zu führen.[1]) Die praktische Politik, die nur jene Tätigkeit anerkennt, welche sofortige greifbare Erfolge aufzuweisen hat, soll nach Ansicht der strengen Marxisten den bürgerlichen Parteien überlassen werden. Einer Partei, die die gewaltigste Umwälzung in Fluß bringen will, welche die Welt noch nicht gesehen, einer Partei, die ein neues Zeitalter einleiten will, entspricht eine weiter schauende Politik. Wir haben aufs Land zu gehen, um zunächst nicht zu ernten, sondern zu säen. Die gesamten Früchte unserer Landagitation werden wir erst an dem Tage pflücken können, an dem es eine große Entscheidung in dem Klassenkampfe des Proletariats gilt; wenn dann unsere Gegner umsonst an die Landbevölkerung appellieren, wenn dann

[1]) Mit dem österreichischen Agrarprogramm steht auch folgender Ausspruch Ellenbogens in Verbindung, den er am 3. November 1895 in einer Wiener Versammlung beim Schwendner sich leistete: „Der Bauer wird ebenso ruiniert und proletarisiert wie der industrielle Arbeiter. Es handelt sich darum, die Persönlichkeit des Bauern zu schützen, nicht seinen Besitz aufrecht erhalten zu wollen. Ebenso wie das industrielle Proletariat vor physischer Degenerierung, vor geistigem und sittlichem Verfall bewahrt werden muß, so muß das auch bei dem Bauer geschehen!" (Abgedruckt in der „Arbeiter-Zeitung" vom 24. Febr. 1907.) In ähnlicher Weise äußerte sich auch Dr. Adler bezüglich der Kleingewerbetreibenden am 3. Juli 1896: „Die Sozialdemokratie ist eine Klassenpartei: das schließt aber nicht aus, daß Kleinbürger und Beamte, die als Ausgebeutete zu uns als Ausgebeuteten kommen, uns willkommen sind. Wir wollen eben nicht ‚das Kleingewerbe retten', wohl aber die Personen der Kleingewerbetreibenden. Die Christlichsozialen ‚retten' eben ‚das Kleingewerbe', aber die Kleingewerbetreibenden als Personen schmieren sie an." (Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 24. Februar 1907.)

deren Mehrheit auf unsere Seite sich schlägt oder auch nur neutral bleibt, dann ist unsere Partei überreich belohnt für die ganze, bis dahin vielleicht anscheinend unfruchtbare Tätigkeit, die sie geleistet, um den Samen revolutionärer Erkenntnis und revolutionärer Begeisterung auf dem Lande zu säen. Denn dann ist die Macht unserer Gegner ins Mark getroffen."

Kautsky ist sogar der Ansicht, das ein sozialdemokratisches Agrarprogramm im Sinne des Bauernschutzes nicht bloß zwecklos sei, sondern schlimmer als das: „es würde die Sozialdemokratie auf das tiefste schädigen".[1])

Die österreichische Sozialdemokratie hat mit ihrem Agrarprogramm kein besonderes Glück gehabt. Schrammel hat auch auf dem Grazer Parteitage zu verstehen gegeben, daß das Agrarprogramm eigentlich für die Katz' sei, denn „die wirklich besitzenden Bauern werden wir niemals in unsere Reihen bekommen".[2]) Auch Resel hielt die Aufstellung eines Agrarprogrammes für verfrüht, solange nicht die Frage entschieden ist, ob „es prinzipiell zulässig ist, den bäuerlichen Besitz zu erhalten". Daß der Sozialdemokratie es gar nicht möglich ist, die Interessen der Landwirtschaft — deren Entwicklung ihr ein ungelöstes Problem bleibt — zu vertreten, zeigte sich bei der Behandlung der Zollfrage. Die Gegner-

[1]) Sieh Kautsky, Die Agrarfrage, 1899, S. 321. Übrigens gibt es auch in Österreich „Genossen", welche die Marxistische Auffassung vom Zugrundegehen des Kleinbauern teilen, überhaupt noch unbestritten annehmen, was einst Friedrich Engels in einer Polemik in der „Neuen Zeit" geschrieben: „Es ist die Pflicht unserer Partei, den Bauern immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klar zu machen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über einen Schubkarren." (Abgedruckt in den „Deutschen Worten", Wien 1903, S. 148.)

[2]) Sieh Protokoll, S. 121.

schaft gegen jeden Agrarzoll wurde zu einer leidenschaftlichen Agitation ausgenutzt, um die Agrarier, welche dasselbe Recht, ihre Interessen zu verteidigen, wie die Industriearbeiterschaft bei der Verhandlung der Handelsverträge in Anspruch nahmen, als „Lebensmittelwucherer" zu brandmarken. Landein und landaus wurden mit dieser Tagesordnung Volksversammlungen abgehalten, um über die „unersättlichen" Agrarier das Anathem auszusprechen.

Dieser blinde und rohe Haß gegen das Agrariertum war keine Theatermache, sondern echt und ehrlich, denn instinktiv fühlt die Sozialdemokratie, daß in dem Selbstbewußtsein und der Organisation der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Österreich ihr der größte Gegner erstanden ist. Um aber bei dieser Agitation gegen die Agrarzölle sich die Gunst der Kleinbauern nicht zu verscherzen, wurde behauptet, daß von den Zöllen nur der Großgrundbesitz den Nutzen hat.[1]) Mit der Ausspielung der Großgrundbesitzer

[1]) Eine Behauptung, die durch die Statistik glänzend widerlegt ist. Die Haltlosigkeit dieser sozialdemokratischen Schlagworte hat Abgeordneter Jesser an der Hand eines reichen statistischen Materials nachgewiesen. Als Quelle dienten ihm „die vorläufigen Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1902". Herausgegeben von der k. k. statistischen Zentralkommission. Die Tafel 16 dieses Werkes zeigt nämlich die Verteilung der einzelnen Tiergattungen auf die verschiedenen produktiven Größenklassen des landwirtschaftlichen Betriebes. Der Verfasser beschränkte sich nur auf zwei Gattungen, nämlich Rinder und Schweine, und kommt zu folgenden Resultaten:

Es entfallen von 9,025.208 Rindern auf die Größenklassen:

bis	1	ha:	418.454	Stück	=	4·6 Prozent
1 „	2	„	813.553	„	=	9·1 „
2 „	5	„	1,975.503	„	=	21·8 „
5 „	10	„	1,616.774	„	=	17·9 „
10 „	20	„	1,726.258	„	=	19·1 „
20 „	50	„	1,493.417	„	=	16·6 „
50 „	100	„	301.713	„	=	3·4 „
über	200	„	679.536	„	=	7·5 „

gegen den kleinen Bauern glaubten sie den Krieg gegen die Agrarzölle aufnehmen zu können, ohne sich den Weg für die Landagitation zu verrammeln; doch die Sozialdemokratie hat diesen Feldzug verloren, der Einfluß der Agrarier erwies sich stärker, so daß diese mit einem großen Elan angekündigte Aktion wie eine Seifenblase zerplatzte.[1])

Der größte Teil des Viehbestandes entfällt also auf die Besitzungen von 2 bis 50 Hektar, also auf den Kleinbauer und den eigentlichen Bauer. Der Bauernstand besitzt 6,811.952 Stück Rinder oder 75·4 Prozent. Auf den großbäuerlichen und den eigentlichen Großgrundbesitz entfallen nur 10·9 Prozent. Sogar der Parzellenbesitz bis 2 Hektar ist mit 13·7 Prozent des Gesamtrinderbestandes stärker an dem Wohlergehen der Viehzucht beteiligt als der große Besitz. Noch günstiger für den kleinen und kleinsten Besitz ist die Verteilung des Schweinebestandes.

Es entfallen von den 4,365.072 Schweinen auf die Größenklassen:

bis	1	ha:	368.900	Stück	= 8·5	Prozent
1 „	2	„	445.146	„	= 10·2	„
2 „	5	„	981.935	„	= 22·5	„
5 „	10	„	803.701	„	= 18·5	„
10 „	20	„	872.291	„	= 20·0	„
20 „	50	„	574.273	„	= 15·4	„
50 „	100	„	108.671	„	= 2·5	„
über	100	„	105.365	„	= 2·4	„

Auch hier besitzen die eigentlichen Bauern den größten Anteil, nämlich: 3,337.200 Stück oder 76·4 Prozent. Der kleinste Besitz bis 2 Hektar mit 18·7 Prozent des Schweinebestandes übertrifft den Anteil des großen und größten Besitzes mit 4·9 Prozent bedeutend. Angesichts dieser Ziffern geht es wohl nicht mehr an, den Agrariern vorzuwerfen, daß sie nur für den Großbauer und Großgrundbesitzer arbeiten, wenn sie den Schutz unserer heimischen Viehzucht verlangen.

[1]) Die Debatten über den agrarischen Schutzzoll finden sich in den Protokollen des Wiener Parteitages 1901, S. 138 f., und des Salzburger Parteitages (1904), S. 142 f. Für die Beseitigung des Verbotes der Vieheinfuhr aus den Balkanstaaten sprachen sich die Abgeordneten Seitz und Schuhmeier aus. (Stenogr. Prot. des österr.

Auch bei den Verhandlungen über das Verbot des Getreide-Terminhandels zeigt sich die Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen Maßregeln zum Schutze der Landwirtschaft. Bei der Beratung im österreichischen Abgeordnetenhause gab Abgeordneter Elderſch im Namen des sozialdemokratischen Verbandes eine Erklärung ab, die eigentlich zu verstehen gab, daß die Sozialdemokratie das Verbot des Terminhandels als einen Schlag ins Wasser betrachtet, daß die Agrarier davon keinen Nutzen haben werden und daß die Sozialdemokratie mit ruhigem Herzen für das Eingehen in die Spezialdebatte stimmen kann, da die Preise der Brotfrucht keine Erhöhung erfahren werden.[1]) Eine Ausnahme von dieser Taktik machte die parlamentarische Fraktion bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, für welchen sie geschlossen stimmte.[2]) Die Motive für diese Stellungnahme

---

Abgeordnetenhauses vom 5. Oktober 1906, XVII. Sess., 435. Sitzg.) — Sieh auch die Verhandlung der Dringlichkeitsanträge der Abgeordneten Schrammel und Dr. Renner über Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung. (Stenogr. Prot. des österr. Abgeordnetenhauses, 37. Sitzg. der XVIII. Sess., Nov. 1907.)

[1]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1903, S. 48. „Die vielfachen Erörterungen über dieses Gesetz (Verbot des Terminhandels) haben ergeben, daß die Hoffnungen der Landwirte, dieses Gesetz werde die Preise ihres Produktes, der Brotfrucht, erhöhen, Illusionen sind. Damit fällt für die agrarischen Kreise der Wert des Gesetzes bedeutend, aber auch für uns, die Vertreter der Brotkonsumenten, entfällt dadurch der Grund, dem Zustandekommen dieses Gesetzes mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten, was geschehen wäre, wenn wir annehmen müßten, daß der Preis des Brotes dadurch teurer würde." (Aus der Rede des Abgeordneten Elderſch. Stenogr. Prot. des Abgeordnetenhauses vom 31. Mai 1902, XVII. Sess., 146. Sitzg.)

[2]) „Ich gehe noch weiter, ich sage wir könnten uns gar nichts Besseres wünschen, als daß die bäuerlichen Produktivgenossenschaften, und überhaupt die bäuerlichen Genossenschaften, nicht die reinen Berufs-

werden wohl darin zu suchen sein, daß sich in der Sozialdemokratie die Ansicht durchringt: Der Weg zum Sozialismus geht beim Bauern nicht durch den Abgrund der „kapitalistischen Expropriation", sondern durch die genossenschaftliche Organisation.

Doch die Versuche, die landwirtschaftliche Bevölkerung unter der roten Fahne zu sammeln, sind bisher — mit Ausnahme von Galizien und Böhmen — im großen und ganzen ohne Erfolg geblieben und die Erwartungen, die man auf das Ellenbogensche Rezept setzte, wonach das Genossenschaftswesen das wirksamste Mittel sein soll, um den kollektivistischen Gedanken unter der Landbevölkerung zu verbreiten, haben sich nicht erfüllt. Das Genossenschaftswesen macht unter der österreichischen Landwirtschaft erfreuliche Fortschritte, doch trotzdem schaut es mit dem angekündigten Siegeszuge des kollektivistischen Gedankens sehr schlecht aus. Fortschritte verzeichnet der Sozialismus nur unter den landwirtschaftlichen Arbeitern des Großgrundbesitzes und unter den Ruthenen.

Welcher taktischer Mittel sich bei der Landagitation die Sozialdemokratie bedient, geht aus einem Briefe des steirischen

genossenschaften, sich immer mehr ausbilden. Wir haben heute schon in Böhmen kleine Ansätze dazu; wir haben in Niederösterreich Molkereigenossenschaften, Kellereigenossenschaften, Genossenschaften für Obstverwertung u. dgl.; kurz, es sind schon kleine Ansätze zur Genossenschaftsbildung vorhanden und ich kann Ihnen sagen, Sie werden uns immer an Ihrer Seite finden, wenn Sie die landwirtschaftlichen Genossenschaften ausbauen und wenn wir endlich einmal dem Ziele einer vernünftigen Approvisionierungspolitik zusteuern, nämlich zu gut ausgebauten landwirtschaftlichen Genossenschaften und zur direkten Verbindung dieser landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den städtischen Konsumvereinen. Dadurch würde sowohl für den Bauernstand als auch für uns Konsumenten ein Vorteil erzielt werden und wir könnten vielleicht eine Herabsetzung unserer Lebensmittelpreise erhoffen." (Aus der Rede des Abgeordneten Seitz. Stenogr. Prot. des österr. Abgeordnetenhauses vom 5. Oktober 1906, S. 38.649).

Sozialistenführers Dr. Schacherl hervor, welcher sein Vorgehen gegenüber der liberalen Bauernbewegung in Steiermark, die unter dem Namen „Bauernbündler" auftrat, zu verteidigen sucht. Der Brief[1]) lautet:

Lieber Genosse!

Obwohl ich nichts so hasse wie das Briefschreiben, muß ich Ihnen doch einmal einige Zeilen senden. Genosse Bichl hat Ihnen wahrscheinlich bereits geschrieben, daß Sie sich wegen des Bauernbund beruhigen können. Sie glauben doch nicht, daß Sie der einzige Gescheite in Steiermark sind und wir in Graz lauter Dummköpfe? Ob uns endlich die Augen aufgehen, fragen Sie? Mein lieber Genosse, glaubten Sie im Ernst, daß wir uns über die Haltung des Baron Rokitansky (den Führer dieses Bauernbundes, Anmerk. d. Verf.) und seiner großbürgerlichen und großbäuerlichen Leute je im Zweifel waren? So gescheit sind wir doch auch und wenn wir trotzdem unsere Taktik beibehalten, so dürften eben andere Gründe vorhanden sein.

Die letzte Notiz im „Bauernfreund" ist ein Beweis für die Richtigkeit unseres Vorgehens. Rokitansky hat Angst, es wird ihm ungeheuer bei dem gemeinsamen Unternehmungen gegen die Klerikalen. Wir brauchen uns nicht zu fürchten, er ist aber wo unsere Genossen in größerer Anzahl anwesend sind, gezwungen süße Miene zum bösen Spiel zu machen und uns zu loben und das bleibt bei den Bauern auch nicht ohne Wirkung. Wo er heute war, kommen wir ein paar Wochen später hin und ernten. Wie es kommen wird zeigt am besten Ilz. Dort stehen die großen Bauern und Bürger auf seiner Seite und treiben uns die Lokale ab, und zu unserer Versammlung bei Ilz kamen die kleinen Bauern und Knechte und äußerten sich wie schon früher privatim ganz unzweideutig gegen Rokitansky, der es mit den Großen hält. Gingen wir gegen den Bauernbund los, so hätten wir die ganzen Kleinbauern gegen uns, die später zum Teile uns zufallen werden, bis Rokitansky sich selbst umbringt. Nichts wäre dem Baron Rokitansky jetzt lieber als wenn wir mit ihm zu raufen anfingen. Den Gefallen tun wir ihm nicht,

[1]) Abgedr. mit Faksimile im „Reichsratswähler", Wien, 2. Mai 1907.

wir heben uns den Kampf auf, bis er notwendig ist, bis die Klerikalen von dem Kampfe nichts profitieren und bis die naturnotwendig eintretende Zersetzung in seinem Lager genug vorgeschritten ist. Wohin wir heute kommen und mit den Bauernbündlern zusammen kommen, sind sie, die kleinen Leute nämlich, für uns, stimmen für unsere Resolutionen, worin dem sozialdemokratischen Verband das Vertrauen ausgesprochen wird; wir wären doch Narren, wenn wir uns selbst den Zugang zum Lande, der sich uns jetzt aufgetan hat, mutwillig wieder verschlössen. Oder fürchten Sie, daß Baron Rokitansky die Industriearbeiter für sich gewinnen könnte? Das glauben Sie doch nicht und deswegen hat bei einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Klerikalen nur er zu verlieren und nur wir zu gewinnen. Also kaltes Blut, man muß nicht immer die Schlacht schlagen, wenn sie vom Gegner angeboten, weil gewünscht wird.

Mit sozialdem. Gruße verbleibe ich Ihr trotz des groben Briefes Ihnen freundschaftlichst gesinnter

Dr. Schacherl.

Die Bewegung der landwirtschaftlichen Arbeiter in Böhmen ist noch sehr jung. Im Jahre 1905 fand in Pilsen der I. Kongreß statt, dem zu den Pfingstfeiertagen im Jahre 1906 der II. Kongreß in Prag folgte, der bereits auf größere Resultate der Agitation hinweisen konnte. Nach dem Tätigkeitsberichte, der auf diesem Kongresse erstattet wurde, gab es 98 Organisationsorte mit nahezu 3000 Mitgliedern. In Prag wurde auch die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung für die Landarbeiter sowie die Abschaffung der Dienstbotenordnungen verlangt und beschlossen, zu dem Kreuzerblatte der Partei, „Zar", eine Beilage für die Landarbeiter herauszugeben.[1]) Große Mühe, um die Landbevölkerung zum Anschlusse an die Sozialdemokratie zu gewinnen, wendet die polnische Sozialdemokratie auf, welche eine Wochenschrift für die Landbevölkerung herausgibt. Einer

[1]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 10. Juni 1906.

besonderen Aufmerksamkeit der Sozialdemokraten erfreuen sich die Dienstboten in Steiermark.[1]) Im steirischen Landtage brachten sie am 11. März 1902 einen Antrag ein auf Verbesserung der Dienstbotenordnung. Die Erfolge einer rührigen Landagitation zeigten sich in Böhmen, wo in den tschechischen Landbezirken bei den Reichsratswahlen 1907 über 43 Prozent sämtlicher abgegebener Stimmen den Sozialdemokraten zufielen. Auch von jungliberaler Seite werden die Sozialdemokraten aufgefordert, „mit voller Kraft die Landagitation in Angriff zu nehmen".[2])

[1]) Auf der Tagesordnung der Landeskonferenz der steirischen Sozialdemokratie (November 1907) stand die Organisation der ländlichen Dienstboten. Es wurde beschlossen, eine selbständige Organisation zu schaffen.

[2]) Sieh Charmatz, S. 284.

VI.

Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den kulturellen Fragen.

Religion.

Der theoretische Marxismus ist antireligiös und jeder überzeugte Marxist müßte den Sozialismus als eine neue Religion proklamieren. Nach Marx und Engels ist Religion nichts anderes als eine ideologische Reparatur des den Produktionsverhältnissen und damit auch der Gesellschaft heute eigenen Antagonismus. Wenn dieser Antagonismus der Gesellschaft endigt — durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel —, muß auch die Religion endigen, da es dann eben keinen Widerspruch mehr gibt. Nach dem Marxismus bedeutet das Ende des Kapitalismus das Ende Gottes, der mit dem letzten Kapitalisten stirbt und nimmer aufsteht.

Dieser unverfälschte Sozialismus wird in Österreich wohl nur in den seltensten Fällen gepredigt. Um sich um das religiöse Problem herumzudrücken, hat man sich eine andere Theorie zurecht gerichtet. Anfangs glaubte man die religiöse Frage ignorieren und bagatellisieren zu können, doch bald überzeugten sich die Führer, daß diese Frage die Massen am meisten beschäftigt und daß die religiösen Bedürfnisse zu tief in den Herzen der Proletarier stecken, um leicht überwunden zu werden. Allerdings mag die Revolutionierung des Wirtschaftlebens den Nährboden für den Materialismus geschaffen haben, doch die Reserven für die industrielle Armee

kommen zumeist aus den Landgemeinden, wo noch das religiöse Leben am stärksten pulsiert und wo dafür gesorgt wird, daß die Religion nicht zum alten Eisen geworfen wird. So ist es auch zu erklären, daß die österreichische Sozialdemokratie eine andere Taktik wählte, um die Arbeiter von dem Einflusse, den die Religion auf sie ausübt, allmählich loszulösen.

Diese Taktik besteht darin, daß man das „ehrliche religiöse Gefühl" des einzelnen Individuums zu respektieren verspricht, daß man aber die Religion zu einer Gefühlssache macht, die in der Öffentlichkeit keinen Platz hat und die man auf das schärfste bekämpfen muß, wenn sie es wagt, das heutige Kulturleben zu beeinflussen. Nach dieser Vorstellung ist Religion ein Sinnesrausch, eine unkontrollierbare, zu nichts verpflichtende Schwärmerei, ein subjektives Gefühl, das keinen realen Einfluß auf das Kulturleben erstrebt und das etwa dieselben Rechte besitzt wie irgend ein Sport oder eine Liebhaberei eines Individuums.[1])

Dieses System, welches sich die Sozialdemokratie zurecht gemacht hat, ist nicht einmal originell, es ist eine Anleihe bei dem kulturkämpferischen Liberalismus, der jene Religion, welche mehr sein will als ein subjektives Gefühl, durch das Schlagwort „Klerikalismus" in Mißkredit zu bringen suchte.

---

[1]) Gerade in der Auffassung des Wesens und des Zweckes der Religion zeigt sich der prinzipielle Gegensatz zwischen der christlichen und liberal-sozialistischen Weltanschauung. Ein klarer Hinweis auf diesen unüberbrückbaren Abgrund, die beide Richtungen voneinander trennt, findet sich schon bei Vogelsang, der folgendes schrieb: „Man emanzipiere sich doch endlich vom Köhlerglauben, als ob das Christentum eine Privatangelegenheit sei, bestimmt zur persönlichen Nutznießung, beschränkt auf die Aufgabe, die Seele des einzelnen zu retten. Nichts weniger als das! Um dieses Privatchristentums willen sind die Christen des römischen Reiches, die als einzelne tausendmal höher standen wie wir in der matten, oberflächlichen Gegenwart — Zeugen dessen sind

Damit sind auch die innigen Beziehungen, die zwischen Liberalismus und Sozialismus gerade in Österreich bestehen, zu erklären. Um sich mit der Sozialdemokratie über die religiöse Frage zu verständigen, müßte zuerst der Begriff Religion festgestellt werden.

Dr. Ellenbogen[1]) antwortet auf die Frage: „Was ist Religion?“ mit Engels: „Religion ist nichts anderes als die phantastische Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen derjenigen äußeren Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen.“ Da wir es hier mit einem Kommentar eines angesehenen Führers zu tun haben, so verlohnt es sich, seine Erklärungen weiter zu verfolgen. Er schreibt:

„Was sich also in der Außenwelt abspielt, spiegelt sich in unseren Köpfen in irgend einer Weise wider, und die Rückwirkung dieser Widerspiegelung auf die Gestaltung unserer Denkweise, auf die Entwicklung unserer Moral, unseres Charakters u. s. w. nennen wir dann Religion. Es gibt nun zweierlei Ursachen, die auf unser Gehirn von außen einwirken, und das sind einerseits natürliche und andererseits gesellschaftliche, soziale Ursachen. Wir können daher von diesem Gesichtspunkte aus die Religionen in zwei große Gruppen einteilen: in natürliche und soziale Religionen. Wir können also wohl sagen, daß im allge-

---

ihre Scharen von Heiligen —, um dieses Privatchristentums willen, mit dem sie kein neues soziales und politisches christliches Leben dem abgelebten Staatskörper einhauchen konnten, sind sie von den heidnischen Barbaren besiegt und ermordet worden. Nicht nur für die einzelnen ist Christus gestorben, daß sie privatim den Himmel gewinnen, er ist auch für die Staaten, für die sozialen Gebilde zur Welt gekommen, und er fordert von uns, daß auch diese dem Christentume konform gestaltet seien, daß sie von christlichen Ideen durchdrungen, mit christlicher Schönheit und Würde geschmückt seien.“ Die sozialen Lehren des Freiherrn Karl von Vogelsang, von Dr. Klopp, St. Pölten 1894 S. 85.

[1]) „Was will die Sozialdemokratie?“ Eine elementare Erläuterung des Hainfelder Programmes. Zyklus in sieben Vorträgen von Dr. Wilhelm Ellenbogen. Wien 1899, S. 49 f.

meinen die Religion die Wirkung des Unbegriffenen in der Natur und der Elendszustände in der Gesellschaft auf den Geist und Charakter des Menschen ist. Daraus könnten wir unsere Stellung, die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion, eigentlich schon reduzieren. Ich will jedoch, um diese Stellung genauer zu präzisieren und jeden falschen Schluß zu vermeiden, noch einen Einwurf machen. Aus der Tatsache, daß wir die Religion als Wirkung des Unbegriffenen auf die Seele, den Geist und die Moral des Menschen erklären, zieht eine bestimmte Gruppe von Leuten, die sogenannten Freidenker, den Schluß, die Religion sei ganz zu beseitigen. Um das, was auf Grund der Religionen gegen die Menschen gesündigt wurde, weiterhin unmöglich zu machen, sei also nichts weiter nötig als Aufklärung. Es soll also, wie die Freidenker uns zumuten, ein direkter Kampf unsererseits gegen die Religion begonnen werden. Sie begründen die Notwendigkeit dieses Kampfes mit den vielen Mißbräuchen, die ja zweifellos mit dem Begriffe der Religion im Laufe der Zeiten verübt worden sind. Wir Sozialdemokraten dürfen uns jedoch auf diese Argumentation nicht einlassen. Wenn die Freidenker sich auf den Satz stützen, daß die Religion die Wirkung des Unbegriffenen in der Natur ist, so vernachlässigen sie vor allem die sozialen Ursachen. Die Vorkämpfer des Freidenkertums sind daher mitunter die ärgsten Reaktionäre in der Frage des sozialen Fortschrittes. Denken sie nur an Ludwig Büchner, den Freund des absoluten Königtums und den Befürworter des Militarismus."

Nun kommt die Kehrseite:

„Natürlich ist damit nicht gesagt, daß wir uns des Rechtes begeben, gegen alle Verzerrungen der religiösen Begriffe, gegen den Mißbrauch der Religion zur Verdummung und Unterjochung des Volkes, wie er von gewissen Heuchlern und Schwindlern betrieben wird, entschieden aufzutreten." [1])

Da die Sozialdemokratie selbst entscheidet, wann eine Verzerrung oder ein Mißbrauch vorliegt, so ist es naheliegend, daß sie in jedem Versuche, die religiöse Weltanschauung bei der Gestaltung unserer öffentlichen Verhältnisse zur Geltung zu

[1]) A. a. O., S. 55.

bringen, eine „Verdummungs"aktion erblickt und für sich das Recht in Anspruch nimmt, dagegen aufzutreten. Im ähnlichen Sinne äußerte sich auch die Wiener „Arbeiter-Zeitung" (29. November 1904) über die religiöse Frage: „Die Religion, die nach ihrem tiefsten Wesen in einem Gemütsbedürfnis des einzelnen wurzelt, kann eine Partei, die den Grundsatz der Gewissensfreiheit auf ihr Banner geschrieben hat, nicht mit äußerlichen Mitteln anzugreifen suchen." Doch nur solange der einzelne seine Religion ins tiefste Mauseloch verkriechen läßt, wenn er an den Kämpfen des öffentlichen Lebens nicht teilnimmt, genießt er diese Freiheit, denn in dem Artikel heißt es weiter: „Wir haben in dem Kirchlichen überall das zu bekämpfen, was Halt und Handhabe für die Träger der uns feindlichen weltlichen Gewalten, was Hindernis der geistigen Erleuchtung und Ermannung der Massen war." Mit anderen Worten: Sobald die Religion dem Sozialismus unbequem wird, und das ist bekanntlich in den meisten Fällen der Fall, dann kann der frische, fröhliche Krieg gegen die Religion losgehen. Ein zweiter Artikel der „Arbeiter-Zeitung" (31. März 1907) verwandelt die Religion in eine philosophische Spekulation.

Viel präziser hat Pernerstorfer den Gegensatz des Sozialismus zur Religion ausgesprochen:[1])

„Der römische Klerikalismus, als der Anhänger der starren Autorität, des unabänderlichen Dogmas und der absoluten geistigen Unfreiheit, muß den Sozialismus auf Leben und Tod bekämpfen, der in allen drei Dingen das kontradiktorische Gegenteil von ihm ist; denn wie der Klerikalismus die starre Autorität vertritt, so stehen wir jeder Autorität zweifelnd gegenüber; wie der Klerikalismus das unwandelbare Dogma vertritt, so verneinen und bekämpfen wir jedes Dogma; wir wissen, daß wir uns im Flusse der Entwicklung befinden und daß im Flusse dieser Entwicklung keine Erfahrung und kein

[1]) Sieh Protokoll des Linzer Parteitages, S. 88.

Satz der Wissenschaft sicher ist in dem Sinne, daß er sich nicht wandeln könnte; und wie der Klerikalismus der Vertreter der absoluten geistigen Unfreiheit ist, so müssen wir Vertreter der absoluten geistigen Freiheit sein, jene Partei, die das zur Wahrheit machen will, was allein ein menschenwürdiges Dasein verbürgt: die Freiheit des Gewissens und die Freiheit des Geistes. In diesem Entscheidungskampfe, der sich immer mehr zuspitzt, wird die Sozialdemokratie vor den Mächten der Erde und auch vor den Mächten der Hölle nicht zurückweichen."

Damit deckt sich auch, was „Genosse" Salzmann[1]) in der wissenschaftlichen Wochenschrift „Neue Zeit" schrieb:

„Die Religion ist jedes Parteigenossen Privatsache. Wir prüfen niemand, ob er Jude, Christ, Mohammedaner oder Heide ist. Wir sind tolerant von ganzer Seele, von ganzem Herzen. Aber als Anhänger der Entwicklungslehre wissen wir, daß, wie die gewerkschaftliche Betätigung zum Sozialismus, der Sozialismus zum Atheismus führt. Wie die politischen Einrichtungen stets das Spiegelbild der jeweiligen Produktionsweise und der ökonomischen Verhältnisse sind, so auch die religiösen. ‚Religion ist nichts anderes als die phantastische Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen derjenigen äußeren Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen, eine Widerspiegelung, in der die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen.' (Friedrich Engels im ‚Anti-Dühring', 3, V.) Je mehr die ökonomische Entwicklung sich zuspitzt und zur Verwirklichung des Sozialismus drängt, um so augenscheinlicher ist die Abwendung des Proletariats von der Religion. Aufklärung, Revolutionierung der Köpfe auf allen Gebieten tut not! Mit der Forderung der Trennung von Staat und Kirche ist es nicht getan. Amerika beweist uns, daß die religiösen Gemeinschaften, von der Staatskrippe getrennt, nur um so üppiger ihr Unwesen treiben. Die neutrale Reserve muß mehr abgestreift werden, die Massen verlangen es. Man wende nicht ein: das sei Kulturkampf, die Zeiten seien besser als ehedem. Nein, schlechter sind sie! Die Volksschule ist noch mehr als bisher der Kirche ausgeliefert worden, um die Hirne der Kinder vollständig zu verkleistern. Nicht darf der Satz:

[1]) Sieh „Neue Zeit", Stuttgart 1906, XXIV. Jahrg., 2. Bd., S. 644 und 645.

‚Religion ist Privatsache' aus Nachlässigkeit den Satz zeitigen: ‚Verdummung durch die Religion ist Privatsache!' Der wirtschaftliche Kampf schließt in sich den politischen Kampf wie den der Befreiung der Geister von jeder Tyrannei. Also mehr heraus vor die Front!"

Die österreichische Sozialdemokratie handelt auch nach diesem Rezepte, auch sie hat das Bedürfnis, „vor die Front" zu treten. In den letzten Jahren geht sie sogar ganz auf in dem Kampfe gegen die katholischen Priester und jene Parteien, die unter Religion etwas anderes verstehen als eine Schwärmerei. Diese „Pfaffenhetze" oder Pfaffenfresserei, die sehr viel Ähnlichkeit hat mit der des jungen Liberalismus in seinen Flegeljahren, wurde im Jahre 1897 auf dem Wiener Parteitage proklamiert, wo folgende Resolution zur Annahme kam:

„Die Sozialdemokratie bekämpft — unbeschadet ihres Prinzipes: ‚Religion ist Privatsache' — die Vertreter aller Religionsgenossenschaften auf das entschiedenste mit allen zulässigen Mitteln, wann und wo immer dieselben unsere Partei und deren Angehörige verleumden, sowie wenn ihre Lehren sich dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellen."

Natürlich ist der Nachsatz von den Verleumdungen nur ein Aufputz, da der Pfaffenhetze doch nicht eine Untersuchung vorangehen kann, ob der Betreffende, der in den Kot gezerrt werden sollte, sich einer Verleumdung des Sozialismus und deren Anhänger schuldig gemacht hat. Dafür spricht der Schlußsatz deutlicher: Da in den Lehren der katholischen Kirche die Sozialdemokraten etwas erblicken, was sich „dem Befreiungskampfe des Proletariats entgegenstellt", so kann sich jeder „Genosse" mit ruhigem Gewissen an der vom Parteitage offiziell beschlossenen Pfaffenfresserei beteiligen. Daß dieselbe ausgiebig betrieben wurde, dies beweist die Notwendigkeit der Gründung von Priesterrechtsschutzvereinen, um der Hetze gewisse Schranken zu ziehen.

Die „Arbeiter-Zeitung" (14. Juli 1904) versichert zwar, daß die österreichische Sozialdemokratie „die religiösen Anschauungen nicht angreife und vollends nicht in der platten Weise, daß sie durch den Hinweis auf ihre Bekenner kompromittieren wollte", doch der letzte Zweck der mit großer Leidenschaft und Brutalität in Szene gesetzten Pfaffenhetze ist kein anderer, als den festen Boden, den bislang die katholische Kirche in der Anhänglichkeit des Volkes besaß, zu unterwühlen. Zu diesem Zwecke werden mit allen möglichen Mitteln die Priester in der Achtung des Volkes herabgesetzt. Den Reigen dieser Hetzjagd auf das Schwarzwild eröffnete die Stolatax hetze, die erfunden wurde, um Konflikte heraufzubeschwören. Nachdem diese Waffe allmählich stumpf geworden, wurden vereinzelte Ärgernisse auf die große Glocke gehängt oder aufgebauscht und verallgemeinert oder mit Entstellungen und Erfindungen über das Leben der katholischen Priester gearbeitet. Aus den trübsten Quellen, sogar aus der „Korrespondenz des Evangelischen Bundes" bezog dabei die sozialistische Presse in Österreich ihr Material und ließ sich sogar zu offenen Lügen und Verdrehungen verleiten. Wie diese Mache aussieht, möge an einigen Beispielen gezeigt werden:

In Ellwangen sollte im Jahre 1900 ein Pater Abele ein Sittlichkeitsverbrechen begangen haben; der „Pater" war Schriftsetzer in einer dortigen Druckerei. — Um dieselbe Zeit stellte die sozialdemokratische Presse ihren Lesern als „Musterpfaffen" einen — Mesner, also ebenfalls einen Laien vor, der vom Landgerichte in Salzburg wegen Knabenschändung verurteilt worden sein sollte. Es war aber in Wirklichkeit in Salzburg auch kein Mesner verurteilt worden.

Sehr häufig sind überhaupt die Fälle, in denen Laien, die sich irgend etwas zu Schulden kommen ließen, zu Weltgeistlichen oder Ordensleuten gestempelt wurden. Groß war in dieser Praxis besonders ein angeblich in Rom, in Wirklichkeit in Mailand sitzender Korrespondent der Berliner „Volkszeitung", der besonders

im Jahre 1902 sein Blatt und damit die kirchenfeindliche Presse überhaupt mit einer Unmenge größtenteils völlig erlogener Skandalgeschichten, die in der österreichischen sozialistischen Presse Aufnahme fanden, versorgte, bis die katholische Presse endlich in der Lage war, durch nichts weniger als erbauliche Mitteilungen über diesen Verleumdungsfabriksbetrieb, dessen Schließung zu bewirken. Der Inhaber hatte u. a. von einem Kleriker Majorano in Salerno berichtet, der sein eigenes Kind, dessen Mutter ein von ihm verführtes junges Mädchen gewesen sein sollte, getötet hatte, und gleichzeitig von einer Nonne Saletta zu Bisagghe, die sich in einen Brunnen gestürzt haben sollte, weil ihr Gewalt angetan worden sei. Majorano war ein verkommener Laie, Saletta ein Dienstmädchen, dem übrigens auch nicht Gewalt angetan worden war. Ähnlich lag der Fall eines im Oktober 1903 von vielen Blättern der widernatürlichen Unzucht beschuldigten „christlichen Schulbruders" Denis, der niemals Ordensbruder gewesen war. Wenige Wochen später wurde von einem „diebischen Pfaffen" namens Orsini aus Petri-Caggi (Korsika) berichtet; auch dieser „Pfaffe" war ein Laie. Auch abgefallene oder längst suspendierte Geistliche werden, wenn ein solcher ein Verbrechen begangen hat, mit Vorliebe als katholische Geistliche vorgeführt. So der längst suspendierte, exkommunizierte und abgefallene Priester Mariano, der von der Strafkammer zu Velletri anfangs 1903 wegen verschiedener Eigentumsvergehen verurteilt wurde. Mehrfach war von verbrecherischen katholischen Geistlichen die Rede, die einer „Gesellschaft der Engel" in Süditalien angehörten. Diese Gesellschaft ist eine Sekte, hat also mit der katholischen Kirche nicht das mindeste zu tun.

Es kommt aber noch besser. Nicht selten werden die schauderhaftesten Verbrechen von Weltgeistlichen, Mönchen und Nonnen erzählt, die gar nicht existieren. „Die Nonne als Kupplerin" überschrieb sich eine solche Geschichte (1902), die von einer Schwester Philomena in Neapel zu vermelden wußte, die zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei, weil sie ihrer Obhut anvertraute Mädchen von neun bis dreizehn Jahren an Lebemänner verkuppelt habe; die Ärzte welche die Sache pflichtgemäß zur Anzeige gebracht hätten, seien von der klerikalen Presse als Freimaurer u. s. w. beschimpft und bedroht worden, und der Primararzt Dr. del Giudica sei sogar dem Dolche der Kamorra zum Opfer gefallen. Trotz aller dieser Einzelheiten ist an der

ganzen Geschichte auch nicht ein wahres Wort! Weder in Neapel noch in den angrenzenden Bistümern wußte man irgend etwas von einer Schwester Philomena oder einer andern Nonne, die ähnliches verübt hätte; so erklärten nicht nur die bischöflichen, sondern auch die staatlichen Gerichtsbehörden. — Genau ebenso ging es kurz darauf mit einem angeblichen Priester Don Nicola Bernardini von Venedig, der wegen verschiedener schwerer Sittlichkeitsverbrechen zweiundzwanzig Jahre Zuchthaus erhalten haben sollte, ferner mit einem geistlichen Lehrer Joseso Pellero in Florenz, ebenfalls einem Sittlichkeitsverbrecher, und einem Kapuzinerpater Emanuel von Brescia, der wegen Mordversuches an einer Schülerin in der Christenlehre zu neunzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden sein sollte. Alle diese Persönlichkeiten existieren nicht; die Skandalgeschichten waren völlig frei erfunden!

Wie bewußt verleumderisch von gewissen gewerbsmäßigen Ehrabschneidern verfahren wird, zeigt handgreiflich folgende vor etwa vier Jahren erschienene Notiz der Innsbrucker „Scherer-Korrespondenz zur Förderung der Los-von-Rom-Bewegung", einer seinerzeit ganz besonders reichlich fließenden Lügenquelle, die mit großer Bereitwilligkeit von der sozialdemokratischen Presse in Österreich benutzt wurde: „Berufung. Die Hebamme Rauth in Innsbruck wurde kürzlich zu vierwöchentlichem Aufenthalte ins fürstbischöfliche Palais in Villazzano (Südtirol) abberufen." Was hiemit angedeutet werden sollte, ist klar. Wie steht es aber mit dem fürstbischöflichen Palais? Der Fürstbischof von Trient hat in Villazzano ein Landhaus, das damals von einem verheirateten Offizier bewohnt wurde. Nicht nur zu den Bischöfen, auch bis zum Papste hinauf reichte die Verleumdung. Die päpstlichen Schweizergardisten hätten, so hieß es in einem Artikelchen über den „Papst als Arbeitgeber", das durch zahlreiche sozialdemokratische Blätter und durch eine Reihe anderer Blätter ging, wegen der vermehrten Arbeit des Jubeljahres 1900 eine Aufbesserung verlangt, seien aber vom Papste abgewiesen und die „Rädelsführer" obendrein entlassen worden. An der ganzen Geschichte war kein wahres Wort. Über „fromme Bestien", angeblich katholische Bauern in Lütter (Regierungsbezirk Kassel), die einer zugezogenen Schneiderfamilie ihr Wohnhaus zerstört und sie schwer mißhandelt hätten, entrüsteten sich im Jahre 1903 sozialdemokratische Blätter. In Wirklichkeit waren die „frommen Bestien"

— sozialdemokratische Fabriksarbeiter, die seit Jahren in keiner Kirche das Innere gesehen hatten.

Diese Sammlung über das Thema: „Wie gelogen wird", könnte natürlich beliebig erweitert werden.

Wie die österreichische Sozialdemokratie in der Pfaffenhetze förmlich aufgeht, zeigt sich aus der Märzschrift für das Jahr 1905, die mehr oder minder von der Parteileitung inspiriert ist. Diese Märzschrift, welche das „Proletariat" für die letzten Ziele der Sozialdemokratie begeistern soll, trug den geschmackvollen Titel: „Die Pfaffenpeitsche". Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" widmete dieser „poetischen Kampfliteratur" folgende Empfehlung:

„Den illustrativen Teil hat wieder der Maler Otto Friedrich übernommen, der für die ‚Pfaffenpeitsche' ein farbenprächtiges Tryptichon: ‚Der Triumph des Dogmas', entworfen hat, das von ebenso starker koloristischer wie thematischer Wirkung ist. Namentlich der mittlere Teil des prächtigen Kunstblattes, das einen feisten Bischof zwischen König und Soldknecht einhermarschieren läßt, ist außerordentlich gelungen. Ein gut skizziertes Titelblatt, der ‚Baum der Erkenntnis', vom Proletariat gegen Pfaffenwut geschützt, schmückt die Schrift. Der Text der ‚Pfaffenpeitsche' ist ein ebenso ernster (!) als wirkungsvoller. Es ist die Peitsche der Wissenschaftlichkeit, mit der die Zeloten bearbeitet werden. Ein höchst instruktiver Aufsatz: ‚Zwei Generationen Klerikalismus in Österreich', gibt einen historischen Überblick über die schwarzen Vorstöße seit 1848. Der Lehrer Otto Glöckel schildert die Gefahren, die den Kindern von den Katecheten, den Politikern in der Schulstube, drohen. Dr. W. Ellenbogen führt uns das ganze Sündenregister des Klerikalismus vor Augen. Ein weiterer Aufsatz zerpflückt die Phrase: ‚Dem Volke muß die Religion erhalten werden', und Otto Bauer schildert an der Hand historischer Exempel die Zusammenhänge zwischen Kirche und Kapitalismus. Therese Schlesinger widmet der russischen Revolution ein Gedenkwort. Den poetischen, unterhaltenden Teil der Schrift bestreitet Robert Preußler mit einem schwungvollen Gedichte. Im ganzen muß der würdige (!), ernste (!) Ton, in

dem auch die diesjährige Märzschrift gehalten ist, anerkannt werden, obwohl doch gerade die ‚Pfaffenpeitsche' Anlaß zu ausgelassenster, derbster Satire hätte geben können."

Die Tendenz dieser Preßfehde ist aber ganz offenkundig. Es handelt sich darum, die Religion zu kompromittieren, und weil man es nicht für geraten hielt, gleich mit der Tür ins Haus zu fallen, sucht man auf dem Umwege einer Pfaffenhetze sein Ziel zu erreichen. Daß man dabei auf sicheren Erfolg rechnet, gestand Dr. Berstl auf dem Wiener Parteitage 1898[1]) ein, der ausdrücklich feststellte: „Die indifferenten Teile kennen keinen Unterschied zwischen der Religion und dem Vertreter der Religion." Derselbe Führer gab auch bei dieser Gelegenheit dem Bedauern Ausdruck, daß die Sozialdemokratie ihr Augenmerk nicht darauf richte, durch Naturwissenschaften (gemeint ist darunter nur der Materialismus) die Leute aufzuklären. Mittlerweile ist dieses Versäumnis nachgeholt worden.

Die Reklametrommel für Haeckels „Welträtsel" wird in der ganzen Presse gerührt. Eine charakteristische Anpreisung finden wir im „Arbeiterwille". In demselben heißt es:

„Das all seine Arbeit krönende philosophische Werk ‚Die Welträtsel' führt mit allgemein leicht verständlicher Sprache den Leser erst in das weite Rätselgebiet des Menschen als Teil der Gesamtwelt ... Hier erhebt sich Haeckel zu seiner ganzen Größe, hier stellt er sich stolz und siegend in die Reihe der erhabensten Geister. Wissen und Glauben, Wissen und Christentum fechten hier ihren letzten historischen Kampf aus und das Wissen erstrahlt im Siege. Jedem strahlt es, der diese Stellen mit Liebe und Verständnis liest; hier erblüht ihm die wahre Aufklärung, hier die wahre Freiheit. Unsere neue Sittenlehre, auf unserem Erkennen und Wissen fußend, unsere neue, die hehrste und reinste Religion, erhebt Haeckel, der große Haeckel, hier auf den Altar unserer

[1]) Sieh Protokoll, S. 98.

Vernunft. Die hehrste Philosophie ist es, was er im letzten Kapitel, in der Zusammenfassung aller Wahrheiten, als die ‚Lösung der Welträtsel' dem aufhorchenden, bewundernden, betenden Geiste des Lesers offenbart ... Senkt diese heiligen Wahrheiten in jedes niedergetretene Proletarierherz, wie in jeder Seele des wahrhaft Veredelten und Gebildeten diese Lehren bereits ihre Heimat gefunden haben. Senkt sie in die weichen, bildungsfähigen Seelen eurer Jugend, daß die Saat dieser modernen Geistesfreiheit dort aufgehe und die Zukunft erobere. Denn mit dieser Weltanschauung sinken die Götzen der veralteten Gesellschaft, mit ihr steigt das Bild des Zukunftsmenschen empor, des Menschen, der nicht mehr Partei, nicht mehr Herr und Knecht ist, des vollendeten und veredelten Vollmenschen. Proletarier, kauft euch diese Bibel der modernen Weltanschauung, nehmt sie auf in euch und lernt sie verstehen. Denn aus dieser Erkenntnis heraus wird euere Aufklärung und euere Freiheit, aus ihr wird euere Menschwerdung erstehen! Eritis sicut deus! Ihr werdet sein wie Gott und kein Flammenschwert wird euch aus diesem Paradiese stürzen können."

Haeckels „Welträtsel", die mit dem Christentume gänzlich aufräumen wollen, sind somit zur sozialistischen Bibel geworden.

Die „Arbeiter-Zeitung" (14. Juli 1904) rühmte sich zwar, daß „die berufenen Vertreter des sozialistischen Proletariats es abgelehnt haben, irgend ein philosophisches oder religiöses Bekenntnis zu verdammen oder für allein seligmachend zu erklären", doch das hat das Grazer Sozialistenblatt nicht gehindert, den Haeckelschen Materialismus als die das arme Proletariat alleinseligmachende Lehre zu proklamieren, und den Abgeordneten Schuhmeier,[1]) die „Genossen" zum Austritt aus der Kirche aufzufordern. In einen noch größeren Widerspruch mit diesen in der „Arbeiter-Zeitung" angeführten Prinzipien setzten sich aber jene Führer, denen es plötzlich einfiel, die Los-von-Rom-Bewegung in

[1]) Sieh „Volkstribüne" vom 29. September 1907.

ihr Programm aufzunehmen. Nach dem Berichte eines gewissen Eugen Kappus, der Vorträge über die Los-von-Rom-Bewegung hielt, waren zwei Versammlungen in Steiermark von sozialdemokratischen Vertrauensmännern einberufen und geleitet. Der Emissär des Evangelischen Bundes setzte auf die sozialdemokratische Unterstützung große Hoffnungen. Die sozialdemokratischen Führer, wie z. B. Schuhmeier (der Mitglied einer Wiener Freimaurerloge sein soll), machten aus ihrer Neigung für diese Bewegung kein Geheimnis und im Frühjahre des Jahres 1905 wurde in der sozialdemokratischen Presse über die Agitation zum Austritte aus der katholischen Kirche eine lebhafte Diskussion geführt. Während die böhmischen Parteiblätter in dieser Beteiligung eine Preisgebung des Programmpunktes: „Religion ist Privatsache" erblickten, waren die Blätter in Wien und in den Alpenländern Feuer und Flamme für die Los-von-Rom-Bewegung. Nur die „Arbeiter-Zeitung" (11. März 1905) nahm eine zurückhaltende Stellung ein. Als sie aber gedrängt wurde, sich zu äußern, versuchte sie zu vermitteln und mitten durchzuschwimmen. Da bei dieser Gelegenheit das Zentralorgan zum Schlagwort: „Religion ist Privatsache" eine prinzipielle Stellung nahm, so verlohnt es sich, auf diese Darstellungsweise einzugehen:

„‚Religion ist Privatsache' bedeutet also, wie wir erst unlängst schrieben, ‚daß innerhalb der Sozialdemokratie Religiosität und Irreligiosität keine Scheidungen bilden können, daß beide für uns ins Reich der Freiheit fallen, daß die Gegenstände, um die der Glaube und die ungläubige Aufklärung streiten, für uns keine Parteisache sind', bedeutet also, daß ‚Religion' die Freiheit des einzelnen ist, zu glauben oder nicht zu glauben, was er will und wie er mag. Das bedeutet der Satz und so ist er eine zeitlose Wahrheit, welche alle Kirchen überwinden wird. — Aber, daß der Satz auch bedeuten würde, daß die Kirche — welche Kirche immer — eine Privatsache sei, ist natürlich falsch und so haben wir ihn nie aufgefaßt oder gebraucht. Und wenn sich die Klerikalen gegen die Austrittsbewegung auf ihn berufen, so

kann man ihnen nur mit der Variation einer bekannten Pointe antworten: ‚Mögen sie damit beginnen, die Kirche für eine Privatsache zu halten!' Die Kirche, zumal die katholische in Österreich, die ganz frech mit dem Anspruche auftritt, die Staatsreligion zu sein, ist wirklich alles andere, denn eine bloße äußere Verbindung gleichgesinnter und gleichgestimmter religiöser Überzeugungen. Sie ist schlechtweg eine Machtorganisation — stellenweise, insbesondere unter den entweihenden Händen der niederösterreichischen Christlichsozialen, nichts anderes als ein politischer Verein, der sehr bestimmte politische Ziele verfolgt und sich ungescheut der brutalsten politischen Mittel bedient. Es ist der Sozialdemokratie weder gleichgültig, daß es Kirchen gibt, auch nicht, wie sie beschaffen sind, wie weit ihr Einfluß auf den bürgerlichen Staat reicht; die Kirche ist — das ist ihre Entartung — eine gesellschaftliche Einrichtung geworden wie andere auch und sie anders anzusehen oder zu ihr eine andere Stellung zu nehmen, als eben zu einer Institution von entwicklungsfeindlichem Wesen, wäre natürlich eine Torheit. Der Schutz, wenn man so sagen darf, den in dem sozialistischen Bekenntnis die Religion genießt, also das innere persönliche Empfinden des und der Menschen, die Freiheit, die dem Innenleben eingeräumt ist, die werden natürlich nicht der Kirche eingeräumt, welche vielmehr der Kritik, dem Tadel und der Bekämpfung so ausgesetzt ist, wie jede Einrichtung der Gesellschaft."

Viel mundgerechter hat der „Arbeiterwille" (21. März 1905 den „Genossen" die Notwendigkeit der Los-von-Rom-Bewegung gemacht. Er schrieb nämlich:

„Die Erscheinungen der belebten und unbelebten Natur, Krankheit, Tod, unsere physische und soziale Entwicklung sind uns nicht mehr der Ausfluß einer über uns stehenden persönlichen, unkontrollierbaren Macht, die Naturwissenschaft hat sie in den Bereich ihrer Erkenntnismöglichkeit gezogen, sie findet ihre Erklärung und den Weg, wie sie uns dienstbar werden. Und wenn endlich auch die Gesetze unseres Denkens und unserer Empfindungen wissenschaftlich näher erforscht sind, dann ist die alte Götterlehre gänzlich ihrer Bedeutung entkleidet, dann ist die Menschheit erst mündig geworden. Gestehen wir es uns ein! Mit der sozialen und ökonomischen Befreiung des Proletariats

ist für uns notwendig die Erreichung des eben angegebenen Zieles verbunden. Ist die Gegnerschaft unserer Bestrebungen daher an eine bestimmte Religionsform gebunden? Ist der griechisch-orthodoxe Pope oder der Prediger der englischen Hochkirche ein geringerer Gegner der geistigen Emanzipation als der katholische oder protestantische Priester? Gewiß nicht. Also muß die in Fluß gekommene Bewegung sich gegen alle Erscheinungen des Götterglaubens richten, der Ruf: ‚Los von Rom!' betrifft, so gerechtfertigt er auch ist, ein zu enges Gebiet. Freilich, zur Erkenntnis, warum der Blitzableiter dem alten Jupiter und seinen Nachfolgern das zündende Strahlenbündel aus der Hand gewunden hat, zur wissenschaftlichen Erkenntnis unseres Entstehens, der natürlichen Gesetzmäßigkeit unserer körperlichen und seelischen Natur gehört ein schon in der Jugend daraufhin vorgebildetes Geschlecht. Und dieses muß erst geschaffen werden; dadurch vielleicht, daß zunächst auf politischem Wege der Einfluß der Kirche auf die Kinderseelen gebrochen wird. Und hier trifft es zu, was der Schreiber des obigen Briefes meint, daß die Religionsgenossenschaften mit geringerer Mitgliederzahl leichter freiheitlichen Ideen zugänglich sind. Daher wäre es aber auch verfehlt, wollten wir den Massen raten, die für die volle wissenschaftliche Erkenntnis noch nicht reif sind, sie sollten römisch-katholisch, d. h. bei der herrschenden Religionsgenossenschaft verbleiben. Nur Minoritäten sind radikal; der österreichische Protestantismus und noch mehr der Altkatholizismus läßt uns viel mehr Spielraum, jene Zeit vorzubereiten, die endgültige Befreiung bringt, da Naturerkenntnis Religion heißt, die Religionsgenossenschaft Konfessionslosigkeit ist."

Die Los-von-Rom-Bewegung ist somit ein Durchgangsstadium, um die Arbeiter allmählich von jenem Dogmenglauben loszureißen. Diese Geständnisse einer schönen Seele zeigen mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, daß der Kampf gegen den Klerikalismus und das „Pfaffentum" doch nichts anderes ist als der Kampf gegen die geoffenbarte Religion. Mit Hilfe der Naturwissenschaften, „vor denen jeder Dogmenglaube dahinschmilzt wie das Eis

vor der Frühlingssonne",[1]) hoffen diese sozialdemokratischen Führer die „Aufklärungsarbeit" besorgen zu können. Man kann daher mit einer gewissen Berechtigung sagen, daß die österreichische Sozialdemokratie nicht bloß in ihrer Theorie, sondern auch in ihrer Praxis antikatholisch ist. Mag auch das letzte Wort über die Religion die österreichische Sozialdemokratie noch nicht gesprochen haben, so bleibt ihr doch ihr Haß gegen die katholische Kirche als charakteristisches Kennzeichen.[2])

Ihr Streben geht dahin, den Einfluß der Kirche auf die Massen zu untergraben und deshalb begnügt sie sich nicht mit der Pfaffenhetze und der Propaganda des Materialismus durch Wort und Schrift, sondern verlangt auch vom Staate solche Maßregeln, welche die Einflußsphäre der Kirche verringern sollen. Im Hainfelder Programme wird als Minimalforderung aufgestellt: Trennung der Kirche vom Staate und Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Schule. Dr. Ellenbogen[3]) begründet letztere Forderung mit folgenden Worten:

„Das Kind kann sich eine religiöse Überzeugung nicht bilden. Ihm wird die Religion ein leerer Formelkram, denn eindrillen, eintrichtern läßt sich die Religion nicht. Aus dieser

[1]) Sieh „Arbeiterwille" vom 26. März 1905.

[2]) Diesem Hasse hat der Abgeordnete Schuhmeier gelegentlich der Kongregationsdebatte auch Ausdruck verliehen, indem er sich zu folgendem Satze verstieg: „Das Christentum, welches wir heute vor uns haben, ist kein Christentum in dem Sinne, wie es der Zimmermannssohn gelehrt hat; das ist eine Lehre, die, um Geld zu bringen, ausgeheckt und zurechtgelegt wurde." (Stenogr. Prot. vom 19. November 1901, XVII. Sess., 72. Sitzg., S. 6907.)

[3]) Sieh „Was will die Sozialdemokratie?" S. 55. Abgeordneter Seitz hielt am 11. April 1902 im österreichischen Parlamente eine längere Rede über die Schulfrage, wobei er unter anderem sagte: „Das eine kann man ganz gut sagen, daß die Religion nicht unbedingt notwendig ist, um moralische Menschen zu erziehen." (Stenogr.

Stellung resultiert nun eine energische Stellungnahme dagegen, daß irgend eine Religion zu einem Dinge wird, das den Leuten von Staats wegen aufgetragen wird, woraus weiter resultiert, daß es auch jedem gestattet sein muß, seine Überzeugung, sofern sie gegen die Religion gerichtet ist, offen gleichfalls kundzutun, und es muß der Wissenschaft völlig freistehen, alle religiösen Anschauungen in den Kreis ihrer Untersuchungen zu ziehen."

Um das letztere Ziel leichter zu erreichen, hat sich die österreichische Sozialdemokratie große Mühe gegeben, die Lehrerschaft mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Dieses Liebeswerben hat bei einem Teile der Lehrerschaft auch Erhörung gefunden. So schrieb Jessen in den „Freien pädagogischen Blättern" vom Jahre 1894, Nr. 48:

Prot. vom 11. April 1902, S. 11.239. Diese Rede ist auch als Separatabdruck unter dem geschmackvollen Titel: „Volksschule oder Pfaffenschule?" erschienen.) Dieser Rede widmete die „Arbeiter-Zeitung" am 12. April 1902 einen Leitartikel, in dem es u. a. heißt: Zum ersten Male im österreichischen Parlamente war es heute einem sozialdemokratischen Redner gegönnt, die Grundanschauungen unserer Partei über die Schule im Zusammenhange und mit einiger Ausführlichkeit darzulegen. Seitz hat vor allem als echter Lehrer gesprochen und darum als rechter Sozialdemokrat. Der Lehrer, dem die Schule Selbstzweck ist, muß zur Sozialdemokratie kommen. Aller Kampf um die Schule geht darum, daß heute die Schule zu Herrschaftszwecken mißbraucht wird, sei es Staatsherrschaft oder Kirchenherrschaft, die beide besondere Formen der Klassenherrschaft sind. Die Sozialdemokratie allein will nicht herrschen, weder in der Schule noch durch die Schule; sie will die Jugend nicht formen zu Herrschaftszwecken, sie will ihre Kräfte entbinden, befreien; erziehen heißt ihr emporziehen. Die Forderung der konfessionslosen Schule ist keineswegs gegen den Glauben, ja nicht einmal gegen die Kirche gerichtet. Solange es gläubige Eltern gibt, werden sie es sich nicht nehmen lassen, zu versuchen, ihre Gläubigkeit auf ihre Kinder zu übertragen, und den Sozialdemokraten fällt nicht ein, ihnen das verwehren zu wollen. Wenn sich Gläubige zu Religionsgenossenschaften zusammenschließen, die mit den Kindern kirchliche Zeremonien vornehmen und sie zu religiösen Übungen verhalten wollen, so gönnt ihnen die Sozialdemokratie jede

„Die österreichischen Lehrer werden sich ebenfalls der sozialdemokratischen Partei zuwenden, weil sie sich sagen werden, der Sozialismus hat eine Zukunft und je mehr wir uns der Partei anschließen, desto früher wird dieselbe über alle reaktionären Elemente siegen und dann werden wir uns wieder unserem Berufe widmen können."

Daß gerade der Bruch mit dem Christentume einen Teil der Lehrerschaft ins sozialdemokratische Lager hinüberführte, geht aus folgender Auslassung der „Niederösterreichischen Schulzeitung"[1]) vom Jahre 1889, Nr. 35, hervor:

„Man möge ruhig darüber nachdenken, wenn die Wortführer der sozialdemokratischen Partei offen sagen: ‚Wir lassen uns nicht mehr auf das Jenseits vertrösten.' Jene soziale Wirkung des Christentums zur Zeit des Verfalles des römischen Weltreiches kann heute nicht statthaben. Damals vermochten die neuen Lehren das Joch der Sklaverei zu brechen, heute sieht die breite Masse des Volkes trotz der Lehre von der Gleichheit aller Menschen die tatsächliche Ungleichheit, sieht eine neue Sklaverei in der furchtbaren Abhängigkeit, in welche der Arbeiter im unausweichlichen Kampfe um seine Existenz geriet. — Der

---

Freiheit dazu. Sie wehrt sich aber dagegen, daß die Schule ihrem Zwecke (!) entfremdet, daß sie zur Verbreitung des Dogmenglaubens der diversen Kirchen mißbraucht werde, daß sie zum Instrument irgend einer Kirchenherrschaft diene." — Nach Dr. Ellenbogen hat die Schule den Zweck, den Menschen „mit den Waffen des Wissens zu versehen, den Verstand zu schärfen und damit ein freieres Urteil, Selbstbewußtsein und somit Sittlichkeit im höheren Sinne zu verschaffen". Das seien aber Dinge, die mit der Religion nichts zu tun haben. Einen Beweis für die letzte Behauptung bleibt Dr. Ellenbogen schuldig. (Sieh seine Broschüre: „Was wollen die Sozialdemokraten", Wien 1907, S. 17 und 18.) Überhaupt ist die Behauptung, daß die Sittlichkeit unabhängig von der Religion sei, bei allen sozialistischen Schriftstellern zu finden.

[1]) Zitiert in: „Jammerbilder österreichischer Schulzustände", 3. Bdch.: „Sozialdemokratie in der Lehrerschaft" von Franz Stauracz, Wien 1897, S. 41.

Glaube ans vergeltende und entschädigende Jenseits ist ins Wanken geraten. Wir müssen uns die Frage vorlegen, ob für die Massen des Volkes jener Idealismus zu hoffen ist, den auch wir zu unserem inneren Glücke, zu unserer Zufriedenheit nicht entbehren können. Es ist die Freude an der unvergleichlichen Schönheit der Natur, der geläuterte Genuß an den ewig schönen Werken der Kunst und die nicht in toten Buchstaben, sondern in lebendiger Tat sich äußernde Menschenliebe. Vermöget ihr nicht diese Religion in das Herz der Jugend zu pflanzen, so sehet zu, wie ihr mit den entfesselten Gewalten fertig werdet."

Da diese Koalition mit den „Jungen" der Lehrerschaft nicht zum Ziele führte, setzt nun die Sozialdemokratie ihre ganze Hoffnung auf den Verein „Freie Schule", der seinen Feldzug mit der Bekämpfung der religiösen Übungen[1]) begann. Daß aber diese Taktik doch nur zu dem einen Zwecke, nämlich der Verdrängung des Religionsunterrichtes aus der Schule, dient, das geht aus einer Notiz der „Freien pädagogischen Blätter" vom Jahre 1894, Nr. 42, hervor:

„Die Aufnahme der Religion unter die Zahl der obligaten Lehrgegenstände unserer Schule entsprang zum Teile dem Wunsche des Ministers v. Hasner, um der Kirche einen Vorwand zur Bekämpfung des Reichs-Volksschulgesetzes zu entziehen. Dieser Zweck ist aber nicht erreicht worden. Im Gegenteil: Der obligate Religionsunterricht hat uns den Feind ins Haus gebracht. Der Religionsunterricht hat die religiösen Übungen nach sich gezogen, die zu jenem Unterrichte stehen wie Praxis zur Theorie. Und seit lange wird schon von den Schulgegnern auf die Notwendigkeit einer Harmonie in dem gesamten Schulunterrichte hingewiesen, um dafür Stimmung zu machen, daß die Schule wieder unter die kontrollierende

[1]) In der oben angeführten Rede des Abgeordneten Seitz wird bereits von „freier Schule" gesprochen und der erste Sturmlauf gegen die religiösen Übungen unternommen. Sieh auch den Antrag der Abgeordneten Seitz, Nemec, betreffend die Reform der Schul- und Unterrichtsordnung, eingebracht im Reichsrate am 27. Juni 1907.

Macht der Kirche gebeugt werde. Denn der feste, unwandelbare, jedweder Änderung entrückte Punkt im Getriebe des Schullebens — so wird versichert — sei gerade der auf den Dogmen der katholischen Kirche ruhende Religionsunterricht, nach dieser Dominante haben sich alle anderen Disziplinen in Stimmung zu setzen. Die Träger des Religionsunterrichtes haben daher auch keine unterrichtlichen Konzessionen zu machen, sondern vielmehr solche Konzessionen zu fordern, somit seien sie die berufenen Herren der Schule."

Die religiösen Übungen stehen also zum Religionsunterrichte wie Praxis zur Theorie; da für die Beseitigung der letzteren der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, beginnt der Kampf gegen die erstere, um so den „Feind", den Hasner ins Schulgesetz brachte, hinauszubringen.

Einen gesetzlichen Schutz gegen Beleidigungen der religiösen Gefühle will die Sozialdemokratie nicht anerkennen und deshalb bemühte sich die Fraktion im österreichischen Parlamente, die Aufhebung der Religionsstörungs-Paragraphen[1]) durchzusetzen. Wenn auch die bisherigen Versuche gescheitert sind, so wird im neuen Parlamente mit um so größerem Eifer diese Arbeit wieder in die Hand genommen werden.

Das innige Verhältnis, welches zwischen Freidenkertum und Freimaurern und Sozialdemokraten in Österreich besteht, ist in der letzten Zeit zum Ausdruck gekommen. Am Freidenkerkongreß in Prag (1907) waren die tschechischen Sozialdemokraten die Rufer im Streite und auch der bekannte Abgeordnete Schuhmeier ließ es sich nicht nehmen, dieser Tagung, die erfüllt war von einem infernalen Haß gegen Gott und Christus, folgenden Epilog zu widmen:[2])

---

[1]) Antrag des Abgeordneten Schuhmeier auf Aufhebung der §§ 122, 123, 124, 303 und 304 St.-G. (Stenogr. Prot. vom 24. Oktober 1901, XVII. Sess., 64. Sitzg. Eine Begründung des Antrages erfolgte gelegentlich der Kongregationsdebatte am 19. November 1901.)

[2]) „Volkstribüne" 25. September 1907.

„Der Kongreß hat nicht umsonst getagt. Tausende und Abertausende, denen das Wort Freidenker bisher ein Novum war, haben erfahren, daß ungeheure, weite Schichten des Volkes, allen voran die sozialistische Arbeiterschaft, den Kampf gegen den Klerikalismus ernst nehmen. Was ein Streik im wirtschaftlichen Kampfe, das bedeutet der Kirchenaustritt im religiös-kirchlichen Kampfe der Neuzeit. Dort geht's dem Kapitalismus, hier dem Pfaffentum an den Kragen. Darum rufen wir mit dem großen tschechischen Dichter Havlicek: ‚Glaubet den Pfaffen nichts und gebt ihnen nichts!'"

Daß die Freimaurer Anschluß an die Sozialdemokraten suchen, das geht aus der Festrede hervor, die Br. ·. Emmerich Szekely am 8. April 1906 bei der Großversammlung der Symbolischen Großloge (dem auch die österreichischen Freimaurer angehören) hielt. Br. ·. Szekely gibt seiner Großloge, zu der auch Br. ·. Zenker als hervorragendes Mitglied gehört, folgende Direktiven („Orient" 1906, Nr. 5 vom 31. Mai, S. 135 ff.):

„Wir müssen die sozialistische Weltanschauung nicht bloß in einzelnen Teilen, sondern in ihrer ganzen Ausdehnung in den Geist der Freimaurerei einführen; wir müssen uns den Gestaltungen der sozialen und wirtschaftlichen Evolution anschmiegen und die Schaffung des sozialistischen Staates nicht bloß mit passivem Wohlwollen, wie wir es bisher taten, sondern durch tatsächliche Mitwirkung fördern ... Es ist zwar wahr, daß die Freimaurerei in der ganzen Welt überwiegend von bürgerlicher Zusammensetzung ist, aber die Elemente, welche sie bilden, sind die Bewahrer der edelsten Überlieferungen der bürgerlichen Revolution und streben ernstlich nach deren Verwirklichung. Sie wissen, daß wir trotz der Unmasse von vergossenem Blut und trotz unendlicher Leiden noch weit vom Ziele entfernt sind, und sie bemühen sich, mit den Mitteln der Humanität und mit der Propaganda der Aufklärung die zwischen die Klassen eingekeilten Verrammlungen niederzureißen ... Es genügt nicht, kontemplativ die Parallele zwischen Freimaurerei und Sozialismus zu ziehen und deren Ideenzusammenhang zu konstatieren, sondern wir müssen Mittel und Wege zu praktischem Zu-

zusammenwirken aufzusuchen. Wir müssen die Idee, die Notwendigkeit und die Berechtigung des Klassenkampfes anerkennen und demgemäß den Kreis unserer eigenen Rolle bestimmen.... Es ist meine feste Überzeugung, daß die Freimaurerei nur dann ihrem Berufe entspricht, wenn sie *aktiv teilnimmt an dem Werke der sozialistischen Organisation*.... Es gibt keinen andern Weg für uns, als die Elemente der radikalen Bestrebungen huldigenden kleinen und mittleren Bürgerschaft und Intelligenz im Rahmen der Freimaurerei und draußen in der Welt in ein gemeinsames Lager zusammenzuscharen und an der Verwirklichung des wirtschaftlichen und kulturellen Programmes der Arbeiterklasse teilzunehmen. Dieses Programm ist im wesentlichen auch das unserige, nur daß unsere Kampfesstellung bei Erkämpfung der Abänderung der Kräfteverhältnisse eine andere ist. In der bürgerlichen Revolution war die Bürgerschaft das leitende, kämpfende Lager und die noch unentwickelte Arbeiterschaft die Hilfstruppe; heute, da in ganz Europa der bürgerliche Liberalismus abgewirtschaftet hat, wie in Belgien, Österreich und in unserem Vaterlande (Ungarn), bleibt der Freimaurerei nur ein einziger Weg offen: sich auf die radikale Demokratie einzuschwören und *sich der Arbeiterschaft*, die stärker ist als sie, *als Hilfstruppe anzuschließen*, damit sich die revolutionäre Umgestaltung auf friedlichem, parlamentarischem Wege vollziehen könne. In solcher Art müssen wir die Verbindung herzustellen suchen, denn die Arbeiterschaft kann ja, insolange sich ihre Aktion ausschließlich auf die Organisierung von Lohnarbeitern erstreckt, für sich allein die Vorbedingungen der neuen Ordnung nicht mit Erfolg erkämpfen und sie kann nur dann auf den Sieg rechnen, wenn sie aus der Reihe der Gegner sich Freunde, aus der Reihe der mit ihr sympathisierenden Bürger Waffengenossen erwirbt und solcher Art sich eine Majorität schafft, die mit den Veränderungen nicht bloß einverstanden ist, sondern sie auch selbst wünscht und für sie zu kämpfen bereit ist.... Gefallen wir uns doch nicht um jeden Preis in der Rolle des Protektors der Arbeiter, sondern organisieren wir uns selber. Die Arbeiter haben mit vollem Rechte kein Vertrauen zu unserer blutarmen Kultur, zu den Lehren unserer gefälschten Klassenwissenschaft; aber wenn wir uns das Übergangsprogramm des Sozialismus offen zu eigen machen, wenn wir die Verallgemeinerung der politischen Rechte, die Vergesellschaftlichung

des Sanitäts-, Wohnungs-, Beleuchtungs-, Unterrichts-, Ernährungs- und Bergwerkswesens fordern, wenn wir nicht bloß in unseren abgeschlossenen Bauhütten, sondern auch vor der großen Öffentlichkeit für Trennung von Staat und Kirche, für Aufhebung der Fideikommisse und der Güter der toten Hand ... agitieren; wenn wir auch in die in Vorbereitung befindliche Kodifikation des Privatrechtes den Geist der sozialistischen Weltanschauung hineingetragen: dann werden wir auch die verknüpfenden Bande schon gefunden haben. Meine Konklusion ist daher: die neue Freimaurerei soll die Fachorganisation der Intelligenz schaffen und aussprechen, daß in ihrem Schoße auch auf rein sozialistischer Grundlage gebildete Logen Platz finden. (Z. B. die Loge „Sokrates" mit Br. . Schuhmeier u. s. w.) ... Meine Brüder! Herunter mit der Maske, aufgeschlagen das Visier: Das Schlagwort von der Volkskonstitution soll zur Wahrheit werden und damit dies geschehen könne, verkünden wir offen die Waffenbrüderschaft der Freimaurerei mit dem Sozialismus."

So der Festredner in der Großloge am 8. April 1906.

Sehr beachtenswert sind auch die Versuche der Sozialdemokraten, die modernen Anschauungsweisen über Religion den „Genossen" mundgerecht zu machen. Die Materialisierung der Religion, wie sie Adam Albert, Gustav Frenssen, Otto Pfleiderer und andere betreiben, kommt der Sozialdemokratie zu gute. Religion hat daher nach Ansicht dieser „religiösen" Sozialdemokraten mit Kirche, Konfession und Dogma nichts zu tun, und der Ausspruch des Nietzschen Agitators Hornesser: „Jeder ist sein eigener Religionsstifter", der eigene Schöpfer seiner Religion, wird in manchen sozialistischen Kreisen volles Verständnis finden. Damit deckt sich auch, was die „Arbeiter-Zeitung"[1]) schrieb:

„Die Religion ist jedem einzelnen kein Erbgut mehr, nichts äußerlich Überliefertes, das gilt, weil es den Ahnen heilig ge-

[1]) Wien, 31. März 1907.

golten, sondern eine Errungenschaft, ein Erzeugnis seines eigenen Fühlens, Wissens, Könnens, ein Spiegelbild seines individuellen Schicksals. So hat eine ungeheure soziale Umwälzung die Religion zum eigensten, selbsterworbenen Besitz jedes einzelnen, zu seiner persönlichen Sache, zu seiner Privatsache gemacht."

Daß bei dieser persönlichen Religion der Seelsorger sehr überflüssig wird, ist sehr naheliegend.

Wenn wir die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Religionsfrage überblicken, so finden wir, daß die Partei zwei Eisen im Feuer hat. Auf der einen Seite möchte man frank und frei die Fahne des Religionskampfes entrollen und auf der andern Seite ist man ängstlich bemüht, durch Schlagworte und durch ebenso langatmige wie langweilige prinzipielle Erörterungen die wahren Absichten zu verdecken und an Stelle des Materialismus den Mystizismus setzen. Warum die österreichische Sozialdemokratie dieses Doppelspiel treibt, das verriet der tschechische Genosse Steiner:[1]) „Neun Zehntel der Menschen sind heute gläubig und von dem letzten Zehntel gibt es viele, die schwanken zwischen Glauben und Unglauben. Wir Sozialdemokraten sind uns über die Sache allerdings klar, aber bei den Indifferenten stoßen wir mit unserem Programme an." Man will eben nirgends anstoßen und deshalb gestaltet sich das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religion so kompliziert, wie wir es gesehen haben. Nicht unerwähnt darf aber bleiben, daß manche Verteidiger der Religion dadurch Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie treiben, daß sie die Lösung der Arbeiterfrage nur durch fromme Ergebung des wirtschaftlich Vernichteten in sein Schicksal und durch Werke der Barmherzigkeit zu erreichen meinen.

---

[1]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1901, S. 114.

Sozialdemokratische Moral.

Da der Marxismus alle sittlichen Ideen aus den materiellen Produktionsverhältnissen ableitet, so kann es in seinen Augen keine allgemein gültige, unwandelbare sittliche Grundsätze geben. Daß die konkreten Forderungen, welche sich auf bestimmte Grundsätze der Moral stützen, nicht immer gleich sind, geben auch jene zu, die nicht auf die materialistische Geschichtsauffassung eingeschworen sind; doch der Marxismus will nicht einmal die Unveränderlichkeit dieser allgemeinen Grundsätze anerkennen.

Am klarsten hat dies Engels in seinem „Dühring“[1]) ausgesprochen:

„Wir weisen eine jede Zumutung zurück, uns irgend welche Moraldogmatik als ewiges, endgültiges, unwandelbares Sittengesetz aufzudrängen, unter dem Vorwande, auch die moralische Welt habe ihre bleibenden Prinzipien, die über der Geschichte und den Völkerverschiedenheiten stehen. Wir behaupten dagegen: alle bisherige Moraltheologie sei das Erzeugnis der jedesmaligen ökonomischen Gesellschaftslage.“

Nach Ansicht der Sozialisten habe es bisher nur eine Klassenmoral gegeben. Erst im Zukunftsstaate, wo die Klassengegensätze überwunden und für die Praxis des Lebens vergessen seien, werde es erst eine wirklich menschliche Moral geben. Die Menschen sollen gleichsam durch die Veränderung der sozialen Institutionen auf eine höhere sittliche Stufe gebracht werden. Die Verbesserung der Sitten soll demnach nicht von der Religion, sondern von der Revolution, welche bessere soziale Institutionen schafft, kommen und daher dreht sich auch die sozialdemokratische Moral um den Klassenkampf und sieht nur das als moralisch gut an, was die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse begünstigt und fördert.

[1]) Sieh 3. Aufl., S. 89 f.

Die Sozialdemokratie sucht daher in ihren Anhängern das Solidaritätsgefühl, die Begeisterung für die sozialistischen Endziele, den Haß gegen alles und gegen jeden, der sich der Verwirklichung ihrer Ideen hinderlich in den Weg stellt, zu erwecken und zu nähren. Sie verlangt von ihren Anhängern Opfer für diese Ideen und erzieht sie zur Arbeitsfreude, zur Enthaltsamkeit (sieh Antialkoholbewegung), um die einzelnen für den Klassenkampf stärker und ausdauernder zu machen.

Da die Sozialdemokratie als die einzige Trägerin der sozialistischen Ideen betrachtet wird, so reduziert sich die ganze Sittlichkeit, zu welcher die „Genossen" erzogen werden, auf jene Tugenden und Fähigkeiten, die notwendig sind, um einen politischen Kampf erfolgreich zu führen. Das sozialistische Moralprinzip heißt daher: „Alles ist erlaubt, was die Veränderung der sozialen Institutionen schneller herbeiführt, und alles ist verboten, was diesen Entwicklungsprozeß verlangsamen könnte." Die Sozialdemokratie bemüht sich, mit Hilfe dieses Prinzipes ihre Anhänger zu einer bis zur Selbstaufopferung gehenden Begeisterung für die Sache, zu einer ungewöhnlichen Ausdauer in der Verfolgung der angestrebten Ziele und zu einer eisernen Disziplin zu zwingen. Doch mit dem Resultate dieser Bemühungen sind die Sozialisten selbst nicht zufrieden und gestehen zu, daß sie ebensowenig im stande sind, wie es die französische Revolution war, das Problem der Erziehung für eine bestimmte Gesellschaftsordnung zu lösen. Der proletarische Klassenkampf wird als ein Kulturideal hingestellt, welcher das Wunder hervorbringen soll, daß die Einzelinteressen den Gesamtinteressen untergeordnet werden, doch die Praxis zeigt vielfach, daß der Appell an den Klassenegoismus doch nicht im stande ist, dieses Wunder zu vollbringen. Die hetzerische Art der sozialistischen Propaganda rächt sich nun dadurch, daß sie Instinkte in den Massen weckt, welche die Menschen auch innerhalb ihrer eigenen

Interessengemeinschaften gegeneinander treiben, ihr tieferes Gewissen abstumpfen und damit überhaupt die moralischen Kräfte zerstören und ungepflegt lassen, welche für jedes dauerhafte Organisationswerk unentbehrlich sind.[1])

Auf die österreichische Sozialdemokratie lassen sich mit Recht die Worte Carlyles anwenden: „Wo du eine Lüge findest, da verachte sie. Lügen sind eigentlich nur dazu da, um verachtet zu werden, sie harren sehnsüchtig der Verachtung. Nur bedenke wohl, in welchem Geiste du es tun willst, nicht mit Haß, mit vorschneller, eigennütziger Gewalt, sondern mit Lauterkeit des Herzens, mit heiligem Eifer, voll Sanftmut, ja beinahe mit Erbarmen! Denn du willst doch die alte Lüge nicht durch eine neue Lüge ersetzen — und eine neue Ungerechtigkeit von dir würde auch eine Lüge sein, die Mutter von noch anderen Lügen. Da wäre ja das Ende der Sache noch schlimmer als der Anfang." Ohne ethische Überwindung und Reinigung des revolutionären Geistes wird aber das Endziel der Sozialdemokratie niemals ein Kulturideal sein und gerade die Abkehr von den christlichen Moralprinzipien wird es dem Sozialismus unmöglich machen, gewisse Errungenschaften der Kultur dauernd zu bewahren.

Das Evangelium der Unversöhnlichkeit, des Hasses und der gegenseitigen Mißachtung ist eine traurige Hinterlassenschaft der französischen Revolution und muß auch wieder zur Revolution führen, und damit ist auch erklärt, warum der Sozialismus von Hause aus ein revolutionäres Gewand trägt. Daß auch die österreichische Sozialdemokratie von diesem Geiste erfüllt ist, darüber gab ihre Haltung gegenüber der russischen Revolution, die von ihrer Presse als die Vorläuferin der großen Umwälzung begrüßt wurde und die jene Fanatiker

[1]) Sieh Dr. Foerster, Christentum und Klassenkampf, S. 654. (Abgedruckt in der Monatsschrift für christliche Sozialreform, Zürich 1906.)

welche mit Dynamit arbeiteten, um Angst und Schrecken den Machthabern einzuflößen, als „Helden“ in überschwenglichen Worten feierte, den besten Aufschluß. So schrieb z. B. die „Arbeiter-Zeitung“ vom 19. Februar anläßlich der Ermordung des Großfürsten Sergius:

„Die Exekution des Großfürsten Sergius ist eine notwendige Episode in dem ungeheuren Drama und sie hat das Bedürfnis nach Gerechtigkeit aller sittlich Empfindenden erfüllt. Die namenlosen Helden, die ihr Leben hingaben, um jene Bombe zu schleudern, die den Urheber gehäufter Untaten vernichtete, sie sind die Märtyrer des höchsten menschlichen Rechtes. Mögen die Heuchler und Pharisäer Krokodilstränen vergießen um das durchlauchtigste Blut, das da vergossen wurde, wir sagen ruhig mit Sasonow, der den Mordbuben Plehwe getötet: Bedauerlich ist nur, daß der schuldlose Kutscher sein Leben einbüßen mußte. ... Heute, mitten in der Revolution, kann die individuelle Gewalt, das Attentat gegen die Schreckensmänner des Zarismus, nicht lähmend auf die revolutionären Massen wirken, sondern muß sie ermutigen und zum Äußersten ermutigen. Die revolutionären Parteien, ohne Ausnahme, rufen heute das Volk auf, zu den Waffen zu greifen, wo es ihrer habhaft werden kann, und die Waffe dorthin zu richten, wo sie am empfindlichsten trifft, ist die Regel jeder Kriegskunst. So ist der Terrorismus in Rußland heute eine durchaus logische, wirksame revolutionäre Methode, wofür man ihn so oft in anderen Ländern und zu anderen Zeiten mit Unrecht hielt. Die Bombe, die den Sergius traf, ist ein Werkzeug nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch der vernünftigen revolutionären Politik.“

In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Abgeordnete Daszynski:[1])

„Und mag der eine oder der andere über das Wort Revolution erschrecken, ich behaupte dennoch, wenn für unsere Zukunft, für unsere Existenz hundert Revolutionen notwendig sein sollten, wir diese hundert Revolutionen machen müssen.“

[1]) Sieh stenographisches Protokoll des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 26. Juni 1905, XVII. Sess., S. 30.501.

Wenn man die Berechtigung und Selbständigkeit bestimmter Moralgrundsätze leugnet und wenn einzig und allein nur das Parteiinteresse das Moralprinzip ist, dann ist es auch erklärlich, daß bei der Bekämpfung der politischen Gegner alle Mittel erlaubt sind, wenn sie nur das Parteiinteresse fördern. So ist auch die rohe, haßerfüllte Sprache der sozialistischen Presse zu erklären, die es mit der Wahrheit dem Gegner gegenüber nicht so ernst zu nehmen braucht.[1] Pernerstorfer hat auf dem Linzer Parteitage erklärt, daß seine Partei jeder Autorität zweifelnd gegenüberstehe, daß somit die moralische Pflicht des Gehorsams gegenüber der Autorität für sie nicht existiere. Und daß die sozialistische Presse sich eifrig bemüht, die Prostitution, den Diebstahl, den Betrug als Folgen des Privateigentums hinzustellen, ist bekannt. Um die christliche Moral zu diskreditieren, pflegt die Presse auf die Fehler und Laster der religiös gesinnten Menschen hinzuweisen, um bei den „Genossen" den Eindruck zu erwecken, daß die christliche Moral die Sittlichkeit des Volkes nicht zu heben im stande sei.

Die sozialdemokratische Moral arbeitet nur mit diesseitigen Motiven und wo eine Handlung für das Partei-

[1]) Bekannt ist der Ausspruch Kautskys: „Eine der wichtigsten Pflichten ist die Pflicht der Wahrhaftigkeit den Genossen gegenüber. Dem Feinde gegenüber hat man diese Pflicht nicht anerkannt." (Sieh „Neue Zeit", XXI. Jahrg., I., 5, zitiert in Cathrein, „Sozialismus", 1906, 9. Aufl., S. 248.) Im Lager des Sozialismus hat man aber anerkannt, daß die „Morallehre" nicht im stande ist, ihr neue Anhänger zuzuführen, und deshalb wurde auf dem I. internationalen Sozialistenkongresse erklärt, „daß die internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlagen ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkennen". (Sieh „Die Ethik des Sozialismus" von George Sorel, abgedruckt in den „Sozialistischen Monatsheften", Berlin 1904, I. Bd., S. 366 f.)

interesse indifferent ist, beginnt erst die Freiheit des Individuums. Wenn heute die Anhänger des Sozialismus noch vielfach sich der christlichen Moral akkommodieren, so ist dies einerseits darauf zurückzuführen, daß sie sich dem Einflusse der christlichen Ideen doch nicht so schnell entziehen können, wie es in ihren Augen wünschenswert wäre, und andererseits damit zu begründen, daß ein Ausleben nach sozialdemokratischer Moral heute noch dem Parteiinteresse mehr schaden als nutzen würde. Solange die Aussichten für eine gewaltsame Revolution noch sehr schlecht stehen, wird ein Bombenattentat als ein „wahnwitziges Unternehmen" verurteilt und das Wort „Revolution" nur als Revolutionierung der Geister verstanden, wenn man aber Morgenluft wittert, dann wird die Maske fallen gelassen, das rote Banner entrollt und die Bombenwerfer als Helden verehrt. Von dieser Metamorphose der österreichischen Sozialdemokratie konnte sich anläßlich der russischen Revolution jedermann überzeugen.

Wenn wir die praktischen Anwendungen dieser Moral auf einzelne kulturelle Vorgänge verfolgen, so nimmt in erster Linie die Frage unser Interesse in Anspruch, welche Formulierung hat die Frauen- und Familienfrage unter dem Einflusse der sozialistischen Ideen gefunden?

Frauen- und Familienfrage.

In der Frauen-Emanzipationsbewegung stehen die Sozialisten auf der äußersten Linken, sie erstreben völlige Gleichstellung der Frau mit dem Manne im gesamten öffentlichen und privaten Leben, im sozialen Leben des Staates, der Gemeinde und des Hauses und ebenso im wirtschaftlichen Erwerbsleben. Nach dem Hainfelder Programme sollen alle Gesetze beseitigt werden, wodurch die „Frau gegenüber dem Manne öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich in Nachteil ge-

setzt wird" und ihr vom zwanzigsten Lebensjahre an das aktive und passive Wahlrecht für alle Vertretungskörper zuerkannt werden. Bezüglich des wirtschaftlichen Erwerbslebens verlangt das Programm Verbot der Nachtarbeit und Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Am deutlichsten kam auf dem internationalen Arbeiterschutzkongreß in Zürich (1897) der Gegensatz zum Ausdrucke, der in dieser Frage die christliche von der sozialistischen Weltanschauung trennt. Auf sozialistischer Seite hatten Frau Zetkin, Bebel, Frau Lily Braun und Pernerstorfer die Führung. „Die Ausschließung der Frauenarbeit aus der Fabrik — erklärte Bebel — hat die Prostitution der arbeitslos gewordenen Frau zur Folge. Sie wollen auch die Mädchen aus der Fabrik ausschließen — das ist Utopisterei. Wir sind für Verbot aller Frauenarbeit, die gesundheitsschädlich und unmoralisch wirkt."[1]) Prälat Dr. Scheicher erwiderte, daß die Frau in der Familie noch immer besser daran sei als im Konkurrenzkampfe nicht nur mit den Frauen, sondern auch mit dem Manne. Nicht Berufsarbeit der verheirateten Frau sei anzustreben, sondern die Verwirklichung jener Stelle des päpstlichen Rundschreibens über die Lage der Arbeiter, welche sagt: Jeder Mann soll von seiner Arbeit anständig leben und seine Familie erhalten können. „Wir wollen der Frau die Arbeit nicht wehren, aber sie soll nicht fern vom Hause arbeiten, sondern bei den Kindern. Die beste Erinnerung meines Lebens — schloß Dr. Scheicher — ist die an meine Mutter, und ich wünsche, daß den künftigen Generationen das gleiche Glück zu teil wird, daß auch sie einst zurückblicken können wie wir auf die schönste Zeit, wo uns bei der Heimkehr aus der Schule die Mutter empfing!" Gegenüber diesen Ausführungen zeichnete scharf und klar

[1]) Siehe Christlichsoziale Monatsschrift, XIX. Jahrg., 9. Heft.

Pernerstorfer den zwingenden taktischen Grund der österreichischen Sozialdemokratie für die Fabriksarbeit der verheirateten Frau: „Die Maschine, der Großbetrieb, jetzt in den Händen von Privaten, wird uns schließlich befreien. Unsere Gegner wissen sehr wohl, daß, solange die Frau in der Familie bleibt, sie unseren Bestrebungen unzugänglich ist."

Ein noch größerer Gegensatz zur christlichen Weltanschauung zeigt sich bei der Auffassung der Ehe. Einen Einblick in die sozialdemokratische Auffassung gibt das Protokoll einer Schwurgerichtsverhandlung gegen die „Arbeiterinnen-Zeitung" (30. September 1895). Die Angeklagte Popp bekannte sich zur Theorie, daß die Einehe aus dem Bedürfnis hervorgegangen sei, legitime Erben des Privateigentums zu hinterlassen.[1]) Der Staatsanwalt wies in seinem Plaidoyer hin, daß der inkriminierte Artikel die Ehe überhaupt als eine Mißgeburt, als etwas Naturwidriges hinstelle und den Leuten predige, daß sie sich von der Ehe abwenden sollen, daß sie sogar sich mit mehreren Männern abgeben sollen, wenn es sie gelüstet,[2]) und fuhr dann fort:

„Der Artikel schildert, wie die Ehe entstanden ist, u. zw. sehr merkwürdig, so daß das ganze Verhältnis auf den Kopf gestellt wird. Es habe, heißt es in diesem Artikel, eine Zeit des Mutterrechtes gegeben, wo die Mutter nicht wußte, von wem sie das Kind habe. Damals, in der Zeit des Mutterrechtes, des Kommunismus, seien die Frauen vollständig gleichberechtigt gewesen. Aber da sei das Privateigentum gekommen und habe das Bedürfnis gebracht, legitime Erben für das Vermögen zu erhalten. Dazu sei man genötigt gewesen, der Frau das Ehejoch aufzuzwingen. Ich halte das für eine ungeheuerliche Idee. Es mag ja vorkommen, daß jemand in seinen Besitz so vernarrt ist, daß er sich seines Besitzes wegen Kinder wünscht. Aber das ist eine perverse Anschauung, welche bei dem größten Teile der Menschheit doch nicht bestehen dürfte. Ich war bisher der Ansicht,

[1]) Sieh „Freie Liebe und bürgerliche Ehe", Wien 1895, S. 9.
[2]) A. a. O., S. 10 und 11.

daß man Vermögen erwirbt wegen seiner Kinder, und nicht Kinder wegen seines Vermögens, daß eine Familie gegründet wird als ein Verhältnis zwischen zwei Personen, die sich lieben, die in Freundschaft durchs Leben gehen, sich gegenseitig in Leid und Freude unterstützen wollen, wo Mann und Frau gleich froh sind, wenn sie Kinder bekommen, um etwas Liebes zu haben, das sie pflegen können und das für sie in ihren alten Tagen eine Stütze sein wird, daß die Eltern ein Vermögen anzusammeln trachten, weil sie denken, es könnte ihren Kindern die Arbeit erleichtern, damit sie auf eine höhere Stufe kommen. Die Auffassung des Artikels geht dahin, daß durch das Privateigentum die Ehe ein Zwang geworden ist; das ist ein Angriff gegen die ganze Institution der Ehe, stellt die Ehe als einen naturwidrigen, kulturwidrigen Zwang hin. Wenn solche Äußerungen in einer philosophischen Abhandlung vorkommen, wenn der Schopenhauer, den nur höchst gebildete Leute lesen, mit so etwas kommt, oder vielleicht der John Stuart Mill, ist das was anderes. Solche Sachen werden leider heutzutage so viel geschrieben, und gerade unter den Damen setzt man sich besonders für die freie Liebe ein. Ich halte das für eine Verirrung. Ich habe gestern irgendwo gelesen, daß die jungen Damen einen Wert darauf legen, möglichst früh zu fallen, damit sie möglichst bald zur Vollkommenheit gelangen. Das mag in der Literatur amüsant sein, aber ist in einer Zeitung verderblich, welche diesen armen Mädchen in die Hände kommt, welche ohnehin durch ihre Verhältnisse allen möglichen Anfechtungen mehr ausgesetzt sind als ihre reicheren Schwestern und nicht so gehütet sind wie diese. Wenn man auch materialistisch und sozialistisch gesinnt ist, so kann man doch gewiß sittliche Grundsätze haben, es widerspricht ja nicht der Sozialdemokratie, wenn eine Frau Keuschheit, Schamhaftigkeit, Würde besitzt. Wenn diese armen Mädchen aber in einer Zeitung, die von ihren Führern geschrieben wird, förmlich angeleitet werden, die Institution der Ehe zu verachten, wenn sie aufgefordert werden, dem Geschlechtstriebe frei zu huldigen, so muß Zügellosigkeit einreißen, und Zügellosigkeit der Frauen war immer der Anfang vom Ende. Es ist die Aufgabe des Staates, derlei Irrlehren entgegenzutreten. Darum glaube ich, daß die Herren Geschworenen auch finden werden, daß der Artikel die Institution der Ehe herabwürdigt, und daß sie die Schuldfrage bejahen werden."

Der Prozeß endete mit der Verurteilung der Angeklagten zu vierzehn Tagen Arrest. Wie Popp-Dvořak dürften die meisten österreichischen Sozialdemokraten auf Grund der falschen Anschauung über das ursprüngliche Mutterrecht eine Theorie der modernen Liebe verteidigen. Pernerstorfer[1]) äußerte sich in einer Polemik gegen Professor Gruber, der jeden außerehelichen Geschlechtsverkehr für verwerflich hielt und die „unlösbare Ehe als Grundmauer aller höheren Gesittung" nannte, in folgender Weise: „. . selbst auf die Gefahr hin, daß darüber die heutige Form der Ehe zu Grunde ginge. Sie besteht nicht von jeher und wird nicht für alle Zeit bestehen bleiben." So ist es auch zu erklären, daß die österreichische Sozialdemokratie alle Bestrebungen unterstützt, die darauf hinauslaufen, diese Institution zu untergraben und daß sie in dem Kampfe um die Ehereform, die den Eckstein der Ehe, die Unauflöslichkeit, beseitigen will, die Rufer im Streite waren, obgleich die besitzlosen Volksklassen am wenigsten ein Interesse daran haben, die Festigung der Ehe, das Fundament der Familie durch eine „Reform" zu erschüttern.

Anton Menger teilte in seiner „Neuen Staatslehre" keineswegs diesen Standpunkt der Sozialdemokraten, indem er schrieb:

„Vielleicht fassen die Vertreter der freien Liebe bei ihrer Bekämpfung der heutigen Ehe viel zu sehr die Geschlechts-

[1]) „Zur Prostitutions- und Ehefrage" von Pernerstorfer (abgedruckt in den „Deutschen Worten", Wien 1900, XX. Jahrg., S. 207). In diesem Artikel wird die materialistische Theorie von der Entstehungsursache der Prostitution verteidigt, wonach hauptsächlich wirtschaftliche Momente maßgebend sein sollen. Pernerstorfer rechnet dabei „mit der Notwendigkeit, den Geschlechtstrieb zu befriedigen, als mit einer unabweisbaren Tatsache". Seine Theorie über die Prostitution formuliert er in folgender Weise: „Die privatkapitalistische Gesellschaft und die Prostitution sind untrennbare Geschwister. Solange jene besteht, wird auch diese leben."

gemeinschaft ins Auge und übersehen dabei die Lebensgemeinschaft der Ehegatten, ihre gegenseitige Unterstützung, Unterhaltung und Belehrung. Dieses geistige und sittliche Element des Geschlechtsverkehres, welches bei der steigenden Bildung der Massen immer mehr in den Vordergrund tritt, kann nur bei einer dauernden, wohlorganisierten Ehe seine volle Bedeutung entfalten. Am wenigsten kann die gegenseitige Unterstützung der Ehegatten und Familienmitglieder im volkstümlichen Arbeitsstaate entbehrt werden, weil hier infolge der Aufhebung des Dienstbotenverhältnisses die häuslichen Arbeiten, namentlich das System der getrennten Hauswirtschaft, von den Frauen und den jüngeren Familienmitgliedern verrichtet werden muß."

In dieses Kapitel gehört auch das Bestreben der sozialdemokratischen Presse, der modernen Erotik Altäre zu bauen. Anläßlich des Murri-Prozesses[1]) schrieb die „Arbeiter-Zeitung" am 13. August 1905:

„Hinter den Helden (!) einer blutigen Familientragödie schlagen die Zuchthaustüren zu. Linda Gräfin Bonmartini, ihr Bruder Tullio Murri, Freunde, Freundinnen, alte Männer, junge Mädchen haben, von Leidenschaften durchrüttelt, ein Leben der merkwürdigsten Verhältnisse, der rasenden Begierden, zartester Liebe, anbetender Bewunderung, niedrigster Sklaverei geführt, bis vergossenes Blut, das des Grafen Bonmartini, den Taumel zum Stillstande brachte. Ist ein Mord begangen worden? Dafür spricht der Haß des Nebenbuhlers, dafür die Abneigung der

[1]) In Bologna lebte Professor Murri als hochgestellter Kliniker, der in ganz Italien als Autorität galt. Er verstand es, aus der Wissenschaft Geld zu machen, so daß er in einigen Jahren ein Krösus wurde. Als zielbewußter Apostel Mazzinis erzog er seine beiden Kinder, Linda und Tullio, im strengsten Aufklärungsprinzip, Tullio wurde die Säule der sozialdemokratischen Partei und ihr Vertreter im Stadtparlament, obendrein Direktor des sozialistischen Organs. Fräulein Linda — deren Verhältnis zum Bruder etwas seltsam erschien — war gleichfalls Republikanerin und Atheistin. Diese Republikanerin und Atheistin reichte dem biederen Grafen Bonmartini die Hand zum Ehebunde. Da taucht alsbald eine Jugendliebe Lindas, der Dr. Secchi (Privatdozent an der Universität Bologna), aus der Versenkung auf, ein tolles Liebesleben

Gattin, die Roheit des Toten selbst; und dem hochgebildeten Murri und seiner ebenso erzogenen Schwester, dem berühmten Professor Secchi die Tat zuzutrauen, wäre psychologisch nichts weniger denn ein Fehler. Darf man glauben, daß Murri mit seiner Schwester ein blutschänderisches Verhältnis unterhielt, darf man die innige Verehrung, welche schon das blutjunge Kind Linda ihrem alten Lehrer Secchi entgegenbrachte, für mehr nehmen als eine gewöhnliche Backfischschwärmerei, darf man bei allen Beteiligten eine gesteigerte, weit über das Normale hinausgehende Sinnlichkeit annehmen, und man muß sich dazu entschließen, so erscheint ein Mord wahrlich nicht mehr als das Schlimmste, was solcher Veranlagung entspringen könnte. Entstammten Tullio Murri, seine Schwester und Professor Secchi nicht gerade der höchsten Bildungsschichte, ihre furchtbare Geschlechtlichkeit würde sich in unschädlicher Heftigkeit und Häufigkeit des Genusses austoben. Wo aber besondere Erziehung und Kultur die natürlichen Schutzdämme der Sexualität noch vermehrt, wo die kultivierte Persönlichkeit mit ganzer Kraft den mächtigen Trieb niederzuhalten versucht, ohne daß ihr etwas anderes gelänge, als Natürlichkeit in Perversität zu verkehren, dort ist *der Mord nicht mehr ein Aufflammen jäher Leidenschaft*, die der Kulturmensch doch besser in der Gewalt hat als man meinen könnte, sondern ein vorbedachtes, krankhaftes Wüten, das noch in sich selbst Lust finden will: Tullio Murri, der selbst die Mordabsicht für eine frühere Zeit zugesteht, wollte seinen Schwager nicht schmerzlos töten, sondern mit jenem furchtbaren Gift Curare, das dem Opfer durch Lähmung sogar die Mög-

beginnt, an dem auch Lindas eigener Bruder, Tullio, sich mit Eifer beteiligt, und schließlich sieht die saubere Gesellschaft ein, daß einer zu viel ist — und dieser eine ist niemand anderer als der unglückliche, naive, gute Graf. Wie das Kleeblatt: Linda, Tullio, Secchi, den unbequemen vierten, den Grafen Bonmartini, auf allerlei Umwegen ins Jenseits befördert hat, wie Linda mit Secchi nach Darmstadt reiste, um das Curare (Pfeilgift) zu beschaffen, das Bonmartini nach einem scheinbar humoristischen Ringkampfe mit dem gigantischen Tullio eingespritzt werden sollte, wie dann Tullio — ganz offenbar im Einverständnis mit seiner teuren Schwester Linda — zu dem kürzeren und sichereren Mittel des Dolches griff — das alles ist in diesem Prozesse zu Tage gefördert worden.

lichkeit nimmt, einen Schmerzensschrei auszustoßen, während es die furchtbarsten Qualen leidet. Dies alles spricht für die psychologische Möglichkeit der Tat, nicht aber für die wirkliche Schuld der Angeklagten."

Die ganze Gesellschaft traf also in den Augen der „Arbeiter-Zeitung" keine persönliche Schuld. Diese „Helden" haben mit Naturnotwendigkeit so handeln müssen, sie sind das Opfer der sexuellen Anschauungen ihrer Zeit; dieser edle Tullio und seine „tugendsame" Schwester Linda hätten sich nach der Ansicht des sozialdemokratischen Organes noch mehr „in unschädlicher Heftigkeit und Häufigkeit des Genusses austoben" sollen, dann würde Graf Bonmartini heute noch unter den Lebenden weilen. Voll Triumph verkündet zum Schlusse die „Arbeiter-Zeitung", daß die soziale Umwälzung auch eine sexuelle bringen werde. Im sozialistischen Zukunftsstaate werden weder „durch Erziehung und Kultur" irgend welche Schutzdämme der Sexualität geschaffen, da kann sich jeder frei „ausleben", und damit ist auch jede Perversität aus der Welt geschafft. Zur Beurteilung der sozialdemokratischen Moralgrundsätze ist dieser Fall sehr bezeichnend.

Bei einer solchen rohen Auffassung des Liebeslebens der Frau ist es aber kein Wunder, daß die Mehrzahl der Frauen von dem Sozialismus nichts wissen will. Aber gerade der Frau weisen moderne Schriftsteller[1]) einen großen Einfluß auf das Kulturleben zu, so daß die Sozialdemokratie, ohne die Frauenwelt zu gewinnen, an den Sieg ihrer Ideen nicht zu denken vermag.

Der Anfang der sozialistischen Frauenorganisation fällt in das Jahr 1890, wo der erste Arbeiterinnen-Bildungs-

[1]) Ibsen schreibt z. B.: „Es muß ein adeliges Element in unser Staatsleben, in unsere Regierung, in unsere Repräsentation und Presse kommen. Ich denke dabei natürlich nicht an den Geburtsadel und auch nicht an den Geldadel oder an den Adel der Intelligenz, ja nicht einmal

verein gegründet wurde. Im Jahre 1881 sind bereits die ersten Delegierten dieses Vereines auf dem Parteitage und einige Monate später erscheint die erste Nummer der „Arbeiterinnen-Zeitung", die heute eine Auflage von 11.000[1]) aufweist. Nach dem Protokolle des Gewerkschaftskongresses des Jahres 1896 betrug die Zahl der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterinnen rund 5000. Am Wiener Parteitage 1897 war das weibliche Element gar nicht vertreten. Diese Tatsache gab Anlaß zu Klagen, daß die Frauen-Organisation so überaus langsam vor sich gehe. Ein älterer Provinzdelegierter meinte: „Die Frauen haben eben viel mehr zu tun als die Männer; neben ihrer Erwerbsarbeit müssen sie auch noch den Haushalt besorgen und die Kinder pflegen. Kein Wunder, daß sie nur selten oder gar nicht Zeit finden, in unsere Versammlungen zu kommen, an der Organisation teilzunehmen. Da wäre es eben Pflicht der Männer, manchmal den Frauen zu helfen, einen Teil der häuslichen und mütterlichen Arbeiten zu verrichten, damit das Weib in die eine oder andere Versammlung gehen kann." — Verlegenes Schweigen der also ermahnten Männer war die Antwort. Ein frischerer Zug kam in die Frauenbewegung durch die Gründung des Frauen-Reichskomitees auf der I. sozialdemokratischen Frauenkonferenz 1898. Dieses Komitee, das die oberste Leitung der Organisation und Agitation unter den Frauen Österreichs bildet, besteht aus zwölf

an den Adel der Anlagen und Begabung, sondern ich denke an den Adel des Charakters, des Willens und der Gesinnung, der allein kann uns frei machen. Von zwei Gruppen wird dieser für unser Volk von mir erhoffte Adel kommen: Von unseren Frauen und unseren Arbeitern." Dieses adelige Element kann aber nur dann den Einfluß gewinnen, wenn man der Frau den ihr gebührenden Platz einräumt. Der Sozialismus hat aber bei all seiner Wertschätzung der Frau es nicht weit gebracht, weil er in der Frauenfrage wie in vielen anderen von falschen Prinzipien ausgeht.

[1]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 19. September 1907.

„Genossinnen", von welchen die Hälfte aus der Frauenkonferenz und die andere Hälfte von der Plenarversammlung der Wiener Gewerkschaften gewählt wird. Ende Mai 1898 begann das Komitee mit seiner Tätigkeit. Im Oktober 1902 hat das sozialdemokratische Frauen-Reichskomitee Österreichs dem internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam folgenden Antrag[1]) unterbreitet:

„Von der Erwägung ausgehend, daß nur durch die wirtschaftliche, geistige und politische Befreiung aller Entrechteten und Bedrückten die kapitalistische Ausbeutung überwunden werden kann, hat die Sozialdemokratie aller Länder längst die Verpflichtung anerkannt, für die rechtliche Gleichstellung beider Geschlechter einzutreten und den Frauen politische Rechte, insbesondere das Wahlrecht, zu erobern. Die internationalen Sozialistenkongresse zu Brüssel 1891 und zu Paris 1900 haben durch Annahme entsprechender Resolutionen der Tatsache Ausdruck gegeben, daß die internationale Sozialdemokratie sich zu dieser Verpflichtung bekennt. Trotzdem ist bisher noch in keinem Lande von unseren Parteigenossen ein energischer Vorstoß zur Eroberung des Frauenwahlrechtes unternommen worden, auch nicht in jenen Staaten, wo das Wahlrecht der Männer kaum noch einer Ausdehnung fähig wäre, wie in der Schweiz, in Frankreich und im Deutschen Reiche. Ist es doch allerorts, auch unter Sozialdemokraten, gebräuchlich, ‚allgemeines Wahlrecht' zu sagen, wenn man ausschließlich vom Wahlrechte der Männer spricht, und von Staaten, in denen die Hälfte der Bevölkerung in politischer Unmündigkeit gehalten wird, zu behaupten, es herrsche dort das allgemeine Wahlrecht. In Belgien ist die Frage bereits aktuell und dadurch ihre Erörterung unausweichlich geworden, und es erscheint als dringend wünschenswert, daß der internationale Sozialistenkongreß zu Amsterdam den Parteigenossen aller Länder in dieser Sache eine Richtschnur gebe. Es wird dem Kongresse ein leichtes sein, sich in einer solchen Weise zu äußern, die geeignet ist, jede etwa dahingehende Befürchtung der Frauen zu zerstreuen, daß die Sozialdemokraten

[1]) Abgedruckt in der „Neuen Zeit", Stuttgart 1903, XXI. Jahrg., S. 739.

analog dem Vorgehen der Liberalen gegen die aufstrebende Arbeiterklasse die Frauen wohl an ihren Kämpfen teilnehmen lassen, ihnen aber nicht zu den gleichen Rechten verhelfen wollen. Wir beantragen deshalb, daß die Frage der Eroberung des Frauenwahlrechtes auf die Tagesordnung des internationalen Sozialistenkongresses zu Amsterdam gesetzt werde.

Das sozialdemokratische Frauen-Reichskomitee Österreichs."

Dieser Antrag bedeutet für die österreichischen „Genossen" eine gewisse Verlegenheit, da sie diese Frage für nicht spruchreif halten und bei der Debatte über die Wahlreform im Reichsrate sich nicht besonders anstrengten, um die Frage des Frauenstimmrechtes in den Vordergrund der Diskussion zu stellen. Der Grund für die reservierte Haltung der Sozialdemokraten mag wohl in der Furcht vor Mandatsverlusten zu suchen sein. Auch die österreichische „Genossin" Therese Schlesinger-Eckstein[1]) deutet dies an, indem sie schreibt:

„Es wurde bei verschiedenen Anlässen von führenden Genossen erklärt: ‚Wir halten im Prinzipe daran fest, daß das Frauenstimmrecht anzustreben ist, doch wollen wir nur dann dafür eintreten, wenn dadurch der Fortschritt der Arbeiterbewegung nicht gefährdet wird'. Mit einer solchen Erklärung läßt sich aber alles und nichts verteidigen, solange nicht klar ausgesprochen wird, was unter dem Fortschritte der Arbeiterbewegung zu verstehen sei. Man sollte doch meinen, es müsse an sich schon einen beachtenswerten Fortschritt in der Arbeiterbewegung bedeuten, wenn eine doppelt so große Zahl von Mitgliedern der Arbeiterklasse in den Besitz der bürgerlichen Rechte gelangt und wenn das weibliche Proletariat, dessen Heranziehung und Organisierung für die Kämpfe der Arbeiterschaft bisher auf so große Hindernisse stieß, endlich jener Erziehung durch das politische Leben teilhaft werden kann, welche bei dem männlichen Proletariate so herrliche Früchte gezeitigt hat. Freilich, Man-

[1]) „Der internationale Sozialistenkongreß zu Amsterdam und das Frauenwahlrecht." („Neue Zeit", Stuttgart 1903, XXI. Jahrg., 2. Bd., S. 740.)

date können dabei im Anfange verloren gehen und eine zeitweilige Machtverschiebung zwischen den parlamentarischen Parteien eines Landes zu Ungunsten der Sozialdemokratie scheint nicht ausgeschlossen zu sein; daß aber diese Übel nur ganz vorübergehende sein können und daß das gebrachte Opfer der Sozialdemokratie sehr bald mit Zinsen zurückgezahlt werden müsse, das scheint doch außer Zweifel zu stehen, wenn man bedenkt, daß dieselben wirtschaftlichen Ursachen, welche den männlichen Proletarier zum Klassenkampfe drängten, doch auch auf den weiblichen immer zwingender einwirken müssen, und daß andererseits die Teilnahme am politischen Leben und die Schulung durch dieses am besten dahinwirken werden, die Frau aus dem Banne konservativer und reaktionärer Einflüsse zu befreien, unter die sie heute nur zu oft auch den Mann zu bringen und zu erhalten mit Erfolg bestrebt ist und unter denen sie häufig auch ihre Kinder erzieht."

Doch die österreichischen Genossen sind durch diese Strafpredigt nicht bekehrt worden, ihre Sympathie für das Frauenstimmrecht ist auch jetzt noch nur platonischer Natur, obwohl sich die sozialdemokratische Fraktion beeilte, in dem neuen Reichsrat einen Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechtes einzubringen.

Die hauptsächlichsten Organisationen der sozialdemokratischen Frauen sind der Zentralverein der Heimarbeiterinnen, der zwölf Ortsgruppen besitzt, und die Gewerkschaften der Tabak- und Textilarbeiterinnen. Sehr trostlos lautet der Bericht des Frauen-Reichskomitees an den Gesamtparteitag in Wien 1903. In demselben heißt es: „Wo 500 bis 600 organisierte Arbeiterinnen waren, sind heute kaum 100 . . . Man bezeichnet die Agitation unter den Frauen als Sisyphusarbeit."[1]) Etwas hoffnungsfreudiger ist dafür der Bericht für den Parteitag in Wien 1905. Aus der Gewerkschaftsstatistik ist übrigens zu ersehen, daß im Jahre 1906 die Zunahme der weiblichen Mitglieder 48·49 Prozent ausmachte und daß

[1]) Sieh Protokoll, S. 39.

42.190 Frauen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisiert sind. Doch trotzdem bleibt die Frauenbewegung das Schmerzenskind der österreichischen Sozialdemokratie.

Die nationale Frage.

Bezüglich der nationalen Frage hat die österreichische Sozialdemokratie mehrere Wandlungen durchgemacht. Sie war beeinflußt in erster Linie von den Lehren Engels, der sich gegen das Nationalitätsprinzip ebenso stellte wie gegen den Staat, in welchem er eine „Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen" erblickte, ferner von den Ideen eines naiven Kosmopolitismus und in letzter Linie von den Anschauungen des deutschliberalen Zentralismus. Aus letzterer Tatsache ist zu erklären, daß das slawische Problem lange gar nicht in seiner Tragweite erkannt und daß der Ausspruch Marx'[1]) von „einer hinsterbenden tschechischen Nationalität" ernst genommen wurde. Da das Rad der Weltgeschichte sich nicht zurückdrehen läßt und die Entwicklung der österreichischen Nationalitätenfrage einen ganz andern Weg nahm, als ihn Marx vorzeichnete — der auch den Kroaten und Slowaken die Fähigkeit, als Nation weiter zu existieren, absprach —, so war die österreichische Sozialdemokratie gezwungen, eine Mauserung in der nationalen Frage durchzumachen.

Dr. Adler hatte im Jahre 1891, als gelegentlich der Sezession der tschechischnationalen Sozialisten die nationale Frage der Sozialdemokratie die ersten Sorgen bereitete, zwar ausgerufen: „Je fortgeschrittener eine Arbeiterpartei ist, um so weniger wird der nationale Gesichtspunkt in ihr zur Ent-

[1]) „Revolution und Kontre-Revolution in Deutschland", Stuttgart 1896, S. 61.

wicklung kommen",[1]) doch einige Jahre später war er selbst genötigt, seine Hand dazu zu bieten, um den nationalen Gesichtspunkt bei der Organisatition der Sozialdemokratie in den Vordergrund zu stellen. Auf dem Wiener Parteitage 1891 wurde von den tschechischnationalen Sozialisten das Verlangen nach nationaler Organisation gestellt und als der Parteitag sich dieser Forderung gegenüber ablehnend verhielt, entfernten sich die Vertreter der tschechischnationalen Arbeiterpartei. Erst sechs Jahre später hat sich die Sozialdemokratie entschlossen, eine neue Formulierung der nationalen Frage vorzunehmen, da ihre Anhänger von den hochgehenden nationalen Wogen nicht unberührt blieben. Auf dem Parteitage im Jahre 1897 gab Dr. Adler[2]) selbst zu, daß der Begriff des Internationalen eine gewisse Wandlung durchgemacht habe.

„Wir in Österreich", so führte er aus, „ — und wir sind, was die Nationalitätenfrage und den Internationalismus anbelangt, wirklich die Experimentierkammer der Weltgeschichte, oder man könnte vielleicht mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse sagen, die Sudelküche für die Nationalitätenfrage — sind beinahe zuerst dazu gelangt, den Begriff des Internationalität weiter zu entwickeln. — Das Programm des Internationalismus ist heute ein ganz anderes. Es lautet: ‚Wie ist es bei vollständiger Anerkennung der bestehenden Tatsache der nationalen Individualität und unter Hinderung jedes Versuches einer Vergewaltigung der nationalen Individualität möglich, einheitlich zu wirken und zu kämpfen?'"

Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Solidarität des Proletariats ohne Rücksicht auf die Nationalität nur eine schöne Phrase ist, die den rauhen Luftzug der Wirklichkeit nicht verträgt, und daß daher ein Modus gesucht werden muß, um die Einheit zu retten, ohne den nationalen Empfindungen allzu nahe zu treten. Es erwies sich die alte Zentral-

[1]) Sieh Protokoll des Wiener Parteitages 1891, S. 50.
[2]) Sieh Protokoll, S. 78.

organisation als unmöglich, so daß der Parteitag vom Jahre 1897 gezwungen war, „nationale Selbständigkeit und internationale Geschlossenheit" für das Grundprinzip der neuen Organisation zu erklären und die Selbständigkeit der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslawischen Nationen anzuerkennen. Damit glaubte die Sozialdemokratie trotz der nationalen Zerwürfnisse, unter welchen Österreich leidet, die innere Einigkeit zu retten, doch die letzten Vorkommnisse in den sozialdemokratischen Gewerkschaften,[1]) von welchen bereits die Rede war, und der Streit um ein tschechisches Reichsratsmandat in Favoriten haben ergeben, daß die nationale Sorge auch an dieser Pforte — so verschlossen sie auch sein mag — Einlaß zu finden weiß. Doch nur die Föderation der Gesamtpartei wurde mit der Formel „nationale Selbständigkeit, internationale Geschlossenheit" ausgesprochen, während man es unterließ, für die Föderation der national geschiedenen Genossen der einzelnen Orte und Wahlkreise zu sorgen.[2])

Die nationale Frage erschöpft sich aber nicht bloß in der Sorge um eine einheitliche Organisation, sondern verlangt gebieterisch nach einem Programme, wie auch außerhalb des sozialdemokratischen Bereiches Frieden und Ruhe unter

---

[1]) Dr. Bauer (Die Nationalitätenfrage und Sozialdemokratie, S. 539—558, Die nationale Frage und Gewerkschaften) ist gegen die nationale Autonomie der Gewerkschaften.

[2]) Dr. Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, Wien 1907, S. 537, fühlt diesen Mangel, indem er schreibt: „So ist die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie ein anspruchsvolles Gebilde; gleichsam in den obersten Spitzen der Partei — im Gesamtparteitag und Gesamtvertretung — haben wir einheitliche Organe, die mit Stimmenmehrheit Beschlüsse fassen, die die Genossen aller Nationen bilden sollen. Im Ort, im Wahlkreise, im Lande haben wir selbständige nationale Organisationen, die voneinander unabhängig arbeiten, die kein dauerndes gemeinsames Organ haben."

den Nationen hergestellt wird. Die Lösung des Nationalitätenproblems muß geradezu als die Hauptaufgabe und als der historische Beruf der österreichischen Sozialdemokratie bezeichnet werden,[1]) so daß das Bestreben, sich in den Besitz eines Programmes zu setzen, sehr naheliegend war. Der Brünner Parteitag (1899) war ausersehen, ein solches Programm fertigzustellen. Dasselbe hat folgende leitende Grundsätze aufgestellt:

„Da die nationalen Wirren in Österreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Äußerung hindern, erklärt der Parteitag: Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Österreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen; sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die

[1]) „Das ist der historische Beruf der österreichischen Arbeiterschaft: Gibt die deutsche Sozialdemokratie die ökonomische Theorie, die englische Arbeiterschaft die ökonomische Praxis, die belgische die wirtschaftliche, die französische die politische Demokratie, so ist es die historische Bestimmung der österreichischen Arbeiterschaft, dem Proletariate die internationale Theorie und Praxis zu überliefern." Sieh O. W. Payer, Nationale Demokratie und internationale Sozialdemokratie (abgedruckt in den „Deutschen Worten", Wien, XIX. Jahrg., S. 229 und 230). Eine längere Abhandlung über die Stellung der Sozialdemokratie zur nationalen Frage findet sich in den „Deutschen Worten", Wien 1899, von Dr. Schitlowsky: „Der Sozialismus und die Nationalitätenfrage".

Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen; die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Österreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem andern jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden. Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Österreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, u. zw. unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlamente zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Österreich, spricht die Überzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist; er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt; daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streite gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.“ [1])

[1]) Sieh Protokoll des Parteitages 1899, S. 74.

Dr. Bauer[1]) bedauert, daß das Programm darauf verzichtet, die Nationalitätenfrage in einem umfassenden Zusammenhang zu begreifen und findet den Punkt 4 sehr bedenklich, da die Frage der nationalen Minderheiten ungelöst erscheint. Er stellt daher die Forderung der Konstituierung der Minderheiten als öffentlich-rechtliche Körperschaften auf Grund des Personalitätsprinzipes auf und beruft sich auf Springers Buch „Kampf der österreichischen Nationalitäten um den Staat". Die Grundsätze, die er aufstellt, sind folgende:

1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes[2]), besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Die nationalen Minderheiten innerhalb jedes Selbstverwaltungsgebietes sind als öffentlich-rechtliche Körperschaften zu konstituieren, die völlig autonom für das Schulwesen der nationalen Minderheit sorgen und ihren Volksgenossen vor den Ämtern und Gerichten Rechtshilfe gewähren.

Daß die Sozialdemokratie die historisch-politischen Individualitäten, wie sie in den Königreichen und Kronländern der Habsburger Monarchie existieren, zertrümmern will und daß sie eine Gegnerin des tschechischen Staatsrechtes ist, ist bei ihrer Abneigung gegen historische Rechte und Traditionen nicht zu verwundern. Daszynski nannte daher die historischen Individualitäten ein „gemeines, lügnerisches Schlag-

[1]) Sieh a. a. O.

[2]) Die „Arbeiter-Zeitung" vom 23. Juli 1907 schlägt vor, es mögen sich die bereits gewählten Abgeordneten jeder Nation als solche Nationalkammer konstituieren.

wort" und „jämmerliche Gebilde". In der Debatte über das Nationalitätenprogramm standen sich die Gegner der nationalen und territorialen Autonomie schroff gegenüber. Kristan erklärte im Namen der Südslawen, daß dieselben nationale Autonomie ohne Rücksicht aufs Territorium verlangen. Auch Dr. Ellenbogen bekämpfte das Territorialprinzip und machte Stimmung für nationale Körperschaften ohne Territorien, die sich auf Grund des freiwilligen Bekenntnisses bilden und die dann ihre sprachlichen und kulturellen Angelegenheiten in völliger Autonomie auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in ihren nationalen Kurien regeln.[1]) In der Resolution wurde zwar versucht, ein Kompromiß zwischen beiden Anschauungen herzustellen, doch das Territorialprinzip hat schließlich den Sieg davongetragen. Es sollen demnach die bestehenden Landesgrenzen niedergerissen und natürliche Grenzen gebildet werden. An Stelle der bestehenden Kronländer[2]) treten die nationalen Gebiete und diese bilden zusammen einen Nationalitätenbund. Österreich würde eine Schweiz im großen werden.

Die tschechische Sozialdemokratie lehnt das böhmische Staatsrecht mit aller Entschiedenheit ab, weil sie die Minderheiten außerhalb der Sudetenländer nicht preisgeben

[1]) Sieh Protokoll des Brünner Parteitages (1899), S. 89 und 90.

[2]) Dr. Renner will die ganze Monarchie in einen Nationalitätenbundesstaat umwandeln, und bekämpft daher das Schlagwort Los von Ungarn. Wir wollen niemanden spalten, niemanden beherrschen, — wir wollen, daß das nationale Moment vom politisch-staatlichen geschieden werde; ob Dualismus, Trialismus, Pentarchie oder Chilarchie, ist uns national einerlei; aber alle Deutschen zwischen Bodenbach und Orszova sollen eine rechtliche Kulturgenossenschaft bilden, mit der Hoheit der Personalbesteuerung, mit der Macht, Volksschulen, Mittelschulen, Hochschulen zu gründen, wo sie wollen und es brauchen, in Hermannstadt und Temesvar so gut wie in Brünn." Sieh Grundlagen und Entwicklungsziele der österreichisch-ungarischen Monarchie von Springer, S. 239, sieh auch Protokoll des Salzburger Parteitages 1904.

will. Genosse Burian[1]) ist auch ein Gegner der nationalen Autonomie auf Grund des Territorialprinzipes, da die tschechische Nation noch eine große Expansionskraft habe und auf ihre Volksgenossen in den deutschen Siedlungsgebieten nicht verzichten kann. Nach seiner Ansicht sollen alle Tschechen, wo immer sie wohnen und arbeiten, ein großes nationales Ganzes bilden. Gerade die tschechische Sozialdemokratie hat ihren nationalen Charakter wie keine andere sozialdemokratische Partei bei den Reichsratswahlen 1907 betont. Der Wahlaufruf,[2]) der die nationalen Forderungen förmlich an die Spitze stellte, hatte folgenden Wortlaut:

Alles unser Tun wird von der Überzeugung geleitet sein, daß nur ein wirtschaftlich starkes, politisch freies und kulturell reifes Volk ein gewichtiger Faktor werden kann und daß seine Macht um so mehr wächst, je höher das Existenz- und Bildungsniveau seiner breiten Schichten in allen Kategorien der körperlichen und geistigen Arbeit gehoben wird. Wir stehen an der Seite aller Unterdrückten, Geknechteten und Ausgebeuteten und wir werden trachten, daß durch eine durchdringende und systematische Sozialpolitik ihnen in den schweren Kämpfen um eine menschenwürdige Existenz geholfen, daß volle politische Freiheit und Selbstverwaltung der Bürger die Grundlage unseres öffentlichen Lebens werden, daß wahre Bildung und moralische Vornehmheit aus den freien Schulen erstehen und das Besitztum des ganzen Volkes werden. Darum werden wir alles tun, daß unsere Nation überall auch im gemischten Gebiet, ordentliche öffentliche Schulen erhalte, daß unser Schulwesen durch die notwendigen neuen Schulen, besonders durch Fach- und Mittelschulen ergänzt und durch die Errichtung einer zweiten tschechischen Universität in Mähren vervollständigt werde. Als Söhne der tschechischen Nation werden wir uns mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß unsere Muttersprache überall zu ihrem Recht komme, wo es ihr bisher verweigert wurde, und daß sie endlich nicht nur im Parlament, sondern auch überall im inneren Amtsdienst zur Geltung komme.

[1]) Sieh „Der Kampf", Wien 1907, S. 43.

[2]) Sieh „Arbeiter-Zeitung" vom 22. Mai 1907.

Dr. Renner[1]) sagt in seinen Buche, daß dieses neue Nationalbewußtsein dem Sozialismus nicht gefährlich sei, und daß die Vorherrschaft der Deutschen angesichts des Erwachens der Nationalitäten ihr Ende finden mußte, und der zweite Spezialist auf dem Gebiete der österreichischen Nationalitätenfrage, Dr. Bauer, bekämpft den naiven Kosmopolitismus, den die Sozialdemokratie von der Humanitätsphilosophie der bürgerlichen Aufklärung übernommen hat. Beide sind darin einig, daß diese primitive Stellungnahme zur nationalen Frage überwunden sei, und daß man gänzlich mit der Ansicht gebrochen habe, als ob der Sozialismus die Verschiedenheit der Nationen ausgleichen oder die Unterschiede zwischen den Nationen aufheben werde. Der bekannte reichsdeutsche Revisionist Schippel[2]) freut sich, daß diese revisionistischen Ansichten auf nationalem Gebiete die Zustimmung der österreichischen Sozialdemokratie finden. Der Begriff der Internationalität hat daher bei den österreichischen Sozialdemokraten einen ganz andern Inhalt als wie in Deutschland, wo an dem naiven Kosmopolitismus, über welchen sich die österreichischen Dogmatiker lustig machen, noch festgehalten wird.

Sozialismus und Militarismus.

Auf dem internationalen Sozialistenkongresse in Zürich (1893) wurde von Seite der holländischen Delegierten „in Erwägung, daß alle modernen Kriege ausschließlich durch die kapitalistische Klasse in deren Interesse hervorgerufen, in deren

[1]) „Jede Nationalität, auch die kleinste (z. B. die österreichischen Slowenen), hat in unserer Zeit das unausrottbare, durch die Notwendigkeiten ihres ökonomischen Daseins diktierte Streben, sich zu voller Klassen- und Staatsordnung durchzuringen, jeder wohnt virtuell die Tendenz zur nationalen Sonderstaatlichkeit inne." Die Grundlage und Entwicklungsziele der österreich-ungarischen Monarchie. Wien 1906, S. 97.

[2]) Sieh „Sozialistische Monatshefte", Berlin 1907, S. 712 f.

Hand ein Mittel sind, um die Macht der revolutionären Bewegung zu brechen und die Bourgeoisherrschaft durch die Fortdauer der schimpflichen Ausbeutung zu befestigen" der Antrag gestellt, im Falle eines Krieges einen Militärstreik zu organisieren und die Soldaten zur Desertion und zur Dienstverweigerung aufzufordern. Von deutscher Seite lag folgender Antrag vor:

„Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluß des Brüsseler Kongresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschenden Klasse entgegenzutreten, das Band der Solidarität um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager geteilt und die Völker gegeneinander hetzt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede."

Dr. Adler sprach sich gegen den holländischen Antrag aus und begründete seine Stellungnahme mit folgenden Worten:

„Im Namen der österreichischen Delegation habe ich zu erklären, daß wir für den Antrag der Deutschen stimmen werden. Wir sind Gegner des Militarismus ebensogut wie die Holländer, wir sind Revolutionäre ebenso wie die Holländer und ebenso wie die Holländer haben wir den Wunsch, daß die herrschenden Klassen und die Regierungen wissen, daß hier eine Armee versammelt ist zur Befreiung der Welt von der Herrschaft des Kapitalismus. Aber wir überschätzen nicht unsere Kraft und wir unterschätzen nicht die Intelligenz unserer Gegner. Domela Nieuwenhuis meinte, die Regierungen würden zittern, wenn wir den Antrag der Holländer annähmen. Nicht zittern würden sie, sondern uns auslachen. Wie Greulich am Feste des Eröffnungstages sagte: Unsere Sache ist unüberwindlich, solange wir den festen Boden der Tatsachen nicht verlassen. Hebt uns auf in die Luft der Phantasie und wir sind verloren. Vernichten kann

uns niemand, nur wir selber. Die Meinung der herrschenden Klassen von uns kommt erst in zweiter Linie in Betracht, in erster Linie steht uns, was die Proletarier von uns halten. Fassen wir hier Beschlüsse, von denen wir selber wissen, daß sie undurchführbar sind, so teilen sich unsere Anhänger in zwei Teile. Die Wissenden unter ihnen sagen: Das war ein leichtsinniger Beschluß, er ist in unseren Militärstaaten unausführbar. Auf die Massen, auf die Enthusiasten, halb noch Unklaren, die in Not und Elend leben, aber noch nicht genau wissen, wie es aus der Welt zu schaffen ist, würde unser Beschluß wie eine Verleitung, wie eine falsche Vorspiegelung wirken. Mögen Sie (zu den Holländern gewendet) uns als die schlechteren Revolutionäre ansehen; wenn es Zeit ist, wenn die Entscheidung kommt, wird es sich finden, wo die sind, die zu handeln wissen und stets zu handeln gewußt haben, und wo die sind, die zu reden wissen und zu reden gewußt haben."[1])

Übrigens hat sich Dr. Adler schon vor dem Züricher Kongresse auf dem Wiener Parteitage 1891[2]) über die Stellungnahme der österreichischen Sozialdemokratie zur Militärfrage deutlich ausgesprochen. Da diese Erklärung geradezu einen programmatischen Charakter trägt, wollen wir sie hier im Wortlaute wiedergeben:

„Der Kapitalismus braucht den Militarismus unbedingt, weil er mittels des Militarismus die Ausbeutung sichern kann. Aber noch in einer andern Richtung bestätigt sich diese Wahrheit. Wenn der Militarismus plötzlich heute beseitigt würde, ohne daß der Kapitalismus beseitigt würde — wenn das überhaupt denkbar wäre —, so wäre die nächste Folge, daß in Österreich eine Viertelmillion Arbeiter auf den Arbeitsmarkt geworfen würde; die Anzahl, die ständig unter Waffen steht, würde mit den anderen mitkonkurrieren. . . . Es wäre ungerecht von uns, wenn wir nicht noch der dritten Sorte von Gegnern des Militarismus erwähnten; das sind die Friedensmenschen, Friedensapostel, die in der Schweiz, Italien, London, wo ihnen nichts geschieht, zusammenkommen und

[1]) Sieh Protokoll, Zürich 1894, S. 26.

[2]) Sieh Protokoll, S. 136 und 137.

feierlich erklären, daß sie nicht wünschen, daß Krieg geführt würde; das sind edle Naturen, ganz ausgezeichnete Leute, aber dem Kriege haben sie noch nicht weh getan. Es sind Ideologen, die glauben, daß mit ein paar Resolutionen, die gescheite Leute fassen, etwas ausgerichtet werde. Wir wünschen, daß unsere österreichischen Delegierten in Brüssel erklären: ‚Wir verurteilen den Militarismus, wir verurteilen ihn als kulturfeindlich, aber wir halten dafür, daß er mit der kapitalistischen Produktionsweise verknüpft ist, daß er unausrottbar ist, solange diese besteht. Er ist kulturfeindlich wie der Kapitalismus selbst, und wir müssen gegen Kapitalismus und Militarismus gemeinsam vorgehen.' Das ist das einzige, glaube ich, was wir zu diesem Punkte aussprechen können, ohne Beschlüsse in die Luft zu fassen. Wir arbeiten heute am allerbesten gegen den Militarismus, wenn wir gute Sozialdemokraten sind und vom Militarismus nicht viel reden; das geschieht schon jetzt in den Parlamenten und dort hat es auf das Budget noch nicht sehr viel eingewirkt."

Diesen prinzipiellen Gegensatz hat auch Abgeordneter Schuhmeier[1]) betont:

„Ich erkläre Ihnen nur, meine Herren, daß wir Sozialdemokraten gegen das Rekrutenkontingent stimmen werden, u. zw. aus Gründen prinzipieller Natur. Wir erblicken im Militarismus die Ursache der ständigen Kriegsgefahr, uns ist der Militarismus eine Institution, die am Marke der Völker saugt, uns ist der Militarismus die Ausbildung der Mordkultur."

Eine eingehende Behandlung erfuhr die Frage, was im Kriegsfalle zu machen sei, auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart, auf welchem die österreichischen Delegierten für eine langatmige Resolution stimmten, die bei Kriegsgefahr oder im Kriegsfall freistellt, als wirksamstes Mittel zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens je nach Lage der Dinge auch Generalausstand oder Revolution zu betrachten.

[1]) Sieh Protokoll des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 7. Februar 1905, XVII. Sess., 300. Sitzg., S. 26.861.

An gutem Willen, den „Moloch“ Militarismus mit allen Mitteln zu zertrümmern, fehlt es den österreichischen Genossen nicht, nur fühlen sie sich momentan zu schwach, um es auf eine solche Kraftprobe ankommen zu lassen, wie es die Holländer in Zürich vorschlugen. Sie hoffen, daß immer mehr sozialistische Rekruten sich dem Heere einverleiben und daß schließlich der sozialistische Gedanke so tief eingedrungen ist, daß es nur eines äußeren Anstoßes bedarf, um die ganze Organisation des Militarismus zu sprengen. Auf diese Entscheidung bereitet sich aber die Sozialdemokratie dadurch vor, daß sie gewisse Mißstände beim Militär (Gerichtswesen, Duellunfug, Soldatenmißhandlungen) in der Presse und in Versammlungen geschickt auszubeuten weiß und daß sie erhöhte Ausgaben für Militärzwecke zum Gegenstande einer leidenschaftlichen Agitation macht, um ihre antimilitarischen Ideen auch in jene Kreise, die sonst vom Sozialismus nichts wissen wollen, hineinzutragen. Als ein Beispiel, mit welchen Mitteln dieser Kampf geführt wurde, dient folgender Aufruf, den die sozialdemokratische Fraktion des Reichsrates am 13. September 1903[1]) veröffentlichte:

„An euch alle, die ihr das schwere Joch des Militarismus getragen habt, wenden wir uns in einem Augenblicke, wo alle eure langgehegten Hoffnungen, die ihr auf den Tag der Befreiung gesetzt habt, zunichte werden sollen. War euch der Tag des Einrückens vor drei Jahren schon ein schrecklicher, was habt ihr für Bitternisse seither mitgemacht! Von euren Lieben hat man euch weggerissen, der Heimat, dem Haus und Hof, der Arbeit hat man euch entzogen, und was ihr in drei Jahren leiden mußtet, davon wüßt nur ihr zu erzählen. Wie habt ihr die Tage, die Stunden, die Minuten gezählt bis zu dem Moment, da euch das heißersehnte dreimalige Hornsignal die Befreiung und die Rückkehr zum heimatlichen Herd verkünden sollte. Wie habt ihr schweigend alle überflüssigen und oft

[1]) Abgedruckt in der „Arbeiter-Zeitung“.

unmenschlichen Schikanen erduldet, wie habt ihr ein System verflucht, das aus euch statt freie, wahrhafte Männer, bewaffnete Leibeigene jener Mächte gemacht hat, die nur den Schutz des Geldsackes, den Schutz der Ausbeutung und Unterdrückung eurer Väter und Brüder als ihre gottgewollte Aufgabe betrachten. Und während diese Machthaber sich in den heiligsten Friedensversicherungen ergehen, während sie beschwören, daß der europäische Friede durch Jahrzehnte fest gegründet ist, mußtet ihr dennoch bereitstehen, nicht etwa, um fremde Feinde abzuwehren, nein, um die Mündung des Gewehres auf die Brust eurer arbeitenden Väter und Brüder zu richten, die selbst im Joche der Arbeit schmachten, den großen Kampf um die Befreiung der Menschheit, um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit führen, ob euch selbst dabei das Herz im Leibe verhaltenen Zornes bebte. Kommen doch alle diese im harten Daseinskampfe erzielten Errungenschaften euch selbst zu gute. Auch für eure Zukunft wird gestritten von denen, gegen die ihr eure Waffen richten müßt. Heute Proletarier im färbigen Tuche, morgen Proletarier in der blauen Bluse! Und all diese Aufopferung eurer Interessen soll noch nicht genug sein! Ihr sollt weiterdienen ins vierte Jahr hinein! Und warum? Steht der Feind vor den Toren, ballen sich dräuende Kriegswolken zusammen? Nein. Es ist der ewige Verfallszustand innerhalb unseres Staates, das Mißgebilde des österreich-ungarischen Dualismus und das krankhafte Bestreben der leitenden Staatsmänner, die unversöhnlichen Gegensätze der beiden Staaten in ein gemeinsames Staatsband zusammenzupressen. Das Joch der Untertänigkeit, in dem Österreich gegenüber Ungarn schmachtet, haben wir alle, und ihr nicht zum wenigsten, in der Form unerschwinglicher Steuern und kulturellen Rückschrittes bezahlen müssen. Niemand, weder diesseits noch jenseits der Leitha, will diese Gemeinsamkeit, die unser Blut und unser Geld kostet, alle stehen ihr mit unauslöschlichem Haß gegenüber, und nur die habsburgische Dynastie, der ihr den Treueid geschworen, und ihre byzantinischen Drakone sind es, die euch ohne Bedenken einem abergläubisch angebeteten Großmachtphantom opfern. Weil der Wiener Hof (!) sich nicht entschließen kann, auseinandergehen zu lassen, was absolut nicht zusammengehört und nicht beisammen bleiben will, und weil die beiderseitigen Staatsmänner zu unfähig und zu feige sind, was geschichtlich notwendig geworden, zu erfüllen, und weil

deshalb ihre kläglichen Versuche, durch parlamentarischen Schacher in Österreich oder schmutzige Bestechungen in Ungarn der Staatskrise Herr zu werden, nicht zum Ziele führen können, sollt ihr, österreichische Soldaten, länger dienen. Nicht der militärische Dienstbetrieb heischt es, denn ihr wißt ja am besten, wie überflüssig gerade von diesem Standpunkte die Maßregel ist, wie gerade um diese Zeit seit jeher die Kriegsverwaltung mit zwei Mannschaftsjahrgängen ihr Auslangen gefunden hat. Nein, man hält euch zurück als politisches Pfandobjekt, als Geiseln der dynastischen Interessen, auf eure, der Österreicher Kosten, will man von dem widerspenstigen Parlamente das Aufgeben seiner Forderungen erpressen. Nun, euer Los ist's: Schweigen und weiterdienen! Ihr seid Leibeigene und müßt euch fügen. Ja, wir warnen euch, der längst zum Fallen reifen mittelalterlichen Militärjustiz mit ihrer barbarischen Straffucht und Willkür euch als Opfer und Kanonenfutter hinzuwerfen, nicht eure, der Wehrlosen, Sache ist es, gegen diese gehässige Maßregel anzukämpfen, ihr müßt euch zähneknirschend dreinfügen, Märtyrer des Dualismus und der Unfähigkeit unserer Staatsmänner zu sein. Vielmehr wird es unsere, der sozialdemokratischen Abgeordneten, und unserer Partei Aufgabe sein, in allen uns zugänglichen Vertretungskörpern und durch fortgesetzte Aufrufung der Öffentlichkeit eure Rechte gegen die Kriegsverwaltung zu verteidigen, so wie wir es seit jeher getan haben. Brüder im Waffenrock! Ihr seid dazu ausersehen, stärker und unmittelbarer als alle eure Mitbürger den Fluch des Ausgleiches, dieses staatsrechtlichen Monstrums, am eigenen Leibe zu spüren. Jeder Tag, den ihr länger unter den Fahnen steht, ruft euch das ganze Elend unserer öffentlichen Einrichtungen, die Willkür unserer Machthaber, die Schmach unserer Abhängigkeit von Ungarn, das drohende Einreißen vollständiger Rechtsunsicherheit ins Gedächtnis, und das ist auch eure frohe Zukunft als Staatsbürger. Niemand unter den bürgerlichen Parteien ist's in diesem verfaulenden Staate, der mit nachdrücklichem Ernste dem Übel an die Wurzel ginge. In papierenen Protesten, in würdelosen schwarzgelben Reden, in demütigen Bittgängen zu den Ministern erschöpfen sie sich, während sie gleichzeitig mit der Kriegsverwaltung die weitere Erhöhung der furchtbaren Militärlasten in der Form der Anschaffung neuer Geschütze und der Vermehrung der Rekruten vereinbaren. Wie so oft, werdet ihr auch diesmal die Erfahrung

machen, daß die einzige, ehrliche, treue und von keiner Rücksicht nach oben gebundene Vorkämpferin des Volksrechtes, die Partei des arbeitenden Volkes, die Sozialdemokratie ist. Darum grüßen wir euch schon heute als künftige Sozialdemokraten, denen gerade jetzt von ihren Zwingherren das Bewußtsein eingepeitscht wird, daß sie, wenn sie die Armee des bunten Rockes verlassen, die Pflicht haben, in die Reihen der Armee des arbeitenden Volkes und der Sozialdemokratie einzurücken.

Die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes des österreichischen Abgeordnetenhauses."

Solange die Sozialdemokratie keinen Vertreter im Parlamente besaß, konnte sie mit ihrer alten Taktik ihr Auslangen finden. In dem Augenblicke, wo aber die Sozialdemokratie ihren Einzug in das Parlament hielt, stand sie vor neuen Aufgaben, da ihr viele „Genossen" zumuteten, die Erledigung aller Militärvorlagen durch Obstruktion zu verhindern. Auf dem Wiener Parteitage 1903 kam es deshalb zu einer sehr langen Diskussion über die Militärfrage, doch eine prinzipielle Klarheit wurde trotzdem nicht geschaffen. Darüber waren alle einig, daß an der im Hainfelder Programme aufgestellten Mindestforderung, die da lautet: „Ersatz des stehenden Heeres durch ein Volksheer, Erziehung aller zur Wehrfähigkeit, allgemeine Volksbewaffnung" unter allen Umständen festzuhalten sei, nur bezüglich der Etappenpolitik waren die Meinungen geteilt; die einen sagten, es genügen Demonstrationsanträge und es brauche keine positive Arbeit geleistet werden; die zweite Meinung ging dahin, im Parlamente die Frage der Abrüstung aufzurollen, und die dritte Meinung vertrat Dr. Adler,[1]) der der Demokratisierung des Heeres das Wort redete.

Gesetzentwürfe über den Militarismus wurden am 23. Juli 1907 im Parlamente eingebracht. Ein Entwurf be-

[1]) Sieh Protokoll, S. 46, 85, 86, 90, 93, 103 und 112.

traf die Abänderung des Wehrgesetzes und bezweckt die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit und die Beschränkung der Waffenübungen; der zweite regelt die Dienstpflicht der unmittelbar in die Landwehr Eingereihten, indem er sie auf vierzehn Monate im aktiven Stande begrenzt; der dritte behandelt das wichtige Problem der Ersatzleistung an die zur Waffenübung herangezogenen Wehrpflichtigen. Ein vierter Antrag will die Einführung der (neuen) Bestimmungen über die Landwehr aus Tirol und Vorarlberg ausdehnen, wo bekanntlich die Regelung der Landesverteidigung Landessache ist. In der Begründung dieser Anträge heißt es:

„Die sozialdemokratische Partei ist eine grundsätzliche Gegnerin der bestehenden Wehrverfassung und erblickt in der Institution des stehenden Heeres ein mehr nach innen als nach außen gekehrtes Machtinstrument der Staatsgewalt zum Schutze der herrschenden und besitzenden Klassen gegen die ökonomischen und politischen Ansprüche der besitzlosen Volksmasse. Die sozialdemokratische Partei ist der Überzeugung, daß die Gefahren, die dem Staate bei einem Angriff durch eine auswärtige Macht drohen könnten, das Bestehen einer dem Einfluß der Volksvertretung entzogenen, ihr inneres Getriebe gänzlich nach dem Willen der Krone und ihrer Ratgeber regulierenden, dem Volke als selbständiger und sogar aus der gesetzlichen Gemeinsamkeit mit den Staatsbürgern gelöster Faktor gegenübergestellten Armee nicht rechtfertigen. Mindestens ebenso gut vermag eine auf demokratischer Grundlage organisierte und durch obligatorische Vorbildung der männlichen Jugend für den Waffendienst ergänzte Volkswehr die notwendige Sicherung des Staates nach außen zu gewährleisten, und eine solche Wehrverfassung ist es, welche die Sozialdemokratie anstrebt. Die inneren Notwendigkeiten der militärischen Entwicklung arbeiten selbst darauf hin, das geltende Wehrsystem in ein demokratisches umzuwandeln, und die Sozialdemokratie vollzieht, indem sie diese Entwicklung mit allen Mitteln fördert, das Amt, die reaktionären Hemmungen des mit geschichtlicher Notwendigkeit Werdenden zu beseitigen. Sie ist sich klar, daß die gegenwärtige Form nicht

wegdekretiert, daß die bestehende Wehrverfassung nicht sofort abgeschafft werden wird, sondern bloß allmählich von innen heraus umgestaltet werden kann. Indem sie dies feststellen und zugleich der Möglichkeit Rechnung tragen, daß die Schlagfertigkeit der Wehrmacht gegen einen Angriff durch auswärtige Feinde von einer gewissen Kontinuität des Dienstbetriebes abhängig ist, fordern die Antragsteller, deren Antrag die Förderung jenes Umwandlungsprozesses bezweckt, als ersten Schritt zur Umgestaltung des stehenden Staatsheeres in eine Volkswehr die Abkürzung der aktiven Militärpflicht um ein Jahr. Sie sind aber nicht bloß überzeugt, daß diese Reform eine wichtige Etappe auf dem Wege zur Demokratisierung der Wehrmacht ist, sondern sie wissen auch, daß sie im augenblicklichen Interesse aller Schichten der werktätigen Bevölkerung liegt, die in gleicher Weise die dreijährige Dienstpflicht als eine unerträgliche Last empfinden und jede Erleichterung freudig begrüßen müssen."

Mit welchen Erfolgen die Propaganda auf parlamentarischem Boden betrieben wurde, darüber gab Abgeordneter Daszynski auf dem Wiener Parteitage 1903 Rechenschaft.[1] Er sagte:

„Keine Partei hat jemals in Österreich, seitdem das Parlament besteht, so viel mit ihrer Kritik des Militarismus erreicht wie der sozialdemokratische Verband in den drei Jahren erreicht hat. . . . Ich sage Ihnen, es ist heute — trotz aller Nergelei — so weit gekommen, daß ein Artikel in der ‚Arbeiter-Zeitung' oder im ‚Naprzód' oft schon ausreicht, um Offiziere ins Garnisonsgericht zu bringen. Wir haben im letzten Jahre nicht weniger als zehn Fälle erlebt, wo unsere gewissenhafte Feststellung der Tatsachen einem Offizier seine Charge gekostet hat."

Das Ergebnis der Debatte charakterisierte Hueber mit den Worten:

„Trotz aller geistvollen Reden sind wir nun nicht viel klarer geworden. Ich bin bescheiden genug, zu erklären: Ich bin jetzt ebenso dumm wie am Anfange der Debatte."

---

[1]) Sieh Protokoll, S. 103.

Diesen Eindruck scheint überhaupt die Mehrzahl der Teilnehmer empfangen zu haben, da für den Parteitag 1905 auf die Tagesordnung „Der Militarismus" gestellt wurde. Zur Behandlung dieses Referates, das von Daszynski und Soukoup erstattet werden sollte, kam es deshalb nicht, weil der Parteitag frühzeitig geschlossen wurde. Ein prinzipieller Ausspruch über den Militarismus ist daher noch ausständig.

Schlußwort.

Ein Rückblick auf die Entwicklung und Tätigkeit der österreichischen Sozialdemokratie lehrt uns, daß der Zwiespalt zwischen der theoretischen Grundlage und den Tatsachen des Wirtschaftslebens noch nicht so empfunden wird, wie z. B. bei der reichsdeutschen Sozialdemokratie, weil die österreichischen „Genossen" in dem Kampfe um die Wahlreform, der sich wie ein roter Faden durch ihre Geschichte zieht, keine Zeit und auch keine Lust fanden, sich mit solchen Fragen abzugeben.

In der neuen Periode, in welche sie jetzt eintritt, wird sie gezwungen sein, ihre Anhänger aus einem dumpfen Fühlen in ein klares Selbstbewußtsein zu führen und mit gesetzgeberischen Plänen hervorzutreten, um aus der großen politischen Idee des veränderten Wahlrechtes Kapital zu schlagen. Die Sozialdemokratie ist im Vormarsche und da hilft kein Augenverschließen. Bei den letzten Wahlen haben die Zahlen der Stimmen, welche die Sozialdemokratie auf ihre Kandidaten vereinigte, eine beredte Sprache geführt. Und wer da glaubt, daß eine solche Bewegung, die mit einem mächtigen Rucke sich in den Vordergrund des Schauplatzes stellte, mit Bajonetten oder Schlagwörtern aus der Welt geräumt werden kann, hat aus der Geschichte des vorigen Jahrhunderts wenig gelernt. Die Überwindung der Sozialdemokratie ist nur möglich, wenn ihr langsam jene Quellen abgegraben werden, aus denen sie ihre Kraft, Stärke und ihre scheinbare Berechtigung schöpft, und wenn ihr eine großzügige Weltanschauung

gegenübergestellt wird, die sich in den Stürmen der Zeit schon bewährt hat, die auch für den Weltaufstieg einer neuen Klasse noch Platz läßt und den Vorkämpfern den tiefen Einblick und das Verständnis für die großen Probleme unserer Zeit gewährt.

Die jetzige Stärke der österreichischen Sozialdemokratie ist noch keine Garantie für ihren Sieg, wohl aber eine bittere Anklage gegen jene, welche bewußt oder unbewußt, sei es infolge ihrer Unfähigkeit, Kurzsichtigkeit oder Bequemlichkeit, mitschuldig sind, daß die Arbeitermassen — die nicht bloß stumme Zuschauer des politischen und wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses sein, sondern selbst auf die Bühne steigen wollen —, immer mehr den materialistischen Ideen verfallen und im Sozialismus ihren einzigen Erlöser begrüßen.

Ein Tropfen Pessimismus ist uns Österreichern in den letzten Jahren ins Blut gekommen und so ist es auch zu deuten, daß die gegenwärtige Entwicklung der Sozialdemokratie für eine dauernde Erscheinung, mit der man sich wohl oder übel abfinden müsse, angesehen wird. Doch ein solcher Glaube bedeutet nichts anderes, als an der Werbekraft seiner eigenen Lebensanschauung zweifeln und vor einer fremden Fahne kapitulieren. Baron Vogelsang schrieb einst: „Die sozialdemokratischen Ideen haben die Gottlosigkeit und den Materialismus, welche sie kennzeichnen, allerdings von dem sogenannten Fortschritt, das heißt dem konsequenten Liberalismus, überkommen, das sie charakterisierende soziale Prinzip stammt aus dem Christentume. Es mußte jedoch naturgemäß in dieser Richtung verzerrt und verunstaltet werden und unsere, der Katholiken, Sache ist es nun, das Richtige von dem Falschen zu sondern, das eine dankbar zu akzeptieren, das andere aber zu verwerfen." In diesen Worten finden die österreichischen Katholiken das Rezept, wie sie die Sozialdemokratie innerlich überwinden und wie sie es

verhindern können, daß der Vormarsch der Sozialdemokratie zu einer dauernden Erscheinung wird. Wenn das geschieht, dann können sie mit froher Zuversicht hoffen, das weltgeschichtliche Ringen, das ihnen durch die Demokratisierung des öffentlichen Lebens aufgedrängt wird, ehrenhaft zu bestehen.

Anhang.

I. Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich.

(Beschlossen am Parteitage zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer

Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das

Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnutzung der Arbeiter zu Gunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegen-

über dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Normalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens sechsunddreißig Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter vierzehn Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß von Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorates; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Über Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

II. Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Österreich.[1])

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt.

§ 2. Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Berufsorganisation anzugehören. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Berufsorganisationen hingegen werden verpflichtet, der politischen Organisation der Partei anzugehören.

§ 3. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 4. Ein Parteigenosse darf keiner andern politischen Partei angehören oder für sie tätig sein.

Gliederung der Parteiorganisation.

a) Lokalorganisation.

§ 5. Die Grundlage der Organisation bilden die Lokalorganisationen. Die Lokalorganisation ist die Zusammenfassung aller in einem Orte wohnenden Parteigenossen und -Genossinnen. Innerhalb der Lokalorganisation ist die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

---

[1]) Beschlossen am Parteitage in Wien 1907. (Abgedruckt in der „Arbeiter-Zeitung", Wien 1907, 5. Oktober.)

b) Bezirksorganisation.

§ 6. Die Lokalorganisationen schließen sich zu Bezirksorganisationen zusammen. Die Bezirksorganisation muß unter allen Umständen ein geschlossenes Territorium sein, das entweder durch den Reichsratswahlbezirk oder ein territorial besser geeignetes Agitations- und Organisationsgebiet gebildet wird. In Wien bildet jeder Gemeindebezirk eine Bezirksorganisation.

Die Bezirksorganisation ist überall, wo und sobald es möglich ist, auf der Grundlage eines sozialdemokratischen Vereines durchzuführen.

c) Landesorganisation.

§ 7. Alle Bezirksorganisationen eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt. Diese Statuten dürfen mit den Parteistatuten nicht im Widerspruch stehen. Ihr Wortlaut ist der Reichsparteivertretung mitzuteilen. Wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb der Landesorganisation einzelne Bezirksorganisationen zu Kreisorganisationen vereinigt werden. Ihre Abgrenzung bestimmt die Landeskonferenz.

Parteibeiträge.

§ 8. Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat zwei Heller direkt an die Reichsparteivertretung als Reichsparteibeitrag abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Reichsparteivertretung beauftragt. Durch den direkten Beitrag an die Reichsparteivertretung wird der Parteibeitrag, welcher von den organisierten Genossen an die Landesparteivertretungen sowie Kreis- und Bezirksorganisation geleistet wird, nicht berührt.

§ 9. Die Festsetzung der Beiträge für die Lokalorganisation sowie der prozentuellen Abgaben hievon an die Bezirks-, Kreis-, respektive Landesorganisationen ist den Bezirks-, Kreis-

oder Landeskonferenzen überlassen, doch soll der Beitrag in der Regel mindestens 20 Heller monatlich betragen. Jedem Parteigenossen sind die von ihm geleisteten Beiträge auf einer Legitimationskarte, die zugleich als Parteilegitimation zu dienen hat, zu bestätigen.

Vertrauenspersonen.

§ 10. Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen den Lokalvertrauensmann. Die Delegierten zu den Bezirks-, Kreis- und Landeskonferenzen wählen den Bezirks- und Kreisausschuß oder die Landesparteivertretung. Die Anzahl der Mitglieder des Bezirks- sowie des Kreisausschusses wie auch der Landesparteivertretung wird durch die Landeskonferenz bestimmt. Jede Neuwahl eines Vertrauensmannes sowie seine Adresse sind der Reichsparteivertretung sofort mitzuteilen.

§ 11. Der Bezirksvertrauensmann ist verpflichtet, alljährlich an die Reichsparteivertretung über die Tätigkeit der Bezirksorganisation Bericht zu erstatten. Der Bericht hat den Zeitraum vom 1. Juli bis Ende Juni zu umfassen und soll enthalten: Die Zahl der im Agitationsbereich organisierten Parteigenossen und Genossinnen, die Zahl der Lokalorganisationen sowie politischen Vereine, Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Höhe des Mitgliedsbeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen und Ausgaben, Berichte über etwaige politische oder Gemeindewahlen, politische Verfolgungen und alle sonstigen für die Parteibewegung wichtigen Vorkommnisse.

In derselben Weise haben alljährlich in Bezug auf ihre Tätigkeit die Kreisvertrauensmänner und die Landesparteivertretungen Bericht zu erstatten.

Weibliche Vertrauenspersonen.

§ 12. An allen Orten, wo dies irgendwie möglich ist, sind im Einvernehmen mit der Lokalorganisation weibliche

Vertrauenspersonen zu wählen, denen die Organisation des weiblichen Proletariats obliegt. Die Adressen dieser Vertrauenspersonen sind nicht nur dem Parteisekretariat, sondern auch dem Frauenreichskomitee mitzuteilen, welches sie mit Rat und Tat zu unterstützen hat.

Das Frauenreichskomitee wird von der Frauenreichskonferenz, die in jedem zweiten Jahre im Anschluß an den ordentlichen Parteitag stattfindet, gewählt. Für die Art der Durchführung der Wahlen sind die von der Frauenreichskonferenz beschlossenen Bestimmungen maßgebend.

Jugendorganisation.

§ 13. Die Lokalorganisationen sind verpflichtet, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt werde. Überall, wo es die Verhältnisse zulassen, sollen zu diesem Zwecke eigene Jugendorganisationen gegründet werden.

Parteitag.

§ 14. Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der in den Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen organisierten Parteigenossen. Mehr als zwei Delegierte können von keiner dieser Körperschaften geschickt werden. Bezirks- oder Kreisorganisationen, wo eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer den männlichen Delegierten auch eine Genossin auf den Parteitag zu senden. Die Wahl der Delegierten wird in den Parteiversammlungen oder Konferenzen, beziehungsweise Plenarsitzungen der wahlberechtigten Organisationen vorgenommen.

2. Die Mitglieder der Parteivertretung und der Parteikontrolle.

3. Die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten.

4. Je ein Delegierter der in den beruflichen Zentralverbänden organisierten Genossen und Genossinnen. Je ein Delegierter der Partei- und Fachblätter mit beratender Stimme.

§ 15. Die Mitglieder der Parteivertretung haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei, die Mitglieder des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten in allen die parlamentarische Tätigkeit betreffenden Angelegenheiten nur beratende Stimme.

§ 16. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten in Österreich findet regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt und wird von der Reichsparteivertretung einberufen.

Außerordentliche Parteitage finden auf Beschluß der Reichsparteivertretung oder auf Verlangen von mindestens fünfundzwanzig der zur Delegation berechtigten Parteiorganisationen statt.

§ 17. Hat der vorhergegangene Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keinen Beschluß gefaßt, so hat die Reichsparteivertretung mit der Parteikontrolle die Bestimmung vorzunehmen.

§ 18. Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termin der Abhaltung durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Der Parteibericht muß längstens vierzehn Tage vor dem Stattfinden des Parteitages im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden.

Anträge der Parteigenossen zum Parteitag sind vor dem Parteitag an die Reichsparteivertretung einzusenden und vor dem Stattfinden des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen. Dasselbe gilt auch für die Anträge der Reichsparteivertretung.

§ 19. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die politische und geschäftliche Tätigkeit der Reichsparteivertretung, der Parteikontrolle und die parlamentarische Tätigkeit der Reichsratsabgeordneten.

2. Bestimmung des Ortes, an dem die Reichsparteivertretung ihren Sitz hat.

3. Die Wahl der Reichsparteivertretung und der Parteikontrolle.

4. Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.

5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

Reichsparteivertretung und Kontrolle.

§ 20. Der Parteitag wählt die aus zwanzig Personen bestehende Reichsparteivertretung. Zehn vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen zehn Mitglieder der Reichsparteivertretung bilden die Parteikontrolle.

In dem Orte, in dem der engere Ausschuß seinen Sitz hat, müssen seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode die Funktion als Kontrollore am Sitze des engeren Ausschusses ausübten, sind in der nächsten Periode als Kontrollore nicht wieder wählbar.

Die Wahl der Reichsparteivertretung erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Nach der Wahl hat die Parteivertretung ihre Konstituierung vorzunehmen und das Ergebnis im Zentralorgan der Partei bekanntzugeben.

§ 21. Die Reichsparteivertretung besorgt die Parteigeschäfte und verfügt über die Parteigelder.

Sie kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Die Mitglieder der Gesamtexekutive können an den Sitzungen der Reichsparteivertretung jederzeit teilnehmen.

Die Reichsparteivertretung tritt in der Regel vierteljährlich einmal zusammen und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrolle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Der Chefredakteur und der Administrator des Zentralorgans haben das Recht, an den Sitzungen der Reichsparteivertretung mit beratender Stimme teilzunehmen.

Jedem Parteitag hat die Reichsparteivertretung über ihre Tätigkeit sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitag beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

§ 22. Über Beschwerden von Parteigenossen oder Organisationen gegen die Reichsparteivertretung entscheidet die Parteikontrolle. Gegen den Beschluß der Kontrolle steht die Berufung an den Parteitag offen. Die Adresse des Obmannes der Parteikontrolle ist im Zentralorgan der Partei mitzuteilen.

Reichskonferenz.

§ 23. Die Reichsparteivertretung hat das Recht, in dringenden Fällen die Vertreter der Kreis- und Landesorganisationen zu einer Reichskonferenz einzuberufen.

Zentralorgan der Partei.

§ 24. Das Zentralorgan der Partei ist die „Arbeiter-Zeitung". Sie untersteht der Parteivertretung. Das gleiche

gilt von der „Arbeiterinnen-Zeitung“. Eventuelle Überschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Die offiziellen Bekanntmachungen der Reichsparteivertretung sind in der „Arbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen.

Alle Parteiorgane sind zu ihrem Nachdruck verpflichtet.

Parteipresse.

§ 25. Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn streng darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden, und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur mit Zustimmung der Kreis- und Landesorganisationen erfolgen. In jenen Ländern, die keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landes- die Reichsparteivertretung.

Kandidaturen.

§ 26. Die Aufstellung der Kandidaten für den Reichsrat ist von der Reichsparteivertretung, für den Landtag von der Landesparteivertretung, wo diese fehlt, von der Kreisvertretung gemeinsam mit der Gesamtheit der Vertrauensmänner der Wahlbezirke vorzunehmen, und zwar nach Erstattung der Vorschläge durch die Vertrauensmänner der Wahlbezirke.

Die endgültige Entscheidung über die Reichsratskandidaturen vor allgemeinen Neuwahlen erfolgt für die Reichsratswahlen durch eine Reichskonferenz.

Ausschluß aus der Partei.

§ 27. Über den Ausschluß aus der Partei im Sinne der §§ 3 und 4 entscheidet ein von der Reichsparteivertretung zu berufendes sechsgliedriges Schiedsgericht. Die Hälfte der Beisitzer wird von der Organisation nominiert, die den Aus-

schluß beantragt, die andere Hälfte von dem durch den Ausschlußantrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt die Reichsparteivertretung; derselbe hat im Schiedsgericht bei Stimmengleichheit entscheidende Stimme.

Der Antrag auf Ausschluß eines Genossen aus der Partei kann nur von einer Parteiorganisation, nicht aber von einzelnen Genossen gestellt werden.

Der ohne Anrufung dieses Schiedsgerichtes erfolgte Ausschluß aus einer Organisation kann nicht zugleich auch als Ausschluß aus der Partei gelten und dem davon Betroffenen steht das Recht zu, die Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu verlangen. Der Ausschluß aus der Partei darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten Schiedsgerichtes erfolgen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht dem Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

Unterläßt es ein Parteigenosse, dessen Ausschluß verlangt worden ist, vom Tage der Verständigung an innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen oder verzichtet er ausdrücklich auf die Einsetzung des Schiedsgerichtes, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Abänderung der Organisation.

§ 28. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation müssen vier Wochen vor Abhaltung des Parteitages der Reichsparteivertretung mitgeteilt werden. Die Parteivertretung hat die Pflicht, diese Anträge mindestens vierzehn Tage vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Eine Abweichung von dieser Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der auf einem Parteitag anwesenden Vertreter sich dafür entscheiden.

III. Chronik der sozialdemokratischen Bewegung.

Jahr	Österreich	Internationale
1847		Herausgabe des von Karl Marx (1818—1883) und Friedrich Engels (1820 bis 1895) verfaßten kommunistischen Manifestes „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“
1864	Gründung des Fortbildungsvereines der Wiener Buchdrucker.	Gründung der „Internationale Arbeiter-Assoziation“ durch Delegierte verschiedener Nationen bei Gelegenheit der Weltausstellung in London.
1867	Eingreifen der „Selbsthilfler“, Konstituierung des Lassalleanischen Arbeiterbildungsvereines in Wien.	Erscheinen des 1. Bandes des „Kapital“ von K. Marx.
1868	Lassalleanischer Arbeitertag in Wien. Zurückdrängung der Schulzeaner.	Gründung der „Alliance internationale de la démokratie sociale“ durch Michael Bakunin (1814 bis 1870) mit anarchistischer Tendenz.
1869	Erscheinen der 1. Nummer der „Volksstimme“. Aufmarsch vor dem Parlamente wegen Gewährung des Koalitionsrechtes.	
1870	Hochverratsprozeß geg. Scheu, Most, Pabst, Oberwinder.	

Jahr	Österreich	Internationale
1871	Ministerium Hohenwart-Schäffle. Freilassung der Verurteilten.	
1872	Agitation gegen Oberwinder.	Kongreß der „Internationale Arbeiter-Assoziation" in Haag. Ausschließung Bakunins.
1873	Börsekatastrophe. Niedergang der Partei.	
1874	Neudörfler Kongreß.	
1876		Die „Internationale Arbeiter-Assoziation" löst sich formell auf.
1878	Beginn der terroristischen Periode.	
1880	Erscheinen der „Zukunft" von Peukert.	
1883	Anarchistische Attentate.	
1884	Belagerungszustand in Wien.	
1885	Vorlage des Sozialistengesetzes für den Reichsrat.	
1887	Eingreifen des Dr. Adler zur Beseitigung des Parteizwistes.	
1888	Hainfelder Parteitag.	
1889	Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung" und „Volkspresse".	Zwei internationale Arbeiterkongresse zu Paris, von den

Jahr	Österreich	Internationale
1889		Possibilisten und den Guesdisten veranstaltet, proklamieren als Losung des gesamten Proletariats den gesetzlichen Achtstundentag und den 1. Mai als Arbeiterfeiertag. (Der erste internationale Arbeiterkongreß neuer Zählung.)
1890		Erste Maifeier. I. internationale Bergarbeiterkonferenz zu Jolimont. Internationale Arbeiterschutzkonferenz in Berlin, zusammenberufen von Kaiser Wilhelm II.
1891	II. Parteitag in Wien.	II. internationaler Arbeiterkongreß zu Brüssel. Enzyklika d. Papstes Leo XIII. „Rerum novarum" über die Arbeiterfrage.
1892	III. Parteitag in Wien. Ausschließung Hansers.	
1893	Budweiser Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie. I. Gewerkschaftskongreß.	III. internationaler Arbeiterkongreß zu Zürich. I. internationaler Textilarbeiterkongreß zu Manchester.
1894	IV. Parteitag in Wien. Die erste Wahlrechtsbewegung.	
1895	Die „Arbeiter-Zeitung" erscheint als Tagblatt.	

Jahr	Österreich	Internationale
1896	Schaffung der Badenischen V. Kurie. V. Parteitag in Prag. II. Gewerkschaftskongreß.	IV. internationaler Arbeiterkongreß in London.
1897	Reichsratswahlen. VI. Parteitag in Wien. Neue Organisation. Gründung der tschecho-slawischen Gewerkschaftskommission in Prag.	
1898	Linzer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.	
1899	I. Gesamtparteitag in Brünn. (Neue Zählung.)	Internationaler Frauenkongreß in London.
1900	Grazer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. III. Gewerkschaftskongreß. Reichsratswahlen.	V. internationaler Arbeiterkongreß in Paris.
1901	II. Gesamtparteitag in Wien.	
1902	Deutscher Parteitag zu Aussig. Beginn der zweiten Wahlrechtsbewegung.	
1903	III. Gesamtparteitag in Wien.	
1904	Deutscher Parteitag in Salzburg. Generalstreikdebatte Tschechischer Parteitag in Proßnitz.	VI. internationaler Arbeiterkongreß in Amsterdam.
1905	IV. Gesamtparteitag in Wien. Vorbeimarsch beim Parla-	

Jahr	Österreich	Internationale
	mente. Wahlrechtsdemonstrationen. IV. Gewerkschaftskongreß.	
1906	Beratung und Erledigung der Wahlreform im Parlamente. Tschechischer Parteitag in Prag.	
1907	30. Jänner Auflösung des Kurienparlamentes. 14. Mai die ersten Wahlen auf Grund des neuen Wahlrechtes. Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie in Pilsen. Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Wien. V. Gewerkschaftskongreß.	VII. internationaler Arbeiterkongreß in Stuttgart.

Register.

Adler, Dr. 20, 22, 26, 27, 29, 31, 34, 37, 42, 55, 57, 60, 62, 69, 99, 122, 133, 156, 207, 208, 216, 217, 222.
Agrarprogramm 152 f.
Akkumulationstheorie 56.
Allgemeiner deutscher Arbeiterverein 7.
Altersversorgung 137.
Anarchistische Attentate 16, 18.
Anträge der Sozialdemokratie im Parlamente 134.
Approvisionierung 76, 161.
Arbeiterbildungsverein, erster 8, 11.
Arbeiter, landwirtsch. 152, 161, 163.
Arbeiterschutz, internationaler 132.
„Arbeiter-Zeitung" 22, 27.
Armenversorgung 75.
Ausobsky 57.

Bauer, Dr. 51, 209, 212, 215.
Bauernbündler 162.
Bebel 196.
Belagerungszustand in Wien 19.
Berstl, Dr. 176.
Bruderladen 134.
Buchdrucker-Fortbildungsverein 7.

Carlyle 192.
Christlichsoziale 88 f.

Daszynsky 193, 224.
Deutschnationale 90 f.

Ehe 195 f.
Elbersch 71, 145, 160.
Ellenbogen, Dr. 54, 69, 140, 145, 154, 156, 161, 167, 181, 183, 213.
Engels 157, 165, 170, 190, 207.
Etienne 14.

Fleischteuerung 158, 159.
Foerster, Dr. 192.
Frauenwahlrecht 204 f.
Frauenorganisation 203 f.
Freidenker 185 f.
Frenssen Gustav 188.

Gemeindepolitik 73 f.
Gemeinderatswahlen 32, 82, 83.
Generalstreik 34.
Genossenschaften, landw. 160, 161.
Getreideterminhandel 160.
Gewerbefrage 144 f.
Gewerkschaften und nationale Fragen 106 f., 209.
„Gleichheit" 14, 20.
Gruber, Prof 199.

Haeckels Welträtsel 176, 177.
Hannich 49, 131.
Hanser 24.
Hartung 8, 9.
Hertz Friedrich Otto 54, 58, 60, 63, 151, 154.

Hochverratsprozeß 13.
Hueber 26, 98, 224.
Hybeš 18, 22, 77.

Ibsen 202.
Italienische Sozialdemokratie 23, 29, 30, 44.
Judentum 3, 4.

Karpeles-Projekt 123 f.
Kartelle 143.
Katastrophentheorie 58.
Kautsky 15, 16 f., 19, 92, 194.
Kirche und Staat (Trennung derselben) 181.
Kongregationsdebatte 185.
Konsumvereine 122 f.
Konzentrationstheorie 54.
Krankenkassen 138.
Krisentheorie 58 f.
Kristan 213.
Kulturkampf 87, 170, 185.
Kunschak 118, 119.

Landtagsprogramm 72.
Lehrerschaft und Sozialdemokratie 182 f.
Liberalismus 86, 166.
Liebe, moderne 199 f.
Los-von-Rom-Bewegung 177 f.

Maifeier 22.
Marx 6, 58, 165, 207.
Materialismus, historischer 49 f.
Menger Anton 199.
Menger, Dr. Max 7, 10.
Militärstreik 216.
Most 13.
Murri-Prozeß 200 f.

Nationales Programm 210 f.
Nietzsche 188.

Oberwinder 12, 13, 14.
„Olympia", Burschenschaft 11.

Parlamentarismus 69 f.
Pernerstorfer 21, 43, 91, 169, 194, 196, 197, 199.
Peukert 16.
Pfleiderer Otto 188.
Polnische Sozialdemokratie 23, 44, 163.
Popp-Dworak 197.
Priesterhetze 28, 172 f.
Prostitution 199.

Religionsunterricht 181, 184.
Religiöse Übungen 184.
Renner, Dr. 51, 160, 213, 215.
Reumann 120.
Revolution, russische 192 f.
Revolutionstheorie 65 f.
Rißmann 21.
Rokitansky, Baron 162.
Roser, Dr. 12.
Ruthenische Sozialdemokratie 28, 29, 30, 37, 44.

Schacherl, Dr. 162.
Scharf Alexander 14.
Scheicher, Dr. 196.
Scheu 13, 14.
Schlesinger-Eckstein 205.
Schuhmeier 91, 159, 177, 181, 185, 218.
Schule, freie 87, 184.
Schulwesen 75.
Schulze-Delitzsch 7, 9.
Schutzzölle 141, 142.

„Selbsthilfe", Verein 7, 8, 10.
Seitz 142, 159, 161, 181, 184.
Skaret 82.
Sonntagsruhe 134, 135.
Staatsdiener, soziale Fürsorge der 134, 135.
Steiner 189.
Steuerfrage 80.
Stichwahlparole 38.
Südslawische Sozialdemokratie 44.

Terrorismus 16, 117.
Tschechische Sozialdemokratie 24, 30, 37, 46, 213, 214.

Unabhängige 21.

Verelendungstheorie 56.
Vogelsang 166.
„Volkstribüne" 24, 93, 146.
„Volkspresse" 22, 24.
„Volksstimme" 11.
„Volkswille" 13.

Wahlrechtsdemonstration 12, 24, 26, 33, 35.
Wohnungswesen 77, 78.

Zollgebiet 142, 157, 158.
„Zukunft" 16, 19.

Inhalt.

Seite

Einleitung 1

I. Die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie 6

Die Lassalleaner 8

Die Periode der Spaltungen 13

Die Terroristen 15

Die Reorganisation der Partei 21

Die erste Wahlrechtsbewegung 25

Die Sozialdemokraten im Parlament 28

Die zweite Wahlrechtsbewegung 32

Die Periode des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes 36

II. Das Programm der österreichischen Sozialdemokratie in seinem grundsätzlichen Teil 48

Der historische Materialismus 49

Die Mehrwertstheorie 52

Die immanenten Gesetze 53

Die Katastrophentheorie 59

III. Der Kampf um den Zukunftsstaat 62

Der Klassenkampf 62

Die revolutionäre Taktik 64

IV. Der politische Kampf 69

Der Parlamentarismus 69

Die Gemeindepolitik 73

Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den übrigen Parteien 85

Die Presse 92

V. Der wirtschaftliche Kampf 97

Die Gewerkschaftsbewegung 97

Die Genossenschaftsbewegung 120

Beeinflussung der wirtschaftlichen Gesetzgebung 130

A. Die Arbeiterschutzgesetze 131

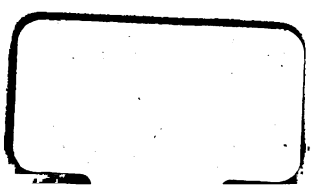
B. Industrie- und Gewerbepolitik 140

Die Agrarfrage 151

Seite

VI. Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den kulturellen Fragen 165
Religion 165
Sozialdemokratische Moral 190
Frauen- und Familienfrage 195
Die nationale Frage 207
Sozialismus und Militarismus 215

Schlußwort 226

Anhang: 229
I. Das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich 229
II. Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Österreich 235
III. Chronik der sozialdemokratischen Bewegung 243

Register 248